REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 489 · 19.11.2004

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 43 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Rumoren im Polizeistaat
2. Auswählen und abschieben
3. Einkreisen, Filtern, Abwehren
4. Tod in der Wüste
5. AUFGEBLÄTTERT
6. Das Erbe des Patriarchen
7. Autonomie im (Wind-)Schatten des Linkspopulismus?
8. Bedingungslos arbeiten? Bedingungslos hinterfragen!
9. Für eine kommende Gerechtigkeit
10. Von "Farbanschlägen" und "Hotelattentätern"
11. Das Ereignis und sein Versprechen
12. Griechenland: Urteile ohne Beweise
13. Der Filmmarkt ist männlich oder gar nicht
14. Schlagen, Treten, Fingerbrechen für Wahrheit & Moral
15. Grenzen einer Bewegung
16. Von "Homophobie" zu "Heteronormativität"
17. "Hell is real"
18. LESERINNENBRIEF
19. Deutsches Wetterleuchten
20. Der europäische Krieg gegen Flüchtlinge
21. Zwischen Vielfalt und Identitätssuche
22. Nichtstun im Ruhrgebiet
23. "Wir haben ein romantisches Verhältnis zur Gesellschaft"
24. Schlupflöcher suchen
25. Ende der Bescheidenheit?
26. Brandbeschleuniger statt Achtungserfolg
27. Drogenkontrolle und Drogenpolitik
28. Ya basta in den Metropolen
29. Ohrenpropaganda
30. Offene Wunde Auschwitz
31. KALENDER
32. Abschaffen!
33. Gesetzlose Zone
34. Castor kostet Menschenleben
35. (Haar-)Risse im Putz
36. EDITORIAL
37. "Es ist genauso verkehrt gekommen, wie ich's mir vorgestellt habe"
38. Licht und Schatten
39. Derridas Gespenster
40. das thema: Jacques Derrida
41. Wohlfahrtskonzerne unter Druck
42. Jacques Derrida: Zwei Pflichten "gegen das Vergessen"
43. Depressionsblocker: für ak spenden

1. Rumoren im Polizeistaat

Tunesien vor unruhigen Zeiten

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:02

Auf den Wahlplakaten stand nicht einmal der Name des Kandidaten. Das war auch überflüssig, denn gut 98 Prozent der Medienberichterstattung waren den "großartigen Erfolgen" des Präsidenten Zine el-Abidine Ben Ali (68) und seiner "Wiederwahl" gewidmet. Viele TunesierInnen bezeichnen ihn längst als "Präsident auf Lebenszeit" - der er faktisch auch ist. Trotzdem könnte das wegen seiner politischen "Stabilität" gepriesene Tunesien unruhigen Zeiten entgegen sehen, in denen die zunehmenden sozialen Konflikte auch offen ausgetragen werden.

Neben Ben Ali (der offiziell 94,48 Prozent der Stimmen erhielt) waren noch drei andere Bewerber vom Verfassungsgericht zur Präsidentschaftswahl am 24. Oktober zugelassen worden. Zwei von ihnen wurden durch Beobachter als "Blumentöpfe" bezeichnet, weil sie nur der Dekoration dienten: Mohammed Bouchiha und Mounir Beji gehören zur erweiterten Verwandtschaft Ben Alis und verbrachten die meiste Zeit damit, die tolle Bilanz des Amtsinhabers zu loben; sie erhielten zusammen gut 4 Prozent. Blieb der dritte: Mohammed Ali Halouani, der Vorsitzende der Partei At-Tajdid ("Die Erneuerung"), ein gütig dreinblickender Herr mit weißem Schnurrbart, der nach offiziellen Zahlen 0,95 Prozent der Stimmen erhielt. Seine Partei ist der Überrest der früheren KP, der ein Jahrzehnt lang als offiziell geduldete Opposition überwinterte. Dafür gab es Subventionen vom Ben-Ali-Regime; die "konstruktive Opposition" ihrer Parlamentsabgeordneten bestand darin, gegen keine einzige Gesetzesvorlage der Staatspartei RCD ("Verfassungsmäßige demokratische Sammlung") zu stimmen. Kürzlich war die Partei ein wenig aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht und hatte beschlossen, unter dem Namen Initiative démocratique zusammen mit Vertretern von Zivilgesellschaft und Menschenrechtsgruppen zur Präsidentschaftswahl anzutreten. Leider missfielen jedoch einige Äußerungen Halouanis dem Regime. So wurde ihm die Viertelstunde Fernsehauftritt, auf die er Aussicht hatte, gestrichen. Auch wurden seine Plakate nie ausgeliefert. Sein Wahlprogramm wurde auf Anordnung des Innenministers in der Druckerei zurückgehalten, ein Flugblatt beschlagnahmt.

Isolationshaft für Dissidenten

Bei den letzten drei Präsidentschaftswahlen 1989, 1994 und 1999 hatte Ben Ali offiziell zwischen 99,27 und 99,91 Prozent der Stimmen erhalten. Dieses Mal gab er sich mit offiziell 94,48 Prozent etwas bescheidener. Bei den gleichzeitig stattfindenden Parlamentswahlen war klar, dass sich die Staatspartei RCD wie immer 80 Prozent der Sitze sichern würde. Der Rest wird von Amts wegen auf handzahme Oppositionsparteien aufgeteilt.

Eine Opposition, die nicht mitspielt, findet sich schnell woanders wieder. Tunesien hat mit 23.000 Gefängnisinsassen die weltweit vierthöchste Häftlingsrate, gemessen an der Bevölkerungszahl, und liegt nur hinter den USA, Russland und Südafrika. Menschenrechtsorganisationen sprechen von 600 gewaltlosen "Meinungsgefangenen", mehrere Dutzend von ihnen sitzen seit Jahren in totaler Isolation. Zuletzt wurden am 22. September der trotzkistische Journalist Jalel Zoghlami, sein gewerkschaftlich aktiver Bruder Nejib sowie ihr gemeinsamer Freund Lumumba Mohsen verhaftet. Mit 130.000 Beamten des Innenministeriums beschäftigt Tunesien mehr Polizisten als Frankreich, das sechs mal so viele EinwohnerInnen hat.

Dennoch wird Tunesien von offizieller "westlicher" Seite geradezu als Musterbeispiel für "Fortschritte auf dem Weg zur Demokratisierung" dargestellt: Die von den USA zum Jahreswechsel 2003/04 lancierte Greater Middle East Initiative, die mittlerweile in Middle East Partnership Initiative (MEPI) umbenannt worden ist und die offiziell politische und marktwirtschaftliche "Reformen" im Nahen und Mittleren Osten anstoßen soll, hat ihr Büro in Tunis installiert. Freilich erklärte der stellvertretende Sprecher des US-State Department, Adam Ereli, nach der jüngsten Wahl-Maskerade seine "Besorgnis" darüber, dass "Tunesien nicht sein gesamtes Potenzial (in Sachen politischer Partizipation) genutzt" habe. Aus dem Pariser Elysée-Palast kam dagegen erwartungsgemäß ein Glückwunschtelegramm für den alten und neuen Amtsinhaber.

Der ehemalige Militär und in den USA ausgebildete Nachrichtendienstler Ben Ali, der später zum Innenminister aufgestiegen war, hatte am 7. November 1987 die Macht ergriffen: Er ließ seinen offiziell auf Lebenszeit amtierenden Vorgänger Habib Bourguiba durch die Palastärzte kurzerhand für amtsunfähig erklären und

erfand so den "medizinischen Staatsstreich". Unter Bourguiba hatte eine Modernisierungselite aus der einheimischen Bourgeoisie das Land immerhin noch, freilich auf autoritärem Wege, "entwickelt". Diese Phase der Modernisierung von oben brachte den tunesischen Frauen schon Ende der 1950er Jahre einige Rechte (etwa auf Schwangerschaftsabbruch), die damals den französischen Frauen noch vorenthalten wurden. Heute verteidigt das Regime in Lippenbekenntnissen zwar regelmäßig "die Rechte der tunesischen Frau", die es durch flächendeckende Repression gegen Islamisten zu sichern gelte. Gleichzeitig erstickt sie jede Lebensäußerung einer unabhängigen Frauenbewegung und auch jede andere Form demokratischer Öffentlichkeit im Keim. Von der einstigen Modernsierungsdiktatur unter Bourguiba ist nur noch eine halbmafiose Herrschaft dreier großer Familienclans (Ben Ali, Trabelsi, Chiboub) übriggeblieben, die sich auf die ungenierteste Weise um die Pfründe balgen.

Auch in Teilen der tunesischen Bourgeoisie und der Mittelschichten ballt man die Faust in der Tasche angesichts der hemmungslosen Clanwirtschaft. Doch die repressive Stabilität des tunesischen Polizeistaats wurde bisher auch dadurch abgesichert, dass die ökonomische Situation der TunesierInnen nicht so schlecht erschien. Trotz deutlicher Unterentwicklung vor allem in den Randzonen im Süden und Westen war eine Massenarmut wie in Algerien oder Ägypten lange Zeit unbekannt. Nach offizieller (geschönter) Darstellung gehören 60 Prozent der TunesierInnen zu einer "breiten Mittelschicht", die als Träger politischer und sozialer Stabilität präsentiert wird. Die materielle Basis dafür lieferte vor allem die Textilindustrie, die insbesondere in den Jahren 1997 bis 2001 hohe Zuwachsraten brachte. Das jährliche Durchschnittseinkommen der TunesierInnen liegt derzeit bei umgerechnet 2.275 Euro und damit höher als in Marokko, Algerien oder Ägypten.

"Wilde" Streiks gegen Entlassungen

Dennoch ist das tunesische "Modell" - autoritäre politische Kontrolle plus anhaltendes Wirtschaftswachstum gleich "Stabilität" - seit längerem an seine Grenzen gestoßen. Nach (höchstwahrscheinlich untertriebenen) offiziellen Zahlen sind derzeit gut 16 Prozent der tunesischen Bevölkerung arbeitslos; andere Quellen sprechen von über 20 Prozent. Dabei gibt es nur punktuelle Hilfszahlungen in Gestalt von Abfindungen, die im Falle von Entlassungen durch die Sozialversicherung ausgeschüttet werden. 68 Prozent der (offiziell) Arbeitsuchenden sind jünger als 30 Jahre, und zwei Drittel von ihnen haben mindestens Abitur oder sogar Hochschulabschlüsse. Das widerspiegelt einen Arbeitsmarkt, der den jüngeren Generationen nicht mehr viel zu bieten hat.

Tunesien, das - anders als seine Nachbarn Algerien und Libyen - keine Erdölvorkommen aufweist, hat sich seit längerem auf ökonomische "Nischen" spezialisiert: auf die aus Europa abwandernde Textilindustrie sowie auf manche Zubehör-Produktionen, wie etwa die Herstellung von Sitzbezügen für die europäische Automobil-Zulieferindustrie. Hinzu kommen natürlich der Tourismus und die damit zusammenhängenden Dienstleistungsbranchen. Zeitweise wurde auch auf die Fertigung von elektronischen Komponenten abgestellt, doch wurde hier rasch der Konkurrenzdruck durch die ostasiatische Industrie spürbar. Doch nunmehr drohen die Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung auch andere Sektoren der tunesischen Ökonomie hart zu treffen.

Tunesiens Binnenmarkt ist, bei zehn Millionen EinwohnerInnen, relativ klein. Vor allem aber blieb jede wirtschaftliche "Süd-Süd-Integration" aus, zu Gunsten einer Ausrichtung auf die Ökonomien des Nordens. 70 Prozent seines Außenhandels wickelte Tunesien zu Anfang des Jahrzehnts mit der EU ab, nur 4 bis maximal 5 Prozent der tunesischen Ausfuhren gingen ins Nachbarland Algerien.

Tunesien wird nach Angaben der französischen Wirtschaftspresse zu den zehn Ländern gerechnet, die am meisten von der chinesischen Massenproduktion "bedroht" sind. Nach Angaben der Oppositionspartei Front démocratique pour le travail et les libertés wird in Tunesien "allgemein damit gerechnet, dass ein Drittel der Textilbetriebe schließen muss". Der Textilsektor bringt bisher 50 Prozent der tunesischen Exporterlöse und bietet 250.000 Arbeitsplätze, das ist etwa die Hälfte der industriellen Arbeitsplätze im Land.

Und der nächste Schlag für die tunesische Ökonomie wird ab 2008 erfolgen: Dann ist das Land nämlich aufgefordert, im Rahmen des Freihandelsabkommens mit der EU, das Tunesien bereits am 17. Juli 1995 als erster südlicher Anrainerstaat des Mittelmeers abgeschlossen hat, seine Zollschranken abzubauen. Bis 2010 soll so eine Freihandelszone zwischen der EU und ihren südlichen Nachbarn entstehen: Marokko (1996) und

Algerien (2002) haben ebenfalls entsprechende Assoziierungsverträge mit der EU abgeschlossen. Bisher hat die tunesische Ökonomie noch von den Exporterleichterungen in Richtung EU profitiert, die die Ansiedlung bestimmter Wirtschaftszweige im Lande ermöglichten. Doch ab 2008 muss nun umgekehrt auch Tunesien seinen Markt öffnen und damit Schutzzölle abbauen, die bisher noch lokale Produktionen gegen die übermächtige wirtschaftliche Konkurrenz aus dem Norden abschirmten. Bisher sagt selbst die Weltbank in diesem Zusammenhang den Verlust von mindestens 100.000 Arbeitsplätzen voraus.

Wachsende Kritik an der Staatsgewerkschaft

Bereits in jüngerer Vergangenheit kam es zu handfesten sozialen Konflikten. So führten 17 Arbeiter der Textilfirma Icab in Moknine an der tunesischen Ostküste im November 2002 einen 27-tägigen Hungerstreik gegen den Verlust ihrer Jobs durch, nachdem die tunesisch-amerikanischen Eigentümer die Fabrik von heute auf morgen schließen wollten. Im Juli 2003 waren es 21 Angestellte der Textilfabrik Sotapex in Sousse, ebenfalls in Osttunesien; auch hier ging es um die plötzliche Liquidierung der Fabrik durch tunesisch-französische Eigentümer.

Die in niederländischem Besitz befindliche Textilfabrik Hotrifa bei Moknine, die Anfang 2004 in die Türkei "verlagert" wurde, war 54 Tage lang von 270 ArbeiterInnen besetzt. Sie stand unter regelrechter Belagerung der Polizei. Am Ende war es die tunesische Einheitsgewerkschaft UGTT (deren Bürokratie mit dem Staatsapparat verschmolzen ist, auch wenn es innerhalb der UGTT einen kämpferischen linken Flügel gibt), die dem Konflikt ein Ende setzte: Der Chef der örtlichen Sektion, Monji Ben Salah, der den Kampf der ArbeiterInnen unterstützte, wurde vom UGTT-Generalsekretär persönlich vorgeladen und mit dem Verlust von Amt und Job bedroht, falls er dem Protest nicht ein Ende setze. Die ArbeiterInnen mussten sich am Ende mit einer einmaligen Abfindung in Höhe von 900 Euro begnügen. Dagegen besetzten die Beschäftigten der Sotapex in Sousse im April 2004 einen Monat lang die Räume der UGTT.

Die "offizielle" UGTT denkt nicht im Traum daran, diese spontan ausbrechenden Kämpfe zu unterstützen. Dennoch formiert sich eine neue Gewerkschaftslinke innerhalb oder am Rande der UGTT, die u.a. auch durch die Bewegung gegen den Irakkrieg von 2003 beflügelt worden ist. Basisgewerkschaften organisieren notdürftig die Unterstützung für die "wilden" Streiks, in anderen Fällen sind es AktivistInnen der tunesischen Liga für Menschenrechte (LTDH) oder des Attac-Ablegers RAID. Beide Organisationen sind bereits in den letzten Jahren ins Visier polizeilicher Repression geraten.

Auch innerhalb der UGTT selbst kommt es jetzt erstmals zu nennenswerten Konflikten. Anfang September 2004 beschloss das Führungsgremium des Gewerkschafts-Dachverbands wie üblich, seine Unterstützung für die "Kandidatur" von Staatschef Ben Ali kundzutun. Doch zum ersten Mal votierten 8 Mitglieder des 64-köpfigen Gremiums offen dagegen, und fünf weitere enthielten sich der Stimme. "Nahezu ein Drittel der Basismitglieder", schreibt der Pariser Figaro, soll in Opposition zum UGTT-Apparat stehen.

Bernhard Schmid, Paris

2. Auswählen und abschieben

Das neue Zuwanderungsrecht ist kein Fortschritt

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:03

Nach über vier Jahren Einwanderungsdebatte wurde am 9. Juli 2004 im Bundesrat das "Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern" abschließend beraten. Der Bundestag hatte bereits am 1. Juli 2004 Parteien übergreifend zugestimmt. Für Bundesinnenminister Schily markiert dieses Gesetz eine "historische Zäsur". Es verkörpere den gesellschaftlichen Konsens, "dass wir Deutschland zu einem modernen, weltoffenen Land herausputzen müssen". (FAZ, 2.7.2004)

Doch mehr als ein zeitgemäß neoliberales, d.h. wettbewerbsstaatliches Einwanderungs-Make-up hat sich die Bundesrepublik nicht aufgelegt. Vor allem die wohlhabenden Selbstständigen (mit einem Investitionsvolumen von mindestens 1 Mio. Euro) und die Hochqualifizierten unter den MigrantInnen sollen angelockt werden. Diesen wird laut Schily der "rote Teppich ausgerollt". Die Masse der "Unerwünschten" jedoch wird fern gehalten. Der hoch- und selbstgelobte Zuwanderungsputz bröckelt bei näherem Hinsehen rasch. Darunter kommen die sicherheitspolitischen und polizeirechtlichen Wucherungen zum Vorschein.

Die öffentlichkeitswirksame Medieninitiative, mit der Bundeskanzler Schröder im Februar 2000 die Greencard-Regelung lancierte, läutete zugleich eine grundlegende Neuorientierung der bundesdeutschen Migrationspolitik ein. Alle Parteien legten eilig zusammen gezimmerte Entwürfe vor, mit denen die Wanderungsbewegungen umfassend gesteuert werden sollten. Zwischen "rentablen und unrentablen", also zwischen erwünschten und unerwünschten EinwandererInnen wollte man sorgsam und gezielt auswählen können. Mit dem Diktum des bayerischen Innenministers Beckstein erlangten solche Vorstellungen Stammtischreife: "Wir müssen darauf achten, dass weniger Ausländer kommen, die uns ausnützen, sondern mehr, die uns nutzen."

Keines der parteipolitischen Einwanderungsmodelle nahm jene MigrantInnen und Flüchtlinge in den Blick, die weder wirtschaftlich erwünscht sind, noch aus humanitären oder völkerrechtlichen Verpflichtungen aufgenommen werden müssen. Unter menschenrechtlichen Gesichtspunkten sind jene völkerrechtlichen Bestimmungen unzureichend, und angesichts der Gewalt der Globalisierung ist das internationale Schutzsystem mit seinen abgestuften Ausgrenzungsmechanismen geradezu untauglich. Ob eingestanden oder nicht - jegliche Einwanderungsregelung geht unvermeidlich mit einem folgenreichen Ausschluss der unerwünschten Migration einher. Allen parteipolitischen Einwanderungsentwürfen mangelt es nicht nur an einem angemessenen Problembewusstsein, sie sind auch durch das Fehlen einer menschenrechtlichen Perspektive gekennzeichnet. Die "zivilisierten" StandortpolitikerInnen aller Parteien verfolgen statt dessen eine darwinistisch und utilitaristisch grundierte Immigrationspolitik.

Um einen gesellschaftlichen Konsens zu simulieren, hatte der Bundesinnenminister im Juli 2000 eine überparteiliche Einwanderungskommission unter Vorsitz der CDU-Politikerin Rita Süssmuth eingesetzt. Der Bericht der "Süssmuth-Kommission", der im Sommer 2001 vorgelegt wurde, formierte und steuerte in der folgenden Zeit die Einwanderungsdebatte und lenkte sie in eine vorgegebene, migrationspolitisch alternativlos erscheinende Richtung. Die "unabhängige Einwanderungskommission" diente allein dazu, das Feld zu be- und umschreiben, auf dem sich die Debatte zu bewegen hatte. Wer mitdiskutieren wollte, hatte es in diesem abgesteckten Rahmen zu tun. Die politischen Stimmen jenseits von Kirchen und Gewerkschaften wurden kaum oder überhaupt nicht wahrgenommen.

Ein Konsens wird inszeniert

Die verschiedenen beteiligten Interessengruppen und Organisationen wurden beinahe widerspruchslos in den herrschaftlichen Diskurs eingebunden. Der als "Paradigmenwechsel" in der Einwanderungspolitik gefeierte Bericht vertrat nicht mehr als die nackten deutschen Wirtschaftsinteressen und den Ausschluss der Unerwünschten. Die propagierte neue Haltung in der Einwanderungsfrage entpuppte sich als eine Politik flexibler Migrationskontrolle und -steuerung, die den veränderten kapitalistischen Verwertungsbedingungen angepasst ist. Sie kann völlig zu Recht als "just-in-time-migration" bezeichnet werden.

Den Gesetzentwurf der Regierung berücksichtigt die Empfehlungen der Süssmuth-Kommission genauso, wie er weitere Zugeständnisse gegenüber der CDU/CSU bei der "Begrenzung" der Immigration beinhaltet. Sein roter Faden ist die vorbehaltlose Orientierung an den Interessen der deutschen Wirtschaft. Er ist ohne menschenrechtliche Perspektive, definiert Hunderttausende von Flüchtlingen und Migranten als "unbrauchbar" und steuert sie repressiv aus. Wo diese Entwurzelten der kapitalistischen Globalisierung bleiben, interessiert einen deutschen Bundesinnenminister nicht. Schily schlägt vielmehr den gleichen Ton an wie sein bayerischer Amtskollege: "Wir wollen keinen unbegrenzten Zuzug. (...) Wenn wir international konkurrenzfähig bleiben wollen, ... dann müssen wir die Möglichkeiten nutzen, die qualifizierte Zuwanderung bietet. (...) Wir haben deshalb die Arbeitsmigration strikt an den Bedarf unseres Landes geknüpft." (FAZ, 29.1.2004)

Im Gegensatz zur Praxis anderer europäischer Staaten wird im deutschen Zuwanderungsgesetz eine "humanitäre Regelung" für die MigrantInnen, die ohne Papiere in Deutschland leben, ausgeklammert. Die Sans Papiers, die erst durch das Gesetz selbst zu Illegalisierten gemacht werden, kommen lediglich als Personen vor, die zurück- und ausgewiesen werden sollen. Damit werden die Menschen in ihrer prekären Lebenssituation nicht nur sich selbst überlassen, sondern sozial ausgeschlossen. Ihr rechtloser Status wird auf diese Weise verfestigt: illegale Jobs, Ausbeutung, Marginalisierung, Kriminalisierung, Inhaftierung.

Die Flucht- und Wanderungsbewegungen, die schließlich aus der globalen kapitalistischen Ungleichheitsordnung resultieren, werden allein aus der Abwehrperspektive der wohlhabenden und "reformgestressten" deutschen Nation wahrgenommen. Bereits heute tragen die räumlich gestaffelten Abwehr-, Kontroll- und Aussonderungsmaßnahmen zum Tod Tausender bei. Nichts kann die fortgesetzte Einschränkung des Rechts zur Flucht rechtfertigen. Das Recht, die weltweiten Zonen der Gewalt, des Elends, der bitteren Armut und der existenziellen Perspektivlosigkeit zu verlassen, ist ein Menschenrecht par excellence. Darum sind Initiativen zur Legalisierung illegalisierter ImmigrantInnen in der Bundesrepublik dringender vonnöten denn je; ebenso Initiativen, die ihre politischen und sozialen Rechte beispielsweise als WanderarbeiterInnen oder als Flüchtlinge stärken. Alle hier lebenden Flüchtlinge mit prekärem Aufenthaltsstatus (z.B. Duldung) müssen ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten, egal, wie lange sie hier leben und arbeiten (so etwa die Kampagne "Hier geblieben" von PRO ASYL).

Wenn's dem Standort nützt

Es ist menschenrechtlich nicht akzeptabel, dass das Recht derjenigen Verfolgten, die aus den in der Genfer Flüchtlingskonvention festgelegten Gründen ihr Herkunftsland verlassen (müssen), fortgesetzt gegen die Rechte jener gestellt werden, die als Armuts- und Wirtschaftsflüchtlinge diskriminiert werden. Diese Differenzierung wird der erzwungenen globalen Migration ebenso wenig gerecht wie dem selbstbestimmten Recht zur Flucht. Und ein "faires" Asylverfahren mit möglichst kurzen Rechtswegen, in dem der kleine Prozentsatz tatsächlich Verfolgter herausgefiltert wird, reicht nicht aus, um dem internationalen Schutzsystem der Genfer Flüchtlingskonvention Genüge zu tun. Das Menschenrecht auf Asyl steht dem auf Freizügigkeit, Mobilität und Leben nicht entgegen.

Das deutsche Zuwanderungsgesetz ist die repressive Antwort auf die weltweiten Migrationsbewegungen im Gefolge neoliberaler Globalisierung. Es löst die damit einhergehenden Probleme nicht, im Gegenteil: Es verschärft sie geradezu tödlich. Kern des neuen Gesetzes ist die "Immigrationsbegrenzung". Nach innen gewandt bedeutet dies u.a., die unerwünschten MigrantInnen und Flüchtlinge so rasch wie möglich wieder außer Landes zu befördern.

Im Zuwanderungsgesetz sind zuhauf entsprechende Zwangsmomente enthalten, mit denen Menschenrechtsverletzungen legalisiert werden: Die Praxis der Abschiebehaft bis zu 18 Monaten fortgesetzt, und die gewaltsame "Durchsetzung der Ausreisepflicht" (Abschiebung) mit ihren vielfach tödlichen Folgen wird weiterhin aufrechterhalten. Ergänzend wird es den Bundesländern ermöglicht, so genannte Ausreisepflichtige in Ausreiselager einzuweisen. Dort sollen sie mit psychischem Druck zur "freiwilligen" Ausreise gezwungen werden. Die Ausweisungsmöglichkeiten bei "Straftätern" werden erweitert. Nach der Strafhaft folgt die Abschiebung (doppelte Bestrafung). Da verwundert es kaum, dass die möglichst schäbige Umgangsweise mit unerwünschten MigrantInnen und Flüchtlingen wie ehedem zum festen Bestandteil des neuen Zuwanderungsgesetzes gehört.

Dirk Vogelskamp

Eine Langversion dieses Textes erscheint Mitte Dezember im Jahrbuch 2003/2004 des Komitees für Grundrechte und Demokratie

3. Einkreisen, Filtern, Abwehren

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:04

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), eine regierungsnahe Strategie-Schmiede, wirbt unter dem Titel "Flüchtlinge aus Afrika" (SWP-Aktuell 33/August 2004) für eine kohärente deutsche und europäische Afrika-Politik. Das erfordere u.a. auch die Bereitschaft zur militärischen Intervention. Das Fazit lautet: Da der Entwicklungsunterschied zwischen Europa und Afrika auf Jahrzehnte weiter bestehen werde, werde man, "will man den Zustrom nach Europa eindämmen und den Sprung in eine großzügige Zuwanderungspolitik nicht wagen,... weiterhin nicht um restriktive Maßnahmen herumkommen". Und weiter: " ... auch ein frühes Filtern des Migrantenstroms und ein zielstrebiges Abschiebeverfahren werden dann Bestandteil der europäischen Flüchtlingspolitik sein müssen."

Die vom deutschen Innenminister zynisch als "Begrüßungszentren" deklarierten Auffanglager sind nur ein Element jener von der SWP angeregten Migrationsfilter. Deutlich wird, dass die europäische Migrationspolitik einschließlich des nationalen Zuwanderungsgesetzes lediglich einen Teilbereich jener Strategie darstellt, mit der die globale Ungleichheitsordnung militärisch-politisch aufrecht erhalten wird, aus der sich der Reichtum der Metropolen speist. Das europäische Migrationsregime ist Teil des Krieges gegen die Massenarmut der drei Kontinente und ihren Anspruch auf Leben, wie er sich in der Migration ausdrückt, und gegen ihre Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit - nach praktizierten Menschenrechten.

Dirk Vogelskamp

4. Tod in der Wüste

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:05

Der portugiesische Journalist Paulo Moura hat in einer lesenswerten Reportage das Überleben und Sterben "illegaler" afrikanischer Flüchtlinge im Wald von Missnana in der Nähe Tangers (Marokko) beschrieben. Er hat sie in ihrem Waldversteck aufgesucht und mit ihnen gesprochen. Einige hundert Menschen hausen dort in Erdhöhlen und warten auf eine Gelegenheit, nach Europa zu gelangen. Vielen fehlt das Geld für Schlepper, viele finden keinen Job, sind krank. Moura berichtet von den Razzien der Polizei und von den Überfällen marokkanischer Banditen, die hoffen, bei den afrikanischen Flüchtlingen Beute zu machen. Die Flüchtlinge selbst bezeichneten sich als "camarades", in der Überzeugung, es sei Arabisch und bedeute Ausländer. Moura erwähnt nebenher, dass Marokko Geld von der EU erhalte, um das Problem der "Illegalen" an Ort und Stelle zu lösen. Und Marokko tut dies auf seine Weise:

"Man ‚deportiert' sie, in Lastwagen, zu Hunderten. Männer, Frauen, Kinder, die, bis auf ihre Kleider am Leib, nichts bei sich haben. In verschlossenen Transportern geht es per Express in den Tod, unaufhaltsam, wie damals, in den Waggons nach Auschwitz. Sie werden nicht in ihre Ursprungsländer abgeschoben, sondern zurückgebracht, auf die andere Seite der Tür, durch die sie gekommen sind, in die Gegend von Oujda. Hinter der Grenze, im Niemandsland zwischen Marokko und Algerien (das sie ebenfalls nicht aufnimmt), dort, mitten in der Wüste, werden die camarades ausgeladen.

In einem unwirtlichen, menschenleeren Landstrich, glühend heiß bei Tag und eiskalt bei Nacht. Dort irren die camarades halb verhungert, wie Zombies, durch die Sandstürme, verrotten zu Tausenden. Dort kreuzen sich Tag für Tag die Flüchtlingsströme aus dem Süden mit denen der ‚Deportierten' aus dem Norden. Dort sterben sie, auch wenn keiner zum Sterben gekommen ist."

Anmerkung:

1) "Im Wald von Missnana - ein Lager afrikanischer Flüchtlinge vor der Festung Europa", in: Lettre International, Herbst 2004

5. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:06

Reportagen aus Südostasien

Zwischen 1999 und 2003 lebte die Journalistin Charlotte Wiedemann auf der malaysischen Insel Penang. Von dort unternahm sie ausgedehnte Reisen in mehrere Länder Südostasiens, Länder mit extremen sozialen Unterschieden, Entwicklungsabständen, ethnischer und kultureller Pluralität, "Reibungsflächen zwischen Tradition und Moderne": Kambodscha, Philippinen, Vietnam, Indonesien, Osttimor, Burma und Thailand. Ihre Reportagen erschienen in diversen deutschsprachigen Wochenzeitungen und Magazinen. Die Edition Freitag hat nun diese Artikel zusammengefasst in dem Buch "Die Hütte der kleinen Sätze. Politische Reportagen aus Südostasien". Bemerkenswert sind die Reflexionen, die Charlotte Wiedemann an den Schluss ihres Buches gestellt hat. "Die gerahmte Welt. Die Wahrnehmung des Fremden im Zeitalter globaler Medien" ist dieses Nachwort überschrieben. Es problematisiert die verengte Perspektive auf die Realität, die ferne Ereignisse in einen von den Medien vorgegebenen Rahmen zwängt. Terrorismus, Krieg und Gewalt - das sind die Themen, über die KorrespondentInnen zu berichten haben. Als Faustregel gilt: "Bloß einen Konflikt nicht verharmlosen, im Zweifelsfall lieber dramatisieren, damit ist man auf der sicheren Seite." Ihre eigenen Reportagen dagegen bezeichnet Charlotte Wiedemann als Produkte eines "altmodischen Journalismus", der ohne aufwendige Recherche-Reisen, Gespräche mit ZeitzeugInnen und Nachfragen nicht funktioniert - Dinge, die den um schnellstmögliche (und entsprechend ungenaue bis verfälschende) Berichterstattung konkurrierenden Mainstream-Medien überflüssig erscheinen. Von den insgesamt 24 Reportagen, die Charlotte Wiedemann auf ihre "altmodische" Weise produziert hat, sei hier der Bericht von einer "Reise auf den Spuren des Genozids" in Kambodscha herausgehoben. Er trägt den Titel "Pol Pot und das Schweigen" und behandelt die Traumatisierungen der kambodschanischen Gesellschaft durch den Massenmord der Roten Khmer - ein weitgehend tabuisiertes Thema. Die allermeisten Mörder blieben unbehelligt, einige sind in dem bitter armen Land sogar reich geworden. Nur wenige Überlebende und Angehörige der Opfer kämpfen gegen die "Kultur der Straflosigkeit". Ihr Ziel: ein Tribunal gegen die Schreckensherrschaft der Roten Khmer. Denn Vergleichbares "kann überall passieren", sagt der Direktor des Dokumentationszentrums für den Völkermord.

Charlotte Wiedemann: Die Hütte der kleinen Sätze. Politische Reportagen aus Südostasien, Edition Freitag, Berlin, 2004, 200 Seiten, 14,80 EUR

Plädoyer für den Faschismus-Begriff

Neben diversen lesenswerten Beiträgen zu mehr oder weniger speziellen historisch-politischen Themen ist es vor allem ein Artikel im neuen Heft der Sozial.Geschichte (früher: 1999), der unbedingt diskussionswürdige Argumente zu einer auch in der Linken längst nicht geklärten Frage zusammenfasst: Karl Heinz Roths Aufsatz "Faschismus oder Nationalsozialismus? Kontroversen im Spannungsfeld zwischen Geschichtspolitik, Gefühl und Wissenschaft". Der Autor plädiert für "eine transnationale und komparative Sichtweise auf die faschistische Epoche, was ein theoretisches Modell und den Verzicht auf den wegen seines Singularitätsanspruchs untauglichen Schlüsselbegriff ‚Nationalsozialismus` voraussetzt." Roth argumentiert gegen den "germanozentrischen Blickwinkel" und den Begriff "Nationalsozialismus", den er aus mehreren Gründen für untauglich hält: Es handele sich dabei um eine "affirmative Selbstdefinition", die den militanten Antisozialismus der NSDAP verschleiere; außerdem schließe der Begriff seine "faschistischen Kontexte und Varianten per definitionem aus". Zwar verschweigt Roth nicht die "Defizite der früheren Faschismusdebatte" und kritisiert die "vor-wissenschaftliche Festlegung der DDR-Faschismusforschung". Gleichzeitig hält er an einem übergreifenden Faschismus-Begriff fest und macht auch Vorschläge zu dessen Definition: "Der Faschismus war eine gegenrevolutionäre Bewegung der herrschenden Klassen, Mittelschichten und proletarischen Randgruppen", schreibt Roth; bei allen nationalen Besonderheiten waren einige ideologische Komponenten für alle seine Varianten kennzeichnend: "völkisch-chauvinistischer Nationalismus"; die Vision von der in einem "Revisionskrieg" erkämpften "nationalen Wiedergeburt", die seinen Anhängern sozialen Aufstieg ermögliche; Feindschaft zum Parlamentarismus; Führerkult; Herrenmenschen-Denken; Rassismus und Antisemitismus. Dass das "Konstrukt des Juden als Verkörperung einer ‚parasitär-kosmopolitischen Gegenrasse`... zum faschistischen Stereotyp" gehörte, wie Roth schreibt, ist zwar richtig. Dass allein der Nationalsozialismus jenen "Erlösungsantisemitismus" entwickelte, der zum Völkermord an den europäischen

Juden führte, erwähnt Roth allerdings nicht. Damit schadet er seinem Anliegen, zumal sich aus dieser Singularität des deutschen Faschismus die gewichtigsten Einwände gegen einen allgemeinen Faschismus-Begriff ableiten.

Sozial.Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, Heft 2/2004. Zu beziehen über den Peter Lang Verlag, Bern: www.peterlang.net. 126 Seiten, 13,30 EUR

Deutschland und der Nahe Osten

Der Historiker Moshe Zimmermann, geboren 1943, Sohn einer Hamburger Familie, die 1937/38 nach Palästina auswanderte, ist, wie Ulrich Hermann schreibt, "ein Grenzgänger zwischen Israel und Deutschland, zwischen den Kulturen und Unkulturen seiner Herkunft und seines Heimatlandes, zwischen Nationalismus und Zionismus, zwischen israelischen und deutschen Lesarten und Deutungen der jüdisch-deutschen und der deutsch-jüdischen Geschichte." So steht es im Nachwort von Zimmermanns Buch "Goliaths Falle. Israelis und Palästinenser im Würgegriff". Darin sind Artikel und Kommentare zusammengestellt, die Zimmermann, Professor für Neuere Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem, in den vergangenen zehn Jahren in deutschsprachigen und israelischen Zeitungen veröffentlicht hat. Das Buch ist in drei Teile unterteilt. Die Artikel des ersten Teils, "Blick auf Deutschland", sind aus israelischer Perspektive geschrieben; im zweiten Teil geht es um Israels "Festungsmentalität", der dritte ist der Al-Aqsa-Intifada und ihren Ursachen gewidmet. Man mag über manche Einschätzungen des Autors streiten - seine Beiträge sind in jedem Fall anregend und mit Gewinn zu lesen. Zum Beispiel seine Beobachtungen beim "Verkäuferinnen-Test" in Deutschland, der den alltäglichen Rassismus sichtbar werden lässt. Als besonders hellsichtig erwies sich ein Artikel, in dem er genau zwei Monate vor Beginn der Al-Aqsa-Intifada die in Israel verbreitete Ansicht demontierte: "Die Araber verstehen einzig und allein die Sprache der Gewalt." Offensichtlich brachte die Unterdrückung der Palästinenser nicht deren Unterwerfung, sondern neue Gewalt: "So spielen gerade die Vertreter der ‚strammen Haltung Israels` den militanten, gewaltbereiten Gegnern in die Hände, die zu dem Schluss kommen, um Israelis etwas abzutrotzen, muss man nicht an ihre Vernunft appellieren, sondern ihre Angst vor Schlägen aktivieren." Leider sind es "nicht die sturen Scharfmacher, die am Ende den Preis zahlen."

Moshe Zimmermann: Goliaths Falle. Israelis und Palästinenser im Würgegriff. Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin , 2004, 192 Seiten, 8,50 EUR

6. Das Erbe des Patriarchen

Palästina nach Arafat

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:07

In die Nachrufe auf Abu 'Ammar (alias Yassir Arafat), den schillernden und zuletzt tragisch gescheiterten Mr. Palästina, mischen sich allerorten Spekulationen über die nun folgende Periode im palästinensisch-israelischen Konflikt. Durch das Ableben des Patriarchen werden die palästinensische Gesellschaft und ihre politischen Institutionen vor Herausforderungen gestellt, auf die sie nur unzureichend vorbereitet sind und auf die sie unter den gegebenen Umständen nur teilweise selbstständig reagieren können.

Aktuell geht es weniger um die unmittelbare Nachfolge Yassir Arafats als Vorsitzender des PLO-Exekutivrates, als Fatah-Chef und Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde. Diese Funktionen dürften relativ geräuschlos unter seinen jeweiligen Stellvertretern aufgeteilt werden, die allesamt der alten Garde der "Tunesier" angehören. Diese hatten die politische Macht in den palästinensischen Institutionen auch in den Oslo-Jahren monopolisiert und die innerhalb der besetzten Gebiete gewachsene "innere Führung" auf mittlere und untere Positionen abgedrängt. Auf Grund ihres Pragmatismus und ihrer Korrumpierbarkeit gelten sie als bevorzugte Ansprechpartner israelischer Regierungen, vor allem die in den letzten Jahren als Alternativen zu Arafat aufgebauten Abu Masen (Mahmoud Abbas) und Abu 'Ala (Ahmed Kurei). Doch auf welche Weise sich das Ende Arafats auf die Handlungsfähigkeit der palästinensischen Institutionen auswirken wird, bleibt bislang offen.

Viele Beobachter befürchten eine Ära politischer Diadochenkämpfe. Dadurch würde die palästinensische Verhandlungsposition gegenüber Israel zusätzlich geschwächt. Anzeichen für eine solche Entwicklung gibt es seit geraumer Zeit, vor allem im Gazastreifen, wo das Fatah-Establishment mit einer einflussreichen und gut organisierten islamistischen Opposition konfrontiert ist. Dort existieren Spannungen nicht nur zwischen den mehr oder weniger säkularen Fatah- und PLO-Linken einerseits und den islamistischen Gruppen Hamas und Islamischer Jihad andererseits, die jeweils über bewaffnete Milizen verfügen. Auch innerhalb der Fatah selbst gibt es rivalisierende Gruppen, deren jeweilige bewaffnete Arme (Sicherheitsdienste wie Guerilla-Gruppen) sich gegeneinander wenden könnten.

Der von Ariel Sharon anvisierte und von einer großen israelischen Koalition aus Arbeitspartei, Teilen des Likud und einigen kleineren Parteien unterstützte einseitige israelische Rückzug aus dem Gazastreifen könnte der Auslöser für einen blutigen innerpalästinensischen Machtkampf in Gaza werden. In der Westbank ist die Kontrolle der Autonomiebehörde noch nicht so weit erodiert. Doch auch hier besteht das Risiko einer zunehmenden Fragmentierung und Warlordisierung, vor allem auf Grund der Parzellierung des Westjordanlandes durch Mauerbau, Straßensperren und Siedlungsblöcke und der damit einher gehenden drastischen Einschränkung der Freizügigkeit für die palästinensische Bevölkerung. Der territorialen Zersplitterung des Westjordanlandes könnte über kurz oder lang die politische Fragmentierung folgen, da die Durchsetzungsfähigkeit einer palästinensischen Zentralmacht gegenüber lokalen Machtzentren durch derlei Maßnahmen eingeschränkt wird.

Blutiger Machtkampf nicht auszuschließen

Dem in weiten Teilen der Bevölkerung unpopulären palästinensischen Polit-Establishment mangelt es schon seit längerem an Legitimität. Desillusioniert von der eigenen Führung und gebeugt unter der Last der israelischen Besatzung, ist es zu einer spürbaren Entpolitisierung der palästinensischen Gesellschaft gekommen, die sich entweder im alltäglichen Existenzkampf aufreibt, in Religion und Tradition flüchtet, sich für Selbstmordattentate rekrutieren lässt oder sich in den wenigen verbliebenen Wohlstandsnischen einrichtet. Einzige Gewinner dieser Entwicklung sind die Hamas und kleine lokale oder regionale Guerillagruppen, welche die israelische Besatzung militärisch nicht in Gefahr bringen können.

Dringend notwendige Reformen der palästinensischen Institutionen und eine Re-Politisierung des palästinensischen Befreiungskampfes könnten einzig durch baldige demokratische Wahlen in den besetzten Gebieten eingeleitet werden, in die sämtliche politischen Strömungen einbezogen werden müssten. Im Falle freier Wahlen wäre wahrscheinlich Marwan Barghouti der Sieger und damit legitimer Nachfolger Arafats. Barghouti ist Mitglied des 1996 gewählten palästinensischen Parlaments, ein charismatischer und als politisch

integer geltender Vertreter der "inneren Führung" der Fatah. In den 1990er Jahren engagierte er sich stark für die Demokratisierung der Fatah-Institutionen und für die Integration der Hamas in das palästinensische politische System. Seit Frühjahr 2002 sitzt er jedoch als "Terrorist" in israelischer Haft.

Israel setzt weiter auf militärische Überlegenheit

Palästinensische Wahlen sind in nächster Zeit ohnehin unwahrscheinlich. Israelischen Regierungen ist an einer politisch gestärkten palästinensischen Führung nicht gelegen. Vielmehr ist deren fortdauernde Schwäche und Zersplitterung im Sinne der israelischen Herrschaftslogik überaus nützlich. Die Hoffnung, dass Israel das Ableben seines Public Enemy Nr. 1 zum Anlass für erneute politische Initiativen mit dem Ziel einer Verhandlungslösung im Nahost-Konflikt nutzen könnte, wird wohl ein frommer Wunsch bleiben. Selbst wenn Sharon von seiner bisherigen unilateralen Linie abrücken sollte, würde jedes vorstellbare israelische Verhandlungsangebot deutlich hinter die Parameter des späten Oslo-Prozesses zurückfallen, welche ihrerseits von der palästinensischen Seite bereits als unzureichend abgelehnt wurden. Kein palästinensischer Politiker (nicht einmal Arafat) aber hat die Macht, eine "Lösung" des Konfliktes durchzusetzen, die in den Augen der Bevölkerung nicht mehr ist als eine endgültige Kapitulationserklärung.

Es ist davon auszugehen, dass solch simple Wahrheiten auch in israelischen Regierungskreisen bekannt sind. Doch der trügerische Charme militärischer, politischer und wirtschaftlicher Überlegenheit, verstärkt durch Rückenwind aus Washington, dürfte die Fortsetzung des selbstzerstörerischen israelischen Kurses der letzten Jahre bis auf weiteres garantieren.

Achim Rohde

7. Autonomie im (Wind-)Schatten des Linkspopulismus?

Der Zapatismus vor der mexikanischen Präsidentschaftswahl 2006

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:08

Mit einem achtteiligen Kommuniqué meldete sich der Sprecher der zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN), Subcomandante Marcos, Ende August aus monatelangem Schweigen und den südwestmexikanischen Bergen zurück. Zeitgleich erscheint - ebenfalls in der linken Tageszeitung La Jornada - ein anderes in voller Länge abgedrucktes Dokument: Das 20-Punkte-Programm des beliebten linkspopulistischen Politikers Andrés Manuel Lopez Obrador (kurz: "Amlo"). In (nicht nur) diesen beiden Texten ist von einer zentralen Forderung der ZapatistInnen die Rede - wenn auch nicht auf dieselbe Weise: von Autonomie.

Ende August trug Amlo, möglicher Präsidentschaftskandidat der sozialdemokratischen PRD in 2006 und jetziger Bürgermeister von Mexiko-Stadt, sein Programm einer halben Millionen Menschen in der Hauptstadt vor. Zu dieser Großkundgebung war es gekommen, weil die politische Rechte darauf drängt, dem Sozialdemokraten die Immunität abzuerkennen, um ihn im Zusammenhang mit einem Korruptionsskandal vor Gericht stellen zu können. Der bedrohte Politiker nutzte die Sympathiebekundung zu seinen Gunsten dazu, sein "alternatives nationales Projekt" vorzustellen. Explizit als Anti-Neoliberales Programm formuliert, fordert der Linkspopulist darin einen neuen sozialen Pakt und einen "wirklichen Wechsel" in Mexiko. Von MenschenrechtsbeobachterInnen bis zu WirtschaftsvertreterInnen sind sich nach vier Jahren Amtszeit viele darin einig, dass der amtierende Präsident von der konservativen Partei der Nationalen Aktion (PAN), Vicente Fox, diesen "wirklichen Wechsel" nicht geschafft hat. Dabei war der konservative Manager nach 71 Jahren Herrschaft der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) national wie international als Demokratisierungshoffnung gehandelt worden.

Autonomie "im Rahmen des Staates"?

Hatten soziale Bewegungen wie vor allem die zapatistische einen nicht eben geringen Einfluss auf das Auseinanderbrechen des PRI-Systems, stellt sich die Frage nach den Möglichkeiten ihrer Politik unter den nunmehr veränderten Bedingungen neu. Welche Rolle können soziale Bewegungen wie die zapatistische für einen sozialen und politischen Wandel spielen, wenn der Gegner nicht ein autoritär-korruptes oder konservativ-unternehmerisches Regierungsprojekt mit jeweils neoliberalem Programm ist? Gräbt das "alternative nationale Projekt" eines beliebten Politikers mit linken Prinzipien wie Amlo der emanzipatorischen Kraft sozialer Bewegungen das Wasser ab? Oder kann er für BasisaktivistInnen nützlich sein und als irgendetwas zwischen Schutz und Sprachrohr fungieren? Noch ist Amlo nicht der offizielle Kandidat für die Wahl 2006 und zudem stehen bislang nur seine Worte über die mexikanische Nation einer zehnjährigen Praxis der Zapatistas gegenüber - einer Praxis, die diese Nation verändert hat. Aber Amlos Projekt wird auch Auswirkungen auf zapatistische Strategien haben. Obwohl sowohl seine ehemalige PRI-Mitgliedschaft als auch seine guten Beziehungen zu Carlos Slim, einem der reichsten Unternehmer Mexikos, allgemein bekannt sind, besteht an Amlos Integrität in weiten Kreisen Mexikos offenbar kein Zweifel.

Geschickt bezieht sich Amlo zu Beginn seiner Rede auf die linken Helden der - alles andere als durchweg linksradikalen - mexikanischen Revolution, lobt Pancho Villas "Verwegenheit" und Emiliano Zapatas Treue gegenüber den von ihm vertretenen Bauern. Zum Besten der mexikanischen Geschichte zählt er auch die "Kraft sozialer, gewerkschaftlicher und studentischer Bewegungen". Zusammen mit der ausgesprochenen Ablehnung, das Militär zur "Lösung sozialer Probleme" einzusetzen, unterscheiden sich diese programmatischen Schlagwörter allein innenpolitisch tatsächlich von allen Politiken vorheriger mexikanischer Präsidenten.

Was Amlo andererseits zum geradezu klassischen Linkspopulisten macht, ist zudem sein auf einen eigenen, nationalen Weg setzendes Wirtschaftsprogramm. Dabei greift er ebenfalls einen Bewegungsdiskurs auf und plädiert dafür, die Globalisierung zu nutzen, anstatt sie zu erleiden. Deutlich spricht er sich gegen die Privatisierung des Energiesektors (Öl und Elektrizität) aus - auch in Mexiko ein immer wieder forciertes Vorhaben der Neoliberalen. Mit seinem Plädoyer für "gegenseitigen Respekt und Zusammenarbeit" knüpft der neue Hoffnungsträger an die USA-kritische Haltung vieler Linkspopulisten an, ohne allerdings einen wirklich

antiimperialistischen Kurs einzuschlagen. Eine Vereinbarung mit dem Nachbarn im Norden, die den Einsatz von Gummigeschossen gegen MigrantInnen legalisiert, wie sie die Regierung Fox kürzlich unterzeichnet hat, würde es mit Amlo wohl nicht geben. Auch in verschiedenen anderen Zusammenhängen taucht das Thema Migration in der Rede auf. Unter dem Motto: "Die beste Außenpolitik ist die Innenpolitik" plädiert Amlo für die Stärkung der durch das das nordamerikanische Freihandelabkommen (NAFTA) zwischen Mexiko, den USA und Kanada geschwächten mexikanischen Landwirtschaft. Diese Stärkung soll Migration verringern.

Zapatistische "Neugründung der Nation"

Ein zentraler Punkt im Programm des Hauptstadt-Bürgermeisters sieht die Umsetzung der 1996 zwischen der Guerilla EZLN und der damaligen PRI-Regierung ausgehandelten Abkommen von San Andrés vor. Das Recht auf Autonomie für die Indigenass, so Amlo, sei weder eine Gefahr für die Souveränität noch für die nationale Einheit, "weder Segregation noch Reservation oder Separatismus", sondern sie sei der Respekt gegenüber ihren Formen der Organisation "im Rahmen des Staates". Und an genau dieser Frage - der Frage nach der Autonomie - lässt sich am besten verdeutlichen, was gleichermaßen für andere Fragen gilt, bei denen sich linkspopulistische und zapatistische Politikinhalte zu überschneiden scheinen (Bezug auf den linken Flügel der mexikanischen Revolution, auf emanzipatorische Kämpfe und eine "andere Globalisierung" gegen den Neoliberalismus): Sie eröffnet ein umkämpftes Feld, das mit unterschiedlich radikalen Positionen besetzt wird. Während Amlo die Anerkennung der Autonomie als nationale "Schuld gegenüber den Indigenass" abhandelt, haben pro-zapatistische Autoren immer wieder die weiter gehende Bedeutung des zapatistischen Autonomieverständnisses sowie der real gelebten autonomen zapatistischen Landkreise betont. Dabei geht es eben nicht nur um ein "Recht auf Identität" oder das freie Ausleben von "Sitten und Gebräuchen". So beschreibt beispielsweise Jaime Leroux in der linken Zeitschrift La Guillotina den Kampf um Autonomie als einen Kampf "gegen die Konzentration der Prozesse von Machtproduktion und Normenerschaffung" und für eine Dezentralisierung öffentlicher Entscheidungen. Während es Leroux um die juristischen Konsequenzen des zapatistischen Autonomiemodells geht, hebt Gilberto López y Rivas in La Jornada die ganz praktischen Erfolge der seit einem Jahr tätigen "Räte der Guten Regierung" auf umwelt- und sicherheitspolitischer Ebene hervor. Aber auch für López y Rivas beinhaltet Autonomie im zapatistischen Sinne mehr als indianische Selbstverwaltung. Sie sei eine "erfolgreiche Praxis der Konstruktion und Bestärkung des autonomen Subjekts" und damit von grundsätzlich ethischer Bedeutung. Beide - hier nur als aktuelle Beispiele dieser verbreiteten Position heraus gegriffenen - Autoren sprechen allerdings auch von der explizit nationalen Politikrelevanz zapatistischer Autonomie: Die zapatistischen Entwürfe hätten nicht nur Terrain gewonnen in der Zivilgesellschaft, sondern auch an die Notwendigkeit erinnert, "neue Wege zu finden für eine Transformation unserer nationalen Realität" (López y Rivas). Diese Wege bereits eröffnet zu haben, hin zu einer "demokratischen Redefinition der Nation und des mexikanischen Staates" hält auch Leroux den Zapatistas zu Gute. Und auch Subcomandante Marcos geht es in seinem neuesten Kommuniqué angesichts der neoliberalen Konterrevolution gleich um die "Neugründung der Nation".

Der zapatistische Bezug auf die Nation war gerade auch als Strategie gegen die Einschränkung von Autonomie auf ein regionales oder ethnisch-indigenes Projekt in Anschlag gebracht worden. Unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen, angezeigt beispielsweise durch einen linken Präsidenten, droht aber gerade diese strategische Bezugnahme den Zapatismus zu schwächen. Denn einerseits ist es von je her eine linkspopulistische Spezialität, die nationale Karte zu spielen und sich in Abgrenzung zu korrupten Konservativen als die "besseren VertreterInnen der Nation" zu präsentieren. Auch was die materiellen und selbst die personellen Ressourcen betrifft, befindet sich Amlo gegenüber den Zapatistas im Vorteil. Zudem verliert die zapatistische Einschluss-Forderung "kein Mexiko mehr ohne uns!" an Mobilisierungskraft, wenn die Regierungspartei nicht mehr die von Klerikalen, Großgrundbesitzern und Unternehmern ist wie momentan, sondern ihre Wurzeln selbst zum Teil in sozialen, pro-indigenen Bewegungen hat, wie die PRD. Es gilt also aus zapatistischer Sicht, das (zunächst diskursive) politische Feld nicht den LinkspopulistInnen zu überlassen. Denn die über die aktiven Gemeinden und Landkreise hinaus gehende Relevanz des Autonomie-Projektes ist schwerer zu behaupten, wenn auch das linkspopulistische Regierungsprojekt eines der nationalen Erneuerung vor dem Panorama derselben Ahnengalerie ist.

Linkspopulismus: Schutz, Sprachrohr, Falle?

Soll das zapatistische Autonomieprojekt nicht auf "kulturelle Rechte im Rahmen der Nation" reduzierbar werden, wird es sich nicht zuletzt an der Frage des Eigentums zuspitzen müssen. Hier wird sich bei einem

eventuellen Wahlsieg der PRD auch zeigen, was die Worte Amlos wert sind, steht doch die komplette Umsetzung der Verträge von San Andrés - und damit die Anerkennung kollektiven Eigentums - den Interessen derjenigen entgegen, die im Süden des Landes infrastrukturelle und industrielle Großprojekte durchführen wollen. Und das ist neben den Unternehmerverbänden auch der Staat. Als wessen Schutz oder Sprachrohr sich wer dann herausstellt, wird sich also noch zeigen.

Die zapatistische Autonomie ließe sich durchaus als transnationales Projekt konzipieren. Mit ihrer Ausrichtung gegen den neoliberalen Kapitalismus und den großen "intergalaktisch" genannten Treffen verschiedener sozialer AktivistInnen 1996 und 1997 hat die zapatistische Bewegung von Beginn an Anschluss gesucht an Anti-Neoliberale Bewegungen in aller Welt. Und sie hat diese Strömungen über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg selbst forciert und beflügelt. Daran lässt sich immer noch anknüpfen - auch ohne mexikanische Nationalflagge und Hymne, sondern im Bezug auf emanzipatorische Kämpfe in Geschichte und Gegenwart dies- und jenseits der mexikanischen Staatsgrenzen.

Jens Kastner

8. Bedingungslos arbeiten? Bedingungslos hinterfragen!

Queer/feministische Widerstandsperspektiven auf prekäre Arbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:09

Anfang Oktober traf sich ein Kreis von 17 queerpolitisch/-theoretisch interessierten Menschen aus insgesamt sechs Ländern an der Uni Hamburg, um mögliche Annäherungen an prekarisierte Lebens- und Arbeitsverhältnisse aus feministischer und queerer Perspektive zu diskutieren. Deutlich wurde dabei vor allem eines: Je prekarisierter die Verhältnisse, umso weniger hat sich die Frage nach Geschlecht und Sexualität als Normalisierungsregime erledigt.

Die Diskussion auf dem Hamburger Work-Shop ging zunächst von "klassisch" queeren Fragestellungen aus: Inwiefern spielen Kategorien von Geschlecht, Sexualität, "Rasse" und Klasse in der (Re-)Produktion sozialer Ungleichheiten eine Rolle? Wie können diese bezeichnet werden, ohne dass gleichzeitig auf ein Arsenal an Binaritäten zurückgegriffen wird, das hierarchische Oppositionen (Mann/Frau, hetero/homo etc.) erneut zementiert? Kurz: Wie können Partikularitäten benannt werden, ohne ein normativ Universelles zu reproduzieren? Diese Fragen wurden aufgegriffen und in Bezug auf die Erfahrung und Realität von Prekarisierung neu formuliert: Können analytische Kategorien wie etwa "normative Heterosexualität" auf prekäre Lebens- und Arbeitsverhältnisse weiterhin angewandt werden? Wie manifestiert sich eine Heterosexualisierung der Arbeit innerhalb prekärer Arbeitsverhältnisse? Wie drückt sich in diesen Homopohobie aus und wie können diskriminierte soziale und sexuelle Positionen in einem prekären Arbeitsgefüge verhandelbar gemacht werden?

So nahe liegend die Fragen, so schwierig die möglichen Antworten. Schon die Versuche, Prekarisierung genau zu definieren, scheitern. Während für einige allein der Jobverlust die Eintrittskarte für eine Konfrontation mit Prekarisierung einleitet, weisen andere darauf hin, dass der Begriff Prekarisierung sich nicht nur auf entlohnte Beschäftigungsverhältnisse bezieht, sondern allgemein ungesicherte (Über-)Lebensverhältnisse charakterisiert. Und diese unterscheiden sich signifikant zum Beispiel danach, ob eine/r mit (UN-)gesichertem Aufenthaltsstatus lebt. Kurz: Prekarisierung kann nicht losgelöst vom Kontext internationaler Migrationsregime diskutiert werden.

Wenn also mit dem Begriff der Prekarisierung gearbeitet werden soll, dann sollte er gerade nicht dazu dienen, Unterschiedlichkeiten in Lebenssituationen zu nivellieren oder mögliche Gleichzeitigkeiten von prekären und nicht-prekären Situationen aus den Augen zu verlieren. Anstatt den Slogan "wir sind alle prekär" ohne Rücksicht auf unsichtbare Differenzen in den Arbeits- und Lebenssituationen anzuwenden, sollte deshalb die eigene Positionierung innerhalb gesellschaftlicher Machtverhältnisse genauer bestimmt und dementsprechend Position bezogen werden. Schwierig bleibt die Antwort auf die Frage, wie sich von einer solch "individuellen Positionsbestimmung" aus der Übergang zu einer kollektiven politischen Praxis schaffen lässt.

Klar wurde in der Diskussion jedenfalls: Prekarisierung kann nicht nur als ein "von oben" zugemuteter Prozess und als generelle Verschlechterung gegenwärtiger Zustände begriffen werden. Stattdessen ist es notwendig, sich auch als aktive/r ProduzentIn der eigenen Umgebung zu sehen und die Möglichkeiten zu nutzen, die eine Abkehr von strikt regulierten Arbeitsverhältnissen und damit einhergehend von der heteronormativ strukturierten Kleinfamilie als hegemoniales Modell in sich bergen. Allerdings sollte nicht übersehen werden, dass sich eine Lebensführung jenseits jeglicher materiellen Absicherung auch ausgesprochen schwierig gestaltet. Diese Paradoxie bringt der Begriff der "Flexicurity" auf den Punkt, der sich aus dem englischen flexibility (Flexibilität) und Security (Sicherheit) zusammensetzt. Er beschreibt nicht zuletzt auch, was queer/feministische Politiken in Sachen Prekarisierung anpeilen: sich nicht starren Vorstellungen von Arbeit und Leben, Geschlecht und Sexualität unterwerfen zu müssen und gleichzeitig einen legitimen Anspruch auf eine grundlegende Sicherheit für die eigene Lebensführung zu haben.

Die Diskussionen zu verschiedenen Aspekten von Prekarisierung zeigten immer wieder: Eine Analyse von Geschlecht und Sexualität in Prozessen der Prekarisierung kann sich nicht nur auf Veränderungen zwischen den Geschlechtern, sondern muss sich auch auf unterschiedliche prekäre Positionen innerhalb der Kategorie "Frau" konzentrieren. Denn der flexibilisierte Arbeitsmarkt strukturiert sich nach wie vor systematisch entlang

der Kategorien Geschlecht, "Rasse" und Klasse von oben nach unten. Deshalb wiederum kann sich eine kritische Perspektive auf Prekarisierung nicht allein auf eine mögliche Position im ersten Arbeitsmarkt konzentrieren. Rassistisch strukturierte Zugänge/Nicht-Zugänge zum Arbeitsmarkt, zum Wohnungsmarkt und Gesundheitssystem bilden fundamentale und häufig unsichtbar gemachte Achsen von Prekarisierung.

So bleibt gerade für prekär Beschäftigte ohne Migrationshintergrund die Aufforderung bestehen, den Begriff der Prekarisierung nicht nur auf eigene Unsicherheiten in momentanen Arbeits- und Lebensverhältnissen anzuwenden. Wenn die feministischen Precarias a la deriva (1) aus Madrid vorschlagen, "Konflikte zu kreieren", bedeutet das auch für queere AktivistInnen und TheoretikerInnen, nicht selbstverständlich von einer Position auszugehen, die rundum mit sozialen Rechten ausgestattet ist. Privilegien in Frage zu stellen heißt in diesem Sinne auch, die Selbstverständlichkeit des Zugangs zu umfassenden sozialen Rechten für alle einzufordern. Und solange dies noch nicht gesellschaftliche Realität ist, diesen Zugang zumindest zu teilen. Was das dann konkret für eine politische Praxis bedeutet, bleibt als Herausforderung delikat und prekär genug.

Nina Schulz

Website zum Work-Shop unter www.queerworking.de

Anmerkung:

1) Precarias a la deriva: a la deriva por los circuitos de la precariedad femenina. Februar 2004, Verlag Traficantes de suenos, Barcelona, http://traficantes.net, s.a. Fantômas Nr. 5.

9. Für eine kommende Gerechtigkeit

Souveränität in der Krise, Messianismus ohne Religion

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:10

Im April fand in Brüssel das so genannte "BRussells Tribunal zur Neuen Imperialen Ordnung" statt. Zur Verhandlung stand der neo-konservative US-Think-Tank "Project for A New American Century" (PNAC), dessen Grundsatzerklärung u.a. von Dick Cheney, Donald Rumsfeld und Paul Wolfowitz unterzeichnet wurde. PNAC erstrebt eine planetarische Hegemonie der USA, die u.a. durch die militärische Ausschaltung jeder möglichen Gegenmacht gesichert werden soll. Weil Derrida am Tribunal nicht teilnehmen konnte, lud er dessen Initiator Lieuven de Cauter zum Interview. Wir publizieren Auszüge, in denen Derridas Überlegungen zur Krise der Souveränität ebenso zur Sprache kommen wie die zu einer "messianischen" Politik der Gerechtigkeit. Wir tun das auch, um zu klären, warum sich Derrida an der von Jürgen Habermas initiierten Aktion europäischer Intellektueller gegen den Irakkrieg beteiligt hat. Derrida wollte einen eigenen Beitrag schreiben, unterzeichnete wegen seiner Erkrankung dann aber nur den Beitrag Habermas'. Anzumerken bleibt, dass das Interview vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen geführt wurde. (1)

Jacques Derrida: Weil es gerade heute von außerordentlicher symbolischer Bedeutung und Notwendigkeit ist, die Tradition des Russell-Tribunals wiederzubeleben, möchte ich Sie zunächst einmal zum Prinzip Ihrer Initiative beglückwünschen. Ich bin von ihm umso mehr überzeugt, als wir nun schon seit einigen Jahren ein wachsendes Interesse für die Arbeit und Verfassung von Institutionen des internationalen Rechts feststellen, die jenseits nationalstaatlicher Souveränität Urteile über Staatsoberhäupter fällen. Nicht über Staaten als solche, sondern über Staatsoberhäupter, denen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Last gelegt werden.

Ihr Vorhaben ist ein anderes, doch ist es vom selben Geist belebt. Es geht Ihnen nicht um Verurteilungen und Sanktionen, sondern darum, die Wachsamkeit der BürgerInnen der Welt zu schärfen. Das hat einen hohen symbolischen Wert.

Wichtig ist, zu unterstreichen, dass der Fall, den Sie untersuchen werden, nur einer unter vielen ist. Ich stehe dem Projekt der Bush-Administration kritisch gegenüber, dem Angriff auf den Irak und den Umständen, in denen er unilateral zustande kam, trotz der offiziellen Proteste europäischer Staaten und in Verletzung der Regeln der UN und des Sicherheitsrats. Doch trotz meiner Kritik wünsche ich nicht, dass die USA als solche vor Ihrem Tribunal erscheinen müssten. Ich möchte ausdrücklich all' die Kräfte in den USA hervorheben, die sich der Irakpolitik ebenso entschieden widersetzt haben wie viele hier in Europa. Die Politik Bushs ist nicht die der AmerikanerInnen im allgemeinen, ist nicht einmal die des amerikanischen Staates, sondern eine Phase amerikanischer Politik, die in den nächsten Präsidentschaftswahlen wieder in Frage steht.

Doch kann Anklage erhoben werden gegen ein politisches Projekt, das seinen hegemonialen Zweck offen bekennt und alles unternimmt, ihn zu erreichen. Anklage im Namen des internationalen Rechts und seiner Institutionen, in seinem Geist wie nach seinem Buchstaben. Ich denke an die UN und den Sicherheitsrat, die respektable Institutionen sind, doch deren Strukturen, deren Charta und Verfahren reformiert werden müssen. Und hier plädiere ich für eine radikale Transformation, die auch die UN-Charta in Frage stellt, wegen ihrer Anerkennung der Souveränität der Nationalstaaten und der Unteilbarkeit dieser Souveränität. Denn es gibt einen Widerspruch zwischen dem allgemeinen Respekt für die Menschenrechte, die Teil der Charta sind, und dem Respekt für die Souveränität der Nationalstaaten. Allerdings bestehe ich darauf, dass es um eine Verwandlung, nicht um eine Zerstörung geht, weil ich an den Geist der UN glaube.

Lieven De Cauter: Ja, das ist einer der Gründe, warum wir die juristische Form vermeiden wollen: Es geht uns nicht um Personen, sondern um ein System, um eine systemische Logik. Wir klagen Cheney, Wolfowitz und Rumsfeld an, um den Leuten zu zeigen, dass wir nicht über ein Phantom reden, es geht uns um das PNAC. Wir wollen öffentlich machen, dass es das PNAC gibt und dass es wichtig ist, dieses Wissen zu verbreiten.

Eben deshalb werden Sie von der Souveränität, der Krise der Souveränität und der notwendigen Begrenzung und Teilung der Souveränität reden müssen. Ich glaube an die Notwendigkeit einer Dekonstruktion der politischen Theologie der Souveränität durch eine historische philosophische Analyse. Gleichzeitig denke ich nicht, dass Sie für die Beseitigung jeder Souveränität kämpfen müssen, das wäre weder realistisch noch

wünschenswert. Es gibt Effekte der Souveränität, die im Kampf gegen bestimmte Mächte oder internationale Machtkonzentrationen politisch nach wie vor nützlich sind. Das hängt von der Situation ab.

Stellt die neue imperiale Ordnung, die sich herausnimmt, "Schurkenstaaten" zu benennen, nicht einen Ausnahmezustand dar? In "Schurken" sprechen Sie vom Begriff der Auto-Immunität der Demokratie, davon, dass die Demokratie in kritischen Augenblicken glaubt, sich selbst aufheben zu müssen, um sich schützen zu können. Das ist es, was in den USA geschieht, in ihrer inneren wie der äußeren Politik.

Wie Carl Schmitt (2) - dem ich äußerst kritisch gegenüberstehe - gesagt hat, ist souverän, wer über den Ausnahmezustand entscheidet. In der selben Weise wie sich die Demokratie zeitweilig selbst bedroht und aufhebt, besteht Souveränität darin, sich das Recht zu geben, das Recht aufzuheben. Der Souverän macht das Recht, steht über dem Recht und kann das Recht aufheben. Das ist es, was die USA getan haben, als sie ihre Verpflichtungen einerseits gegenüber der UN und dem Sicherheitsrat und andererseits im eigenen Land verletzt haben, indem sie außerordentliche polizeiliche und richterliche Verfahren eingeführt haben.

Um gerecht zu sein muss man aber erinnern, dass die USA trotz allem eine Demokratie sind. Bush riskiert, die nächsten Wahlen zu verlieren: er ist nur auf vier Jahre Souverän. Es handelt sich um ein sehr legalistisches Land, reich an politischen Freiheiten, die in vielen anderen Ländern nicht toleriert würden, nicht nur in nichtdemokratischen, sondern auch in unseren westeuropäischen Demokratien nicht. Um gerecht zu sein muss dieser Widerspruch in der amerikanischen Demokratie in Rechnung gestellt werden - auf der einen Seite die Auto-Immunität: die Demokratie zerstört sich, um sich zu schützen; auf der anderen Seite die Tatsache, dass diese hegemoniale Tendenz zugleich die Krise der Hegemonie ist. Es handelt sich um eine extrem komplexe Situation, und deshalb sage ich, dass es nicht einfach darum geht, Anklage gegen die USA zu erheben, sondern darum, zu inventarisieren, was im amerikanischen politischen Leben kritisch ist. Dazu gehört das ungeheure Problem der Medien, der Kontrolle der Medien, der Medienmacht, die in ganz besonderer Weise die jüngste Geschichte bestimmt hat, vom 11. September bis zur Invasion des Irak, eine Invasion, die nach meiner Auffassung lange vor dem 11. September angesetzt war.

Welche Rolle kommt dabei Israel zu?

Viele haben gesagt, dass die Unterstützung der USA für Israel nicht ohne Bezug zu dieser Invasion ist. Ich glaube, dass das bis zu einem gewissen Grad stimmt. Aber auch hier sind die Dinge sehr kompliziert. Selbst wenn die gegenwärtige israelische Regierung die Aggression gegen den Irak offiziell und öffentlich begrüßt hat, ist die Freiheit doch sehr zweideutig, die ihr dadurch anscheinend in ihren offensiven Initiativen der Kolonisation und Repression gegeben wurde. Übrigens melde ich hier den selben Vorbehalt wie im Fall der USA an: Es gibt Israelis, die Sharon in Israel bekämpfen. Auch hier ist die Auto-Immunität sehr widersprüchlich, weil sie den palästinensischen Terrorismus anwachsen ließ, Symptome des Antisemitismus in Europa intensiviert oder wiedererweckt hat. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Form der Aggression gegen den Irak sich für Israel wirklich als Vorteil erweist. Die Schwierigkeit eines Projekts wie des Ihren liegt darin, in aller Vorsicht dessen ganze Komplexität in Rechnung stellen zu müssen, versuchen zu müssen, nicht ungerecht gegen eine der Parteien zu sein.

Lassen Sie uns vom Messianismus sprechen. Erlauben Sie mir zu zitieren, was Sie in den "Schurken" schreiben: "Diese verletzliche, kraftlose Kraft setzt sich dem Kommenden, der (das) sie affiziert, bedingunglos aus. (...) Diese Behauptung ähnelt einem messianischen Glaubensakt - freilich einem irreligiösen Glauben ohne Messianismus, (...) keinem festen Boden und keinem Fundament, (...) sondern dem Ruf nach einem Denken des kommenden Ereignisses, der kommenden Demokratie. Gewiss liegen auf diesem Ruf alle Hoffnungen, aber als solcher bleibt er ohne Hoffnung. Nicht verzweifelt, doch jeder Teleologie, jeder Hoffnung und jedem Erlösungsheil fremd. Nicht fremd hingegen dem Gruß an den anderen, dem Lebewohl (komm und geh in Frieden) und der Gerechtigkeit, doch heterogen, widerspenstig und irreduzibel auf das Recht, die Macht und die Ökonomie der Erlösung". Das ist sehr schön, fast ein Gebet, das dem Alltagsleben, aber auch unserem Projekt zu widmen wäre. Was ist dieser Messianismus ohne Religion?

Das, was ich Messianizität ohne Messianismus nenne. Ich würde sagen, dass eine der Verkörperungen, der Umsetzungen dieser Messianizität, dieses Messianismus ohne Religion heute in den Alter-Globalisierungsbewegungen (3) zu finden ist. Bewegungen, die noch sehr heterogen sind, noch immer irgendwie unformiert, voller Widersprüche, die die Schwachen dieser Erde sammeln, alle, die sich von den

ökonomischen Hegemonien, vom liberalen Markt, vom Souveränismus bedrängt fühlen. Ich glaube, dass diese Schwachen sich zuletzt als die Starken erweisen werden und dass sie die Zukunft repräsentieren. Obwohl ich nicht als Militanter in diese Bewegungen verwickelt bin, wette ich doch auf die schwache Kraft dieser Alter-Globalisierungsbewegungen, die sich noch zu erklären haben, die ihre Widersprüche zu lösen haben und sich doch gegen sämtliche hegemonialen Organisationen der Welt stellen. Nicht nur gegen die USA, sondern gegen den IWF, gegen die G8, gegen alle organisierten Hegemonien der reichen Länder, zu denen auch Europa gehört.

Der Konflikt mit dem Irak schloss zahlreiche religiöse Elemente ein, auf allen Seiten, der christlichen wie der muslimischen. Messianizität ohne Messianismus ist dagegen ein Aufruf, ein Versprechen einer unabhängigen Zu-Kunft dessen, was im Kommen ist und wie jeder Messias in Gestalt des Friedens und der Gerechtigkeit kommt. Ein Versprechen unabhängig von jeder Religion, also ein universales Versprechen, unabhängig von den drei Religionen, sofern sie in Opposition zueinander stehen, denn es handelt sich tatsächlich um einen Krieg zwischen den drei abrahamitischen Religionen. Ein Versprechen jenseits der abrahamitischen Religionen, universal, ohne Beziehung zu den Wiederauferstehungen oder zur Geschichte von Religionen. Meine Absicht ist nicht anti-religiös, es geht nicht darum, dem religiösen, genauer dem jüdischen, christlichen, islamischen Messianismus den Krieg zu erklären. Es geht darum, einen Ort zu markieren, an dem diese Messianismen von einer Messianizität überschritten werden, von einem Warten ohne Erwartung, ohne Horizont für das kommende Ereignis, für die kommende Demokratie in all' ihren Widersprüchen. Und ich glaube, dass wir heute in aller Vorsicht versuchen müssen, dieser Messianizität Kraft und Form zu geben, ohne auf die alten Begriffe der Politik zu setzen (Souveränismus, territorialisierter Nationalstaat), ohne auf Kirchen oder religiöse Mächte zu setzen, theologisch-politische oder theokratische jeder Art, seien es Theokratien des islamischen Mittleren Osten oder die maskierten Theokratien des Westens. Messianizität ohne Messianismus, das ist: Unabhängigkeit von der Religion im allgemeinen. Eine Art Glauben ohne Religion.

Übersetzung: Thomas Seibert

Anmerkungen:

1) Wir haben die Auslassungen nicht gekennzeichnet, der Originaltext findet sich unter http://www.indymedia.be/news/2004/04/83123.php Print Comments.

2) Carl Schmitt (1888-1985), bis heute einflussreicher Staats- und Rechtsphilosoph, zunächst national-konservativ, später nationalsozialistisch ausgerichtet.

3) Dem im Deutschen gebräuchlichen Ausdruck globalisierungskritisch entspricht im Französischen der Ausdruck altermondialiste, der den Akzent von der Kritik der Globalisierung auf eine andere, alternative Globalisierung verschiebt.

10. Von "Farbanschlägen" und "Hotelattentätern"

Widerstand gegen Luxushotel mit §129 überzogen

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:11

Zur Zeit laufen in Hamburg wegen Aktionen gegen den Umbau des Wasserturms im Schanzenpark zum Luxushotel mindestens 30 Verfahren. Die Vorwürfe reichen von Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, Sachbeschädigung und Beleidigung über Widerstand bis zu gefährlicher Körperverletzung und schwerem Landfriedensbruch. Ein erster Prozess wegen Sachbeschädigung endete am 8. Juni mit einem Freispruch.

Am 16. März 2005 kam es in Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern zu insgesamt elf Hausdurchsuchungen, bei denen sieben Leute unter dem Vorwurf der "Bildung einer kriminellen Vereinigung" (§129 StGB) festgenommen wurden. Alle wurden ED-behandelt, zur Abgabe von DNA-Material gezwungen und nach einigen Stunden wieder freigelassen.

Anlass für diese seit zehn Jahren größte Durchsuchungswelle in Hamburg waren mehrere Aktionen gegen Luxushotels in Hamburg und Lübeck und das Bezirksamt Hamburg-Eimsbüttel am 3./4. März, bei denen es in erster Linie zu Glasbruch und farbigen Veränderungen, in einem Fall zu abgebrannten elektrischen Golfkarren kam. In Lübeck waren in der Nähe des Mövenpick Hotels zwei Leute festgenommen worden.

Seit im vergangenen Jahr immer deutlicher wurde, dass das seit Jahren angedachte Hotelprojekt tatsächlich konkret werden sollte, begann sich im Schanzenviertel erster organisierter Widerstand zu regen. Dieser basierte in erster Linie auf den Sorgen hier lebender Menschen, dass der Schanzenpark als einzige Grünfläche in dieser Gegend durch die Baustelle und ein Luxushotel verloren gehen würde. Seit Ende letzten Jahres wurde dieser Protest mehrfach mit militanten Aktionen unterstrichen. Ab dem Tag X, dem tatsächlichen Baubeginn im Januar, wurde der Widerstand für einige Wochen zusehends breiter. Die abendlichen Spontandemos waren geprägt von einer Mischung aus Viertelbevölkerung und Leuten aus linken Strukturen. Im Park selbst kam es zu fantasievollen Spaß- und mehreren militanten Aktionen.

Die Menschen im Schanzenviertel sind seit Jahren mit einer Umstrukturierungspolitik des Senates konfrontiert, die aus dem ursprünglichen Wohn- und Kleingewerbegebiet ein lukratives Vergnügungsviertel macht. Diese Politik geht einher mit der Vertreibung z.B. der offenen Drogenszene und der Menschen, die sich zunehmend die steigenden Mieten im Viertel nicht mehr leisten können.

Das Projekt eines Luxushotels hat auch eine über die Grenzen des Schanzenviertels hinausweisende Bedeutung als Teil des vom Senat proklamierten Projektes einer wachsenden Stadt und als Teil der Messeerweiterung, die seit einiger Zeit mehr oder weniger unbeachtet vorangetrieben wird. Vor diesem Hintergrund präsentiert sich Hamburg gerne als Stadt der "Sicherheit", in der Widerständigkeit auf jeder Ebene und Abweichungen von einer von oben erzwungenen gesellschaftlichen Norm mit massiver Repression beantwortet wird. Das neue Hamburger Polizeigesetz gibt dem Repressionsapparat weitere Instrumente in die Hand, diese Politik durchzusetzen. Die Einführung z.B. des zweiwöchigen Unterbindungsgewahrsams, der Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen oder verdachtsunabhängiger Kontrollen gibt der Polizei Möglichkeiten in die Hand, politische Interessen repressiv durchzusetzen, ohne einen konkreten Anlass zu benötigen. Alle Menschen stehen zukünftig unter Generalverdacht, die so genannte Innere Sicherheit zu gefährden.

Proteste gegen Umstrukturierung

Vor dem Hintergrund Hamburger Standortpolitik ist auch die massive Reaktion des Repressionsapparates auf die Aktionen gegen verschiedene Hotels zu verstehen. Auch wenn es kleine punktuelle Angriffe waren, hat der Senat sie ganz offensichtlich als Gefährdung seines Projektes begriffen. Der Versuch der Innenbehörde, der Presse nach den Aktionen einen Maulkorb zu verpassen, scheiterte und Begrifflichkeiten der Hamburger Zeitungen wie "Terror gegen Hotels" und Wortneuschöpfungen wie "Farbanschläge" für Würfe mit Farbeiern verursachten vermutlich weiteren Druck. Schließlich mussten Polizei und auch der Hamburger Verfassungsschutz zugeben, dass sie von der Intensität des Widerstands überrascht waren und ganz offensichtlich die Situation um die Hotelbaustelle vollkommen falsch eingeschätzt hatten.

Aber das ist nur ein Teil der Erklärung, warum Polizei und Staatsanwaltschaft auf diese Aktionen mit dem Vorwurf "Bildung einer kriminellen Vereinigung" reagiert haben. Eine Reaktion, die vollkommen unverhältnismäßig ist. Die §§129 (Bildung krimineller Vereinigungen)/129a (Bildung terroristischer Vereinigungen) und neuerdings auch 129b (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland) zielen in ihrer Anwendung eben nicht auf bestimmte Aktionsformen ab, sondern sind in ihrer Funktion als Staatsschutzparagrafen auf politische Inhalte gerichtet, eigentlich immer auf Formen kollektiven Widerstands.

Wir gehen davon aus, dass der Repressionsapparat ein Interesse hat, das Verfahren in die Länge zu ziehen. Die Wahrscheinlichkeit, dass gegen noch weitere Menschen ermittelt wird, ist außerordentlich hoch und es ist sicher, dass für mehrere Menschen Überwachungsmaßnahmen angeordnet sind. Durch den §129 ist es den Ermittlungsbehörden jetzt möglich, lange und ausführlich in unseren Zusammenhängen zu ermitteln, zu observieren, abzuhören usw. Die Erfahrung mit §129/129a-Verfahren zeigt, dass solche Verfahren das Einfallstor für massive Ausforschungen von politischen Zusammenhängen sind und je nach Bedarf weitere Verfahren wegen Mitgliedschaft in, Werbung oder Unterstützung für eine angebliche kriminelle oder terroristische Vereinigung nach sich ziehen, egal ob dabei jemals ein Prozess herauskommt oder nicht. Genau wie auch die massiven Aufmärsche des Apparates bei Demos, die Darstellung eines Teils des Widerstandes als gefährlich und kriminell, soll Kriminalisierung von Widerstand spalten, schwächen und einschüchtern.

Mit dem §129 hat der Staatsschutz sich die Möglichkeit verschafft, seine Ermittlungsmöglichkeiten ganz erheblich auszuweiten. Ein Teil der Beschuldigten wurde schon vor den Aktionen ganz offensiv von P-Schicht Zivis der Lerchenstraßenwache (eine spezielle Einheit, deren Hauptaufgabe die Beobachtung von linken Zusammenhängen ist) observiert. Diese offenen Einschüchterungsobservationen sind vermutlich eine der Grundlagen für dieses Verfahren. Im Zuge des §129-Ermittlungsverfahrens ist es für den Staatsschutz leicht, auf dieses Material zurückgreifen zu können. Die Hausdurchsuchungen und die erzwungene Abgabe von DNA-Proben wären nur auf der Grundlage eines Vorwurfes wegen "Sachbeschädigung" auf keinen Fall durchsetzbar gewesen.

Es ist wichtig im Kopf zu behalten, dass dieser Angriff real ist. Trotzdem darf es kein Grund für uns sein, sich angesichts der Masse laufender Verfahren in der politischen Arbeit lähmen zu lassen. Das würde bedeuten, auf das Kalkül der Repression einzugehen. Es geht gerade jetzt darum, den Widerstand auch gegen das Hotel weiter zu organisieren und in einen größeren politischen Zusammenhang zu stellen, neue Strukturen zu schaffen und Repression in diesem Kontext zu thematisieren.

Antirepressionsgruppe

"Wasserturm"

11. Das Ereignis und sein Versprechen

Derrida, die Dekonstruktion, der Marxismus

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:12

So kurz nach seinem Tod über Jacques Derrida zu schreiben, findet einen ersten Anhalt immerhin darin, dass sich Derrida selbst wiederholt zum Tod, zum Tod anderer und zu seinem eigenen, kommenden Tod geäußert hat, zuletzt im August dieses Jahres, im Interview mit Le Monde: "Ich lasse ein Stück Papier da, ich gehe, ich sterbe."

Er hat über den Tod seiner engsten Weggefährten gesprochen, die alle vor ihm starben, ihn als ihren Letzten zurückließen, er hat zum Tod immer auch als Philosoph und immer wieder als politischer Intellektueller gesprochen. In besonders ergreifender Weise anlässlich der Ermordung des südafrikanischen Kommunisten Chris Hani, 1993, auf einer Konferenz, die unter dem zweideutigen Titel "Whither Marxism?" stand, was mit "wohin geht der Marxismus?", aber auch mit "verschwindet der Marxismus?" übersetzt werden kann. In diesem Nachruf besteht Derrida darauf, dass das Leben wie der Tod eines jeden Menschen zu "einzig" sind, um darüber in "einer Rhetorik der Fahne oder des Martyriums" sprechen zu dürfen, auch wenn das schon hunderte, ja tausende Male getan worden ist und immer wieder getan wird. Dann aber schreibt er: "Und dennoch. Und dennoch, dies im Gedächtnis behaltend (...) erinnere ich daran, dass es ein Kommunist als solcher gewesen ist, ein Kommunist als Kommunist, der von einem polnischen Emigranten und seinem Komplizen - sie alle die Mörder Chris Hanis - vor wenigen Tagen, am 10. April, getötet wurde. Die Mörder haben selbst erklärt, dass sie es auf einen Kommunisten abgesehen haben (...), genau in dem Moment, in dem er beschloss, sich von neuem einer kommunistischen Minderheitspartei voller innerer Widersprüche zu widmen und auf hohe Ämter im ANC zu verzichten." (1) Derrida bittet seine ZuhörerInnen deshalb um die Erlaubnis, seinen Vortrag trotz der eigenen Vorbehalte dem ermordeten Kommunisten Chris Hani als einem Kommunisten widmen zu dürfen.

Den Marxismus radikalisieren?

Als erste Fassung seines noch im selben Jahr veröffentlichten Buchs "Marx' Gespenster" gedenkt dieser Vortrag nicht nur Chris Hanis, sondern der historischen kommunistischen Bewegung und mit ihr des Marxismus. Das Buch bezeugt, was Derrida unter Denken verstand: der Spur von etwas zu folgen, das einem jetzt, wie man so sagt, "zu denken gibt", obwohl es im Augenblick dieses Denkens nicht mehr oder noch nicht gegenwärtig, also kein Objekt ist, dessen sich ein denkendes Subjekt in zweifelsfreier Gegenwart vergewissern könnte. Die derart flüchtige Gabe des Zu-Denkenden anzunehmen heißt dann, ihr, der abwesenden, verschwundenen, verschwindenden Sache des Denkens, die Treue zu halten, ihr einen Ort der Ankunft zu bereiten. Derrida hat sein Denken der "Dekonstruktion" deshalb als Denken der Gastfreundschaft bezeichnet und diese Gastfreundschaft ausdrücklich und gerade dem Marxismus gewährt: "Die Dekonstruktion hat, zumindest in meinen Augen, immer nur Sinn und Interesse gehabt als eine (...) versuchte Radikalisierung des Marxismus." Präzisierend schränkt er an derselben Stelle ein: "in der Tradition eines gewissen Marxismus, in einem gewissen Geist des Marxismus." Der Einschränkung in Bezug auf den Marxismus folgt per Fußnote die Einschränkung in Bezug auf die Radikalisierung: den Marxismus zu radikalisieren, bedeutet nicht, "noch weiter in die Tiefe der Radikalität, des Fundamentalen oder des Ursprünglichen (Ursache, Prinzip, Arche) fortzuschreiten, noch einen Weg in dieselbe Richtung zu tun." Statt dessen will die Dekonstruktion, will Derrida den Marxismus dort radikalisieren, wo sein "Schema des Fundamentalen, des Ursprünglichen oder des Radikalen (...) Fragen erfordert, (...) die in dem, was die sich marxistisch nennenden Diskurse beherrscht, nicht oder nicht hinreichend ins Werk gesetzt werden." (2)

Radikal sein, so Marx selbst, "ist die Sache an der Wurzel (lat. radix, T.S.) fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst." (3) Bald schon war sich Marx da nicht mehr ganz so sicher, schien sich ihm "der Mensch" doch theoretisch wie praktisch im Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse zu verlieren. Die Gesellschaft sollte dann aber über ihr eigenes "Schema des Fundamentalen, des Ursprünglichen oder des Radikalen", also über das Schema der Wurzel (radix) verfügen - das Schema, man weiß es, von Basis und Überbau. "Basis" ist ein griechisches Wort und meint den "Ausgangspunkt" als den im Schritt, im Voranschreiten, im Fortschritt betretenen Boden, also einen Sockel, ein Fundament. Dem Marxismus war die Basis allerdings kein Unbewegtes, in sich Ruhendes, im Gegenteil, sie war der Ausgangspunkt des

prozessierenden Widerspruchs, der weltgeschichtlichen Dialektik. Radikal zu sein, an die Wurzel zu gehen hieß, dieser Dialektik zu folgen, sich ihr zu fügen, um sie voranzutreiben. Beides, den Menschen als Wurzel des Menschen und die Basis (und mit ihr den Überbau) als Ausgangspunkt der historischen Dialektik, setzt Derrida einer Befragung, d.h. einer Dekonstruktion aus, um den Marxismus über sich hinauszutreiben, nicht durch eine tiefere Verwurzelung, sondern umgekehrt durch seine Entwurzelung.

Widerspruch und Ereignis, neue Internationale

Etwas einer Befragung auszusetzen kann dazu führen, denken, sagen, schreiben zu müssen, dass es das Befragte gar nicht gibt, jedenfalls so nie gegeben hat oder wenigstens jetzt so nicht mehr gibt, dass es vielleicht "nur" ein Spuk, ein Gespenst war. Ernst wird das nicht nur, aber doch besonders im Feld der Politik, der politischen Praxis wie der politischen Theorie. Immer wieder hat Derrida unterstrichen, dass die dekonstruktiv-radikalisierende auch eine politische Bewegung ist, eine Bewegung, die zum Bruch mit dem verpflichtet, was in den alten, jetzt hinfälligen Fundamenten des Marxismus verwurzelt war und mit ihnen hinfällig wurde: Klasse, Partei, Staat, Internationale. In seiner den Marxismus radikalisierenden Befragung des Schemas von Basis und Überbau ist Derrida sehr weit gegangen, und er hat dabei - trotz und wegen der "Einzigkeit" seines Denkens - seine Weggefährten gefunden, die man wie ihn selbst des "Postmodernismus" oder "Poststrukturalismus" gerühmt oder verklagt hat: Gilles Deleuze, Michel Foucault, Felix Guattari, Jean-François Lyotard. Mit der Ausnahme Lyotards haben sie alle diesen Ruhm oder diese Klage zurückgewiesen und sich statt dessen, Lyotard eingeschlossen, zu Marx bekannt, mit Derrida wohl präziser: zu einer gewissen Tradition, einem gewissen Geist des Marxismus. Einem Marxismus, der ohne Basis oder jedenfalls ohne einen alles bestimmenden "Grund-" oder "Hauptwiderspruch" auszukommen suchte, und der gerade darin - doch wieder ein Wurzel-Wort, ein radikales Wort - seinem "ursprünglichen" Interesse treu blieb: dem an der radikalen Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Derrida, Deleuze, Foucault, Guattari, Lyotard haben je in ihrer einzigen Weise zu denken versucht, dass und wie radikal umwälzende Praxis sich am "Ereignis", besser: in einem Gewimmel, einem Würfelspiel von Ereignissen orientieren, zurechtfinden muss, wenn sie nicht länger nur einen ihr vorgegebenen Widerspruch austragen, wenn sie ohne Basis, ohne Wurzel, ohne eine "letzte Instanz" gewagt werden muss.

Für Derrida ist ein Ereignis das, was jetzt "im Kommen" ist, dem jetzt die Ankunft zu bereiten, Gastfreundschaft zu gewähren ist: die kommende Demokratie, der kommende Kommunismus. Damit meinte er nicht eine Demokratie oder einen Kommunismus der Zukunft: Utopien haben ihn, wie jede MarxistIn, die sich ernst nimmt, nie interessiert. Denn "im Kommen" ist nicht, was einst sein könnte, sondern was uns jetzt für sich verpflichtet, uns schon in Verantwortung genommen hat, uns das Versprechen der Gastfreundschaft abverlangt: "Es ist eher eine gewisse emanzipatorische oder messianische Affirmation, eine bestimmte Erfahrung des Versprechens, die man von jeder Dogmatik und sogar von jeder metaphysisch-religiösen Bestimmung, von jedem Messianismus zu befreien versuchen kann. Und ein Versprechen muss versprechen, dass es gehalten wird, d.h. es muss versprechen, nicht ‚spirituell` oder ‚abstrakt` zu bleiben, sondern Ereignisse zu zeitigen, neue Formen des Handelns, der Praxis, der Organisation." Auch das hat Derrida im praktischen Sinn des Worts politisch gemeint: "Mit der ‚Parteiform` oder mit dieser oder jener Form des Staats oder der Internationale zu brechen heißt nicht, auf jede praktische oder effektive Form von Organisation zu verzichten. Genau das Gegenteil ist es, was uns hier am Herzen liegt." (4)

Das Ereignis, dem Derrida sich verpflichtet wusste, hat er in "Marx' Gespenster" eine "neue Internationale" genannt und seit Seattle gehofft, in den Bewegungen der "Altermondialisation", den Bewegungen für eine alternative Globalisierung, ihren ersten, vorläufigen Aufbruch erfahren zu dürfen: "ohne Organisation, ohne Partei, ohne Nation, ohne Staat, ohne Eigentum. Der Kommunismus, dem wir später den Beinamen ‚die neue Internationale` geben werden." (5) Nach Derridas Tod ist dieses "später" die Zeit unseres Versprechens geworden, zugleich das, was uns jetzt versprochen ist und was wir jetzt zu versprechen genötigt sind. Wem, "uns", und wer, "wir"?

Thomas Seibert

Anmerkungen:

1) Jacques Derrida, Marx' Gespenster, Frankfurt 1996, 7f.

2) ebd., 149, im Zusammenhang 143ff.

3) MEW 1, 337

4) Marx' Gespenster, 144f.

5) ebd., 56

12. Griechenland: Urteile ohne Beweise

Prozess gegen ELA endet mit Haftstrafen

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:14

Ohne jeden Indizienbeweis, gestützt auf die Aussage einer zweifelhaften Zeugin und juristisch nicht verwertbare Stasi-Akten wurden in Griechenland in einem acht Monate dauernden Prozess vier mutmaßliche Mitglieder des Revolutionären Volkskampfes zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt. Währenddessen gingen politische Gefangene gegen ihre Haftbedingungen in den Hungerstreik.

Am 11. Oktober endete in Athen der zweite große "Terroristenprozess" Griechenlands. Fünf Menschen waren der Mitgliedschaft im Revolutionären Volkskampf (ELA) sowie der Teilnahme an Sprengstoff- und Mordanschlägen der Organisation angeklagt.

Vier der Angeklagten bestritten jede der Anschuldigungen. Michalis Kasimis vermutete, dass er auf Grund seiner Verwandtschaft mit seinem Bruder Christos Kasimis angeklagt wurde. Die anderen drei Angeklagten standen auf Grund der Aussage der Hauptbelastungszeugin Sofia Kiriakidou vor Gericht. Sie beschuldigte ihren Ex-Ehemann Angeletos Kanas sowie die beiden Mitangeklagten Konstantinos Agapiou und Irini Athanasaki als führende Mitglieder des ELA. Der 52-jährige Angeletos Kanas bezeichnete die Beschuldigungen als Hirngespinste, die seine Ex-Frau aus Eifersucht und Rachegelüsten erfunden habe.

Konstantinos Agapiou führt seine Verhaftung auf seine politische Vergangenheit als aktiver Kämpfer im Widerstand gegen die Militärdiktatur in Griechenland zurück. Irini Athanasaki verdankte ihren Sitz auf der Anklagebank nach eigener Einschätzung der Tatsache, dass sie sich geweigert hat, mit der Staatssicherheit zusammenzuarbeiten und ihren früheren Lebenspartner Agapiou zu beschuldigen.

Lediglich Christos Tsigaridis übernahm die politische Verantwortung für seine Mitgliedschaft im ELA bis zum Jahre 1990, als er sich aus gesundheitlichen Gründen aus Beruf und Politik zurückzog.

Alle fünf wurden der Mitgliedschaft in einer "kriminellen Vereinung" und der Beteiligung an Morden, Mordversuchen, Sprengstoffanschlägen sowie des illegalen Besitzes von Sprengstoff angeklagt. Zur Untermauerung der kollektiven Schuld aller für alles präsentierte die Staatsanwaltschaft folgendes Konstrukt: Es mache keinen Unterschied, ob ELA oder eine andere Organisation sich zu einem Anschlag bekannt habe. In allen Fällen handele es sich um ein und dieselbe Organisation, die nur unter verschiedenen Namen aufgetreten sei. Wie schon im Prozess gegen mutmaßliche Mitglieder der Revolutionären Organisation 17. November (17N) wurde auch hier eine "moralische Täterschaft" konstruiert. Kann einem Angeklagten die (führende) Mitgliedschaft in einer der Organisationen nachgewiesen werden, ist er mitverantwortlich für alle Taten dieser Organisation.

Angeklagt: Alle für alles

Im Unterschied zu dem Prozess gegen mutmaßliche Mitglieder des 17N konnte die Staatsanwaltschaft in dem acht Monate dauernden Prozess keinen einzigen Indizienbeweis zur Untermauerung ihrer Anklage vorbringen. Auch die meisten der 400 aufgebotenen Zeugen der Anklage sahen sich außer Stande, zur Sache auszusagen. Für die Urteilsfindung stützte sich das Gericht deswegen im Wesentlichen auf zwei Dinge: Einerseits auf die Aussagen der ehemaligen Frau des Angeklagten Angeletos Kanas, Sofia Kiriakidou. Allerdings hatte Frau Kiriakidou in ihren vier Vernehmungen im Laufe der Ermittlungen vier verschiedene Versionen ihrer Geschichte geliefert. Auch während des Prozesses diskreditierte sich die Hauptbelastungszeugin durch ihre widersprüchlichen Aussagen nicht nur in den Augen der Verteidigung und der Presse, sondern auch nach Ansicht anderer Belastungszeugen. Andererseits griff das Gericht auf 1993 der griechischen Polizei überlassene Stasi-Akten zurück. Die juristische Verwendung der Akten ist jedoch problematisch und wurde bisher von griechischen Behörden und deutschen Gerichten abgelehnt.

Das Gericht folgte nicht der These der Staatsanwaltschaft, nach der alle Anschläge einer unter verschiedenen Namen auftretenden Organisation zuzurechnen seien. Dies führte zum Freispruch mangels Beweisen für Michalis Kasimis, dem lediglich die Teilnahme an einem Mordanschlag der Organisation 1. Mai vorgeworfen worden war.

Für die vier anderen Angeklagten, Christos Tsigaridas, Angeletos Kanas, Konstantinos Agapiou und Irini Athanasaki bewertete das Gericht zwar wie die Verteidigung den Anklagepunkt der "Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" als verjährt, da der ELA nach 1995 aufgehört hatte zu existieren. Aus der dennoch als erwiesen erachteten Mitgliedschaft leitete das Gericht jedoch die Beteiligung der Angeklagten in welcher Form auch immer an allen der Organisation ELA zugeschriebenen Anschlägen ab.

Ohne einen einzigen Beweis, der die Verstrickung auch nur eines der Angeklagten in die ihnen zur Last gelegten Taten nachgewiesen hätte, wurden sie in erster Instanz wegen Beihilfe bei 41 Bombenanschlägen und einem versuchten Bombenanschlag sowie einem Mord und 48 Mordversuchen schuldig gesprochen. Da für den Straftatbestand der Beihilfe das Urteil in keinem Fall auf lebenslänglich lauten darf, reduzieren sich die vom Gericht insgesamt für jeden Angeklagten verhängten 1.174 Jahre Gefängnis auf die nach griechischen Gesetz zulässige Höchststrafe von 25 Jahren.

Die Verteidigung stellte den Antrag, die Vollstreckung der Strafe bis zur Entscheidung des Berufungsgericht auszusetzen. Laut Gesetz ist die Haftverschonung zulässig, wenn die Verurteilten keine Gefahr für die Gesellschaft darstellen, keine Fluchtgefahr besteht, sowie aus gesundheitlichen Gründen. Auch das Gericht musste anerkennen, dass keiner der Angeklagten in den Jahren seit 1995 straffällig geworden war. Überdies waren nach Ablauf der zeitlichen Höchstgrenze für Untersuchungshaft alle Angeklagten seit Juli 2004 auf freiem Fuß. (vgl. ak 486) Keiner der Angeklagten hatte versucht, sich dem als sicher geltenden Schuldspruch durch Flucht zu entziehen. Trotzdem wurde der Antrag vom Gericht ohne Angabe von Gründen abgelehnt.

Hungerstreik und Proteste gegen Isolationshaft

Die vier Verurteilten im ELA-Prozess mussten ihre Strafe sofort im Gefängnis von Koridallou antreten. Im gleichen Gefängnis sind auch die Gefangenen aus dem 17N-Prozess untergebracht. Diese wehren sich seit ihrer Verurteilung im Dezember vergangenen Jahres gegen für sie geltende Sonderhaftbedingungen. Ohne gesetzliche Grundlage werden die politischen Gefangenen von den anderen Inhaftierten isoliert. Ihre Zellen sind fensterlos und werden durch Kameras und Mikrofone überwacht. Besuche sind nur Angehörigen gestattet und finden hinter Trennscheibe statt. Der Hofgang erfolgt in einem etwa 50 qm großem Innenhof mit meterhohen Mauern und einem Dach aus blickdichtem Maschendraht.

Nachdem alle Eingaben an verschiedene Institutionen des griechischen Staates keine Verbesserung brachten, kündigten die sechs zu lebenslang Verurteilten aus dem 17N-Prozess ihre schrittweise Teilnahme an einem unbefristeten Hungerstreik an. Als erster trat am 18. September Dimitris Koufontinas in den Hungerstreik. Im Laufe der nächsten Wochen schlossen sich nach und nach weitere Gefangenen aus der 17N an. Auch der aus dem ELA Prozess verurteilte Christos Tsigaridas trat mit Beginn seiner Gefängnisstrafe in den Hungerstreik.

Als Dimitris Koufontinas am 7. Oktober mit schweren, wahrscheinlich irreparablen Gesundheitsstörungen ins Krankenhaus gebracht werden musste, hatte sich außerhalb und innerhalb der Gefängnisse bereits eine breite Solidaritätsbewegung gegründet. In verschiedenen Städten des Landes fanden fast jeden Tag Demonstrationen oder Kundgebungen statt. Neben gesprühten Parolen auf Hauswänden und Bussen sowie Molotow-Brandsätzen gegen Banken und Einrichtungen des griechischen Staates hielten Solidaritätskomitees in Athen über Tage Dekanate zweier Universitäten besetzt. Etwa 800 soziale Gefangene in fünf griechischen Gefängnissen verweigerten das Gefängnisessen und solidarisierten sich mit den Politischen Gefangenen. Sprecher der beiden im griechischen Parlament vertretenen Linksparteien Synaspismos und KKE (Kommunistische Partei Griechenlands) forderten die Aufhebung der Sonderhaftbedingungen. Die Anwaltskammer Athen bezeichnete die Isolationshaft als Verstoß gegen die Menschenwürde. Der bekannte griechische Strafrechtsprofessor G. A. Magakis erklärte, die Behandlung der politischen Gefangenen sei Folter und eine Schande für die Demokratie.

Mit der Aussicht auf weitere Verbesserungen ihrer Haftbedingungen und nachdem auf Anweisung des griechischen Justizminister Dach und der obere Teil der Mauer des Hofes entfernt wurden, beendeten sieben der beteiligten acht politischen Gefangenen am 18. Oktober ihren Hungerstreik. Der als Anführer der 17N verurteilte Alexandros Giotopoulos hungert weiter und protestiert so nach eigenen Angaben gegen seine ungerechtfertigte Verurteilung.

Heike Schrader, Athen

Revolutionärer

Volkskampf

Der Revolutionäre Volkskampf (Epanastatikos Laikos Agonas, ELA) war zwischen 1975 und 1995 in Griechenland aktiv. In einer 20-jährigen Phase der "bewaffneten Propaganda" griff der ELA hauptsächlich symbolische Ziele an. Seine Bomben und Brandsätze verursachten Sachschäden an Gebäuden von internationalen Konzernen und Fahrzeugen von Angehörigen britischer und nordamerikanischer Militärs. Als Reaktion auf die Toten in Stammheim setzen ELA-Mitglieder im Oktober 1977 das Warenlager der AEG im Norden Athens in Brand. Bei einem Schusswechsel mit Zivilpolizisten kam dabei der mutmaßliche Gründer des ELA und Herausgeber der ELA-Zeitschrift Gegeninformation Christos Kasimis ums Leben. Erst Anfang der 1990er Jahre ging der ELA gezielt auch gegen Personen vor. Bei Angriffen auf Einrichtungen der Sondereinheiten der Griechischen Polizei (MAT) wurden ein Polizist getötet und Dutzende weitere verletzt. Nach dem Wahlsieg der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) 1993 bot die Organisation die Einstellung des bewaffneten Kampfes unter der Bedingung an, dass alle politischen Gefangenen in Griechenland freigelassen würden. Da die Regierung ablehnte nahm sie den Kampf im folgenden Jahr wieder auf. 1995 stellte der ELA ohne eine öffentliche Erklärung seine Aktivitäten ein.

17. November

Die Revolutionäre Organisation 17. November (Epanastatiki Organosi 17 Noemvri, 17N) benannte sich nach dem Datum, an dem das damals in Griechenland herrschende Militär 1973 in Athen ein Blutbad an regimekritischen Studenten verübte. Mit einem Attentat auf den CIA-Chef in Athen und Junta-Unterstützer Richard Welch im Dezember 1975 machte die Organisation erstmals auf sich aufmerksam. Zu ihren Anschlagszielen gehörten immer wieder Institutionen der USA und der NATO-Staaten in Griechenland sowie Angehörige der Griechischen Geheimdienste und Sondereinheiten. Ab etwa Mitte der 1980er Jahre richteten sich die Anschläge der 17N auch gegen griechische Industrielle, Besitzer von Massenmedien und Politiker.

Bis zum Sommer 2002 wurde kein einziges Mitglied der Organisation gefasst. Erst als einem Mitglied der Zünder einer Bombe in den Händen explodierte, verbuchten die Behörden ihren ersten "Fahndungserfolg". Der schwer verletzte Savas Xiros wurde noch während seiner Behandlung von den "Sicherheitskräften" verhört. Die ihm dabei abgezwungenen Informationen führten zur Verhaftung mehrerer Genossen.

In dem am 3. März 2003 beginnenden Gerichtsprozess saßen schließlich 19 Menschen auf der Anklagebank. Lediglich der als "zweiter Mann der Organisation" gehandelte Dimitris Koufontinas bekannte sich zum 17N. Im Laufe des Prozesses gelang es dem Gericht drei Angeklagten zu Kronzeugen zu machen. Unzulässigerweise gestützt auf die Aussagen dieser Kronzeugen und bei zweifelhafter Beweislage und widersprüchlichen Aussagen der Zeugen verurteilte das Gericht im Dezember 2003 15 Angeklagte, darunter auch die drei Kronzeugen, zu langjährigen Haftstrafen.

13. Der Filmmarkt ist männlich oder gar nicht

Kürzungen: Existenz des Frauenfilmfests Feminale steht auf dem Spiel

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:16

Im Vorfeld des Internationalen FrauenFilmFestivals Feminale, das in Köln vom 6.-10. Oktober 2004 zum zwölften Mal stattfand, rumorte es hinter den Kulissen: Da das Land Nordrhein-Westfalen angekündigt hatte, jährlich nur noch ein Frauenfilmfestival fördern zu wollen, steht die Existenz der Feminale auf dem Spiel.

Denn Nordrhein-Westfalen, führender Film- und Fernsehstandort in Deutschland, beherbergt neben zehn weiteren Filmfestivals auch die femme totale, die mit der Feminale alternierend alle zwei Jahre stattfindet. Nun sind beide Festivals aufgefordert, ein Konzept zur Kostenreduzierung sowie zu einer möglichen Zusammenlegung vorzulegen. Da die Feminale bereits vor zwei Jahren von Einsparungen betroffen war, steht sie nun vor dem finanziellen Aus. "Bei weiteren Kürzungen kann die Feminale ihre Arbeit nicht mehr fortsetzen", heißt es in ihrer Presseerklärung.

Feminale: Jenseits des Malestreams

Diese blieb während des Festivals die einzige Verlautbarung zur derzeitigen finanziellen Situation. Die Veranstalterinnen ließen Sinn und Zweck der Feminale für sich selbst sprechen: Das Publikum konnte über 100 Filme in fünf Sektionen begutachten und sich die Zeit mit Lang- und Kurzfilmen, Erstlingswerken und Klassikern, queeren und heterosexuellen Themen vertreiben. Die gemeinsame Klammer bestand in der genderspezifischen Ausrichtung der Filmschaffenden: Die Regie sollte eine Frau geführt haben, es sollte um frauenspezifische Themen gehen. Und so konnte eine höchst ungewöhnliche Reihung von Filmen zur Aufführung kommen. Der Actionthriller Main Hoon Na/I'm here (Indien 2004), mit dem es der Regisseurin Farah Khan gelang, den ersten Platz der indischen Boxoffice-Chartliste zu erobern, stand ebenso im Programm wie der Experimentalfilm Petra (D 2003) der Hangover LTD, dessen aberwitzige Ästhetik kein großes Publikum ansprechen wird.

Solche Filme abseits des Mainstreams zeigen zu können, den Raum zu haben, Wahrnehmungen und Perspektiven zu verschieben, war und ist eines der Ziele der Feminale. Und Filme von Frauen sind noch immer, trotz aller gegenteiliger Behauptungen in der öffentlichen und politischen Diskussion, weit entfernt davon, im Mainstream vorzukommen. Die Zahlen in den letzten Jahren sprechen für sich: Zwar sei die Zahl der Produzentinnen und Redakteurinnen auf über 50% gestiegen, heißt es in der NRW-Studie aus dem Jahr 2000, der Prozentsatz der Regisseurinnen beliefe sich jedoch nur auf 18%. Die Realität hinter diesen Zahlen verbirgt sich in einem Nebensatz: "Die Schere zwischen männlichen Spitzenverdienern und weiblichen Produktions-Einsteigern ist in den vergangenen vier Jahren noch weiter auseinander gegangen."

Fast könne man meinen, dass es nach Geschlecht unterschiedene Produktionssphären gebe und im Mainstream von Männern gemachte Filme zirkulieren, während die Filme von Frauen auf Festivals oder in kleinen Programmkinos zu finden sind. Anzunehmen ist, dass sich auf der Ebene der Arbeitsbedingungen von Frauen im Bereich Film jene Zahlen wiederholen, die in der Schweiz 2003 vom Eidgenössischen Finanzdepartment für den gesamten Arbeitsmarkt erhoben wurden: Kaderpositionen seien mit 11,7% von Frauen besetzt, in höheren Lohnklassen betrage der Frauenanteil 6,5%. Diese Zahlen treffen auch für den Österreichischen Rundfunk zu: Im Jahre 1998 waren beim ORF zwar gleichviel Frauen wie Männer beschäftigt, jedoch waren die gehobenen Gehaltsgruppen zu 90% von Männern besetzt.

Gutverdienende: 90% Männer

Auch die Inhalte von Film- und Fernsehproduktionen sind weit davon entfernt, gerecht besetzt zu sein: So schreibt Christina Oberst-Hundt auf der Homepage der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi, neueren Studien zufolge "beträgt der Frauenanteil auf dem Bildschirm im Durchschnitt nur 32 Prozent, Frauen werden vorrangig Themen wie ‚Familie' oder ‚Soziales' zugewiesen, als Kommentatorin oder Expertin treten sie kaum in Erscheinung, in drei Viertel aller Medieninhalte kommen sie überhaupt nicht vor, alternative Rollenbilder sind rar, eine geschlechtergerechte Sprache gibt es kaum."

Gerade weil es aber so um die aktuelle Geschlechtergerechtigkeit steht, sind Festivals wie die Feminale, die alternative Rollenbilder und -entwürfe zirkulieren lassen und den Rahmen für eine alternative Diskussions- und

Aufführungspraxis schaffen, unentbehrlich. Von öffentlicher Seite scheint aber dieser Bedarf nicht gesehen zu werden, hier setzt sich Wert direkt in Geld um. Ohne ein Wimpernzucken wird von der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten beschlossen, in Mecklenburg-Vorpommern den Porno-Kanal 6 Plus mit 2,5 Millionen Euro zu fördern. Die Feminale kommt mit einem Bruchteil solcher Gelder aus. Aber die Gesellschaft scheint es sich nicht leisten zu wollen, männliche Hegemonien anzufechten.

Doro Wiese

14. Schlagen, Treten, Fingerbrechen für Wahrheit & Moral

Zum Prozess gegen den Ex-Vizepolizeipräsidenten Wolfgang Daschner

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:17

Erst die Fotos der gefolterten, misshandelten und sexuell missbrauchten und gedemütigten Gefangenen - und die der sadistisch vergnügten Folterer - aus dem irakischen Abu Ghraib haben die systematische Misshandlung von Gefangenen durch US-amerikanische und britische Soldaten öffentlich gemacht und weltweit skandalisiert. Nicht nur in den USA wird seit längerer Zeit offen über die Vorzüge der Folter diskutiert. Das spanische Gefängnissystem sieht seit 1991 repressive Sonderbehandlungen vor. Im Frühjahr wurde in Italien ein Gesetz beraten, dass die einmalige Folter an Gefangenen legalisiert. In England sind inzwischen Aussagen, die unter Folter erpresst wurden, gerichtsverwertbar. Wenn das keine Einladung ist ...

In Deutschland machte der Frankfurter Vize-Polizeipräsident Wolfgang Daschner seine Folteranweisung selbst öffentlich. Im Herbst 2002 sollte der als Kindesentführer verdächtigte Magnus Gäfgen durch ein spezielles Verhör im Frankfurter Polizeipräsidium den Verbleib des Kindes preisgeben. Der Führungsstab der Frankfurter Polizei hatte bereits über die Anwendung von Gewalt diskutiert. Der hessische Ministerpräsident Roland Koch und sein Innenminister Volker Bouffier wurden darüber auf dem laufenden gehalten. Daschner notierte den Vorgang für die Akten.

Der Verhörte war übermüdet und ihm wurde nach eigener Aussage gedroht, ihm die Zähne einzuschlagen sowie mit der rassistisch-sexualisierten Gewaltandrohung: "Wir stecken dich mit zwei Negern in eine Zelle. Die ficken dich in den Arsch und schlagen dich zusammen und du musst ihre Schwänze lutschen." Auch das Einflößen von Pharmazeutika wurde diskutiert, um die psychische Widerstandskraft herabzusetzen. Daschner ordnete schließlich wohlüberlegt die Folter an.

"Keine Maßnahmen, die schwere Verletzungen hinterlassen. Da gibt es etliche Möglichkeiten. Zum Beispiel, indem man das Handgelenk nach hinten drückt und überdehnt. Es gibt am Ohr bestimmte Stellen, jeder Kampfsportler weiß das, wo man draufdrückt und es tut sehr weh, ohne dass irgendeine Verletzung entsteht. Sie brauchen jemandem nicht fürchterliche Schmerzen zuzufügen. Es genügt, wenn relativ geringer Schmerz für eine bestimmte Dauer aufrechterhalten wird", so Wolfgang Daschner.

Es ist kein Geheimnis: Misshandlungen bei Verhaftungen, Verhören, erkennungsdienstlichen Behandlungen und in Knästen und Lagern gehören zum Alltag - vom deutschen Polizeirevier bis nach Guantánamo. (Der Leiter der Gefängnisse im Irak war vormals Kommandant in Guantánamo; das Gefängnispersonal von Abu Ghraib war schon wegen Brutalität in US-amerikanischen Gefängnissen aufgefallen.) Die alltägliche Folter wird aber erst zum Thema und Skandal, wenn Bilder, Aktennotizen oder ein beim Verhör Verstorbener in die Öffentlichkeit gelangen. Diese Fälle gelten dann als einmaliger Ausrutscher.

Mit seiner Aktennotiz gelang es Wolfgang Daschner eine öffentliche Diskussion loszutreten, deren Beiträge einer Debatte aus dem "deutschen Herbst" 1977 ähneln. Während der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hans Martin Schleyer durch die RAF wurde von Politikern gefordert und seitens der Schmidt-Regierung erwogen, die inhaftierten RAF-Gefangenen standrechtlich zu erschießen, um so die Freilassung Schleyers zu erzwingen. Vorher hatte bereits der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht die Einführung der Folter gefordert. Die heutigen Debatten in den USA und Europa zielen erneut auf die Legalisierung von Folter. Ein öffentlich gewordener "Einzelfall" müsste dann von staatlicher Seite nicht mehr bedauert werden, weil er zu einer verallgemeinerten Praxis auf gesetzlicher Grundlage gehören würde.

Handlanger und Befürworter

Der inzwischen suspendierte Frankfurter Polizeivizepräsident Daschner steht seit dem 18. November 2004 vor Gericht. Mitangeklagt ist ein 50-jähriger Kriminalhauptkommissar, der die Anweisungen Daschners ausführte. Anklagepunkt ist jedoch lediglich Nötigung und nicht die offenkundig begangene Straftat der Aussageerpressung. Auf der Anklagebank werden sich weder der hessische Ministerpräsident und Innenminister oder die Kripobeamten, die über das geplante Vorgehen mindestens informiert waren,

verantworten müssen, noch der Polizeipsychologe, der Polizeiarzt und der aus seinem Urlaub eingeflogene Polizeikampfsporttrainer, die zur Folter bereit standen.

Daschner steht nicht allein. 700 seiner Kollegen aus dem Frankfurter Polizeipräsidium erklärten mit ihrer Unterschrift, Daschner sei kein Vorwurf zu machen. Er habe richtig gehandelt. Auch andere Lokalgrößen wie der CDU-Landtagsabgeordnete Boris Rhein oder der Frankfurter Manager Ulrich W. Reinholdt verteidigten den Polizei-Vize. Daschner erhielt aber auch zahllose prominente Unterstützung:

"Ich billige sein Verhalten in vollem Umfang." Frankfurts Polizeipräsident Harald Weiss-Bollandt

"Ich persönlich halte Daschners Verhalten für menschlich sehr verständlich." Roland Koch, hessischer Ministerpräsident

"Verständnis" zeigte auch der ehemalige hessische Justizminister Rupert von Plottnitz

"Bei der Anwendung von polizeilicher Gewalt kann in bestimmten Fällen ein rechtfertigender Notstand vorliegen." Brigitte Zypries, Bundesjustizministerin.

"Er hat nach elementarsten sittlichen Geboten unseres Rechtsstaats gehandelt. Er muss, ebenso wie der Polizeibeamte, der an der Gewaltandrohung beteiligt war, freigesprochen werden." Oskar Lafontaine, ehemaliger SPD-Vorsitzender

"Für mich bleibt Daschner ein Ehrenmann." Konrad Freiberg, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei

"Ich hätte auch so gehandelt." Holger Bernsee, stellvertretender Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK). Im Namen des BDK verteidigte auch Lothar Herrmann das Vorgehen Daschners.

"Ich habe Hochachtung vor dem Mut des Polizeibeamten, seinen Gewissenskonflikt durch einen Vermerk öffentlich zu machen ... Es sind Fälle vorstellbar, in denen auch Folter oder ihre Androhung erlaubt sein können." Geert Mackenroth, Vorsitzender des Deutschen Richterbunds. Nach scharfer Kritik bedauerte Mackenroth diese Aussage, unterstellte Daschner aber gleichzeitig "ein sehr ehrenvolles Motiv".

"Die umstrittene polizeiliche Maßnahme sehe ich in der konkreten Situation vielmehr als ermessensfehlerfreie Tätigkeit im Rahmen der Amtspflicht. Prof. Dr. Otto Rudolf Kissel, Präsident des Bundesarbeitsgerichts a.D.

"Man muss Folter in Betracht ziehen, wenn durch Terroristen eine große Zahl von Menschen bedroht werden." Jörg Schönbohm, brandenburgischer Innenminister

Die Folter durch US-Soldaten im Irak-Krieg befürwortete der Militär-Ausbilder und Professor der Bundeswehr-Universität München Michael Wolffsohn. Unterstützung erhielt er dabei von dem aus der Unionsfraktion ausgeschlossene Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann.

Folter als "letztes Mittel" des Rechtstaates

Folter ist ein Synonym für Diktaturen - und so versuchen ihre demokratischen Befürworter eine Revision der Sprache, um so das Folterverbot revidieren zu können. So wird zuerst "gute" und "schlechte" Folter definiert. Die eine ist willkürlich, also außerhalb des bestehenden Rechts, die andere ist rechtsstaatlich abgesichert, weil sie auf ordnungsgemäßen Weg angeordnet und durchgeführt wird. Denn es kann ja nicht das Gleiche sein, was ein Despot oder ein Demokrat macht, auch wenn es das selbe ist.

Es ist kein Zufall, dass die in Deutschland betriebene Erhebung der Folter zum demokratischen Rechtsgut parallel zur Etablierung des US-amerikanischen Folter- und Lagersystem stattfindet. Die neuen Kriege des Bush-Blair-Komplexes haben die Grenzen zwischen innen und außen aufgehoben. Es herrscht ein internationaler Krieg, ein permanenter Bürgerkrieg im Weltmaßstab. Die deutsche Regierung verteidigt die Freiheit des Kapitals am Hindukusch, während die US-Militärs in Abu Ghraib, auf Guantánamo und an anderen geheimen Orten foltern.

Der Schritt vom "bedauerlichen Einzelfall" zum System der Folter ist längst vollzogen. So wie in Deutschland die gezielte und systematische Misshandlung redefiniert wird, um sie praktikabel zu machen, hat die US-Administration ein juristisch-bürokratisches Regelwerk der Folter erstellt. Die Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen, die UNO-Menschenrechtsdeklaration und alle Konventionen gegen Folter wurden durch eigene "Rechtsgutachten" ausgehebelt und der Begriff Folter völlig neu interpretiert. Heraus kam

eine mit Demokratie und Rechtsstaat kompatible Lizenz zum Foltern. Von höchster Stelle, dem Präsidialamt, genehmigt und von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld angeordnet, umfasst der Katalog "aggressive Verhörmethoden" genannte Folter-Techniken: Todesdrohungen und Taktiken, bei denen der Häftling den Eindruck gewinnt, er solle ertränkt werden; Verhöre von 20 Stunden Dauer, vor denen Gefangene kalten Temperaturen, lauten Geräuschen, grellem Licht oder völliger Dunkelheit ausgesetzt werden; Einsatz von Hunden; Schlafentzug bis zu 72 Stunden; Zwang zum Verharren in unbequemen Körperstellungen und Isolationshaft bis zu 30 Tagen. Erlaubt wurden auch körperliche Misshandlungen, die möglichst keine Spuren hinterlassen, was dann "milde, nicht zu Verletzungen führende Kontakte" genannt wurde.

Frankfurter Polizeiwache - Abu Ghraib und zurück

"Nach dem 11. September haben wir die Handschuhe ausgezogen", sagte der damalige Chef der Terrorabwehr der CIA, Cofer Black. Was damit gemeint war, ist seit den Fotos aus Abu Ghraib bekannt.

Die durch die Folterbefürworter losgetretene Debatte bezweckt die Aufweichung des Folterverbots. Die Befürwortung von Folter - gleich, gegen wen sie angewandt werden soll - resultiert aus einer zutiefst autoritären Haltung. Folter und Polizeigewalt würde nach ihrer Legalisierung nicht nur gegen Kindesentführer oder "Terrorismusverdächtige" praktiziert werden, sondern gegen alle, die der herrschenden Ordnung nicht in den Kram passen. Die Befürwortung der Folter als "letztes Mittel" des Rechtstaates führt nicht zur Rettung von Menschenleben, sondern nach Abu Ghraib!

Wir widersetzen uns der autoritären Formierung der Gesellschaft und schlagen Krach gegen diese Mentalität. Es ist an der Zeit den Folterbefürwortern auf die Finger zu hauen.

Wer Folter rechtfertigt und verteidigt macht sie praktikabel. Folterer, ob in deutschen Polizeiwachen oder auf Guantánamo behaupten immer, sie handelten in Notwehr, Folter sei das "kleinere Übel" gegen das Böse dieser Welt.

Und sie sagen: Das sind die Kosten der Freiheit, die wir tragen müssen.

Wir sagen: Folter und bürgerliche Demokratie schließen sich so wenig aus, wie Krieg und Kapitalismus. Im Gegenteil.

Deswegen: Gegen die Kosten der Freiheit!

Libertad!

Libertad! u.a. Gruppen rufen zur kritischen Begleitung des Prozesses auf: Der Prozess findet statt vor dem Landgericht Frankfurt, Gerichtsstraße 2 (Nähe Konstablerwache), Gebäude C, Zimmer C 165. Weitere Prozesstermine: Mo. 22.11., 10.30 h; Do. 25.11., 9.30 h; Do. 2.12., 9.30 h; Mo. 6.12., 10.30 h; Do. 9.12., 9.30 h; Do 16.12., 9.30 h; Mo. 20.12., 10.30 h.

15. Grenzen einer Bewegung

Zur Kampagne "Endlich weg damit! NPD-Zentrale abreißen! Abschiebeknäste abschaffen!"

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:18

Am 6. Juni 2004 demonstrierten mehr als 2.000 AntifaschistInnen und AntirassistInnen gegen die NPD-Zentrale in Berlin-Köpenick und den Abschiebeknast in Berlin-Grünau. Diese Demonstration stellte den Höhepunkt der Kampagne "Endlich weg damit! NPD-Zentrale abreißen! Abschiebeknäste abschaffen!" dar. Mit diesem Beitrag wollen wir, als Antifaschistische Linke Berlin (ALB), Potenziale und Defizite der Köpenick-Kampagne aus unserer Sicht diskutieren und unsere Ergebnisse für zukünftige linksradikaler Kampagnen zur Verfügung stellen.

Nach dem 2003 gescheiterten Verbotsverfahren gegen die NPD wurde es ruhiger um die Partei: Medial und von Seiten der parlamentarischen Politik wurden ihr deutlich weniger Aufmerksamkeit zu teil - bis zum Wahlerfolg bei der Landtagswahl im Oktober 2004 in Sachsen. Die im Frühjahr 2004 gestartete Köpenick-Kampagne diente dazu, die Rolle der NPD als strukturelle Plattform und Infrastruktur für Neonazi-Gruppen wieder stärker zu thematisieren. Der Bau eines Schulungszentrums auf dem Gelände der NPD-Geschäftsstelle war dafür ein geeigneter Anlass.

Es reichte den beteiligten Gruppen jedoch nicht aus, mit allen gemeinsam eine Kampagne zu starten, die "irgendetwas" gegen die NPD haben. Die gleichberechtigte Themenkombination mit dem Abschiebeknast in Berlin-Grünau als Angriffspunkt für staatlichen Rassismus sollte es ermöglichen, Antirassismus als festen Bestandteil von Antifaschismus zu begreifen. Entwicklungen wie mehrere Hungerstreiks in dem Berliner Abschiebeknast sowie Massenabschiebungen wurden an dieser Stelle aufgegriffen.

Zugleich sollte diese Themenkombination die geringe Zusammenarbeit vieler Antifa- und Antira-Gruppen aufbrechen und in einem konkreten Kampagnenzusammenhang Politikfelder verknüpfen. Ziel war es, keine gesellschaftliche "Nischenpolitik" zu betreiben, sondern Gruppen und Positionen zu verbinden, die einen emanzipativen, radikal gesellschaftsverändernden Anspruch haben.

Eine Schwäche der Kampagne bestand darin, wenig Bezug zu konkreteren Widerstandsformen wie der Befreiung von Gefangenen aus der Abschiebehaft oder Schutzheiraten hergestellt zu haben. Somit wurde nur eine kleine Palette an Widerstandsoptionen aufgezeigt.

Für die Einordnung der Entwicklung der Kampagne ist es hilfreich, kurz die konkrete gesellschaftliche Situation zu betrachten. Neoliberale Angriffe auf soziale Sicherungssysteme und gesellschaftliche Ressourcenverteilung führten in letzter Zeit dazu, dass sich viele Linke auf Sozialen Widerstand als Schwerpunkt der politischen Auseinandersetzung konzentrieren. Kontinuierliche repressive Vorstöße in der Asylpolitik haben zudem eine rassistische Abschiebepraxis als gesellschaftlichen Normalzustand etabliert. Antirassismus spielt in der öffentlichen Debatte praktisch kaum mehr eine Rolle.

Innerhalb dieser Konstellation ist es der Kampagne nicht gelungen, Antirassismus als Feld der gesellschaftlichen Auseinandersetzung neu zu etablieren, die rassistische Normalität in größerem Rahmen aufzubrechen oder Soziale Bewegung und Antirassismus zu verknüpfen, indem z.B. ausdrücklich die gesellschaftliche Ressourcenverteilung für MigrantInnen angesprochen wurde.

Ursprünge und Ziele

Das Ziel der Kampagne: Thematisierung. Die Kampagne sollte die rassistische Abschiebepraxis sowie die NPD als politisches Thema wieder besetzen. Trotz des offensiven Mottos "Endlich weg damit! NPD-Zentrale abreißen! Abschiebeknäste abschaffen!" war die realistische Einschätzung von Anfang an, dass sich die beiden Gebäude nicht einfach abreißen oder abschaffen lassen. Ein Grund dafür ist, dass bei beiden Objekten relevante Entscheidungsträger fehlen, die sich durch die Kampagne unter Druck setzen lassen, wie z.B. VermieterInnen, NachbarInnen, KundInnen o.Ä. Die Schwierigkeit einer solchen Thematisierungs-Kampagne besteht dann auch darin, dass die beteiligten Gruppen "Erfolg" anders messen müssen: Da die gewählten Objekte - weder die NPD-Zentrale noch der Abschiebeknast - durch die Kampagne realistischerweise aufgelöst werden konnten, musste Erfolg u.a. durch die Zahl der mobilisierten Menschen und die stattgefundenen Aktionen bestimmt werden.

Folge eines rassistischen Normalzustandes: Es fehlte spontane Empörung. Für linksradikale Politik ist es günstig, wenn sich Menschen auf Grund ihrer spontanen Empörung beteiligen. Durch die Normalität von Abschiebepolitik und neonazistischer Präsenz war diese Empörung nicht vorhanden und konnte im Rahmen der Kampagne auch nicht hergestellt werden. Deshalb musste mittels einer politischen Herleitung dafür geworben werden, sich gerade jetzt mit genau diesen Themen zu beschäftigen. Eine solche Herleitung ist prinzipiell möglich, erreicht aber in der Regel nicht breitere Kreise, die über das linksradikale Spektrum hinausgehen.

Eine Berliner Kampagne ...

Das spiegelte sich dann auch in der konkreten Bündniskonstellation wieder.

Bündniskonstellation: linksradikale Kampagne. Entgegen dem ursprünglichen Anliegen, ein breites gesellschaftliches Bündnis zu bilden, bestand dieses maßgeblich aus linksradikalen Antira- und Antifa-Gruppen. Neben uns als ALB beteiligten sich z.B. Für eine linke Strömung (FelS), Antifaschistischer Aufstand Köpenick (AAK) oder Antirassistische Intiative (ARI). Die Berliner PDS beteiligte sich nicht, da sie sich durch ihre lokale Verankerung sowie mit ihrer realen Abschiebepraxis in der Kritik sah. Auch in Gewerkschaftskreisen konnten - im Gegensatz zu Anti-Nazi-Mobilisierungen in der Vergangenheit - keine Fürsprecher gefunden werden. Das Fehlen des "bürgerlichen Spektrums" zeigte sich in Grenzen für Mobilisierung und Presseresonanz. Ein linksradikales Bündnis kann dennoch der eigenen Selbstvergewisserung dienen, wenn trotzdem eine gute und große Mobilisierung gelingt.

Die Köpenick-Kampagne war keine bundesweite Kampagne: sowohl Vorbereitung als auch Hauptelemente waren auf Berlin beschränkt. Im Rahmen der Kampagne fanden u.a. statt (1):

- Publikation einer Broschüre, die durch die Kombination antifaschistischer und antirassistischer Themen auf großes Interesse gestoßen ist;

- inhaltliche Veranstaltung zur Situation im Abschiebeknast;

- zwei Info-Kundgebungen zur Informierung der ansässigen BürgerInnen;

- filmische Dokumentation der Kampagne durch kanalB;

- warm-up-Demo "Gegen den rassistischen Konsens in Köpenick" mit ca. 800 Personen;

- Mobilisierung und Beteiligung an den Anti-Nazi-Aktivitäten am 1. Mai in Berlin;

- Solipartys, Konzerte etc.

Für die Zukunft sind noch Aktivitäten für den Tag X, den Tag der Eröffnung des NPD-Schulungszentrums, geplant.

Ursprünglicher Ansatz war, die beteiligten Bündnisgruppen zu weiteren eigenständigen Aktionen im Rahmen der Kampagne zu motivieren. Dies wurde jedoch kaum aufgegriffen. So wurde auf der Informations- und Mobilisierungsebene sehr ausgiebig für die Kampagne geworben, es kam jedoch weniger zu konkreten Aktionen, die auch eine politische Reibungsfläche dargestellt hätten. Das kann verschiedene Gründe haben. Entweder hatten gerade kleinere Gruppen keine Ressourcen, um sich stärker in die Kampagne einzubringen oder die Aktionen wurden als ausreichend eingeschätzt. Jedenfalls sollte in Zukunft frühzeitig überlegt werden, wie Beteiligung für unterschiedliche Gruppen organisiert werden kann.

Für den Höhepunkt der Kampagne - die Demonstration am 6. Juni - wurde bundesweit mobilisiert. Zum einen haben einige Nicht-Berliner-Gruppen frühzeitig Interesse angemeldet und vereinzelt Motto und Logo in eigene Aktionen eingebunden. Zum anderen erhofften wir uns Impulse für andere Gruppen, sich wieder stärker mit Antifa-Arbeit zu beschäftigen und dabei antirassistische Aspekte gezielt einzubinden. In der Hinsicht kann die bundesweite Mobilisierung auch als Versuch gewertet werden, dem zunehmenden Zerfall der bundesweiten Antifa-Szene etwas entgegenzusetzen, indem existente Strukturen eingebunden und genutzt werden.

... mit bundesweiter Mobilisierung

Die Mobilisierung erfolgte dabei nicht nur über die bundesweite Verschickung von Materialien, sondern auch durch eine bundesweite Rundreise mit insgesamt 25 abgehaltenen Veranstaltungen, die Erstellung und

Nutzung von vier Radio-Jingles, Pressearbeit mit diversen Radiointerviews etc. Kritisch muss angemerkt werden, dass die Erstellung von zielgruppenspezifischen Mobilisierungsmaterialien, wie z.B. einem SchülerInnen-Aufruf, versäumt wurde.

Das Resultat dieser Mobilisierung ist mit mehr als 2.000 Personen ein Erfolg. Jedoch ist unsere Einschätzung, dass derselbe Aufwand vor mehreren Jahren noch ein besseres Ergebnis gebracht hätte. Das führen wir neben den bereits benannten Rahmenbedingungen auch auf Defizite der bundesweiten Organisierung zurück. So gibt es Städte, in denen durch die Entwicklungen innerhalb der radikalen Linken der letzten Jahre antifaschistische Grundstrukturen fehlen oder für uns nicht nutzbar sind, um Positionen zu transportieren. Weiterhin fehlen vielerorts verlässliche Netzwerke, die sowohl einen Multiplikationseffekt für die nähere Region haben, als auch Infrastrukturen für das anpolitisierte aber unorganisierte Umfeld zur Verfügung stellen. Diese Funktionen wurden früher durch Infoläden oder größere Gruppen erfüllt. Momentan kann ein Plädoyer deshalb darin bestehen, regionale und bundesweite Netzwerke auszubauen, die nach außen transparent und ansprechbar für andere Gruppen sind.

Fazit und Konsequenzen

Festzuhalten bleibt: Mit dem Ziel eines großen, lautstarken Höhepunktes hat die Köpenick-Kampagne implizit auf eine Antifa-Bewegung gesetzt, die es in der Größe und Aktivität nicht mehr gibt. Durch innere Differenzen sowie Auflösungen und Spaltungen von Gruppen hat sich die bundesweite Antifa-Szene verändert. So führte z.B. die Auflösung der Antifa Köln dazu, dass eine Mobilisierung nicht mehr über die bekannten Kommunikationswege laufen konnte. Für die Zukunft wird dies vor allem bedeuten, Antifa-Kampagnen so zu gestalten, dass auch ohne Massendemonstrationen politische Impulse auch über das eigene Spektrum hinaus gegeben werden können.

Trotz des Umstandes, dass NPD-Zentrale und Abschiebeknast immer noch stehen, konnten sie im Kontext der Berliner Linken thematisiert werden, so dass sich auch jüngere Antifa-Gruppen stärker mit Asyl und Antirassismus befasst haben. Es darf nicht vernachlässigt werden, dass sich gerade Jugendliche über Antifa- und Antira-Themen politisieren.

Die Zusammenarbeit von Antifa- und Antira-Gruppen hat unerwartet gut funktioniert - so wurden gegenseitige Berührungsängste und Vorbehalte abgebaut. Die Unterschiedlichkeit der Politik- und Praxisfelder von Antifa- und Antira-Gruppen kann damit jedoch nicht überwunden werden. Wir werden weiterhin dafür werben, beide Themenbereiche auch in Zukunft stärker zu verknüpfen, um Kontinuität und Synergieeffekte zu erzeugen sowie einen breiteren gesellschaftlichen Rahmen im Blick zu behalten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass eine Antifa-Kampagne gute Chancen hat, wenn sie empörende Momente ausnutzt und in lokal-integrierten Strukturen konkrete Angriffspunkte ausnutzt.

Antifaschistische Linke Berlin

Anmerkung:

1) Eine genaue Dokumentation kann unter www.koepenick-kampagne.antifa.de nachgelesen werden

16. Von "Homophobie" zu "Heteronormativität"

Konzepte für eine linke Machtanalyse - Teil 1

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:19

Wenn in der Linken von Macht, Herrschaft und ihrer Analyse die Rede ist, dann wird von einem meist geschwiegen - von Sexualität. Dabei fungieren auch Sexualpraktiken als wichtige Platzanweiser für gesellschaftliche Akzeptanz und Positionierung. Im Folgenden werden aktuelle Versuche dargestellt, Sexualität als Feld von Macht und Herrschaft theoretisch zu fassen. Während dieser erste Teil sich auf das Konzept der "Homophobie" konzentriert, werden in ak 490 Begriffe wie "Heteronormativität" und "Heterosexismus" diskutiert.

In den meisten Spielarten linker Herrschaftsanalyse ist Sexualität noch immer ein blinder Fleck. Das hat viel damit zu tun, dass sich linke Machttheorie unter dem Primat eines strukturalistischen Marxismus lange einer bewussten Reflexion von Machtverhältnissen verschlossen hat, die nicht unmittelbar dem Kapitalverhältnis entspringen. Sicherlich gibt es inzwischen Versuche, der Vielfältigkeit und Komplexität gesellschaftlicher Machtverhältnisse Rechnung zu tragen. Doch auch diese scheuen oft davor zurück, Sexualität als eine relevante Kategorie von Unterdrückung anzuerkennen. So konzentrierten sich z.B. VertreterInnen des "tripple oppression"-Ansatzes ausschließlich auf das Zusammenwirken der Herrschaftsverhältnisse um Gender, Race/ Ethnizität und Klasse, wobei diese Verhältnisse auch noch relativ getrennt gedacht werden. Selbst Ausformungen einer flexibleren Theorie von kontextbezogenen Verschränkungen verschiedener Herrschaftsformen beschränken sich in der Regel auf diese Kategorien.

Doch Fragen der Diskriminierung, Verneinung und Unterdrückung bestimmter sexueller Identitäten oder Lebensformen lassen sich nun einmal nicht so einfach in ökonomistisch gefasste Erklärungsmodelle überführen. Das Ausblenden der Kategorie Sexualität ermöglicht es vielen Linken allerdings auch, ihre eigenen Vorurteile nicht zu hinterfragen. Die Privilegien, die sich aus einer heterosexuellen Identifizierung und einer nicht stigmatisierten Sexualpraxis ergeben, bleiben unbegriffen.

An dieser Stelle möchte ich daher einige der Konzepte diskutieren, die in den letzten Jahren die politischen Diskussionen in den sozialen Bewegungen um Gender und Sexualität bestimmt haben. Sie sollen auf ihr Potenzial wie auf ihre Begrenztheit für eine komplexere linke Machtanalyse abgeklopft werden. Wie nützlich sind Begriffe wie "Homophobie" "Lesbophobie", "Biphobie" oder "Transphobie"? Wie tauglich sind "Heterosexismus" oder "Heteronormativität"? Für eine genauere und differenziertere Diskussion über Sexualität und Herrschaft ist die Klärung solcher Fragen sinnvoll.

"Nicht der Homosexuelle ist verrückt ..."

Im Jahre 1967 begann der US-amerikanische Psychotherapeut George Weinberg in Reden und Aufsätzen viele seiner KollegInnen als "homophob" zu bezeichnen. Er griff damit die innerhalb der psychiatrischen Professionen weit verbreitete Auffassung an, dass gleichgeschlechtliches Begehren pathologisch sei und dass Homosexuelle von dieser "Krankheit" durch bestimmte Methoden der Folter (z.B. Aversions- und Elektroschocktherapien) geheilt werden sollten. Im Jahre 1972 definierte Weinberg Homophobie als die irrationale Furcht, sich in der Nähe von Homosexuellen aufzuhalten. Innerhalb der lesbisch-schwulen Bewegungen wurde der Begriff schnell aufgegriffen. In der Regel ist er dafür benutzt worden, voreingenommene Haltungen und insbesondere extreme Wut, Hass- oder Furchtreaktionen gegenüber Homosexuellen zu beschreiben. Homophobie kann sich hierbei in verschiedenen psychischen Reaktionen äußern.

Als psychischer oder intellektueller Hang zum Vorurteil ist Homophobie in ihrer Wirkungsweise oft mit Sexismus, Rassismus und Antisemitismus verglichen worden. Die Zuschreibungen, die mit homophober Gesinnung verbunden sind, sind natürlich sehr kontextspezifisch und haben sich in der geschichtlichen Entwicklung stark verändert. Oft ist es jedoch nicht-konformes Gender-Verhalten, das in homophoben Reaktionen abgestraft werden soll (z.B. Züge der Effiminität bei Männern oder der Maskulinität bei Frauen). Die Opfer homophober Anschuldigungen oder Übergriffe müssen hierbei gar nicht unbedingt schwul oder lesbisch sein. Es ist durchaus ausreichend, dass sie auf Grund stereotyper Geschlechterbilder als solche gesehen werden. Manche Kritiken gehen davon aus, dass homophobe Reaktionen unter Männern oft durch

die Furcht und Unsicherheit ausgelöst wird, selbst den Anforderungen heteronormativer Männlichkeit nicht zu genügen. In Theorien der "Gender-Panik" dient homophobes Verhalten demnach vielen heterosexuellen Männern dazu, innerhalb ihres männlichen Umfeldes die Illusion einer erfolgreichen Verkörperung heterosexueller Männlichkeitsideale zu erwirken.

Eine weitere spezifische Spielart homophober Reaktionen ist als "homophobe Panik" bezeichnet worden, d.h. die Angst vor Homosexualität in einem/r selbst. Demnach ist Homophobie ein Effekt persönlicher Verneinung und Selbstverleugnung. Noch weitergehender ist Homophobie auch oft als eine grundsätzliche Ablehnung des Sexuellen überhaupt (in der Figur schwuler Promiskuität) interpretiert worden.

Gender-Panik und Männlichkeitsideal

In welcher Interpretation auch immer: Der Begriff "Homophobie" zielt auf das Verständnis einer innerpsychischen Verfasstheit ab. Auf Grund dieser psychologisierenden and individualisierenden Tendenz gelten Theorien der Homophobie oft als begrenzt. Sie mögen vielleicht erfolgreich sein, indem sie anti-homosexuelle Reaktionen als pathologisch werten und eben nicht Homosexuelle. Damit können sie eine auch heute noch weit verbreitete Vorstellung entkräften, in der Homosexualität als psychische Krankheit oder Störung gilt. Homophobie-Theorien eignen sich jedoch nicht unbedingt für eine gesamt-gesellschaftliche Analyse sexueller Unterdrückung. Natürlich gibt es Ausnahmen. Manche Texte unterscheiden zwischen "persönlicher" und "kultureller" Homophobie oder zwischen psychoanalytischen und materialistischen Ansätzen. Doch letztlich fördert der Begriffskern "Phobie" immer wieder psychologisierende Lesarten. Viele KritikerInnen bevorzugen daher das Konzept Heterosexismus, da es deutlich stärkere strukturalistische Konnotationen hat. Doch dieser Begriff hat nie die Popularität und allgemeine Verständlichkeit des Homophobiekonzeptes erreicht. Für viele ist das Anstoß genug, trotz grundlegender Bedenken mit einem verfeinerten Homophobiebegriff weiterzuarbeiten.

Doch die Tauglichkeit des Homophobiebegriffes ist nicht nur auf Grund seiner individualisierenden und psychologisierenden Tendenz begrenzt. Homophobie fungiert allzu oft als ein universalistisches Erklärungsmuster für eine Vielzahl von Diskriminierungen. So wird nicht zwischen Formen der Unterdrückung von Lesben und Schwulen unterschieden; Bisexuelle werden unter den Universalbegriff "Homo" subsumiert, und für die Ausgrenzung von Transgenders und Transsexuellen hat Homophobie überhaupt keine Aussagekraft.

Die mangelnde Fähigkeit zur Unterscheidung hat eine ganze Reihe nachteiliger Konsequenzen. In vielerlei Hinsicht erleben Lesben frauenspezifische Formen der Gewalt und Diskriminierung. Sie werden oft angegriffen, weil in der gesellschaftlichen Vorstellung lesbische Frauen als Inbegriff weiblicher Autonomie und feministischer Emanzipation gelten. In sexuellen Übergriffen gegen Lesben realisiert sich eine spezifische Verquickung von Homophobie und Sexismus, die in einer genderblinden Perspektive nicht verständlich gemacht werden kann. Mit dem Homophobiebegriff können auch spezifische Formen anti-lesbischer Vorstellungen und Verhaltensweisen bei schwulen Männern nicht thematisiert werden. So sind lesbisch-feministische Ansätze innerhalb der lesbisch-schwulen Bewegungspolitik oft marginalisiert, und bei vielen Schwulen gelten Lesben als "uncool", "prüde" oder das Sinnbild von "political correctness". Lesbische Feministinnen haben deshalb von "Lesbophobie" gesprochen, um solche Phänomene zu beschreiben.

Auch von einer bisexuellen Perspektive aus ist die mangelnde Differenzierung des Homophobiekonzepts kritisiert worden. Seit einigen Jahren sprechen bisexuelle AktivistInnen von "Biphobie", um die spezifischen Formen der Ausgrenzung und Unterdrückung zu benennen, die bisexuelle Männer und Frauen sowohl in heterosexuellen als auch in lesbisch und schwulen Kontexten erleben. Wie bei der Homophobie auch werden damit vorurteilsgeleitete Verhaltensweisen und gesellschaftliche Praktiken der Diskriminierung und Marginalisierung gekennzeichnet. Und wie bei der Homophobie beruht Biphobie auf einer Reihe von Stereotypen: Wirkliche Bisexualität gäbe es nicht. Bisexuelle seien daher entweder verwirrt, unentschlossen oder aber "in Wirklichkeit" entweder homo- oder heterosexuell; Bisexuelle würden HIV/AIDS innerhalb der heterosexuellen Bevölkerung verbreiten, sie seien oberflächlich und selbstversessen; Bisexuelle würden lesbische oder schwule Politik verraten; bisexuelle Frauen seien nicht vertrauenswürdig und immer bereit, ihre lesbischen Partnerinnen für einen Mann zu verlassen; Bisexuelle würden sich das Beste "beider Welten" nehmen und hätten einfach bessere Chancen, jemanden ins Bett zu kriegen. Und schließlich seien Bisexuelle

promisk, unfähig zur Monogamie; sie müssten mindestens einen weiblichen und einen männlichen Partner haben, um glücklich zu sein.

Um die gesellschaftliche Leugnung von Trans-Körpern und die Ausgrenzung von Trans-Identifizierten hervorzuheben, hat die Transgender-Bewegung das Konzept der "Transphobie" entwickelt. Damit wird z.B. die gesellschaftliche Unfähigkeit erklärt, mit uneindeutigen Geschlechtern umzugehen. Diese Unfähigkeit äußert sich nicht zuletzt in der gängigen Praxis, geschlechtsuntypische oder -uneindeutige Merkmale bei Kleinkindern operativ zu "korrigieren". Transgenders, Transsexuelle und Gender-Queers erleben sowohl in heterosexuellen als auch in lesbisch-schwulen Zusammenhängen Diskriminierungen. Transphobie ist damit unter anderem auch ein wichtiges Konzept, um die lange Geschichte von Konflikten in den feministischen und lesbisch-feministischen Bewegungen verstehen zu können, die sich an der Frage entzündet haben, ob Transsexuelle Zutritt zu Frauenräumen haben dürfen oder sollten.

Eine oder viele Phobien?

Konzepte wie Lesbophobie, Biphobie und Transphobie haben ein analytisches Vokabular geschaffen, mit dem sehr viel genauer beschrieben werden kann, welche spezifischen Unterdrückungs- und Ausgrenzungserfahrungen Menschen auf Grund ihrer sexuellen Praktiken oder Gender-Identitäten erleben. Diese Begriffe sind wichtig für das Bemühen, das Zusammenspiel von Macht und Herrschaft um Gender und Sexualität zu begreifen. Sie hinterfragen auch eine Art "kolonialistischen Universalismus", der die Erfahrung männlicher Homosexueller zum Prototyp für das Verständnis sexueller Unterdrückung macht. Mit dem Konzept der Homophobie teilen sie jedoch auch die Schwächen dieses Ansatzes: Sie befördern eine individualisierende oder psychologisierende Sichtweise. Die Konzepte von "Heterosexismus" und "Heteronormativität" vermeiden diese Falle. Doch alle Ansätze, die in diesem wie in einem folgenden Beitrag diskutiert werden, sind in einem bestimmten Sinne beschränkt: Auf sich selbst gestellt und isoliert können sie die Komplexität realer Machtverhältnisse nicht widerspiegeln. Sie entfalten ihr volles Potenzial nur dann, wenn sie in ihrem Zusammenspiel mit anderen Formen der Herrschaft um Rassismus, Sexismus, Kapitalverhältnisse und Klassenhierarchien reflektiert werden.

Christian Klesse

17. "Hell is real"

Die Linke und die Präsidentschaftswahlen in den USA

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:20

Das Volk hat gewählt, und George W. Bush bleibt weiter US-Präsident. Dabei ist Bushs Erfolg nicht nur deutlicher ausgefallen als vor vier Jahren, er hat sich auch in einer Art "Richtungswahl" durchgesetzt. Die für US-amerikanische Verhältnisse ungewöhnlich hohe Wahlbeteiligung zeigt, welche Bedeutung auch in den USA der Wahl diesmal zugemessen wurde.

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen hat die Linke in den USA z.T. überrascht, auf jeden Fall aber erschüttert: Nicht nur, dass Bush im Amt bestätigt wurde, er gewann auch mit deutlichem Abstand von 3,5 Millionen Stimmen; Florida, wo Gore im Jahr 2000 weniger als 400 Stimmen zum Sieg fehlten, ging diesmal mit über 350.000 Stimmen an die republikanischen Wahlmänner.

Die Linke außerhalb der Demokratischen Partei hat dabei Kerry und dem hinter ihm stehenden Democratic Leadership Council (mehr eine Pressure Group als ein Parteivorstand) durchaus kritisch gegenüber gestanden. Schließlich sah man hier die Verantwortlichen für den Rechtsruck der Demokraten seit Clinton. Dennoch ist der Sieg Bushs auch für diese Linke ein herber Schlag, denn auch sie sah in der Wahl Kerrys die einzige Chance, zumindest die "Geschäftsbedingungen" für fortschrittliche und soziale Politik in den USA zu erhalten. Für viele ging es nicht um einen Kampf für Kerry, sondern gegen Bush: "EBB", "Everybody but Bush" war der bestimmende Slogan. Nicht nur dieser Kampf ist jetzt verloren gegangen; Bush ist auch der erste Präsident seit 1960, der es neben seiner Wiederwahl auch noch geschafft hat, seine Machtbasis in Senat und im Kongress auszubauen. Die Möglichkeit, zwei Sitze im Obersten Gerichtshof neu zu besetzen, kann darüber hinaus für eine Generation die politischen Kräfteverhältnisse bestimmen.

Die Linke zwischen Pest und Cholera

Die strategischen Debatten in der Linken im Vorfeld der Wahl waren denen in Deutschland nicht unähnlich: auf der einen Seite die Position, innerhalb des bestehenden Systems sei angesichts der Agenda, die Bush vertritt, nichts anderes möglich, als Kerry zu unterstützen. Zu düster waren die Aussichten bei einer Wiederwahl Bushs: Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe in der Verfassung, eine allgemeine "Religionisierung" der Politik und des Staates, Privatisierung der letzten Reste sozialer Sicherung, Ausweitung des "Kriegs gegen den Terror" nach innen und außen, weitere Steuererleichterungen für die oberen Einkommensgruppen bei gleichzeitiger Einführung oder Erhöhung von Verbrauchssteuern etc. Auf der anderen Seite wurde betont, dass die Unterschiede zwischen beiden Kandidaten so groß nicht seien. Der Rechtsruck der Demokraten sei dermaßen deutlich, dass ein Wechsel der Administration fast keinen Effekt auf die wichtigsten Politikfelder habe.

Der radikalere Teil der Linken, der sich vor allem auf Graswurzelbewegungen und deren Verankerung in den Communities bezieht, tendierte deutlich stärker dazu, die Wahlentscheidung nicht nach taktischen Erwägungen zu fällen. Hier wurde Nader gewählt, wenn auch kaum öffentlich unterstützt. Die Linke innerhalb der Demokraten, die sich stärker auf die Gewerkschaften bezog, hat deshalb auch den Vorwurf erhoben, damit würde - wie schon vor vier Jahren - objektiv Bush unterstützt. Gerade die (linken) Demokraten stehen jetzt vor einer heiklen Aufgabe: Wenn sie der konservativen und stark religiös aufgeladenen Gesellschaftsvision Bushs etwas Gleichwertiges entgegensetzen wollen, so müssen sie eine umfassende Vision eines "anderen Amerika" entwickeln - eine Vision, wie es sie vielleicht zuletzt unter J.F. Kennedy gegeben hat. Doch dazu müsste die Partei offensiver werden, sie müsste den kulturellen Populismus Bushs mit einem "genuin ökonomisch-sozialen Populismus" konfrontieren, so Thomas Frank in der New York Times vom 5.11.2004.

Die wohl wichtigste Auseinandersetzung innerhalb der Linken dreht sich um die theoretische Einordnung des derzeitigen gesellschaftspolitischen Zustandes der USA. In vielen Gesprächen ist von "Faschismus" oder "Proto-Faschismus" die Rede. Bei Nachfragen wird dies zwar abgeschwächt, aber auch verschiedene Punkte genannt, die diese Wortwahl zumindest hilfsweise nahe legen. Zunächst wird auf die religiöse Aufladung der Politik unter Bush verwiesen. Neben dem Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe (1) und der Abtreibung oder Plänen zur allgemeinen Einführung des Schulgebets betrifft dies die ideologisch-religiöse Aufladung der Politik insgesamt. Insbesondere beim "Kampf gegen den Terror" werde deutlich, wie sich die Politik zu einem Kampf

"gut" gegen "böse" selbst stilisiere. Ein weiterer Hinweis betrifft den Eingriff des Staates in die Privatsphäre und die Grundfreiheiten der BürgerInnen: zum einen durch die zunehmende religiöse Aufladung von Bereichen wie Ehe, Schule, Abtreibung; zum anderen durch den Patriot Act - ein Eingriff in die Privatsphäre, den es so in der beispiellosen US-amerikanischen Geschichte selbst während der Weltkriege und der McCarthy-Ära nicht gegeben hat. Dazu kommt die Art und Weise, wie Administration mit Vertretern des Monopolkapitals (der "Corporates") durchsetzt ist und wie deren Interessen durch die Bush-Administration nahezu unmittelbar in Politik umgesetzt werden. Als Beispiel werden immer wieder die Privatisierung von sozialstaatlichen Einrichtungen, der Versuch der Privatisierung aller öffentlichen Schulen etwa in New York, und vor allem der Irak-Krieg genannt. Wo auf der einen Seite das Private ausgehöhlt wird, so setzen sich hier Privatinteressen unmittelbar als allgemeine Interessen durch. Für viele KritikerInnen fungiert der Staat nur noch als absichernde Instanz entsprechender Machtcliquen im Inneren und nach Außen.

"Tribalisierung" der Politik

Als Beleg für die "Faschisierungsthese" dient auch der Verweis darauf, dass alle wesentlichen staatlichen Instanzen einschließlich derer, die eigentlich eine Kontrollfunktion innehaben sollten, inzwischen mit Personen aus dem Bush-Clan durchsetzt sind. Mit zwei Präsidenten, einem Gouverneur, verschiedenen Abgeordneten und Richtern ist die Bush-Familie tatsächlich die mächtigste Familie der US-amerikanischen Geschichte, noch vor den Kennedys. Sie verfügt über weit reichende Verbindungen, die über CIA-Seilschaften und Waffen- und Ölgeschäfte abgesichert werden. Manche Linke sprechen sogar spöttisch von einer "Tribalisierung" der Politik. Bei aller Skepsis gegenüber dem verbreiteten Hang, politische Entscheidungen im Hintergrund wirkenden Seilschaften zuzuschreiben: Man kann zumindest konstatieren, dass von einem Geflecht gegenseitiger persönlicher Verpflichtungen keine rationale Entscheidungsfindung zu erwarten ist, die einem bürgerlich-demokratischen Regime angemessen wäre. Und es kann ebenfalls konstatiert werden, dass dieses Geflecht keiner demokratischen Kontrolle mehr zugänglich ist.

Der letzte Punkt ist die freiwillige Selbstverpflichtung der Mainstream-Medien in den USA, wenn nicht die Regierung, so zumindest die republikanische Politik vorbehaltlos zu unterstützen. Es ist fast unnötig zu erwähnen, dass die großen Privatsender und Zeitungskonzerne ausnahmslos großen Unternehmen wie General Electric (u.a. AOL Time Warner) oder General Motors gehören.

Nicht unwichtig für das Verständnis der amerikanischen Gesellschaft unter der Regierungszeit Bush ist der Umgang der Bush-Clique mit Macht. Im Vorfeld der letzten Wahlen hatte Al Gore mehrere Anwälte und politische Berater mit der Frage beschäftigt, wie man die Legitimität der Wahl begründen solle, wenn zwar die Mehrheit der Wahlmänner gewonnen wird, aber nicht die der Wahlstimmen. Fragen, an die die Gruppe um Bush keinerlei Gedanken verschwendet hatte. Macht wird bei Bush einfach benutzt, weil man es kann. Nach der Legitimität des Handelns wird nicht gefragt.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Argumentation, dass es keinen Unterschied mache, ob Bush oder Kerry gewählt würden, in einem anderen Licht. Selbst wenn die Unterschiede in den politischen Programmen nur graduell gewesen sind: Vor dem politisch-ideologischen Hintergrund der beiden Kandidaten schien eine Unterstützung Kerrys allein zur Sicherung der Voraussetzungen fortschrittlicher Politik durchaus geboten.

Der gesamte Wahlkampf und damit die ca. 3,9 Mrd. Dollar, die beide Parteien zusammengenommen investiert hatten (einschließlich der Wahlen zu Senat und Repräsentantenhaus), konzentrierte sich auf die so genannten "Swing"- oder "Battleground"-States: Nevada, New Mexiko, Minnesota, Iowa, Michigan, Pennsylvania, New Hampshire, Ohio, West Virginia, Virginia, Wisconsin, Florida und überraschend Hawai (früher demokratische Hochburg). In der politischen Geographie der USA sind die Demokraten an der Westküste und im Nordosten traditionell stark, die Republikaner hingegen im Westen und Süden. Auch bei diesen Wahlen hat sich das bestätigt. Dabei gewinnen die Demokraten immer wesentlich weniger Staaten als die Republikaner, dafür allerdings die industrialisierten mit hoher Bevölkerungsdichte und damit deutlich mehr Wahlmännern. Hier bildet sich auch die soziale Basis der Demokraten ab, die Arbeiter und Angestellten. Die Wählerbasis der Republikaner ist hingegen die in den Zentren abfällig als "Red Necks" bezeichnete Landbevölkerung. Die religiöse Ideologisierung der Bush-Kampagne und die Visionslosigkeit des Kerry-Lagers hat hier allerdings zu einer weiteren Verschiebung zu Gunsten der Republikaner gesorgt.

Insbesondere in den republikanisch dominierten Staaten kann kaum von einer sauberen Wahl gesprochen werden. Bereits im Vorfeld war von zahlreichen Fällen "verschwundener" Registrierungen zu hören, genauso wie von Stimmzetteln, die vor dem Wahltag abgegebener worden waren. Aber auch die Wahlen selbst muten teils recht eigenwillig an. Es besteht kein klar definierter US-weiter Standard, wie diese durchzuführen sind. Irgendwo in Texas gibt es daher über hundert Jahre alte Wahlmaschinen, während in anderen Staaten die neuen Touch-Screen-Geräte aufgestellt wurden, die nicht mal eine Quittung ausdrucken. Gehen Stimmen "verloren", sind sie für immer weg. Und es gehört wahrlich keine große Sachkenntnis dazu, in diese Computer einzudringen und sie zu manipulieren. Die Wahlbeobachter der UN, die insbesondere in Florida eingesetzt worden waren, hatten also einiges zu tun. Zusätzlich hatten beide Kandidaten mehrere tausend Anwälte engagiert.

Wahlkampf bis zum Umfallen

Angesichts der medialen Inszenierung ist es immer wieder erstaunlich, in welch hohem Ausmaß der Wahlkampf zwischen Bush und Kerry auch und gerade in den Swing States ein purer Straßenwahlkampf gewesen ist: Flugblätter verteilen etwa oder "Canvassing": von Tür zu Tür gehen und mit potenziellen WählerInnen reden. Zunächst einmal musste dafür gesorgt werden, dass die Leute sich überhaupt als WählerInnen registrieren. In der zweiten Phase ging es dann um den eigentlichen Stimmenfang. Schließlich haben die WahlhelferInnen 10-12 Stunden täglich damit zugebracht, Listen mit "sicheren" WählerInnen durchzutelefonieren, sie noch mal auf die Wahl hinzuweisen, ihnen zu sagen wo ihr Wahllokal ist und dass sie alle ihre Freunde mitnehmen sollen. Teilweise sind potenzielle WählerInnen auch direkt zuhause abgeholt worden.

Viele BeobachterInnen und KommentatorInnen haben immer wieder betont, dass sich bei diesen Wahlen vor allem auf demokratischer Seite ein ungewöhnlich hoher Anteil von Menschen engagiert hat, teilweise Menschen, die noch nie vorher politisch aktiv gewesen waren. Dies ist ein deutliches Indiz dafür, für wie wichtig gerade diese Wahl von vielen gehalten worden war.

Dirk Burczyk, New York

Anmerkungen:

1) In elf Staaten hat es entsprechende Referenden gegeben; in allen gibt es nun einen Zusatz zur Landesverfassung, der Ehe als "zwischen Mann und Frau" definiert.

2) Das Registrieren für eine bestimmte Partei ist nicht unbedingt eine Vorwegnahme des Wahlergebnisses

18. LESERINNENBRIEF

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:21

Zu viel Flapsigkeit

Betr.: ak 488, (Haar-)Risse im Putz

Liebe ak-MacherInnen,

ich habe mich in der Rubrik über die flapsigen Überschriften geärgert: Israelis streiken - PalästinenserInnen streiken - GriechInnen sterben (dabei sind es ja wohl oft Albaner oder Bulgaren als billige Arbeitskräfte auf dem Bau) - MigrantInnen sterben - usw. Bitte verfallt nicht in einen Berufsjournalismus, der im Interesse von Vermarktung und Aufpeppung nicht mehr merkt, dass Berichterstattung immer über wirkliche Menschen und Erfahrungen stattfindet und nicht nur papierene Gestaltung von Texten ist. An der taz arbeite ich mich schon ab, was ihre Serienüberschriften angeht. Der Wort- und Sprachwitz ist angesichts der berichteten Gegebenheiten nicht selten zynisch. Von der taz habe ich allerdings auch gute Äußerungen von Karl Kraus über das Wesen von Zeitung und ZeitungmacherInnen präsentiert bekommen - wäre schön, wenn die Zunft sich immer mal wieder kritisch mit sich selbst auseinander setzen würde. Wäre ich z.B. Freundin, Verwandte o.Ä. eines solchen Bauarbeiters, will heißen, hätte ich zu diesen Nachrichten eine persönliche emotionale Beziehung, würde mich diese Art der Vermeldung ankotzen.

Mit in diesem Fall kritischen Grüßen

Elke, Hamburg

19. Deutsches Wetterleuchten

Volksreden und Straßenterror - Sachsen nach dem Wahlerfolg der NPD

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:22

Seit den sächsischen Landtagswahlen vom 19. September, bei denen sie 9,2 Prozent erreichte und nach 36 Jahren Durststrecke erstmals wieder in einen Landtag einzog, ist die NPD zur Hegemonialmacht im Lager der extremen Rechten geworden. Gleichzeitig ist das Bedrohungspotenzial durch die Strukturen außerhalb dieser Partei sprunghaft angestiegen.

Still war es geworden um Wurzen, jene Kleinstadt östlich von Leipzig, die über Jahre von sich reden gemacht hatte als Modellversuch für eine der "national befreiten Zonen" der Neonazis. Überfälle und Straßenschlachten hatten sich gehäuft, damals, 1995/96, als junge Leute, die die absolute Vorherrschaft der Nazis auf den Straßen der tristen Stadt nicht mehr ertrugen, ins nahe gelegene Leipzig flüchteten.

Still war es geworden um Wurzen. Ziemlich still. Denn seit 1999 wehrte sich ein Teil der Zurückgebliebenen organisiert. Das Netzwerk für demokratische Kultur (NDK) entstand, wuchs, blühte und gedieh. Man fand Verbündete - trotz der notorischen Ignoranz der Stadtratsmehrheit. Die Zahl der Überfälle ließ nach, die Nazis waren nicht mehr so unübersehbar im Straßenbild. Wurzen machte wieder Schlagzeilen. Ein leuchtendes Beispiel für die funktionierende Zivilgesellschaft war mit dem Netzwerk gefunden, über das die Medien berichten konnten. Die einzige Gruppe, die dies nicht begriff, war die in der Stadt absolut herrschende CDU.

Ziemlich still war es geworden um Wurzen. Eine trügerische Stille. Dass 1999 der NPD-Kreisvorsitzende Marcus Müller, der eine rührige Jugendarbeit betrieb, in den Stadtrat einzog, wurde fast schon als normal hingenommen, denn man hatte nichts anderes erwartet. Ein kurzer Aufschrei nur. Dann wieder Stille. Und wurde diese Stille, dieses Verschweigen des Problems doch einmal durchbrochen, z.B. als Neonazis ein Kamerateam des Hessischen Rundfunks überfielen, dann hatte der Schrei eine eindeutige Richtung. Das Opfer war der eigentliche Täter. Denn die Opfer, noch dazu Presseleute, waren ja nicht von hier. Die Täter? Arme sozial benachteiligte Jugendliche, noch dazu zum Tatzeitpunkt unter Alkohol.

Die Stille lag schwer über Wurzen. Bis zum Tag der Kommunalwahl im Juni 2004. Die NPD hatte ihren Stimmenanteil in der Stadt auf 11,8 Prozent erhöht, sich von einem auf drei Sitze im Stadtrat verbessert. Der Oberbürgermeister äußerte umgehend sein Erschrecken - darüber, dass "die Extremisten von links und rechts" mehr als ein Drittel der Stimmen in seiner Stadt bekommen hatten. Nun gelte es, "wachsam" zu sein. Was nicht ausschließt, die NPD auch mal als Mehrheitsbeschafferin zu gebrauchen: Das Haushaltssicherungskonzept mit gravierenden Gebührenerhöhungen und Kürzungen im Sozialbereich wurde gemeinsam von CDU und NPD beschlossen. PDS und SPD hatten dagegen gestimmt, die CDU allein hätte die Mehrheit verfehlt.

Auch der Lärm um diesen Skandal hielt nicht lange an. Doch diesmal folgte auf die unvermeidliche Stille ein Bombenlärm. Im wahrsten Sinne des Wortes. In der Nacht zum 7. November detonierten zwei Sprengsätze an den Fensterscheiben des NDK. Zwar entstand kein größerer Sachschaden, doch hätten leicht auch Menschenleben gefährdet werden können. Selbst die Polizei ist sich sicher: Es handelt sich eindeutig um einen politisch motivierten Anschlag von rechtsaußen. In einer ersten Stellungnahme aus Nazikreisen im Internet wird darauf verwiesen, dass in der Fensterfläche des NDK zwei Plakate für die Antifa-Kampagne "Schöner leben ohne Naziläden" hingen. Und in Wurzen gibt es natürlich einen solchen Nazi-Szeneladen ...

"Einzug in den Reichstag" nicht ausgeschlossen

Wurzen ist eine triste Kleinstadt östlich von Leipzig. Wurzen ist überall in Sachsen. Das gilt für einen über Jahre vorherrschenden rechten Konsens, der erst allmählich und mühsam durchbrochen werden konnte. Das gilt für ein hohes Maß an Militanz und Straßenterror durch freie Strukturen der Neonazis. Das gilt für die kontinuierliche Aufbauarbeit der NPD, die es verstanden hat, sich sowohl eine stabile personelle Basis wie auch Akzeptanz zu verschaffen. "Zivilgesellschaftliche Initiativen" wie das NDK oder eine dem Antifaschismus verpflichtete PDS hatten und haben es schwer, für ihre Ansätze auch nur Gehör zu finden.

Schon vor dem Landtagswahlerfolg der NPD hatte Sachsen die bundesweit höchste Quote an Straftaten durch die extreme Rechte. Der Bombenanschlag von Wurzen ist zweifellos eine neue Qualität, aber er ist leider noch

nicht der Höhepunkt. In Struppen in der Sächsischen Schweiz wurden nach der Wahl Aufkleber gefunden, auf denen zum Mord an dem Kreisgeschäftsführer der PDS aufgerufen wird. In Königstein im gleichen Kreis wurden die Schaufensterscheiben zweier vietnamesischer Gemüsehändler zertrümmert. In der Kreisstadt Pirna selbst kam es mehrfach zu Überfällen auf nicht-rechte Jugendliche, wobei es Verletzte gab.

Für die Antifa-Demo "Schöner leben ohne Naziläden" am 27. November läuft eine Gegenmobilisierung der Neonazis unter dem Motto "Nicht nur zuschauen, sondern auch mal draufhaun". Bereits die erste Demonstration der Kampagne gegen den Laden "Backstreetnoise" in Chemnitz war von über 200 Neonazis und Hooligans angegriffen worden. Unter den Aktivisten der verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz, deren Zusammenhänge weiterhin bestehen, ist auch Martin Kohlmann, der Landesvorsitzende der REPs.

Die Kampagne "Schöner leben ohne Naziläden" ist ein Versuch, die maroden Antifastrukturen in Sachsen wiederzubeleben und besser zu vernetzen. Der Ansatz, gerade jene Punkte ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu ziehen, die für die Nazis sowohl die unersetzlichen Kommunikationszentren darstellen als auch die Szene mit allen notwendigen Utensilien für den rechten Lifestyle versorgen, ist strategisch geschickt gewählt. Eine neue Qualität zeigt sich zudem darin, dass die in vergangenen Jahren in Sachen Antifaschismus nicht selten zögerliche PDS Sachsens sich an der Kampagne beteiligt. Nicht nur die Jugendstrukturen sind fester Bestandteil der hoffnungsvoll gestarteten Offensive, sondern auch eine Reihe von Landtagsabgeordneten der Partei ist jeweils vor Ort.

Noch ist diese Kampagne eine Ausnahme. Häufiger sind noch immer jene Fälle, bei denen Überfälle fast nur zufällig bekannt werden und ohne Reaktion bleiben. Was die Nazis seit 1996 erfolgreich geschafft haben, nämlich eine nahezu flächendeckende Struktur in Sachsen aufzubauen, ist für die antifaschistische Arbeit noch Zukunftsmusik.

Die NPD ist an der gestiegenen Militanz nicht personell beteiligt. Trotzdem lässt sich ein Zusammenhang mit ihrem Wahlerfolg nicht wegleugnen. Die freien Strukturen der Neonazis fühlen sich durch den Erfolg der NPD ermutigt, die von ihnen beanspruchte Rolle als Ordnungsmacht gegen alles "Undeutsche", gegen alle tatsächlichen oder vermuteten Gegner auch durchzusetzen.

"Schöner leben ohne Nazi-Läden"

Zwar stehen Feinanalysen der NPD-Wahlergebnisse noch aus, doch lässt sich deutlich erkennen, dass soziale Brennpunkte keineswegs identisch mit den Hochburgen der NPD sind. Aber auch ihre organisatorischen Schwerpunkte führen nicht unbedingt dazu, dass sie hier die besten Ergebnisse erzielen. Häufig allerdings lässt sich nachweisen, dass die Resultate dort besonders gut für die NPD ausfallen, wo über Jahre hinweg ein Treffpunkt bestand, der die Alltagskultur besonders jüngerer Männer geprägt hat. Ein Beispiel dafür ist der kleine Ort Mücka in der Oberlausitz, wo in der Diskothek "Wodan" wiederholt Skin-Konzerte und NPD-Veranstaltungen stattfanden.

Seit 1999 hat die NPD in Sachsen kontinuierlich Mitglieder an das Spektrum der Freien Kameradschaften verloren. Ihre Mitgliederzahl sank von 1.400 auf 800, der Landesverband blieb aber noch immer der stärkste im Bundesgebiet. Anders als in einigen Gebieten des Westens war das Verhältnis zwischen NPD und Kameradschaften jedoch nie durch Konkurrenz sondern vielmehr durch Kooperation geprägt. Man kannte sich durch gemeinsame Mitgliedschaft in der Partei und blieb auch nach dem Austritt durch persönliche Beziehungen und gemeinsame kulturelle Aktivitäten in Kontakt.

Inzwischen deuten einige Indizien darauf hin, dass aus der losen Freundschaft zwischen Kameradschaften und NPD wieder eine innige Beziehung werden könnte. Bereits bei den Kommunalwahlen in Dresden hatte die NPD militante Neonazis in das von ihr initiierte Nationale Bündnis Dresden integriert. Wahlkampfunterstützer aus dem Westen wie die notorischen Neonazis Andreas Gängel oder Christian Hehl und besonders der stellvertretende Wahlkampfleiter Sascha Wagner sollten gezielt diese Klientel ansprechen. Diese taktische Maßnahme war leider weitgehend erfolgreich. Der Einzug der NPD in den Landtag macht die Partei für dieses Spektrum noch attraktiver. Die künftigen Möglichkeiten einer hauptamtlichen Arbeit über die Wahlkreisbüros werden dazu genutzt werden, Treffpunkte auch für die bisher eher lose angebundenen Neonazis zu schaffen. Zudem bieten sie den Vorteil, jetzt auch in jenen Gegenden aktiv werden zu können, in denen die NPD bisher nur über schwache Strukturen verfügte.

Als weiterer für die NPD positiv wirkender Faktor kommt der Übertritt einiger führender Kader der Freien Nationalisten hinzu. Bereits seit einiger Zeit hatte sich eine Annäherung an jene Aktivisten abgezeichnet, die sich mit dem Hamburger Christian Worch überworfen hatten. Speziell Thomas "Steiner" Wulff und der ehemalige Wikingjugend-Funktionär Ralf Tegethoff waren wiederholt als Redner bei zentralen Demonstrationen der NPD aufgetreten und hatten damit Zeichen für ihre Anhängerschaft gesetzt. Weitere Kader wie Norman Bordin (Kameradschaft Süd) oder Matthias Fischer von der verbotenen Fränkischen Aktionsfront folgten diesem Schritt.

Mindestens ebenso wichtig war für die NPD die planvoll durchgeführte Ausschaltung der parteipolitischen Konkurrenz in Sachsen. Damit ist weniger das fragile Bündnis mit der DVU des NS-Devotionalienhändlers Gerhard Frey gemeint, das wohl kaum den Bundestagswahlkampf überstehen dürfte, denn die DVU spielte in Sachsen ohnehin nie eine nennenswerte Rolle. Erheblich wichtiger war es, den Landesverband der REPs handlungsunfähig zu machen. Die NPD nutzte die ohnehin seit langem bestehenden Spannungen zwischen dem Landesverband Sachsen der REPs und der Bundespartei, band zunächst wichtige Funktionäre in das Nationale Bündnis Dresden ein, um zuletzt einen besonderen Coup zu landen. Die REP-Landesvorsitzende Kerstin Lorenz, Vertrauensfrau ihrer Partei für die Landtagswahlen, reichte einfach die Wahlunterlagen nicht ein. Einem kaum verhüllten Wahlaufruf im NPD-Organ Deutsche Stimme folgte einen Tag vor der Landtagswahl ihr Eintritt in die NPD. Außerhalb von Chemnitz existieren die REPs in Sachsen faktisch nicht mehr.

Es bedarf keiner großen Prognosefähigkeit zur Voraussage, dass Sachsen Niedersachsen als Stammland der NPD ablösen wird. Mit dem Deutsche Stimme-Verlag in Riesa und dem Mitarbeiterstab der Landtagsfraktion sind nunmehr gleich zwei Kraftzentren der Partei im Freistaat existent. Während der Verlag dabei eher als logistisches Zentrum wirken wird, wird die NPD anstreben, die Landtagsfraktion zu einer Art Braintrust zu formen. Die Anwerbung von erfahrenen Kadern wie Karl Richter, Redakteur der rechten Theoriezeitschrift Nation + Europa, Andreas Molau, der vor seiner Zeit als Waldorflehrer unter anderem vier Jahre Redakteur der Jungen Freiheit war, oder dem Parteiideologen Per Lennart Aae spricht für diese Annahme. Erfahrene Organisatoren wie der Fraktionsgeschäftsführer Peter Marx, zugleich Landesvorsitzender im Saarland, oder der stellvertretende Parteivorsitzende Eigenfeld sollen verhindern, dass die NPD auf dem Parkett des Landtags allzu deutlich sichtbar ausrutscht. Die erste öffentlichkeitswirksame Gesetzesvorlage ist bereits eingebracht: Die Diäten sollen in einem ersten Schritt um 6,6 Prozent gekürzt und anschließend an die allgemeine Einkommensentwicklung angepasst werden.

Wurzen ist inzwischen überall in Sachsen. Aber um Sachsen wird es nicht still werden in den nächsten Jahren. Auch nicht nachdem sich die erste Aufregung um die neue Partei im Landtag sehr schnell wieder gelegt haben wird. Dem "deutschen Wetterleuchten in Sachsen" soll 2006 der nächste Schritt folgen, der "Einzug in den Reichstag". Völlig ausschließen mag dies niemand mehr.

Jean Cremet

20. Der europäische Krieg gegen Flüchtlinge

Flüchtlingsabwehr und Lagerpläne der EU

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:23

Die ersten europäischen Pläne für Flüchtlingslager in Kriegs- und Krisenregionen und an den Rändern der EU entstanden nicht zufällig zeitgleich zum Beginn des Irakkriegs im Frühjahr 2003. Fast ein Jahr lang gab es in Spezialistenkreisen eine Diskussion über solche Lagerpläne. Mit dem Medienrummel um den "Fall Cap Anamur" im Juli 2004 tauchte sie plötzlich wieder auf, ausgelöst durch den Vorschlag des deutschen Innenministers Schily - in eiliger Abstimmung mit seinem italienischen Amtskollegen Pisanu - "Auffanglager" für Bootsflüchtlinge in Nordafrika einzurichten. Die italienische Regierung hat Anfang Oktober begonnen, in Italien gelandete Bootsflüchtlinge nach Libyen zu verfrachten, wo sie bis zu ihrer Abschiebung in von Italien finanzierten libyschen Lagern untergebracht werden. Mittlerweile geben sich Regierungsmitglieder und WirtschaftsvertreterInnen aller wichtigen EU-Staaten die Klappe von Ghaddafis Zelt in die Hand. Ghaddafi meinte wohl kaum die Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen und MigrantInnen, als er in seiner Rede zur Eröffnung des Gasprojekts mit Berlusconi am 7.10.04 sagte: "There is no life without mobility and mobility ist brought about energy." Bundeskanzler Schröder erklärte Mitte Oktober er sei sich mit seinem libyschen Amtskollegen einig, dass man Flüchtlingen lieber in ihren Herkunftsländern helfen, sprich: sie gemeinsam zurück verfrachten und am Eindringen in die "Festung Europa" hindern sollte.

Die Chronologie der Lager-Debatten der letzten zwei Jahre zeigt die Menschenverachtung der EU-Flüchtlingspolitik, aber auch ihre internen Widersprüche.

I. Lagerpläne 2003

Das erste Papier des britischen Kabinetts und Innenministeriums, zynischerweise "A New Vision for Refugees" genannt, stammt vom Februar 2003. Es enthält zwei Elemente: 1. Die Intervention, einschließlich mit militärischen Mitteln in Ländern, die Flüchtlinge produzieren, um den "Strom" von Flüchtlingen zu stoppen und ihre Rückkehr zu ermöglichen; 2. Die Schaffung eines "global network of safe havens", später Regional Protection Areas (RPA, regionale Schutzzonen) genannt. Die RPA sollen sowohl in unmittelbarer Nähe der Flucht-Länder, als auch näher an bzw. in der EU installiert werden. Modell waren die Lager in Makedonien während des Kosovokriegs, in die Flüchtlinge von Militärs interniert und bewacht wurden und aus denen allenfalls eine kleine Minderheit nach festgelegten Kontingenten befristet in EU-Staaten einreisen durfte. Ebenfalls vorgeschlagen wurde eine Ergänzung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, um die Rückführung von in Europa angekommenen Flüchtlingen in die "safe havens" zu ermöglichen.

Als zusätzliche Variante legte Blair im März 2003 dem EU-Ratspräsidenten ein Konzept für sogenannte Transit Processing Centres (TPC) außerhalb der EU-Grenzen vor, in die sowohl Flüchtlinge im Transit als auch aus der EU Zurückgeschobene zur Durchführung von Asylverfahren interniert werden sollten. Insbesondere gehe es um als "offensichtlich unbegründet" abgelehnte Asylanträge, vor allem von Flüchtlingen aus bestimmten als "sicher" definierten Herkunftsländern, die in den Lagern widerlegen könnten, dass sie "Wirtschaftsmigranten" seien. Hintergrund dieser Vorschläge war, dass Großbritannien 2002 zum Land mit der höchsten Zahl an AsylbewerberInnen geworden war und Blair seiner Wählerschaft versprochen hatte, daran etwas zu ändern. So ein Transit-System sei, so behauptete Blair, "menschlicher", da dann ja die gefährliche Reise zum Zielland wegfallen würde. Der britische Vorschlag wurde damals durch die niederländische, die österreichische und die dänische Regierung unterstützt.

Als Reaktion auf dieses Konzept präsentierte der UN-Flüchtlingskommissar Ruud Lubbers am 17.3.03 auf einem Treffen in London sein three prong modell (Drei-Säulen-Modell) für ein effektiveres Flüchtlings-Management: Der so genannte domestic approach hatte eine effizientere nationale Asylprüfung und Flüchtlingsbetreuung zum Ziel, mit der Hilfe in Krisenregionen sollten "Flüchtlingsströme" schon vor Ort gestoppt werden, und mit dem EU prong sollte eine gemeinsame europäische Bewältigung von Migrationswellen erreicht werden. Die dritte Säule umfasst u.a. die Einrichtung geschlossener Lager zur Durchführung von Asylverfahren auch für Flüchtlinge, die bereits Europa erreicht haben. Der wesentliche Unterschied zu den britischen Plänen ist, dass die Lager innerhalb der Grenzen der (erweiterten) EU statt außerhalb errichtet werden sollen. Die Flüchtlingszentren sollten laut UNHCR "den Asylmissbrauch

eindämmen", da derzeit bis zu 3/4 aller AsylbewerberInnen, die es bis nach Europa schaffen, nicht die klassischen Kriterien eines Flüchtlings erfüllen würden. Deshalb seien auch Listen sicherer Herkunftsländer sinnvoll. Flüchtlinge aus diesen Ländern könnten ihr Verfahren in solchen Lagern durchführen und die wenigen anerkannten sollten nach einem Quotensystem auf die EU-Länder verteilt werden, die übrigen würden schnellstens "nach Hause geschickt". Der UNHCR führte nicht zuletzt finanzielle Argumente ins Feld: Für AsylbewerberInnen in Europa würden rund 10.000 Dollar jährlich an Unterstützung aufgewendet. Dagegen zahle der UNHCR für Millionen Flüchtlinge in der Welt im Durchschnitt nur 50 Dollar pro Jahr. (Nach: SZ, 4.6.03)

Auf einer Tagung der EU-Justiz- und Innenminister Ende März 2003 unterstützten die Niederlande, Italien und Spanien die UNHCR-Variante des britischen Konzepts, während sich der deutsche Innenminister Schily skeptisch dazu äußerte. In einem Interview gegenüber dem Observer (11.5.03) sagte er, der britische Vorschlag werde die Zahl derjenigen, die nach Europa gelangen, eher erhöhen als reduzieren. Er stimme den Zielen zu, meine aber, diese Lager würden nicht funktionieren, sondern nur noch zusätzliche Flüchtlinge anziehen. Auf einem UNHCR-Symposium Ende Juni 2003 in Berlin betonte er demgegenüber die Wirksamkeit der deutschen Regelungen über "sichere Drittstaaten" und "sichere Herkunftsländer" und dass man doch alles tun müsse, um schon in den Herkunftsregionen Flucht zu verhindern. Die deutsche Regierung hat sich auf EU-Ebene schon immer gegen Quotenregelungen zur Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen und will sich nicht auf "Lastenteilung" mit Ländern einlassen, die (nicht zuletzt auf Grund ihrer EU-Außengrenzen) bei der Flüchtlingsabwehr nicht so "effektiv" sind.

Im Gegensatz zu Schilys Argumentation kritisierte die schwedische Regierung das Konzept aus rechtlichen und humanitären Gründen, ähnlich wie eine große Zahl an Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen. Die EU-Kommission ging deshalb Anfang Juni auf Distanz zu den britischen Plänen und auch zum UNHCR-Konzept für die TPCs. Der Beschluss Nr. 26 der EU-Gipfelkonferenz Mitte Juni 2003 in Griechenland lautete wörtlich: Die EU-Konferenz fordert die EU-Kommission auf, "Mittel und Wege zu prüfen, wie die Schutzkapazität von Herkunftsländern erhöht werden kann. (...) Der Rat stellt fest, dass eine Reihe von Mitgliedsstaaten beabsichtigt, als Teil dieses Prozesses gemeinsam mit dem UNHCR die Möglichkeit für einen verbesserten Schutz der Flüchtlinge in ihrer Herkunftsregion zu prüfen." Offiziell ließ Großbritannien seinen Vorschlag der TPCs fallen, und in den Medien wurde es meist so dargestellt, als habe die EU die britischen Vorschläge abgelehnt.

Festzuhalten bleibt aber, dass der EU-Gipfel grünes Licht für Pilotprojekte gab und eine 12-Monatsstudie sowie einen Bericht über "praktische Vorschläge" beschloss. "The idea is to bring safe havens closer to the people and their places of origin", so bilanzierte ein EU-Kommissionssprecher die Ergebnisse des Gipels. Dies bedeutet faktisch eine klare Zustimmung zum Konzept der regionalen Verlagerung des Flüchtlingsschutzes in die Nähe der Herkunftsländer von Flüchtlingen.

II. Schon existierende Lager, Verfahren und Abkommen zur Flüchtlingsabwehr und -rückführung

Neben den hier eher unbekannten "Resettlement"-Programmen, wo Flüchtlinge sich in Lagern in Krisenregionen um Aufnahme in bestimmten Zielstaaten bewerben können, gibt es an den Rändern Europas bereits etliche Lager zur Abwehr und Abschreckung von Flüchtlingen und MigrantInnen. Beispielhaft seien hier nur einige erwähnt.

Die spanischen Exklaven Melilla und Ceuta in Marokko wurden erst vor weniger als zehn Jahren als Schlupflöcher nach Europa entdeckt. Deshalb wurden 1999 die alten Stacheldrahtzäune ersetzt durch drei Meter hohe Metallzäune, fluchtlichtbestrahlt, kamera-, mikrofon- und sensorüberwacht. Vor dem Zaun lagern Hunderte von AfrikanerInnen, und immer wieder schaffen es einige, den Zaun zu überwinden - und damit nach Europa einzureisen. Als Konsequenz wird jetzt der Zaun auf sechs Meter erhöht und die Bewachung verstärkt. In den Exklaven befinden sich Lager mit je 500 Plätzen, die immer voll sind. (Nach: FR, 16.8.04)

Auf der anderen Seite des Mittelmeers gibt es insbesondere in Italien zunehmend Lager. Auf der Afrika am nächsten gelegenen 20 qkm großen Insel Lampedusa kommen schon seit 20 Jahren "clandestini" an. Früher nahm niemand Notiz davon, und die ImmigrantInnen reisten weiter aufs italienische Festland. Seit einiger Zeit werden sie sofort in ein Lager gesteckt, mit einem Neubau wurde begonnen, angeblich um die Tourismusbranche vor den Flüchtlingen zu schützen. Gezielt wird Rassismus geschürt. Eine

Restaurantbesitzerin meint jedoch: "Wir haben nichts gegen die Illegalen, aber sie sollen als freie Menschen kommen!" (SZ, 28.7.03)

Auf Sizilien und dem italienischen Festland gibt es seit 1998 Abschiebelager, ironischerweise Centri di Permanenza Temporanea (CPT) - Zentren für den zeitweiligen Aufenthalt - genannt. Die geschlossenen Zentren in Agrigent und Caltanissetta wurden durch die Inhaftierung der Flüchtlinge von der Cap Anamur auch hier bekannt. Weitere CPT gibt es z.B. in Apulien, wo sie ursprünglich zur Inhaftierung der Flüchtlinge gedacht waren, die von Albanien über die Adria nach Italien gelangten. Deren Zahl wurde durch gemeinsame Patrouillen italienischer und albanischer Spezialtruppen fast auf Null gesenkt. Im CPT Regina Pacis in San Foca, direkt am Touristenstrand gelegen und im Sommer 2003 Ziel internationaler Proteste, sind deshalb vor allem Menschen ohne Papiere interniert, die über Libyen nach Sizilien gelangt sind. (1)

Wenig bekannt ist bisher über Lager in nordafrikanischen Ländern. Insbesondere Italien hat in den letzten Jahren vor allem auf die Transitländer Libyen, Tunesien und Ägypten verstärkten Druck ausgeübt, um sie zu einem konsequenteren Einsatz bei der Überwachung der Küsten und der jeweiligen "grünen Grenzen" in der Sahara zu veranlassen. Die nordafrikanischen Länder sind dazu aber nicht ohne Gegenleistungen bereit, denn sie haben keine Mittel, die Grenzen aufzurüsten und auch wenig Interesse daran. Die Geldüberweisungen der eigenen StaatsbürgerInnen aus dem Ausland stellen eine der wichtigsten Einnahmequellen dar. Deshalb benutzt Italien Einwanderungsquoten und Entwicklungshilfe als Druckmittel. Mit Tunesien wurde z.B. im Dezember 2003 ein neues Abkommen geschlossen, das Ausrüstung und Ausbildungshilfe für Grenzkontrollen, aber auch erhöhte Einwanderungsquoten enthielt. Daraufhin beschloss das tunesische Parlament strenge Strafen für SchleuserInnen. Es gibt in Tunesien, das zwar die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet, aber kein Asylverfahrensgesetz hat, 13 mit italienischem Geld finanzierte Abschiebehafteinrichtungen. Die meisten davon befinden sich an geheimen Orten. Ägypten bekam erst im Oktober 2002 eigene Einwanderungsquoten und dies nur unter der Maßgabe, dass sich ein Verbindungsbeamter der italienischen Polizei in Kairo niederlassen durfte. (2)

Libyen ist nicht Auswanderungs- sondern Einwanderungs- und Transitland. Deshalb galten für Italien keine Einwanderungsquoten. Zudem konnten auf Grund des EU-Embargos keine (militärischen) Grenzschutzausrüstungen geliefert werden. All das ist jetzt anders, seit Libyen für die EU nicht mehr als "Schurkenstaat", sondern als Profit bringender Geschäftspartner gilt. In den letzten Jahren hat sich die libysche Politik nach innen gegenüber EinwandererInnen stark gewandelt insbesondere den jenigen aus Nigeria, Niger und Tschad sowie aus Ägypten und anderen nordafrikanischen Ländern, die lange als billige Arbeitskräfte willkommen waren. Die Wende begann schon im Herbst 2000, als es bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen LibyerInnen und anderen AfrikanerInnen bei Tripolis zu sechs Toten kam. Viele NigerianerInnen wurden abgeschoben. Seit März 2004 schränkt ein Gesetz die Einwanderung ein und sieht die Ausweisung arbeitsloser AusländerInnen vor. Die Abzuschiebenden "wohnen" in Zelten in der Wüste, und Massenabschiebungen, z.B. nach Eritrea, begannen zeitgleich mit der Ankunft eines italienischen Beamten.

Auf Druck der EU hat nun auch Marokko mit Massenabschiebungen schwarzer AfrikanerInnen begonnen - am 30.11.03 wurden per Charterflug 416 Personen nach Nigeria abgeschoben. Über den Zeitraum von drei Jahren bekommt Marokko insgesamt 40 Millionen Euro von der EU für den "Kampf gegen illegale Migration". Parallel dazu wächst der Rassismus gegen Schwarze. (Nach: taz, 25.8.04) Das EU-Programm AENEAS soll im gesamten Mittelmeerraum "die Bereitschaft der Drittländer zum Abschluss von Rückübernahmeabkommen fördern".

Es gibt jedoch auch Abschiebevereinbarungen, die auf Grund von Widerstand in den Herkunftsländern und in Europa gescheitert sind, wie z.B. das im Januar 2003 bereits unterzeichnete Abkommen zwischen der Schweiz und Senegal. Es sah vor, abgelehnte afrikanische Asylsuchende, deren Identität nicht nachgewiesen werden konnte, nach Senegal abzuschieben und sie dort auf dem Flughafen zu internieren, wo afrikanische Botschaften sich dann ihre StaatsbürgerInnen heraussuchen sollten. Auf Grund von Protesten von Menschenrechtsorganisationen und afrikanischer MigrantInnen, die sich im Senegal aufhielten, weigerte sich das senegalesische Parlament im März 2003, das Abkommen zu verabschieden.

Relativ weit entwickelt ist jedoch die Politik der Lager, Internierungen und Rückübernahmeabkommen an den neuen Ostgrenzen der EU. Dies betrifft Flüchtlinge und MigrantInnen im Transit, aber auch bereits in die EU eingereiste Asylsuchende. Österreich und die drei baltischen Staaten sprachen sich vor kurzem für die

Errichtung eines Aufnahmelagers für Flüchtlinge aus Tschetschenien außerhalb der EU, z.B. in der Ukraine, aus.

III. Lagerpläne 2004 als Reaktion auf die Rettungsaktion der "Cap Anamur"

Am 19.7.04, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Rettung von 37 afrikanischen Flüchtlingen im Mittelmeer durch das Schiff "Cap Anamur" der gleichnamigen Hilfsorganisation, sprach der deutsche Innenminister Schily auf einem Treffen der EU-Justizminister zum ersten Mal von der Möglichkeit, Auffanglager für Bootsflüchtlinge in Nordafrika einzurichten. "Humaner als ertrinken" nennt Schily diese Lösung. Bei einer Umfrage des Fernsehsenders ntv am 20.7.04 sprachen sich 76% der ZuschauerInnen für Lager in Nordafrika aus.

Was für Lager das genau sein sollen und für wen, wer darin das Sagen hat und wer über ihre Einrichtung entscheidet, darüber gibt es anscheinend noch kein klares, einheitliches Konzept, sondern nur verschiedene Äußerungen von Politikern in den Medien. Schily und sein italienischer Amtskollege Pisanu z.B. schlugen in einer gemeinsamen Presseerklärung vom 16.8.04 vor, es solle für auf See aufgegriffene Flüchtlinge eine Einrichtung geschaffen werden, "die außerhalb der Grenzen Europas Asylgesuche entgegennimmt und prüft" (FR, 17.8.04). Aufgabe dieser Institution sei - so Schily in der F.A.Z. vom 22.7.04 - für anerkannte Flüchtlinge eine Aufnahme in einem Drittland zu besorgen, in der Regel "in der Nähe ihres Heimatlandes mit Unterstützung der EU". Asyl in Europa würden die Flüchtlinge hingegen nur auf "freiwilliger Basis der jeweiligen Staaten" erhalten. Zugleich ist geplant, außerhalb Europas eine Clearingstelle einzurichten, bei der EU-Staaten ihren Bedarf an legaler Einwanderung anmelden könnten. In der SZ vom 2.8.04 wird Schily mit folgenden Vorstellungen zitiert: "Es wird dort [in Nordafrika] eine Aufnahmeeinrichtung geben und eine Institution, die aus Beamten der Asylbehörden der EU-Mitgliedsstaaten zusammengesetzt ist. Diese Behörde prüft: Haben die Flüchtlinge einen Grund nach der Genfer Flüchtlingskonvention, der einer Rückkehr ins Heimatland entgegensteht? Wenn sie keinen haben, müssen sie zurück. (...) Eine gerichtliche Kontrolle muss es nicht zwangsläufig geben. Wir sind außerhalb des Rechtsgebietes der EU."

All diese Vorstellungen hatte Schily ohne Absprache mit den anderen Regierungsmitgliedern und deren Parteien geäußert, und in den folgenden Wochen entstand darüber eine bundesdeutsche Debatte. Die Meinungen zu den Lagerplänen gingen dabei quer durch die Parteien, und auch bei den Wohlfahrtsverbänden gab es sowohl ablehnende als auch zustimmende Reaktionen.

Auf EU-Ebene kursierten in den letzten Wochen auch die unterschiedlichsten Äußerungen zu und Interpretationen von Schilys Plänen. Beim Treffen der EU-Innenminister Anfang Oktober sprach Schily plötzlich nur noch von "Begrüßungszentren" für Flüchtlinge in Nordafrika, und in der Presse herrschte viel Verwirrung: "Schilys Lagerpläne gescheitert" schrieben die einen, "Sehr viel Zustimmung für die Überlegungen des deutschen Innenministers" die andern. Beschlossen wurde die Einrichtung von fünf Aufnahmezentren für MigrantInnen in Algerien, Libyen, Mauretanien, Marokko und Tunesien zu einem noch unbestimmten Zeitpunkt. EU-Kommissar Vitorino betonte, in den Lagern könnten keine Asylanträge für die EU gestellt werden, sondern nur für das jeweilige Gastland. Der marokkanische Innenminister erklärte, sein Land sei nicht bereit, derartige Lager zu akzeptieren. Ruud Lubbers vom UNHCR lehnt Schilys Ideen nicht grundsätzlich ab, sofern in den Lagern außerhalb der EU ein faires Asylverfahren gewährleistet und der UNHCR einbezogen sei. Am 14.10.04 sagte das EU-Parlament "Nein" zu Flüchtlingslagern außerhalb der EU, da sie die "offensichtliche Gefahr" mit sich brächten, dass "die Grundrechte verletzt werden". Wenige Tage später stellte Schily seine Pläne auf dem G 5-Treffen in Florenz zur Diskussion. Italien unterstützt seine Pläne, Frankreich und Spanien sprachen sich dagegen aus, der Vertreter Großbritanniens reiste vor Ende der Sitzung ab. Auf dem Gipfeltreffen am 5.11.04 haben die 25 EU-Regierungschefs beschlossen, dass "bis 2010 einheitliche Asylbestimmungen für die Europäische Union verabschiedet werden (sollen), wobei ausdrücklich auch die Möglichkeit überprüft werden soll, Asylanträge außerhalb des Territoriums der EU bearbeiten zu lassen". (Laut FR vom 6.11.04)

Inzwischen werden Fakten geschaffen: Italien schiebt Flüchtlinge ohne Asylprüfung von Lampedusa nach Libyen ab. Nach Aufhebung des Waffenembargos der EU gegen Libyen am 11.10. 04 verhandeln nicht nur Berlusconi und Pisanu, sondern auch Schröder und Schily mit Ghaddafi. Es geht dabei vor allem um Geschäfte mit Öl, Gas und Aufträgen für die europäische Wirtschaft, nicht zuletzt die Rüstungsindustrie. Flüchtlingsabwehr ist insofern für Europa nicht nur ein politisches Interesse, sondern es wird auch daran

verdient, wenn die nordafrikanischen Länder mit Patrouillenbooten und Überwachungstechnik ausgestattet werden. Ob auch Zelte oder Baumaterial für Lager geliefert werden, wie es schon durch die Medien ging, ist dann eine zweitrangige Frage.

Am liebsten hätten alle Machthaber nördlich und südlich des Mittelmeers unerwünschte Flüchtlinge und nicht (mehr) als billige Arbeitskräfte auszubeutende MigrantInnen dort, wo sie nach ihrer Meinung hingehören: in ihren Herkunftsländern. Dass hierbei bereits "Erfolge" zu verbuchen sind, berichtete z.B. die taz am 21.8.04: Die Polizei in Sierra Leone habe ein Schiff mit mehr als 500 Flüchtlingen an Bord am Auslaufen Richtung Kanaren gehindert. Bei der gemeinsamen Aktion sierra leonischer, spanischer und guineischer Behörden seien der Kapitän und die Crew festgenommen worden. Nicht nur die Besatzung der Cap Anamur landete also in diesem Sommer wegen Unterstützung von Flüchtlingen hinter Gittern. Dass zumindest von dieser Organisation solche Aktionen nicht mehr unternommen werden, machte sie durch die Abwahl ihres Vorsitzenden Elias Bierdel Anfang Oktober 2004 klar - ironischerweise zeitgleich zu den Massenabschiebungen von Lampedusa.

IV. Kritik und Widerstandsstrategien

Die aktuellen Lagerpläne sind Ausdruck einer Zuspitzung und Militarisierung der europäischen Flüchtlingspolitik. Lager bedeuten nicht nur menschenunwürdige und konfliktgeladene Lebensbedingungen, sondern vor allem eine Entrechtung, Stigmatisierung und Isolation der in sie eingewiesenen Menschen. Sie fördern Ausgrenzung und Rassismus gegen Menschen, die durch die Internierung als Nicht-BürgerInnen gekennzeichnet werden. Dies gilt nicht nur, aber noch verstärkt für geschlossene, exterritoriale Lager, deren Extrembeispiel Guantánamo ist. Die von Schily vorgeschlagenen EU-Lager in Nordafrika sind eine Vorverlagerung der EU-Grenzen. Auf mittlere Sicht könnten diese Staaten als "sichere Drittstaaten" deklariert werden, in die Flüchtlinge, die bereits nach Europa eingereist sind, abgeschoben werden. Zudem zielen die Bemühungen um "heimatnahe Schutzzonen" darauf, auch anerkannten Flüchtlingen die Einreise in die EU zu verweigern. In Gesprächen mit korrupten Herrschern wird Technik und Know how zur Migrationsverhinderung als "Entwicklungshilfe" verkauft.

Generell werden Flucht- und Wanderungsbewegungen nach Europa in EU-Dokumenten als Bedrohungsfaktoren festgeschrieben und in Verbindung gebracht mit dem Kampf gegen "Kriminalität" und "Terrorismus". "Dabei hebt das europäische Migrationsregime gezielt die Unterscheidung von Vertriebenen, Flüchtlingen und MigrantInnen zu Gunsten konstruierter bedrohlicher ‚Migrationsströme' auf. Einzig die kleine Schar erwünschter ArbeitsmigrantInnen kann noch auf legalem Weg nach Europa einreisen", skizziert Dirk Vogelskamp, Mitarbeiter des Komitees für Grundrechte und Demokratie die Grundzüge der europäischen Flüchtlingspolitik. Die menschenrechtlich argumentierende, defensive Kritik der asyl- und flüchtlingspolitischen Organisationen greift - so Vogelskamp - zu kurz, "weil sie ausblendet, dass die europäische Migrationspolitik eine Facette zur Aufrechterhaltung der globalen Ungleichheitsordnung darstellt, aus der sich der Reichtum der Metropolen speist" (3) Der Kampf für politische und soziale Rechte muss deshalb auf alle ausgedehnt werden, unabhängig von einem Flüchtlings- oder Aufenthaltsstatus.

Die Regierungen der europäischen Staaten, der Transit- und Herkunftsländer arbeiten bereits auf allen Ebenen zusammen. Es gibt jedoch Widersprüche in ihrer Politik: Die Grenzen der EU werden nie ganz geschlossen sein - nicht nur, weil bestimmte Kapitalfraktionen auf einen ethnisch hierarchisierten Arbeitsmarkt zur Profitmaximierung setzen und deshalb rechtlose MigrantInnen brauchen, sondern auch, weil Menschen beim Kampf ums Überleben sich nicht durch Stacheldraht und Patrouillenboote aufhalten lassen. Dabei nimmt die aus-grenzende Politik der Herrschenden zunehmend den Tod der Unerwünschten in Kauf.

Um so wichtiger ist es, dass sich der Widerstand gegen diese EU-Lager- und Flüchtlingspolitik auch auf internationaler Ebene (weiter) vernetzt: durch die Zusammenarbeit mit Flüchtlingen hier, ihren Landsleuten "zuhause" und auf dem Weg, mit Menschenrechtsorganisationen in Europa, in Transit- und Herkunftsländern. Es geht um die Durchsetzung des Zugangs nach Europa, um den Kampf für gleiche Rechte hier und um den Widerstand gegen Abschiebungen. Letztlich geht es um politische und soziale Menschenrechte für alle.

Cornelia Gunßer, Flüchtlingsrat Hamburg

Anmerkungen:

1) Näheres zu den italienischen Flüchtlingslagern in dem Buch "Italien. Legalisierung von Flüchtlingen - Militarisierung der Grenzen?" herausgegeben von der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (FFM), Februar 2002

2) Mehr zu diesen Abkommen in dem Artikel von Paolo Cuttitta, "Das diskrete Sterben", FR 19.8.04

3) Dirk Vogelskamp in "Krieg gegen die Armen", Diskussionspapier Sept. 2004, siehe Kasten Seite 6

21. Zwischen Vielfalt und Identitätssuche

Auf dem Europäischen Sozialforum in London wurde viel geredet, aber wenig gestritten

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:24

Vom 14. bis zum 17. Oktober fand in London das dritte Europäische Sozialforum (ESF) statt. Auch das diesjährige ESF hat wieder die Frage aufgeworfen, ob es tatsächlich um die Repräsentation von Differenzen in politischen Ansätzen und Praxen und deren Vernetzung geht oder hauptsächlich um die Herstellung eines Wir-Gefühls.

In einem Artikel zum ESF in der Londoner Zeitschrift Time out wurde ein Aktivist der in der Sozialforumsorganisation involvierten Gruppe Globalise Resistance mit einem Satz zitiert, der sich auf dem Sozialforum selbst als durchaus repräsentativ herausstellen sollte: "... it's easy to say what everyone stands against: George Bush." Die geschickte und außerordentlich hartnäckige Taktik, mit der die Socialist Workers Party (SWP) - eine der OrganisatorInnen des ESF - ihre Zeitungen verteilte, sorgte schon in der Anmeldeschlange dafür, dass man annehmen konnte, dieser vermeintliche gemeinsame Nenner schlage sich allzu deutlich im Programm nieder. Doch hatte man erst einmal das offizielle Programm in den Händen, wurde schnell deutlich, dass die thematische Vielfalt wieder einmal erschlagend sein würde. So gab es zwar eine Vielzahl von Veranstaltungen zum Thema Irak-Krieg, rein quantitativ wurden sie aber überwogen von Veranstaltungen zu den Themen Rassismus, Migration, Frauenrechte, Arbeitsrechte, Umwelt, Perspektiven sozialer Bewegungen etc. Trotzdem gab es auf dem Forum nicht nur eine deutliche Präsenz, sondern sogar eine spürbare Dominanz des Themas, verbunden mit einem unermüdlichen und bekannt platten Bush-Bashing.

Offensichtlich hatte es sich eine permanente AG zur Aufgabe gemacht, Anti-Bush-Pappschilder mit zum Teil merkwürdig kryptischer Symbolik zu basteln, so dass man spätestens am zweiten Tag in der Veranstaltungshalle und vor der Bushaltestelle mit einem ansehnlichen Schilderwald konfrontiert wurde. Die Anti-Irak-Kriegs-Kampagne und die damit einhergehende Anti-Bush-Stimmung waren aber nicht nur durch die zahlreichen Flugblätter, Transparente, Schilder, Buttons etc. so enorm präsent, sondern auch durch die häufige thematische Einbeziehung auf den Podien und in den Diskussionen der TeilnehmerInnen. Selbst auf Veranstaltungen, die laut Titel nichts oder nur wenig mit dem Thema zu tun hatten, kamen Podiumsbeiträge häufig nicht ohne einen Seitenhieb auf Bush und den Irak-Krieg aus, der dann auch prompt mit stürmischem Beifall belohnt wurde. Politische Verkürzungen wurden von ESF-TeilnehmerInnen dabei größtenteils ebenso hingenommen bzw. sogar emphatisch unterstützt wie problematische thematische Verquickungen mit dem Nahost-Konflikt.

Die Gründe für die Fixierung auf dieses Thema sind vielfältig und sind sowohl bei den ESF-OrganisatorInnen, allen voran der SWP, als auch bei den Motivationen und Ansprüchen der TeilnehmerInnen des Sozialforums zu suchen. Sie ist nicht nur wegen ihres vorwiegend populistischen Ausdrucks sehr problematisch, sondern auch, weil sie einige Grundsätze der weltweiten Sozialforumsbewegung durchkreuzt, in denen gerade ihre emanzipatorischen Potenziale liegen könnten.

Identität schlägt Differenz

Zwar ist die Betonung von Differenz und Vielfalt, wie sie in der Charta von Porto Allegre - die ja auch dem ESF zu Grunde gelegt wird - festgehalten wurde, noch nicht per se emanzipatorisch. Sie lässt sich sogar mit anti-emanzipatorischen Ansätzen und Politiken vereinbaren, wie sich in der Vergangenheit und auch wieder auf dem ESF in London gezeigt hat. Jedoch kann die Konfrontation und der Umgang mit differierenden Ansätzen auch den kritischen Blick auf die eigene Praxis schärfen und möglicherweise Impulse geben für neue politische Praktiken. An einem ESF teilzunehmen mit der Erwartung, sich austauschen, Netzwerke zu knüpfen und über den lokalen Tellerrand hinaus zuschauen, setzt, kurz gesagt, voraus, Differenzen ernst zu nehmen. Um diese sichtbar zu machen, ist es aber eher hinderlich, zwanghaft nach einem einzigen gemeinsamen Bezugspunkt zu suchen, der noch dazu wenig emanzipatorisches Potenzial aufweist. Was Stefan Müller in ak 487 unhinterfragt mit dem Bedürfnis nach einem "Wir-Gefühl" seitens der TeilnehmerInnen des ESF in Florenz beschrieb, sollte eher kritisch betrachtet werden, denn in einer solchen artikulierten Identität lassen sich allzu schnell Ausschlüsse und Dominanzen festschreiben.

Zweifellos waren auf dem ESF viele verschiedene Politiken repräsentiert, nur konnten einige auch leicht an den Rand gedrängt werden, wenn es die ESF-OrganisatorInnen so wollten. So waren z.B. die Referentinnen auf einer Veranstaltung zu internationalen Frauenkämpfen von einem Großteil der TeilnehmerInnen schlicht nicht zu hören, weil die Organisatoren einer Antikriegsveranstaltung in der gleichen Halle (die Veranstaltungen waren nur durch Aufsteller getrennt) das Hochdrehen der Lautstärke angeordnet hatten. Zur Abschlussdemo wurde von der SWP entgegen der Beschlüsse der internationalen Plena zur ESF-Vorbereitung unter dem Motto "Stop Bush" sowie "Troups out of Iraq" mobilisiert.

Was von der SWP in der ESF-Organisation thematisch forciert wurde, wurde aber auch von vielen TeilnehmerInnen gern angenommen. Das Bedürfnis nach Identifizierung und Gemeinsamkeit schien für viele tatsächlich ein wichtiges Element des ESF gewesen zu sein, was sich auch daran zeigte, dass es generell mehr Tendenz zur Zustimmung als zum Dissens unter den TeilnehmerInnen gab. Allerdings lässt sich dies auch auf die Konzeption des gesamten ESF zurückführen, die nicht gerade auf eine aktive Partizipation der TeilnehmerInnen ausgerichtet war.

Zuhören, statt Netzwerke bilden?

Dabei sollte ein zentrales Element von Sozialforen in der Möglichkeit zur Bildung von Netzwerken bestehen. Denn auf einem internationalen Event wie dem ESF besteht die seltene Möglichkeit für Gruppen und Individuen, miteinander in Kontakt zu kommen, um im Anschluss daran gemeinsame Projekte zu entwickeln. Aber genau dies hat in London schlecht funktioniert. Die Veranstaltungen waren auf zwei Stunden beschränkt und endeten dann meist abrupt. Worin der Unterschied zwischen Workshops, Seminaren und Plena bestehen sollte, blieb fraglich. Jeder dieser Veranstaltungstypen lief auf die gleiche Weise ab: Auf einem mit vier bis acht RednerInnen völlig überbesetztem Podium wurde zunächst referiert bzw. agitiert. Danach wurde das Mikrofon für das Publikum freigegeben, was oftmals auf weitere Co-Referate hinauslief. Gegenseitige inhaltliche Bezugnahmen und Diskussionen blieben meist aus. So wurden die Veranstaltungen überwiegend individuell konsumiert - es sei denn, man kam mit anderen ZuhörerInnen aus Eigeninitiative ins Gespräch.

Als positives Beispiel, das sich von dieser Praxis etwas unterschied, sei hier der Workshop zu den lokalen Sozialforen genannt. Dort wurde nicht zum x-ten Mal die Bösartigkeit von Bush, Blair und dem Imperialismus im Allgemeinen beschworen, sondern es wurde von der lokalen politischen Arbeit, den jeweils beteiligten AktivistInnen, den Erfolgen und dem Scheitern berichtet. Zu hoffen ist, dass die lokalen Foren sich nun nicht nur an der neu geschaffenen Mailingliste beteiligen, sondern die Vorbereitung der internationalen Events zukünftig mehr bestimmen.

Nationale Beschränktheiten

Generell ist festzustellen, dass das Sozialforum in London das bisher Umstrittenste war. Nun scheint das zwei Gründe zu haben: Zum einen ist es schon das dritte Europäische Sozialforum in Folge gewesen, womit auch die Begeisterung des Neuen gewichen ist. Zum anderen hat es wohl auch mit der britischen Politszene zu tun. So war in der Nachbereitung die Rede davon, dass ESF sei "very british" gewesen (Pit Wuhrer im Freitag): Im Gegensatz zu Frankreich und Italien existiert in Großbritannien wenig von dem, wodurch sich die globalisierungskritische Bewegung auszeichnet, wie z.B. neue, nicht-hierarchische Bündnisse.

Während die SWP und ihre deutsche Schwesterorganisation Linksruck nicht müde werden, die Breite des ESF-Vorbereitungsbündnisses zu betonen, berichteten andere britische AktivistInnen über eine massive Dominanz der SWP in dem Bündnis. Sie sprechen hier auch von einem starken Gegensatz zwischen den "Horizontals" und den "Verticals". Mit Verticals sind hierarchische Organisationen wie die SWP gemeint, die die Organisation des ESF an sich gerissen und zahlreiche Entscheidungen nicht öffentlich getroffen hätten. Die Grasroot-Organisationen, also die Horizontals, wurden dadurch offensiv ausgegrenzt.

Einige von Kanal B interviewte Londoner Aktive stellen fest, dass die Vorbereitungen der bisherigen drei Sozialforen enorm durch die jeweiligen nationalen Bedingungen - also den jeweils aktivsten Gruppen - geprägt worden seien. Eine Schwäche des ESF liegt also darin, dass es noch nicht gelingt, die Vorbereitung wirklich zu internationalisieren.

Die Unfähigkeit und die Dominanz der SWP im Vorfeld des ESF zu beschränken, ist vergleichbar mit der Unfähigkeit, Spaltungen durch die notorisch Parteipolitik betreibende MLPD in der bundesdeutschen

Bewegung zu verhindern. Hegemoniebestrebungen traditioneller, hierarchischer Organisationen bedrohen also immer wieder den Versuch von Sozialforen, nicht-hierarchische Umgangsformen zu praktizieren. Dieser Versuch wird nur gelingen, wenn die undogmatische bzw. radikale Linke so stark ist, dass diese Bestrebungen zurückgewiesen werden können.

Wenn Stefan Müller von der Notwendigkeit spricht, die undogmatische antikapitalistische Linke als Strömung auf dem ESF sichtbar zu machen, ist dem nur zuzustimmen. Zweifellos ist es dafür notwendig, "sich als Fraktion stärker aufeinander zu beziehen und die Forumsaktivitäten schon im Vorfeld abzustimmen". (ak 487) Dies ist beim ESF in London jedoch noch nicht gelungen. Die "Autonomous Spaces" waren in der Wahrnehmung der ESF-TeilnehmerInnen größtenteils nicht präsent, auch wenn ihre Veranstaltungen im offiziellen ESF-Programm angekündigt worden waren. Der Versuch, durch eine Demo in den Räumen des ESF Sichtbarkeit herzustellen, gelang zum Teil, weil zumindest deutlich wurde, dass es offensichtlich einen politischen Dissens gibt, der auf dem ESF ansonsten nur am Rande aufschien. Allerdings verstärkte die Aktion auch den Eindruck, dass diese Szene nicht zum ESF dazugehört, was von den "Autonomous Spaces"-AktivistInnen auch durchaus gewünscht war.

Nichtsdestotrotz gelang partiell aber auch die Einbeziehung von Inhalten der undogmatischen Linken, was sich zum Beispiel an der Veranstaltung der Gruppe Avanti zeigte. Dieses Beispiel macht aber auch deutlich, dass es nicht genügt, sich als undogmatische Linke einfach nur mit Inhalten in ein ESF einzubringen, sondern dass auch an einem Konzept gearbeitet werden muss, wie eine möglichst hohe Partizipation von an solchen Inhalten Interessierten herzustellen ist. Dies gelang nämlich auch bei der Avanti-Veranstaltung nicht.

Ein anderes ESF ist möglich!

Gleichwohl sollte die Chance der Vernetzung, wie sie sich auf dem ESF bietet, zukünftig weiterhin von der undogmatischen Linken ergriffen werden, denn nur so kann die oben erwähnte Stärke tatsächlich erreicht werden. Es müssen zudem Möglichkeiten der Vernetzung und der Zusammenarbeit jenseits des ESF gesucht werden, um auch innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung insgesamt sichtbarer zu werden.

Entscheidend ist hierbei, dass es nicht um Hegemoniebestrebungen gehen sollte, sondern um einen offenen Umgang mit politischen Differenzen. Ein einheitliches "Wir", wie es auf dem Londoner ESF vielfach beschworen wurde, könnte dann nicht mehr so einfach behauptet werden. Dies würde nicht nur interessantere Debatten auf dem ESF ermöglichen, sondern auch das eigentliche Potenzial des ESF ausschöpfen. Dieses liegt genau darin, grenzüberschreitende politische Handlungsfähigkeit zu ermöglichen und gleichzeitig die Vielfalt von Themen und Praktiken einzuschließen.

Martin Krämer/Kristin Schwierz

22. Nichtstun im Ruhrgebiet

Zum wilden Streik bei Opel Bochum

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:25

Vom 14. bis zum 20. Oktober haben die ArbeiterInnen bei Opel Bochum die Arbeit niedergelegt - selbstbestimmt und gegen den Willen der Gewerkschaft. Inzwischen wird wieder gearbeitet, doch ob alles wieder wie vorher ist, darf bezweifelt werden.

Der wilde Streik bei Opel Bochum war die zweite Aktion in diesem Jahr, in der eine Belegschaft gegen die Zumutungen des Kapitals "ungehorsamen" Widerstand geleistet und damit viel Aufmerksamkeit erregt hat. Die erste fand am 15. Juli statt, dem DaimlerChrysler-Aktionstag. Deutschlandweit hatten ca. 60.000 Beschäftigte die Arbeit niedergelegt. Das war eine geplante und befristete Aktion. Ungeplant hingegen war, dass ca. 2.000 Mettinger KollegInnen nicht wie von der IG Metall organisiert die S-Bahn nach Untertürkheim genommen haben, sondern in einem Protestmarsch über die Bundestrasse 10 gelaufen sind und diese blockierten. Das "Erpresswerk" konnte damit freilich nicht verhindert werden, und DaimlerChrysler hat sein Sparziel auf Kosten der Belegschaft. "In unserem Kampf haben wir die Hauptangriffe abgewehrt, haben aber auch einen Kompromiss geschluckt, der angesichts unserer Kampfbereitschaft nicht nötig gewesen wäre", heißt es in einem Solidaritätsschreiben von KollegInnen von DaimlerChrysler Sindelfingen an die Bochumer Opel-Belegschaft.

Die hatte sogar eine ganze Woche lang alle in Atem gehalten - durch Nichtstun. Als spontane Reaktion auf den angekündigten massiven Stellenabbau und die drohende Werksschließung fand eine einwöchige "Informationsveranstaltung" statt; so müssen beim restriktiven deutschen Streikrecht Arbeitsniederlegungen definiert werden, wenn sie keine Sanktionen nach sich ziehen sollen. Das hatten die Bochumer schon im Juni 2000 erprobt, als sie in der Motorenfertigung Informationen über die Allianz von GM und Fiat verlangten. Zwei Tage standen alle Räder still. Damals wie heute hatten die Streikaktionen schnell dazu geführt, dass auch in den anderen europäischen Opel-/GM-Werken die Arbeit ruhte. Viele dieser Werke sind nämlich auf Teile aus Bochum angewiesen. Man muss nun damit rechnen, dass GM zumindest die Teilefertigung für andere Standorte in Bochum schließen wird.

Misstrauen gegen Gewerkschaften

Die Absichtserklärung des Opel-Vorstandes nach der jüngsten Streikwoche in Bochum ist einigermaßen vage: Man wolle "die Standorte Rüsselsheim und Bochum so weit wettbewerbsfähig machen, dass sie über 2010 hinaus als Automobilwerke erhalten werden können." Doch solche nebulösen Verlautbarungen reichen der IG Metall offenkundig aus, um von einem Erfolg zu sprechen. Die Verhandlungen werden wohl noch länger fortgeführt. Ihr Ausgang ist ebenso ungewiss wie die weiteren Reaktionen der Belegschaft. Dennoch steht eines fest: Dieser wilde Streik hat Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften in schiere Panik versetzt.

Bricht in Deutschland jetzt der ungezügelte Klassenkampf aus? Haben die Gewerkschaften und Betriebsräte die Belegschaften nicht mehr im Griff? Diskreditieren sie sich damit als Verhandlungspartner und Co-Manager? Der Lohn- und Tarifexperte Hagen Lesch vom unternehmernahen Institut der deutschen Wirtschaft gab bereits Entwarnung. Dass die Suche nach einvernehmlichen Lösungen weiter einen hohen Stellenwert habe, zeige sich im Fall Opel daran, dass die Gewerkschaft mäßigend auf die Arbeiter eingewirkt habe. "Das ist ja auch die Aufgabe der Gewerkschaft, radikale Entwicklungen einzufangen". Die kennt ihre Aufgabe, hatte aber diesmal große Probleme damit. Selbst der Spiegel bemerkte: "Nur mühsam konnten Betriebsrat und Management in der vergangenen Woche die wilden Streiks in Bochum beenden."

Egal, ob der stellvertretende IG-Metall-Vorsitzende Berthold Huber zur Wiederaufnahme der Arbeit aufforderte, um die Verhandlungen nicht zu gefährden und egal, ob der Bochumer IG-Metall-Vorsitzende Ludger Hinse in jede noch so kleine Äußerung des Opel-Vorstandes eine "Bestands- und Zukunftsgarantie für den Standort Bochum" hineindeutete: Die Belegschaft selbst - voller Misstrauen gegenüber dem Betriebsrat - hatte die Arbeitsniederlegung beschlossen, und sie hat Schicht für Schicht für ihre Fortsetzung gestimmt. Und es war auch die Belegschaft selbst, die schließlich gegen viele Widerstände eine Abstimmung über die Weiterführung des Streiks durchgesetzt hat, auch wenn Betriebsrat und IG Metall diese durch Manipulation zur Farce machten. In dieser Abstimmung hat sich die Belegschaft mehrheitlich für das Ende des Streiks ausgesprochen,

doch sie könnte ihn jederzeit wieder aufnehmen. Denn die Opel-ArbeiterInnen verlangen immer noch vom Betriebsrat, dass auch über das zukünftige Verhandlungsergebnis abgestimmt werden soll.

Vorbild oder letztes Aufbäumen?

Auch die IG Metall in Stuttgart hat weniger Probleme mit dem Sparvertrag, den sie ohne Not und gegen die kampfwillige Belegschaft abgeschlossen hat. Ihr Problem sind eher diejenigen Teile der Belegschaft, die sie offensichtlich nicht im Griff hat und gegen die sie innergewerkschaftliche Konsequenzen anstrebt. "Ohne die Geheimverhandlungen des DaimlerChrysler Gesamtbetriebsrats ‚hinter verschlossenen Türen` in Möhringen wären die von Tom Adler angeführten Arbeiter noch heute auf der B 10", zitiert und kritisiert ein Gewerkschaftsfunktionär ein in Mettingen kursierendes Flugblatt. Er tat das in einer öffentlichen Debatte, die als "Startschuss zum Ausschluss" empfunden wird. In Bochum übernimmt die Repression (noch) die Arbeitgeberseite. Gegen einen Kollegen und einen Betriebsrat laufen Kündigungsverfahren, beide sind von einem Meister denunziert worden. Ihnen wird vorgeworfen, am ersten Streiktag Arbeitswillige genötigt zu haben. Doch ob die Gewerkschaft oder das Management sanktioniert - angestrebt ist stets ein Signal der Disziplinierung an die gesamte Belegschaft.

Mehrere hundert nationale und internationale Solidaritätsbekundungen haben die Bochumer KollegInnen erreicht. Sie waren nicht an die Betriebsräte adressiert, sondern an die eigenständig handelnde Belegschaft. "Mit der fragwürdigen Abstimmung am 20.10.2004 hat die Betriebsratsspitze sich nicht auf Eure Seite gestellt. Wir sind uns sicher, dass ihr daraus für die Zukunft die richtigen Lehren zieht.", so die Daimler-KollegInnen aus Sindelfingen. Sicherlich ist es offen, ob die BochumerInnen durch den Streik wirklich etwas für sich erreichen konnten. Doch für unzählige Beschäftigte v.a. in Deutschland war der Streik ein wichtiges Symbol der Hoffnung und des Widerstandes. Und er hat eine überfällige Debatte über Form und Inhalt gewerkschaftlicher Gegenwehr angestoßen, die nicht einschlafen darf.

In einer Solidaritätserklärung von Daimler-KollegInnen aus Stuttgart heißt es: "Die beste Antwort auf diesen Generalangriff der Arbeitgeber wäre nämlich eine Generalmobilmachung aller ‚angegriffenen' Belegschaften. (...) Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerungen können keine erfolgreiche gewerkschaftliche Strategie sein! Wir wollen uns nicht gegenseitig in den Keller hinunterkonkurrieren!" Andere äußerten grundsätzliche Kritik oder zumindest breitere Skepsis gegenüber dem Gewerkschaftsapparat und dessen "intelligenten Verhandlungen". Sie mahnten mehr Basisinitiative und Eigenständigkeit der Gewerkschaftsmitglieder an. Angesprochen wurde auch die Notwendigkeit eines Fonds, aus dem solche Art von Streiks, die vom Apparat der Gewerkschaften nicht unterstützt werden, finanziell abgesichert werden können. In Bochum hätte dies wahrscheinlich große Auswirkungen auf das Abstimmungsergebnis gehabt.

Der Bochumer Streik hat noch einige andere wichtige Punkte aufgezeigt. So heißt es in einem Schreiben philippinischer KollegInnen von Toyota: "Wir sind der Überzeugung, dass der Kampf der Arbeiter bei General Motors auch der Kampf der philippinischen Toyota-Arbeiter und der Arbeiter auf der ganzen Welt ist." Demgegenüber haben die Funktionäre der IG Metall alle Bekundungen zum Internationalismus komplett "vergessen". "Europa ist nicht Texas", äußerte sich Berthold Huber an die Adresse des US-Konzerns GM. Bei Ludger Hinse klang es ähnlich: "Wir brauchen einen Zukunftsvertrag für Europa, für Deutschland. Wir brauchen europäische Perspektiven, damit wir uns nicht von den USA vorführen lassen." Dabei geht es ja um "Kapital gegen Arbeit" und nicht um Deutschland oder Europa gegen die USA.

Würde, Selbstachtung, Widerstand

Solche gewerkschaftsoffiziellen Statements waren oft begleitet von Angriffen gegen das "unfähige" Management, das nicht auf die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat hören wollte. Viel zu selten gab es realistische Stimmen wie die in einem Solidaritätsschreiben: "Und lasst euch nicht nationalistisch aufhetzen, nach dem Motto: Dort die bösen Amerikaner mit Wildwest-Methoden und hier die guten deutschen Unternehmer mit zivilisierter Mitbestimmung. Diese deutschen Unternehmer sind es, die jeden Tag eine andere Belegschaft erpressen und die Agenda 2010 in Auftrag gegeben haben" Nicht das Management ist der Fehler, sondern der Kapitalismus. "Kämpfen um jeden Arbeitsplatz", auch wenn der oft gar nicht mehr Existenz sichernd ist? Auch diese Debatte muss weiter geführt werden.

Allerdings sei davor gewarnt, weiterhin unrealistische Erwartungen an die Gewerkschaftsbürokratie zu richten, wie beispielhaft in einem anderen Brief: "Euer Kampf ist eine große Ermutigung für alle Belegschaften. (...) Von

unserer IG Metall erwarten wir, dass sie diesen Kampf in der gesamten Branche koordiniert." Doch auch hier sind viele aus Erfahrung klug geworden, wie zwei weitere Zitate belegen: "Lasst euch von niemandem spalten - nicht von Clement und auch nicht von denjenigen IGM-Funktionären, die einen Teil von euch in ihren Kungel-Runden mit den Shareholdern zur Verhandlungsmasse machen werden." "Unser Tipp: Besteht darauf, die Mutigsten unter Euch - die nicht in Gewerkschaft und Betriebsrat verfangen sind - mit in die Verhandlungen zu bringen." Diesen Hinweis nicht befolgt zu haben, könnte die Bochumer Belegschaft bald bereuen.

Die Auseinandersetzungen bei VW hätten der neue Anlass sein können, diese wichtigen Debatten fortzuführen. Adressiert an die Bochumer Opel-ArbeiterInnen hatten Kolleginnen und Kollegen aus den VW Standorten Wolfsburg und Braunschweig geschrieben: "Faule Kompromisse waren noch nie ihr Papier wert. Euer Kampf ist ein Aufruf an die Würde und Entschlossenheit von uns allen. Gemeinsam können wir unschlagbar sein. Gegen Ausbeutung und Verrat, für eine solidarische Zukunft, für eine Produktion der Bedürfnisse, anstatt des Profits." Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Gewerkschaftsbürokratie bei VW die Situation durchaus im Griff hat. Es ist aber auch deutlich geworden, dass einerseits viele Angst vor dem Modell "Opel Bochum" hatten und andererseits überraschend viele ihm gerne gefolgt wären.

Denn letztlich es geht nicht nur um die Frage, ob Arbeitsniederlegungen wirklich ernsthaften Druck auf UnternehmerInnen ausüben können, die unter Überkapazitäten "leiden" und ohnehin entlassen wollen. Sowohl den KollegInnen in Mettingen als auch denen in Bochum wie auch ihren UnterstützerInnen ging es vielmehr um einen Akt der Würde, um ein Symbol, nicht kampflos aufzugeben, sich nicht alles gefallen zu lassen. In einem Brief an die BochumerInnen heißt es: "Wir wünschen Euch viel Durchhaltevermögen, und wir stehen schon heute in Eurer Schuld: Mit Euerer Gegenwehr habt Ihr eine Diskussion in Deutschland losgetreten, die niemand mehr für möglich gehalten hätte. Wir lernen von Euch eigentlich nichts Neues, aber Angesichts der Praxis in der Bundesrepublik der letzten Jahre doch außerordentlich Bemerkenswertes: Gegenwehr ist möglich". Dieses offensichtlich breite Bedürfnis nach Selbstachtung in Zeiten systembedingter und staatlich verordneter Erniedrigung lässt hoffen.

Mag Wompel, LabourNet Germany

23. "Wir haben ein romantisches Verhältnis zur Gesellschaft"

Interview mit Mujeres Creando aus La Paz, Bolivien

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:26

Wir treffen Florentina Alegre und Maria Galindo an einem Nachmittag Anfang Oktober im feministischen Kulturzentrum "Café Carcajada" in La Paz. Vor fast genau einem Jahr hatten in Bolivien wochenlange Massenproteste und Straßenblockaden gegen den Billig-Export von Erdgas an Chile für den Rücktritt des Präsidenten Gonzales Sanchez de Lozada gesorgt. Florentina Alegre und Maria Galindo sind nicht nur ein höchst ungleiches Paar, sondern die enfants terribles der bolivianischen Gesellschaft. Die beiden Frauen gehören zu den 15 Aktivistinnen der Gruppe Mujeres Creando, die seit 1992 mit provokanten Graffities, Straßenaktionen und Fernsehauftritten auf sich aufmerksam macht. Mehrmals verhaftete die Polizei Aktivistinnen der Gruppe, einige Male versuchte die Staatsanwaltschaft Mujeres Creando zu verbieten. Mit ihrer offensiven Absage an Homophobie, Rassismus und das neoliberale Entwicklungsmanagement sind Mujeres Creando jedoch auch für die NGOs und die Protestbewegungen in Bolivien unbequeme Kritikerinnen. Das Gespräch führten Stefanie Kron und Simón Ramírez Voltaire.

ak: Diversität ist euer Grundprinzip. "Indias, Huren und Lesben: Vereint, anders herum und verschwistert" lautet einer eurer Slogans, die ihr hier in La Paz an die Wände sprüht. In der Realität ist es jedoch immer sehr schwierig, unterschiedliche soziale Gruppen von Frauen mit dem Schlagwort Feminismus zusammenzubringen.

Maria: Wir sind eine Bewegung mit eigenen Denken und eigener Sprache. Ausgangspunkt ist unsere Verortung als Frauen in dieser Gesellschaft, deren Fundamente Homophobie, Rassismus, Klassendünkel und Bigotterie sind. Als Lesben, Prostituierte, indigene und mestizische Frauen vereinen uns die Stigmatisierung und der Wunsch, Räume mit komplexeren Formen der Interaktion zu schaffen, als sie die postkoloniale Logik vorgibt. Deswegen fußt unser Verständnis von Feminismus auf Heterogenität.

Florentina: Ich komme vom Hochland aus einer bäuerlichen Familie. Meine Genossinnen hier sind weiße Frauen und Akademikerinnen. Trotzdem sehe ich die Notwendigkeit, gemeinsam mit Frauen zu kämpfen, deren sozialer Hintergrund ein ganz anderer ist. Warum? Die Macht dieses Staates, der politischen Parteien und der Oligarchien basiert auf der Spaltung der Gesellschaft - auch der Frauen. Jede Frau der Mujeres Creando blickt auf eine eigene Geschichte der Marginalisierung und hat einen eigenen Prozess der Politisierung durchlaufen. Das hat uns in einem bestimmten Moment in dieser Bewegung zusammen gebracht.

Maria: Wir haben ein romantisches Verhältnis zur Gesellschaft. Das bedeutet, dass wir zwar wirksame und schockierende Formen der gesellschaftlichen Intervention entwickelt haben, aber eine sehr kleine Bewegung sind. Eine Frau, die Mitglied einer NGO oder einer politischen Partei ist, kann hier nicht mitmachen. Der Rahmen, den wir vorgeben - die Absage an Homophobie, Rassismus und Klassendünkel - trifft zudem nicht bei vielen Frauen auf Zustimmung. Trotzdem hat der Feminismus von Mujeres Creando inzwischen eine große kommunikative Macht erlangt. Beispielsweise haben wir in den letzten Jahren einige Sendungen für das den staatlichen Fernsehsender Canal 7 produziert, die von einem sehr großen Publikum rezipiert wurden.

Ist das Fernsehen nicht ein Medium par excellence, um parteipolitische Machtpositionen zu festigen und gesellschaftlichen Konsens herzustellen? Wie seid ihr ins Fernsehen gekommen und wie verbindet ihr Schock und Akzeptanz?

Maria: Das Fernsehen ist natürlich ein Systemstabilisator und darüber hinaus in der Regel idiotisierend, rassistisch und marktorientiert. Der staatliche Sender Canal 7 strahlte früher meist Werbung für die Regierung aus. Seit der Revolte vom vergangenen Oktober ist auch Canal 7 pluraler geworden. Wir haben jeden Sonntagabend eine zweistündige Sendung, die wir als feministische Talk-Show gestalten. Mujeres Creando bekam allerdings schon 2002 einen Sendeplatz angeboten. Wir konzipierten eine Serie. Unsere Idee war es, die Straße ins Fernsehen zu bringen. Im Mittelpunkt der gefilmten Aktionen auf der Straße sollten die Demontage der stereotypen Frauenbilder - die India, die Hure, die Nonne und die Straßenverkäuferin - und deren Rekonstruktion als lebendige, vielschichtige und ungehorsame Figuren stehen. Die visuellen und

politischen Effekte unserer Sendungen waren immens. Als wir die Folge mit der Hure im Zentrum drehten, stellten wir 12 nackte Männer auf einen berühmten Platz, an dem sich mehrere große Straßen kreuzen. In der Mitte lag eine Hure auf einem Bett und sprach über ihre Situation. Weil ich die Verantwortliche der Dreharbeiten war, wurde ich festgenommen. Die Staatsanwaltschaft strengte einen Prozess wegen obszöner Akte in der Öffentlichkeit gegen mich an, und der Präsident des Kongresses forderte in einem offenen Brief, Mujeres Creando zu verbieten. Es gab einen großen Skandal und eine wilde öffentliche Debatte, die schließlich dazu führte, dass weder die Sendung zensiert noch Mujeres Creando verboten wurde. Stattdessen ist die Serie sehr berühmt geworden und wir sind bekannter denn je.

Frauen, die Mitglied einer NGO sind, dürfen bei euch nicht aktiv werden. Was unterscheidet Mujeres Creando von einer NGO?

Florentina: Der wichtigste Unterschied ist unsere ökonomische Autonomie. Wir bekommen von keiner Institution Geld. Wir leben also weder vom Feminismus noch von der Armut der Frauen in diesem Land. Unsere Bewegung finanziert sich über die Bücher, Radiosendungen und Filme, die wir machen, und über das Café Carcajada, das wir als Kooperative betreiben.

Maria: Eines unserer zentralen Themen ist die fundamentale Kritik der Rolle von NGOs bei der neoliberalen Restrukturierung dieser Gesellschaft, die hier 1985 begann. Damals wurden die Bergbauindustrie privatisiert und Minen geschlossen, tarifliche Löhne per Gesetz abgeschafft und es wurde versucht, die Gewerkschaften zu zerschlagen. Gleichzeitig entstand eine Unzahl von NGOs. Die demontierten linken Intellektuellen fand man plötzlich als Leiter von NGOs wieder. Sie etablierten einen technokratischen Diskurs, in dessen Namen sie Entwicklungshilfegelder akquirieren konnten. Dieser Diskurs legitimiert die NGOs als Repräsentantinnen der so genannten Zivilgesellschaft. In dieser Rolle eigneten sich die NGOs eine starke Machtposition als "Konsensmacherinnen" mit den Regierungen an.

Florentina: Die NGOs haben viele indigene Gemeinden gespalten. Diese Communities hatten immer Formen der internen sozialen Organisation, die sehr stark waren und die dafür sorgten, dass die soziale Ausdifferenzierung sich in Grenzen hielt. Die NGOs brechen diese Strukturen auf. Sie kommen in eine Community und beginnen nur für ihre _Zielgruppe_ Geld zu kanalisieren und Projekte zu initiieren. So ist es schon zu gewalttätigen Auseinandersetzungen in verschiedenen Gemeinden gekommen.

Maria: Die NGOs haben sich zu Vermittlerinnen zwischen den sozialen Sektoren und den transnationalen Entwicklungsagenturen gemacht. Auf diese Weise haben sie soziale Bewegungen desartikuliert und soziale Gruppen in billiges Klientel ohne Stimme verwandelt. Insbesondere im Fall der Frauen ist diese Tendenz sehr stark. Die hiesigen NGOs konzentrieren sich darauf, den Diskurs über die Frauenarmut zu verkaufen. Nehmen wir mein Lieblingsbeispiel, das Kleinkreditwesen - angebliches Wundermittel im Kampf gegen die Armut. Für das Jahr 2001 haben wir zusammen mit einer Gruppe von Studentinnen der Universität La Paz eine empirische Studie über die ökonomischen und sozialen Auswirkungen des Kleinkreditwesens erstellt. Das wichtigste Ergebnis war der drastische Anstieg der Insolvenz bei Frauen, die an einem Kleinkreditprogramm einer NGO oder einer privaten Bank teilgenommen hatten. Die Kredite für Programme, beispielsweise von der Weltbank, kommen mit einem Zinssatz für die Rückzahlung von vier Prozent pro Jahr ins Land kommen. Die Instanzen, die diese Kredite hier verwalten und kanalisieren, vergeben sie jedoch zu einem Zinssatz von 36 bis 40 Prozent an die Frauen! Die Gewinne verbleiben bei der jeweiligen NGO. Ein zweites Ergebnis war, dass die NGOs mit den Kleinkreditprogrammen die solidarischen Netzwerke von Frauen instrumentalisieren und zerstören. Die Frauen bürgen gegenseitig für die Rückzahlung der Kredite. Wenn eine von ihnen nicht zahlen kann, ist die gesamte Gruppe verantwortlich. Die solidarischen Netzwerke von Frauen verwandeln sich so in Netze der Kontrolle und der Repression. Wir wissen, dass diese Kredite in der informellen Ökonomie benötigt werden. Uns ist auch klar, dass die Armut ohne die informelle Ökonomie weitaus größer wäre. Wir haben deshalb in einer öffentlichen Erklärung das Kleinkreditwesen in Bolivien zwar scharf kritisiert, zugleich aber gefordert, dass der Staat die Rolle des Kreditgebers übernimmt. Er soll per Gesetz niedrige Zinssätze festlegen. Der neuen Regierung von Carlos Mesa haben wir einen Vorschlag für die Gründung einer staatlichen Frauenbank vorgelegt, der nun im Parlament diskutiert wird.

Wir haben den Eindruck, dass die Frauen hier in Bolivien auf der Straße sehr viel präsenter sind, als in anderen lateinamerikanischen Ländern. Gibt ihnen die starke Präsenz auf der Straße und die Dominanz in der informellen Ökonomie nicht auch prinzipiell mehr Macht in der Familie und der Gesellschaft?

Florentina: Für Außenstehende mag es so erscheinen, dass die Frauen die Straße beherrschen. Aber sie sind auf der Straße, weil sie für das Überleben der Familie verantwortlich sind, also aus ökonomischen Gründen. Aber die Straße ist für sie kein öffentlicher Raum in dem Sinne, dass sie dort eine politische Subjektivität oder Vision artikulieren würden.

In den renommierten großen Märkten hier in La Paz und in El Alto sind die Besitzerinnen der begehrten und teuren Stände Frauen. Sie verdienen gut und sind sehr angesehen. Was bedeutet das für ihre Machtposition innerhalb der Familie?

Maria: Wir haben an der Uni auch eine Untersuchung über Vaterschaftskonzepte durchgeführt. Nahezu hundert Prozent der befragten Haushalte gaben an, dass die Frauen für alle produktiven und reproduktiven Bereiche des Familienlebens verantwortlich sind. Aber: Diese Aktivitäten werden in den Dienst der emotionalen, materiellen und symbolischen Reproduktion des Familienvaters gestellt. Der abwesende oder virtuelle Vater ist die zentrale Achse des Patriarchats der bolivianischen Gesellschaft. Was bedeutet das für die politische Praxis? Die Frauen entwickeln eine Unzahl von Aktivitäten und sie übernehmen Verantwortung. Aber im entscheidenden Moment überlassen sie es den Männern, für ihre Organisation oder Bewegung zu sprechen. Die Revolte vom vergangenen Oktober erzeugte einen historischen Bruch. Sie wurde gleichzeitig von unzähligen sozialen Bewegungen und Sektoren der Gesellschaft gestartet und getragen. Die Frauen waren ein wichtiger Motor der Blockaden und Protestmärsche. Wir selbst waren anwesend und sahen, mit welcher Energie die Frauen die Menschen agitierten, auf die Straße zu gehen und ihre Wut hinaus zu schreien. Eine politische Stimme bekamen die Frauen allerdings nicht. Sie wurden einerseits von den Massenmedien und von den Intellektuellen unsichtbar gemacht und sabotierten sich andererseits selbst, weil sie sich nicht als historische Subjekte wahrnehmen. So entstand die absurde Situation, dass alle sozialen Sektoren und Bewegungen gestärkt, mit einer großen Öffentlichkeit, aus den Ereignissen hervorgingen. Eine politische Stimme der Frauen sucht man in den Analysen und Berichten jedoch vergeblich. Die Artikulation der Frauen wurde auf den stummen Schrei des Entsetzens und des Schmerzes reduziert.

Vielen Dank für das Gespräch.

Kontakt: mujerescreando@alamo.entelnet.bo

"Als Lesben, Prostituierte, indigene und mestizische Frauen vereinen uns die Stigmatisierung und der Wunsch, Räume mit komplexeren Formen der Interaktion zu schaffen."

"Wir haben wirksame und schockierende Formen der gesellschaftlichen Intervention entwickelt."

"Frauen entwickeln eine Unzahl von Aktivitäten und sie übernehmen Verantwortung. Aber im entscheidenden Moment überlassen sie es den Männern, für ihre Organisation oder Bewegung zu sprechen."

24. Schlupflöcher suchen

Die Ausstellung legal/illegal in der NGBK Berlin

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:27

"Kill Lies All" wurde in roter Farbe über Picassos Gemälde "Guernica" im New Yorker Museum of Modern Art gesprüht. 1974 protestierte Tony Shafrazi damit gegen den Vietnamkrieg. "Ich wollte die Kunst auf die absolute Höhe der Zeit bringen, sie der Kunstgeschichte entreißen und ihr Leben geben", erläuterte er seine Aktion. "Wenn Kunst Gesetze bricht" ist der Untertitel der ersten Ausstellung in Europa, die sich ausschließlich dem Thema der Rechtsgrenzen überschreitenden Kunst widmet. Zu sehen ist legal/illegal in der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK) in Berlin.

Paradoxerweise wurde eine vorgesehene Arbeit von Gordon Matta Clark von den Leihgebern zurückgezogen, weil die jüngste Kunstzerstörung im Hamburger Bahnhof sie verunsichert hatte. So überkreuzen sich reaktionäre oder geistesverwirrte Attacken auf Kunst mit solchen Aktionen, die Befreiungsschläge sein wollen, aber sich dafür eher selten, wie im Anfangsbeispiel, andere Kunst als Objekt aussuchen. Es wird lieber ein fremdes oder widerständiges Element direkt in die Wirklichkeit eingebracht. Ein klassisches Beispiel von 1971 für solches "Guerilla-Theater" ist die Intervention von Abbie Hoffman und Jerry Rubin, Gründer der Yippie-Bewegung, an der New Yorker Börse. Sie warfen von der Tribüne Dollarscheine und brachten damit das Börsengeschäft zum Erliegen, da die mit den abstrakten Zahlen Beschäftigten nach den konkreten Scheinen haschten. Seitdem ist die Zuschauertribüne verglast.

Ein "Ideenhandbuch der Guerilla-Art. Nachahmung wird empfohlen", so charakterisiert Hans Winkler die ausstellungsbegleitende Publikation. Winkler, der die Idee zu legal/illegal hatte, gibt eine kurze Einführung in die Geschichte der gesetzesbrechenden Kunst und ihrer Vorläufer. Die Freiheitslinie, die er dabei zurück verfolgt, führt ihn geradewegs zum US-amerikanischen Philosophen Henry David Thoreau. Dieser hatte nämlich 1849 auf die "demokratische Pflicht zum zivilen Ungehorsam" gepocht. Eine Idee, die sich bereits - wie Jürgen Arnold in seinem Buchbeitrag anmerkt - in Friedrich Schillers Wilhelm Tell finden lässt: "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht." In dem äußerst aufschlussreichen Text berichtet der Anwalt Arnold von zahlreichen Fällen, in denen er KünstlerInnen vertreten hat. Er steuert nicht nur zur Erinnerung an diese Aktionen bei, sondern liefert auch die Grundgesetzstellen zur Freiheit der Kunst, sowie die recht verstiegene Definition von Kunst, die sich die JuristInnen des Bundesverfassungsgerichts zusammengedichtet haben.

Da die Räumlichkeiten der NGBK klein sind und viele der Kunstaktionen keine vorzeigbaren Objekte schufen, es manchmal nur Fotos, aber oft auch gar keine Dokumentation gibt, ist das Begleitbuch absolut notwendig. Unter den Texten läuft ein rotgedrucktes Nachrichtenband, wie im Fernsehen, mit Kurzmeldungen der wichtigsten illegalen Kunstaktionen der letzten hundert Jahre. Die Frage "Wann überschreitet die Kunst Gesetze?" wird vom Gesetz in den verschiedenen Ländern unterschiedlich beantwortet. In den USA ist es manchmal für KünstlerInnen weniger riskant, die Gesetze zu brechen als für VeranstalterInnen oder GaleristInnen, die stattdessen zur Verantwortung gezogen werden. Auch KünstlerInnen, die sich in der rechtlichen Grauzone zwischen legal und illegal bewegen, haben sehr verschiedene Vorstellungen von dem, was sie tun. Es kann, wie Hans Winkler anführt, ganz einfach darum gehen "Sachen zu realisieren und gar nicht darauf zu achten, ob das jetzt legal oder illegal ist" und sich dabei nicht durch Moralbegriffe einschränken zu lassen.

Innerhalb der Kunstwelt werden solche Aktionen äußerst unterschiedlich bewertet. Ein überraschendes Beispiel wird vom italienischen Künstler Antonio Riello berichtet. Parallel zur Biennale realisierte er mit farbigen "Darstellern" eine antirassistische Aktion in Venedig, "Black as coal", die an den Sklavenhandel dieser Stadt erinnerte. Von einem zufällig vorbeikommenden Schwarzen wurde der künstlerische Eingriff aber als das Gegenteil, als rassistisch, wahrgenommen und er forderte die schwarzen Akteure entsetzt auf, ihren eigenen Missbrauch zu beenden. Riello erkannte verspätet in dem Fremden Okwui Envezor, den Chef der letzten documenta. In dem Buch zur Ausstellung sind verschiedene "Geständnisse" von KünstlerInnen, die sich illegal betätigten, dokumentiert. Dabei geht es aber nicht darum, die Grenze um ihrer selbst willen zu verletzen. "Man sollte nicht den Respekt vor dem Gesetz pflegen, sondern vor der Gerechtigkeit." Diese Formel Thoreaus beschreibt vielleicht ganz zutreffend das, was die KünstlerInnen bei ihren Interventionen, politischen

Statements und engagierten Aktionen umtreibt. Die Künstlerin Ann Messner formuliert diesen Anspruch in ihrem Selbstermächtigungsprogramm in 10 Punkten unter anderem so: "Verliere deine Ängste", "Suche nach den Schlupflöchern" oder "Denke so viel du kannst". Und sie weiß genau, dass in dieser Gesellschaft allein schon "solche Vorhaben in die Kategorie Illegalität fallen" können.

Bettina Klix

legal/ illegal, NGBK, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, bis 28. November, täglich 12-18.30 Uhr. Buch zur Ausstellung legal/illegal, Herausgeber NGBK, deutsch/englisch, 255 Seiten,100 Illustrationen, Schmetterling Verlag, 14 Euro in der Ausstellung

25. Ende der Bescheidenheit?

BUKO-SprecherInnenrat distanziert sich von "Kaufhausplünderung" in Kassel

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:28

Beim diesjährigen BUKO (Bundeskongress Internationalismus) in Kassel gab es (wir berichteten, s. ak 485) jede Menge spannende Diskussionen und Veranstaltungen unter dem Schlagwort "Aneignung" bzw. "Ende der Bescheidenheit". Am Rande des BUKO und von diesem nicht organisiert wurde bei einer spontanen Aktion in der Kasseler Innenstadt eine H&M-Filiale um einen kleinen Teil ihres Sortiments erleichtert. Was vermutlich als anschauliche Lektion in Sachen "Aneignung konkret" gedacht war, wirft Wellen in- und außerhalb der in der BUKO (Bundeskoordination Internationalismus) organisierten Gruppen und Personen - bis heute.

Nicht nur der Staatsschutz, sondern auch die kirchlichen Geldgeber des BUKO und der BUKO-Geschäftsstelle fühlten sich veranlasst, bei den KongressorganisatorInnen nachzufragen. Seitens der evangelischen Kirche forderte man von der BUKO eine eindeutige und ausführliche Positionsbestimmung zur H&M-Aktion - unter Androhung der Kürzung oder sogar Streichung der Zuwendungen. Dieser Forderung ist der SprecherInnenrat (1) nunmehr nachgekommen. (2) Allerdings in einer Weise, die nicht nur viele Fragen aufwirft, sondern eine weitere Diskussion über mögliche politische Strategien und Inhalte, die mit "Aneignung" gemeint sein können und sollen, herausfordert. Weil die Redaktionen von ak und Fantômas Mitveranstalterinnen des diesjährigen Bukos waren und auch die Vorbereitung des kommenden Kongresses im Mai 2005 aktiv unterstützen, wollen wir uns dieser Herausforderung stellen.

Eins ist klar: Die BUKO hatte die H&M-Aktion weder geplant noch durchgeführt noch propagiert. Deshalb kann die BUKO dafür auch nicht zur Verantwortung gezogen werden - weder strafrechtlich noch ideell. Und mehr gibt es im Grunde dazu auch nicht zu sagen.

Aneignung - doch nur ein Wort?

Leider jedoch fühlte sich der SprecherInnenrat bemüßigt, dem von Seiten der kirchlichen Geldgeber ausgeübten Distanzierungsdruck noch sehr viel weitergehend nachzugeben und eine umfassende politische Bewertung zur Sache abzugeben, motiviert vermutlich durch die Hoffnung, dadurch endlich Ruhe in diese inzwischen reichlich unglückselige Angelegenheit zu bringen. Eine sicherlich etwas blauäugige Hoffnung, denn die BUKO wird von nun an von den entsprechenden kirchlichen Kreisen mit besonderer Aufmerksamkeit beobachtet werden. Jede zukünftige Abweichung von der "erlaubten" politischen Agenda (insbesondere bei Aktionen) wird nun erst recht die Drohung legitimieren, den Geldhahn endgültig zuzudrehen. Traurig aber wahr: Der politische Handlungsspielraum der BUKO hat sich durch die abgegebene Erklärung nicht vergrößert.

Ärgerlich ist die Stellungnahme des BUKO-SprecherInnenrates allerdings vor allem, weil sie die formale Distanzierung von der Aktion mit einer umfassenden politischen Be- und Aburteilung derselben verknüpft. Damit setzt sich das Gremium in eine dezidiert autoritäre Position dem eigenen Spektrum gegenüber - was dem im Jahr 2002 beim BUKO in Frankfurt ausgegebenen Kurs der Pluralisierung und Öffnung gegenüber sozialen Bewegungen grundlegend zuwiderläuft. Auch wenn der SprecherInnenrat sich natürlich jederzeit im eigenen Namen äußern kann, wäre es allemal besser gewesen, dieses umfassende Einschätzungspapier vor Veröffentlichung innerhalb des BUKO-Spektrums diskutierbar zu machen. Denn es ist vor allem die in der Distanzierungserklärung dokumentierte politische Stellungnahme selbst, die hinter eigene Ziele der BUKO (und ganz konkret hinter das Thema des BUKO 2004) zurückfällt. Der Begriff der Aneignung, so heißt es in der Erklärung etwa, sei "ein Vorschlag, wie man die gegenwärtige Situation und das Potenzial des Widerstandes in den Metropolen und der Peripherie aus einer bestimmten Perspektive heraus betrachten und beschreiben kann" (Hervorh. Red.). Aneignung - nicht mehr als ein (zugegebenermaßen schön radikal klingendes) Wort? Begriffliche Aneignung ohne materielle Aneignung?

Offenbar. Der SprecherInnenrat hält die H&M-Aktion für "nicht vermittelbar" - unter anderem deswegen, weil ihr "ein vereinfachter Begriff der Aneignung" zu Grunde läge. Abgesehen davon, dass "Vermittelbarkeit" alleine ein etwas eigenartiges Kriterium für gesellschaftsverändernde Kämpfe ist (es ist doch gerade die Vermittelbarkeit, die erkämpft werden muss!), liegt aus der Sicht der AutorInnen ein komplexerer Begriff von Aneignung offenbar erst dann vor, wenn er sich a) auf Betrachtung und Beschreibung beschränkt und b) nur auf Kämpfe des Südens angewendet wird, denn: "Eine Kaufhausplünderung in Argentinien ist etwas gänzlich

anders als eine in Kassel." Tatsächlich? Würde man diese Argumentation noch etwas weiter zuspitzen, landete man sehr schnell bei einer alt bekannten, nicht sehr fortschrittlichen Idee internationaler Arbeitsteilung: Begriffs- und Theoriebildung in den Metropolen, Hungerrevolten und "reale Kämpfe" in der Peripherie. Wie war das noch mit der Globalisierung? Wo findet die statt?

Im Süden recht, im Norden schlecht?

Und weil die VerfasserInnen schon mal so richtig im Fluss sind, wird gleich noch drauf gesattelt: "Linker Aktivismus, der den Ausschluss von gesellschaftlichem Reichtum kommunizieren möchte, kann sich zudem nicht auf einen Robin-Hood-Gestus berufen, wenn er nicht an eine soziale Bewegung anknüpft, mit der er gemeinsam auch die Mittel seines Protestes reflektiert." Glücklicherweise wartete "linker Aktivismus" in der Geschichte nicht immer erst darauf, von (s)einem Bewegungs- oder Organisations-ZK in Sachen Vermittelbarkeit den Segen zu bekommen, bevor er sich regte - zuletzt übrigens beispielsweise bei Opel in Bochum, wo sich AktivistInnen der linksgewerkschaftlichen GOG (die Abkürzung steht mittlerweile für "Gegenwehr ohne Grenzen") organisiert und gemäß dieser Parole zumindest kurzfristig ein erstaunlich hohes Maß an "Vermittelbarkeit" erreicht haben. Ärgerlich an dieser schulmeisterlichen Belehrung ist aber vor allem, dass sie einen bestimmten performativen Effekt hat - das heißt, sie beschreibt nicht nur eine Spaltungslinie, sondern schreibt diese zugleich mit Nachdruck wieder in das Bewegungsspektrum der BUKO ein: die Spaltungslinie zwischen den so genannten "reformistischen" und den "radikalen" Kräften. Die Stärke der BUKOs der vergangenen Jahre hatte gerade darin gelegen, die destruktive Logik dieser Spaltung entkräftet zu haben.

Apropos Robin Hood: Normalerweise assoziiert Mensch Robin Hood mit der Maxime "von den Reichen nehmen, an die Armen geben". Was genau ist denn eigentlich - unabhängig von der Frage, ob die Verteilung von ein paar Dutzend H&M-Fummeln schon in diese Kategorie fällt - falsch daran? Wird nicht eher umgekehrt ein Schuh draus? Ist es nicht eben dieser Robin-Hood-Faktor, der den teilweise doch vage und damit bisweilen auch langweilig bleibenden linken Debatten um Aneignung und angeblich "endende Bescheidenheit" fehlt? Diesen Faktor einzubringen - also die Glaubwürdigkeit, dass es tatsächlich um eine Veränderung und nicht nur um eine wohlfeile Beschreibung der herrschenden Verhältnisse geht - dafür stehen "wir im Norden" wohl selbst in der Verantwortung und sollten das nicht kurzerhand als Kampfauftrag Richtung Süden exportieren.

Vermutlich sind viele "Robin-Hood-Aktionen" notwendig, um eine/viele handlungsfähige soziale Bewegung(en) zu entwickeln, über diese auf Kongressen zu reflektieren und sie in einen Zusammenhang zu stellen mit globalen antikapitalistischen Kämpfen. Dass das bei Kirche und Staatsschutz kaum auf Begeisterung stößt, liegt auf der Hand - gerade deshalb aber sollten politische Strategien diesbezüglich durchdacht und ausdiskutiert werden und nicht - gänzlich unvermittelt - vom Hinterzimmer ins Web und damit in die Welt gesetzt werden. Die Debatte um unbescheidene Aktionsformen, Begriffe und Ziele wird weiter und offen geführt werden müssen - hier, anderswo und auf dem nächsten BUKO im Mai 2005, der zur Zeit unter dem Arbeitstitel "innere/äußere Landnahme" (sic!) vorbereitet wird. Wir sind gespannt.

Redaktion ak, Redaktion Fantômas

Anmerkungen:

1) Der SprecherInnenrat übernimmt die Aufgaben eines ehrenamtlichen Beirates und ist die politische Vertretung der BUKO zwischen den Kongressen nach außen. Er steht in Kontakt mit Geschäftsstelle und Mitgliedgruppen sowie mit Kampagnen und Arbeitsschwerpunkten. Die Mitglieder des SR werden alljährlich auf dem BUKO-Kongress gewählt.

2) www.buko.ifo/buko/positionen6.html

26. Brandbeschleuniger statt Achtungserfolg

Nachbetrachtungen zu den Kämpfen bei DaimlerChrysler

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:29

In ak 486 hatte Jürgen Drieling eine erste Bewertung der Kämpfe bei DaimlerChrysler (DC) vom Juli diesen Jahres gewagt. Sein Urteil der erzielten Ergebnisse war sehr differenziert ausgefallen. Jetzt nimmt Tom Adler, Betriebsrat bei DC in Untertürkheim, Stellung zu einer Auseinandersetzung, die es in solcher Schärfe kaum vorher gegeben hat.

Die Erpressungsversuche des DaimlerChrysler-Vorstands hatten im Juli 2004 zu einer breiten Mobilisierung der gesamten Belegschaft geführt. Die Unternehmensleitung hatte angedroht, trotz ökonomisch guter Situation des Konzerns in großem Umfang Arbeitsplätze zu verlagern, sollten die Beschäftigten nicht bereit sein, auf mindestens 500 Millionen Euro zu verzichten. Dieser Vorstoß war zweifellos primär politisch motiviert: Nach Siemens sollte DC die nächste große Angriffswelle von Kapital und Kabinett gegen die lohnabhängige Bevölkerung anführen. Die Entscheidung des Gesamtbetriebsrats (GBR), die Gesamtbelegschaft zu mobilisieren und sich nicht Werk für Werk einzeln abkassieren zu lassen, war vor diesem Hintergrund völlig richtig. Die damit entwickelte Kampfkraft war gigantisch und hatte dazu beigetragen, dass die öffentliche Meinung gegen die erpresserischen Praktiken der Unternehmensvorstände umgeschlagen ist.

Die Weiterentwicklung und Verbreiterung dieser Mobilisierung war eine durchaus realistische Option. Doch sie wurde nicht genutzt. Mit der Vereinbarung am 23. Juli wurde die Auseinandersetzung beendet, begleitet von unterschiedlich starker Kritik an der Basis. Doch selbst dort, wo die Enttäuschung besonders deutlich artikuliert wurde, ist auch heute noch nichts von Resignation zu spüren. Die gemeinsame Erfahrung von Stärke und Kampfkraft bleibt als "Wert an sich" in den Köpfen und Herzen - unabhängig von der Bewertung des Ergebnisses. Dies darf bei aller Kritik nicht gering geschätzt werden.

Abschluss auf der schiefen Ebene

Jürgen Drieling, alter Kampfgefährte seit den späten 1970er Jahren und Betriebsratskollege aus dem Bremer DC-Werk, schrieb in ak 486 über die Auseinandersetzung und ihr Ergebnis. Bis an diese Stelle, scheint mir, decken sich seine und meine Einschätzungen. Jürgens Darstellungen zur Vorgeschichte des Kampfes, zu den strategischen Manövern des GBR und zum Verhandlungsergebnis greifen m.E. jedoch zu kurz. Da kann man sicherlich ausgiebig diskutieren und dieser Beitrag soll dazu beigetragen.

Die Tarifrunde 2004 hatte im Frühjahr mit dem einen Abschluss geendet, der eine weitgehende Öffnungen für Verlängerungen der Arbeitszeit möglich gemacht hat. Zwar konnten die Unternehmer, wie Jürgen schreibt, noch nicht das "volle Programm" mit unbezahlter Arbeitszeitverlängerung durchsetzen, aber mit diesen Öffnungen waren weitere Bohrungen in den bereits löchrigen Damm getrieben worden. Und der bricht bekanntlich dann, wenn die Zahl der Löcher eine kritische Größe erreicht.

In der Vereinbarung vom 23. Juli sind Vorstand und GBR übereingekommen, dass bis zum 31.12.2011 auf betriebsbedingte Kündigungen verzichtet wird und dass die Investitionen für verschiedene Produktlinien einzelner Werke jetzt stattfinden (Das war vorher vom Vorstand in Frage gestellt worden). Das bedeutet aber nicht, dass die jetzige Zahl der Arbeitsplätze garantiert wird. Personalabbau mit andern Mitteln ist keineswegs ausgeschlossen und selbst der Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen gilt nur für den Teil der Belegschaft, der vor Vertragsabschluss "an Bord" war.

Im Gegenzug hat der GBR das Kostensenkungspaket so akzeptiert, wie es der Vorstand von Anfang an gefordert hatte: Einsparungen von 500 Mio. Euro. Dazu gehört auch eine Lohnkürzung: Ab 2006 wird die Lohnlinie um 2,79% reduziert und damit die Basis für alle künftigen Lohnerhöhungen absenkt. Anders als nach außen behauptet, ist dies durchaus eine reale Lohnsenkung, und das in einem Konzern, der derzeit wegen seiner hohen Profite trotz aller Schlupflöcher wieder Gewerbesteuer zahlen muss. Dies wird zwar 2006 noch nicht im Geldbeutel spürbar sein, aber nur, weil in diesem Jahr Einmalzahlungen fällig werden, die im ERA-Tarifvertrag festgelegt worden sind. (Ein Schelm, wer Böses dabei denkt: 2006 sind Betriebsratswahlen.)

Bereits im Frühjahr 2004 hatte der GBR dem Vorstand in Aussicht gestellt, in Entwicklungs-, Planungs-, Forschungs- und Zentralbereichen 40 Stunden-Verträge zu ermöglichen. Rund 20.000 Beschäftigte wären

davon betroffen. Nach heftigem Widerstand der gewerkschaftlichen Basis war dieses Vorhaben vorerst auf Eis gelegt worden, doch nun wurde es gewissermaßen im "Huckepack" mitbeschlossen. Allen Beschwichtigungen zum Trotz ist damit in diesen Bereichen der Weg zur weiteren Arbeitszeitverlängerung geebnet worden.

Dasselbe gilt auch für die so genannten "Dienstleistungsbereiche": Eine in der IG Metall hochumstrittene Strategie wurde in die Verhandlungen mit hineingepackt. Die Mobilisierungen der Belegschaft wurden als "trojanisches Pferd" missbraucht, um Ergänzungstarifverträge zur Arbeitszeitverlängerung und für die DienstleisterInnen durchzupauken. Statt einer ausführlichen und offenen Diskussion über die richtige Strategie gegen Auslagerungen werden so politisch vollendete Tatsachen geschaffen. Diese Politik kann man nicht einfach mit der Feststellung abhaken, "der Zug (sei) schon weitgehend abgefahren. Im Kern konnte es leider nur noch darum gehen, diese Arbeitsplätze sozial abgefedert zu retten und weitere, bereits ausgelagerte Bereiche wieder einzugliedern." (Drieling, ak 486)

Es wäre mehr drin gewesen

Der Ergänzungstarifvertrag "Industrielle Dienstleistungen" vereinbart eine stufenweise reale Arbeitszeitverlängerung auf 39 Stunden, wobei die Mehrarbeit im Gegensatz zu den Entwicklungsbereichen nicht bezahlt wird. Das bedeutet Stundenlohnkürzung um rund 10% plus eine Lohnliniensenkung ab 2006 um 3%. Dafür sollen die entsprechenden Bereiche, für die Werk für Werk noch Betriebsvereinbarungen geschlossen werden müssen, vom Unternehmen nicht fremdvergeben werden. Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerung wird somit allen Ernstes als Instrument akzeptiert, um Fremdvergabe zu verhindern. Wer dieser Logik folgt und solche Vereinbarungen macht, bringt die Gewerkschaften praktisch und politisch auf eine derart schiefe Ebene, dass es ständig schwerer wird, Haltepunkte gegen die aggressive Politik der Lohnsenkung und Arbeitszeitverlängerung zu finden.

Für alle Neueingestellten und für alle KollegInnen, die nach der Ausbildung übernommenen werden, gilt ab sofort ein um 20% abgesenkter Eingangslohn. Auch nach der ERA-Einführung im Jahr 2007 soll ihr Lohnniveau dauerhaft um 8% unter dem der bisherigen Stammbelegschaft liegen. "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit", eines der elementarsten gewerkschaftlichen Prinzipien, wird damit bei DC abgehakt.

Über die Signalwirkung dieses Abschlusses nach außen braucht man sich keine Illusionen zu machen. Die Botschaft lautet: "Erpressung lohnt sich". Und sie wird offenbar von den UnternehmerInnen landauf, landab auch so verstanden. Die Erklärungen der Verhandlungsführer auf GBR und IG Metall-Seite, mit diesem Abschluss sei der Angriff auf die Tarifverträge abgewehrt worden, erinnert da an das Pfeifen im Wald. Unmittelbar nach dem Abschluss titelte das Handelsblatt: "DC-Abschluss setzt Autoindustrie unter Druck". Leider drückt dies keineswegs ein Defizit der JournalistInnen beim Verstehen der komplizierten Materie aus, wie gewerkschaftsoffiziell immer argumentiert wird. Die Presse zeigt damit vielmehr ein klares Verständnis von der Dynamik, die solche Abschlüsse auslösen. Inzwischen, nach den Erfahrungen von Opel und VW und nach den katastrophalen Stellungnahmen der DGB-Spitze zu den aktuellen Forderungen nach längeren Arbeitszeiten, liegt es klar auf der Hand: Die Stuttgarter Vereinbarung war weder "Achtungserfolg" noch "Etappensieg in der Verteidigung des Flächentarifvertrags" (Meinhard/Abelmann, Sozialismus, 9/2004), sondern ein Brandbeschleuniger für dessen Zersetzung und für die Angriffe auf alle erreichten Standards der Lohnabhängigen.

Die politische Bewertung des Kampfes bei DaimlerChrysler muss noch weitere Faktoren miteinbeziehen. Zu allererst ist da die Frage, ob die Kräfteverhältnisse nichts Besseres erlaubt haben. Die Mehrzahl der Betriebsräte bei DC würde dies in der Tat so sehen. Dem wäre aber entgegenzuhalten: Selten hat es eine dermaßen starke Mobilisierung gegeben, die zudem bis zum Schluss ständig gewachsen war. Und nie war im Empfinden der KollegInnen die Konfrontation gegen die Konzernspitze dermaßen scharf. Mit dieser Belegschaft hätten die Auseinandersetzungen noch länger und härter geführt werden können, das "Ende der Fahnenstange" war noch längst nicht erreicht.

Der Zorn hatte darüber hinaus ein ausgesprochen politisches Potenzial. Er drückte die ganze Wut darüber aus, wie ArbeiterInnen und Angestellte im Betrieb und von der Politik behandelt werden, vom täglichen Druck in der Firma bis zur Agenda 2010. Die Mobilisierungs- und Kampfbereitschaft war auch nach vier Wochen voller Aktionen längst nicht am Ende, sondern ausbaufähig. Und sie hätte verbunden werden können zu breiten gemeinsamen (mindestens regionalen) Mobilisierungen weit über die Betriebsgrenzen hinaus: Kaum ein

Betrieb, dessen Belegschaft nicht ebenfalls mit Verzichtsforderungen konfrontiert war und wo die KollegInnen nicht ermutigt auf die Aktionen der Daimler-Belegschaften schauten. Nach dem 3. April, mit bundesweit 500.000 Menschen auf der Straße, war das Presseecho eindeutig: "Die Gewerkschaften sind wieder da!". Die Mobilisierungen bei DC hätten ein Ansatzpunkt sein können, um daran anzuknüpfen und Schritte aus der Defensive zu beginnen.

Die breite, aber meist passive Ablehnung von "Verzicht im Betrieb" und "Sozialabbau in der Gesellschaft" lässt sich nicht mit Kugelschreiber und Unterschriftensammlung in der Hand zum aktiven, praktischen und wirkungsvollen Widerstand wenden und politisch festigen. Das muss aus Situationen wie bei DC heraus erfolgen: wo Massen in Bewegung sind, Herzen auf Seiten der Gewerkschaften schlagen und Köpfe frei zum Denken von viel weit reichenderen Alternativen werden! Diese Chancen nicht genutzt zu haben, wiegt ebenso schwer wie das Verhandlungsergebnis selbst.

Das Heft in die eigene Hand nehmen

Jürgen teilt offenbar die Einschätzung, welche Potenziale in dieser Auseinandersetzung lagen, wenn er schreibt: "Nie war der Zeitpunkt für ein reales Kräftemessen mit dem Vorstand günstiger. Ein einziger Funke hätte einen Flächenbrand auslösen können, weit über die Konzerngrenzen hinaus. Alle Betroffenen waren sich einig: ‚Wir hätten in dieser Republik mehr als nur einen Ruck ausgelöst!`" (ak 486) Ausgehend von dieser Position wirkt die von ihm formulierte Quintessenz jedoch ziemlich fatalistisch: "Das Ergebnis dokumentiert die Stärken oder eben auch die Schwächen unserer Belegschaften und der Betriebsräte, der Vertrauensleute und der IG Metall als Organisation. (...) So aber war bei den gegenwärtigen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen mehr ‚noch' nicht machbar. Dies ist zwar bitter, aber es ist die Realität." Selbstverständlich: die Auseinandersetzung dokumentiert auch Stärken und Schwächen, aber doch wohl jeweils sehr unterschiedliche. Die sollte man benennen und diskutieren. Eine der Schwächen der Vertrauensleute und der Belegschaften besteht z.B. darin, dass sie noch nicht in der Lage (und Willens?) sind, den Verhandlungsführern das Heft aus der Hand zu nehmen und die Möglichkeiten einer Situation zu nutzen, wie sie im Juni/Juli bestanden hatte. Was notwendig ist, um dem näher zu kommen, darüber sollte die Linke in den Gewerkschaften gemeinsam diskutieren. Vielleicht im Januar beim Kongress der "Vernetzung der Gewerkschaftslinken" in Stuttgart.

Tom Adler

27. Drogenkontrolle und Drogenpolitik

2. Teil: Drogenweltmarkt und Entwicklungspolitik

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:30

Der ersten Teil dieser Serie (ak 488) betrachtete die Ideologie der internationalen Drogenpolitik. Dabei handelt es sich um einen quasi religiösen Dogmatismus inklusive der üblichen Doppelmoral, die sich in der Ignoranz und Inkonsequenz gegenüber den Folgen der Drogen Nikotin und Alkohol zeigt. Dass die Grenze zwischen Droge und Medikament fließend ist, zeigt sich an der Bedeutung des Opiums für die Pharmaindustrie. Der legale Weltmarkt für Opiate, die für den privaten Gebrauch verboten sind, ist lukrativ und wird in der Drogenkampfrhetorik nie erwähnt. Egal ob legal oder illegal - beide Märkte sind dominiert von den Interessen der Industrieländer - unter deren EinwohnerInnen finden sich die größten Medikamenten-/DrogenkonsumentInnen. Die EinwohnerInnen der traditionellen Anbauländer organischer Drogenpflanzen kommen dagegen auch beim Thema Drogen meist nur in den Genuss sich "entwickeln" zu lassen.

Die Größe des illegalisierten Drogenweltmarkts ist umstritten. Die UN sprachen Ende der 1990er Jahre von 400 Milliarden US-Dollar, die im Drogenhandel jährlich umgesetzt werden. Das wären 8% des globalen Welthandels. Ernst zu nehmende Studien lehnen die UN-Zahl als wesentlich zu hoch ab und sprechen - je nachdem welche Faktoren man einbezieht - von Summen zwischen 25 und 280 Milliarden US-Dollar. Wichtig ist, welche Preise man als Grundlage für die Berechnung benutzt. Beispielsweise beträgt der Einkaufspreis von einem Kilo Kokain für den Export aus einem Andenstaat ca. 1.500 US-Dollar, der "Großhändler"-Preis in den USA liegt bei 18.000 US-Dollar und der Straßenverkaufspreis kann 120.000 US-Dollar erwirtschaften. Zudem ist es schwer möglich, einen Schwarzmarkt mit dem legalen Weltmarkt zu vergleichen, denn die Bedingungen sind äußerst ungleich, denn beim verbotenen Drogenhandel schlagen noch Transportumwege und Verluste, Bestechungen und Geldwäsche, Zwischenhändler und schwierige Organisationsbedingungen zu Buche.

Gleichwohl könnte man in Zeiten des viel gelobten Freihandels den illegalisierten Drogenweltmarkt als Musterschüler bezeichnen - wenn da nicht die widrigen Bedingungen der riskanten Handelschranken wären, die aus jahrelangen Haftstrafen oder sogar Todesstrafen bestehen. Ansonsten organisiert sich das Geschäft aber dank der "unsichtbaren" Hand des Marktes äußert flexibel; bestimmender Faktor ist die ungebrochene Nachfrage nach Drogen. Dabei kommt es über die Jahre zu einschneidenden Verschiebungen der Produktionsstätten und Handelsrouten, aber die Verfügbarkeit von Drogen für die Kunden ist weltweit kontinuierlich stabil geblieben. Dass die Produktion in Burma, dem zweitgrößten illegalen Opiumproduzenten auf dem Globus, seit Jahren schrumpft, wird beispielsweise von der internationalen Drogenkontrollbehörde als Zeichen ihres Erfolgs gefeiert. Zwei Umstände bleiben dabei jedoch unerwähnt: Das burmesische Heroin, das bis in die 1990er Jahre hauptsächlich den nordamerikanischen Markt abdeckte, ist fast gänzlich durch Heroin aus Mittel- und Südamerika ersetzt worden. Und zweitens haben sich die Drogengeschäftsleute in Burma dem neueren Marktsegment der Amphetamine zugewandt. Seit einem guten Jahrzehnt boomt im gesamten südost- und ostasiatischen Raum die Nachfrage nach den billigen Speedpillen. Mittlerweile werden sie in Milliardenmengen in Burma produziert.

Die Strafen, die wegen der Drogenprohibition drohen, sind jedoch gerade Ursache dafür, dass hohe Gewinnspannen auf dem illegalisierten Drogenmarkt zu erzielen sind. Es ist das Risiko, das die Preise hochtreibt. Deutlich wird das im Vergleich mit den Preisen der auf dem legalen Markt erworbenen Substanzen: Die Schweizer Regierung kaufte etwa 2001 ca. 25kg Heroin für die Vergabe an so genannte Schwerstabhängige. Sie zahlte dafür rund 120.000 US-Dollar - also knapp fünf Dollar für das Gramm mit 100%-Reinheitsgrad. Der Straßenpreis dieser Menge hätte für den privaten User auf dem Schwarzmarkt bei über 3 Mio. US-Dollar gelegen; das Gramm zum Preis von 100 US-Dollar und gestreckt auf eine Reinheit von 20 bis 40%.

Wo kauft die Schweizer Regierung eigentlich mal eben 25kg pures Heroin? In diesem Fall war der Weg zum Dealer nicht weit. Der Internationale Suchtstoffkontrollrat (INCB), eine Institution der UN mit Sitz in Wien, regelt den Anbau und Handel mit allen für den privaten Gebrauch verbotenen Drogen. Der INCB war 1968 eingerichtet worden und wacht seitdem über die Umsetzung und Einhaltung der drei Drogenkonventionen der

UN, die mittlerweile nahezu jeder Staat dieser Erde unterzeichnet hat. Für wissenschaftliche und medizinische Zwecke dürfen die ansonst verbotenen Drogen unter Auflagen produziert und verwendet werden, weswegen der Bedarf eines Landes jährlich beim INCB angemeldet werden muss.

Musterschüler des Freihandels

Die Zwiespältigkeit des Begriffs "Droge" kann zu anscheinend widersprüchlichen Handlungen seitens PolitikerInnen und Verwaltungen führen. Sprachgeschichtlich meint "Drogerie" Geschäfte, die heutzutage hauptsächlich Hygieneartikel anbieten. "Droge" basiert etymologisch auf "trocken" und war einst eine Bezeichnung für getrocknete Kräuter, Gewürze und pharmazeutische Mittel. Das Gebaren des Suchtstoffkontrollrats, dessen Mitglieder im ersten Teil dieser Serie als "Hohepriester" der Kirche der Drogenprohibition beschrieben worden waren, geißeln jedes Jahr die Verstöße gegen die internationalen Drogenkonventionen und klagen über den "illegalen" privaten Drogenkonsum. Aber in der Tradition der Predigern oft eigenen Bigotterie handelt es sich bei dem INCB auch um den größten Dealer der Welt.

Der INCB verschiebt vor allem Opium und die aus ihm gewonnen Derivate. Von Kokain wird weltweit gerade einmal eine Tonne und von Cannabis 5,4 Tonnen für medizinische Zwecke benötigt. Wesentlich bedeutender ist der Bedarf an Kokablättern, den nur Peru legal decken darf. Mit Abstand der größte Abnehmer sind dafür die USA; im Jahr 2002 kauften sie 114 Tonnen Blätter. Sie werden nahezu ausschließlich für die Herstellung eines rauschstoffarmen Geschmacksstoffes für einen Softdrink namens Coca-Cola benötigt.

Der größte Dealer der Welt

Im globalen Kampf gegen die Drogen und vor allem gegen die "Heroinpflanze" Opium wird selten erwähnt, dass die legale Opiumlandwirtschaft im Jahr 2002 nahezu 5.200 Tonnen Opium produziert hat. Das waren 700 Tonnen mehr als der geschätzte illegalisierte Anbau im gleichen Jahr. Aus Opium werden von der Pharmaindustrie vor allem die Derivate Morphium und Codein gewonnen. Deutsche Firmen bestellten im Jahr 2003 knapp zwei Tonnen Morphium und gut siebeneinhalb Tonnen Codein; zu deren Herstellung bedurfte es 100 Tonnen Opium. Die Medikamentenhersteller in den USA orderten 129 Tonnen Morphium, 77 Tonnen Codein und 440 Tonnen Opium - benötigten also allein schon einen Anbau von insgesamt über 2.400 Tonnen Opium.

Die größten Anbauländer legalen Opiums waren im Jahr 2003 Australien (2.300 Tonnen), Frankreich (1.100 Tonnen), die Türkei (1.000), Indien (550 Tonnen) und Spanien (450 Tonnen). Dagegen wurde in Afghanistan im Herbst dieses Jahres eine Opiumernte von vermutlich über 4.000 Tonnen eingefahren, die Anbaufläche soll sich um 60% gegenüber dem letzten Jahr vergrößert haben. Die Drogenökonomie entsprach dort im Jahr 2003 über der Hälfte des Bruttoinlandproduktes von 2,3 Milliarden US-Dollar (zum Vergleich: Deutschland 1.900 Mrd. US-Dollar). Der Vorschlag, dem "Least-Developed-Country" Afghanistan eine Lizenz für den legalen Opiummarkt zu erteilen, verhinderten allerdings vor kurzem die jetzigen Anbaustaaten, die mit Ausnahme von Indien und der Türkei alles andere als traditionelle Opiumanbauländer sind. Alle gemeinsam haben jedoch wenig Interesse an Konkurrenz aus den "Entwicklungsländern" und halten an der Kriminalisierung der Drogenbauern in der "3. Welt" fest. Stattdessen kommen neben Afghanistan dafür auch Burma und die Kokaländer Peru, Bolivien und Kolumbien in den Genuss der so genannten Alternativen Entwicklung.

Das Konzept klingt schlüssig. Als Alternative zu den Drogenpflanzen sollen die Bauern einfach andere "cash crops" anbauen. Mit einer ganzen Palette von Entwicklungsbemühungen soll ihnen geholfen werden, sich dann etwa mit Spargel oder Kakao auf dem regionalen Markt oder sogar dem Weltmarkt zu behaupten. Ob in Zeiten von geschützten Agrarabsatzmärkten, über die bei WTO-Verhandlungen weiterhin gestritten wird, solch ein Ansatz aufgehen kann, muss hier offen bleiben. Jedenfalls meinen die Missionare diverser Entwicklungsorganisationen auf diese Weise der Drogenökonomie ein Schnippchen schlagen zu können. Im Kleinen kann das tatsächlich gelingen und Dörfern oder ganzen Regionen nützen.

Doch führte der Anreiz, in den Genuss von Entwicklungsgeldern zu kommen, mancherorts auch dazu, dass Bauern erst deswegen beginnen Drogenpflanzen anzubauen. Und bei den Regierungen der entsprechenden "Entwicklungsländer" führte es dazu, dass sie sich vollmundig dem "Kampf gegen Drogen" verschreiben. Einen Haufen Säcke Waschpulver als Kokain oder Heroin deklariert, lässt sich gut und einfach öffentlichkeitswirksam verbrennen. Oft gibt es aber mehr als deutliche Hinweise, dass Regierungsangehörige selbst in den Drogenhandel verwickelt sind, siehe beispielsweise Kolumbien oder Afghanistan. Und praktischerweise lassen

sich die mit Entwicklungsgeldern erbauten neuen Straßen, die in bislang schwer erreichbare Gebiete der jeweiligen Länder reichen, für polizeiliche oder militärische Einsätze nutzen. So können über die neuen Wege einerseits Aufstandbekämpfungsmaßnahmen rollen, aber auch die Drogen komfortabler und schneller verschoben werden.

Problematisch ist auch, dass die Gelder für "Alternative Entwicklung" nur solange fließen, bis das Ziel erreicht ist: die Eliminierung des Drogenanbaus in einem bestimmten Gebiet. Langfristige Maßnahmen werden kaum finanziert. Die Entwicklungsgelder der Industriestaaten sind knapp bemessen und Verteilungskämpfen unter staatlichen Organisationen und NGOs des Nordens ausgesetzt. Zudem schwingt beim Konzept "Alternative Entwicklung" immer die Drohung mit, wenn es nicht funktioniert, wird mit Gewalt der Anbau unterbunden. Absurd wird es dann, wenn im Auftrag der USA Flugzeuge in den Anden großflächig Pflanzenvernichtungsmittel versprühen und so jahrelang mühsam gehegte alternative Entwicklungsprojekte in minutenschnelle eliminieren (mehr dazu im Teil 3). So bleibt den Bauern nicht einmal die Wahl zwischen Zuckerbrot und Peitsche, sie sind ohne Einfluss höheren Mächten ausgesetzt. Doch egal wie, der "Ballon-Effekt" führt beim Drogenanbau dazu, dass, wenn Druck ausgeübt wird, woanders eine Ausweitung stattfindet.

Zuckerbrot und Peitsche

Es gibt offensichtliche Parallelen zwischen der "Kirche" der Drogenprohibition und dem Glauben an "Entwicklung". Beide sind Ideologien, die sich seit Jahrzehnten als unwirksam erwiesen haben, aber trotz offensichtlicher Mängel und Falschannahmen unangefochtene Konzepte bleiben. Beide gleichen sich in ihrer Borniertheit und dem Festhalten an ersichtlichen Irrungen: Entwicklung geht davon aus, dass unendliches wirtschaftliches Wachstum in einem endlich großen Ökosystem möglich wäre und dass Wachstum automatisch zu Wohlstand in einer Gesellschaft führt ("trickle down effect"). Drogenkontrolle, die nichts anderes meint als Prohibition, verbietet sich das Eingeständnis, dass Menschen Drogen konsumieren wollen und unter Umständen müssen. "Drogenfreiheit" ignoriert Alkohol und Tabak, die durch eine selektive Wahrnehmung und Ignoranz in weiten Teilen der Gesellschaft nicht als Drogen verstanden werden. Die Überzeugung, dass eine "richtige" Entwicklung nur hin zu Demokratie und freier Marktwirtschaft führen kann, ähnelt der ebenfalls unglaubwürdigen Überzeugung, dass nur das Streben nach einer "drogenfreien" Gesellschaft "richtig" sein kann.

Opfer der Drogenprohibition sind vornehmlich die Bauern in den Anbauländern. Abgesehen davon, dass ihnen das Recht abgesprochen wird, traditionelle Heil- und Nutzpflanzen anzubauen, werden sie kriminalisiert und teilweise regelrecht bekriegt. Um dies zu ändern, sollte nur ihnen zugestanden werden, die Landwirtschaft für die medizinische Nutzung von Drogenpflanzen zu betreiben. Das wäre selbst innerhalb der jetzt gültigen internationalen Drogengesetzgebung machbar. Besser wäre es aber, den Drogenkonsum weltweit zu legalisieren und zu regulieren. Dann hätten die Drogenbauern einen einzigartigen Vorteil auf dem sonst vom Norden beherrschten Agrarmarkt.

Lorenz Matzat

Teil 3: Krieg, Drogen und der "War on Drugs" erscheint in ak 490

28. Ya basta in den Metropolen

Aneignung im Kontext von Prekarisierung und Globalen Sozialen Rechten

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:31

Im Zuge der aufkommenden sozialen Kämpfe haben in den linken Debatten drei Begriffe Hochkonjunktur: Prekarisierung, Globale Soziale Rechte und Aneignung. Unterschiedlichste Akteure greifen auf sie zurück, und dennoch haben die Ähnlichkeiten der geführten Diskurse bisher nur zarte Ansätze einer gemeinsamen Praxis hervorgebracht. Die Autoren des folgenden Beitrags sind alle bei attac Berlin aktiv. Sie greifen die Diskussion aus ak 483, 485 und 486 auf und wenden sich vor allem gegen ein rein ökonomistisches Verständnis von Prekarisierung.

Warum "Prekarisierung"? Im Unterschied zu "prekär" wird damit weniger ein Zustand, sondern vor allem ein gesellschaftlicher Prozess beschrieben. Prekarisierung stellt das dynamische Moment des neoliberalen Angriffs auf unser Leben in den Vordergrund. Prekarisierung passiert nicht; sie wird von Subjekten und Strukturen produziert und ist damit veränderbar. Prekarisierung beschreibt die für alle wahrnehmbare Entrechtung, Vereinzelung, Demoralisierung und allgegenwärtige Verunsicherung unseres Lebens und unserer Kämpfe. Sie grenzt unsere Handlungsräume überall dort ein, wo diese nicht der kapitalistischen Verwertungslogik dienen; sie ist repressiv und hemmt unsere Auflehnung gegen sie. Diese Prozesse als Prekarisierung zu benennen, heißt, sich auf jene Grenzen zu beziehen, die alltäglich gesetzt werden und wahrnehmbar sind. Über Prekarisierung zu sprechen, weist bereits über diese Grenzen hinaus, indem sie als Angriffe auf unser Leben attackiert werden. Im Gegensatz zu "Neoliberalismus" und "Postfordismus" kann man von Prekarisierung in der ersten Person sprechen. Sie beschreibt kein abstraktes Herrschaftsverhältnis, sondern setzt an den alltäglichen Erfahrungen der Subjekte an.

Auf Grund dieser Struktur halten wir Prekarisierung für einen tauglichen Kampfbegriff gegen den neoliberalen Kapitalismus. Dafür ist eine weitere analytische Differenzierung notwendig. Oft wird Prekarisierung nämlich nur auf die Beschreibung des neoliberalen Umbaus der Lohnarbeit in den Metropolen verkürzt und damit auf ihre ökonomische Komponente reduziert. Wir schlagen stattdessen eine Erweiterung um die kulturellen und politischen Dimensionen vor.

Zur fortlaufenden ökonomische Prekarisierung ist schon viel geschrieben und diskutiert worden. Sie wird besonders und unmittelbar bei den sowieso schon Marginalisierten sichtbar: MigrantInnen, Frauen und Erwerbslose werden in Europa in besonderem Maße angegriffen. Gleichzeitig berührt ökonomische Prekarisierung aber inzwischen auch die fordistischen "Normalarbeitsverhältnisse" weißer, männlicher Facharbeiter. In einer Situation permanenter "Flexploitation" ist eine langfristige Sicherung der ökonomischen Reproduktion nicht möglich.

Prekarisierung - nicht nur im Call Center

Kulturelle Prekarisierung findet in allen gesellschaftlichen Bereichen statt und bedeutet ein Gefühl tiefer individualisierter Verunsicherung. Von den sozialen Teilungs- und Vereinzelungsmechanismen sind wir alle betroffen. Am Arbeitsplatz, in der Arbeitsagentur, in Beziehungen, in Uni, Schule und Ausbildung - überall wird unser soziales Handeln immer mehr vom neoliberalen Konkurrenzprinzip organisiert. Kulturelle Prekarisierung bedeutet, dass wir durch unser tägliches Handeln das hegemoniale Menschenbild im Kapitalismus weiter verschärfen. Die Vorstellung einer Gesellschaft von Menschen, die würdevoll zusammen leben, gelangt so erst gar nicht ins Blickfeld. An immer mehr Orten und immer intensiver wird uns gepredigt, internalisieren wir und predigen wir schließlich selbst, dass wir nur etwas wert sind, wenn wir erfolgreicher, schöner, flexibler und effizienter funktionieren als alle anderen, wenn wir im totalen Wettbewerb bestehen. Wer dem nicht genügt oder genügen will, scheint das Recht auf ein würdevolles Leben verwirkt zu haben. All das, was wir so sehr an Menschen als sozialen Wesen schätzen - Freundschaften, liebevolle Beziehungen zueinander, Solidarität - und letztendlich auch unser Selbstwertgefühl werden von der Prekarisierung angegriffen.

Damit einher geht die politische Prekarisierung: Auf diese Art entrechtet und vereinzelt, wird es schwer, Prekarisierung als politisches und strukturelles Problem zu sehen. Wir suchen nur noch nach individuellen Lösungsstrategien für die Dilemma-Staus in unseren Köpfen und unseren Verhaltensweisen. Statt uns politisch zu organisieren, die Befriedigung unserer Bedürfnisse und unser Recht auf ein würdevolles Leben

offensiv und kollektiv einzufordern und explizit subversiv zu sein, ziehen wir uns ob unseres empfundenen Versagens schamerfüllt in Passivität und Einsamkeit zurück. Wir leben die "Eigenverantwortung" und verzichten darauf, die gesellschaftlichen Verhältnisse emanzipatorisch zu gestalten. In dieser Entdemokratisierung ist es ein Leichtes, diejenigen ständig gegeneinander auszuspielen, die durch Prekarisierung angegriffenen werden. Die Kollektivierung von Widerständigkeiten gegen das, was uns allen angetan wird, wird so behindert. Unser täglicher Überlebenskampf gegen die ökonomische und kulturelle Prekarisierung vereinnahmt unsere Kräfte so sehr, dass wir scheinbar der Möglichkeit beraubt werden, gemeinsam Alternativen zu denken und für diese zu kämpfen.

Ausgehend von dieser (mindestens) dreidimensionalen Lesart von Prekarisierung wird es möglich, unterschiedliche Kämpfe in und gegen Prekarisierung jenseits von Haupt- und Nebenwidersprüchen als gemeinsame zu denken und zu führen. Ein derartiges Verständnis von Prekarisierung jenseits ökonomistischer Verkürzung verweist auf die Gleichwertigkeit unserer Kämpfe und verbietet deren Hierarchisierung.

Da wir die Verhältnisse als umfassende Verunsicherung verstehen, uns als unterdrückte, bettelnde, begehrende und entrechtete Subjekte wahrnehmen, stellt sich die Frage nach Gegenstrategien, aber vor allem auch nach einer Klammer, die die unterschiedlichen Widerstände gegen Kapitalismus und fortschreitende Prekarisierung auf der ganzen Welt fassen kann. Diese Klammer sehen wir in der Forderung nach "Globalen Sozialen Rechten". Sie sind eine Grundlage dafür, das Recht auf Rechte, das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben auszuformulieren.

Recht auf Rechte - weltweit

Das Recht auf Rechte ist für uns die Legitimierung unseres Bedürfnisses nach einem Leben in Würde. Es ist das Fundament, das uns als politische und widerständige Subjekte konstituiert und uns eine Stimme verleiht. Das würdevolle Leben, formuliert als unser Recht, bietet einerseits die nötige Offenheit, um fragend voran zu schreiten. Andererseits weist es die emanzipatorische, gegen-hegemoniale Richtung unserer Kämpfe. Der Begriff "Globale Soziale Rechte" wird allzu oft nur im Kontext bürgerlicher Rechtsauffassung verstanden, als Bittstellung in Unterworfenheit. Dabei ist eine staatsbezogene Forderung nach Rechten nicht falsch. Weil wir nicht unabhängig sind, weil wir nicht außerhalb einer staatlichen Verfasstheit leben und kämpfen, fordern wir die Erfüllung unserer Bedürfnisse auch vom Staat ein. Wir verfallen dabei nicht in reformistische und etatistische Illusionen. Unsere Praxis Konfrontation mit dem Staat, der uns die Realisierung unserer Rechte verwehrt, trifft deshalb bis tief ins Herz des hegemonialen Politikverständnisses, weil es genau mit dieser Praxis dekonstruiert werden kann. Mit dem Recht auf Rechte treten wir dem Staat also nicht prekarisiert gegenüber, sondern brüllen ihm selbstbewusst unsere Forderungen entgegen.

Ende der Bescheidenheit

Doch dabei bleiben wir nicht stehen. Die vielfältigen Kämpfe um die Forderung nach Globalen Sozialen Rechten können zum Ausdruck gebracht werden, wenn an der Betroffenheit und der Befindlichkeit über den Begriff des Rechts angesetzt wird. Ein solcher Ansatz macht es möglich, unterschiedliche Vorstellungen und Ausrichtungen zu erfassen, die nach den jeweiligen geographischen, kulturellen und unmittelbaren Befindlichkeiten und Bedürfnissen differenziert sind. Und diese Pluralität kann trotzdem solidarisch vereint werden. Unsere verschiedenen Kampfsituationen und -richtungen stellen so eine gemeinsame Bewegung dar. Wir sehen in dem Kampf um Globale Soziale Rechte die Identität der globalisierungskritischen Bewegungen und das konstituierende Moment einer "Bewegung der Bewegungen". In dieser Identität gewinnt der Begriff eine utopische Reichweite, ohne "interne" Herrschaftsverhältnisse zu verwischen und ohne die Bewegungen zu homogenisieren oder zu idealisieren.

Wir befinden uns mit dem Begriff im steten Spannungsverhältnis zwischen der Sehnsucht nach der Realisierung unserer Rechte und der Einsicht, dass wir nur bekommen, wofür wir kämpfen und was wir uns aneignen. Ein Verständnis von Bewegung im Kontext von Prekarisierung rückt die Notwendigkeit ins Zentrum, Handlungsräume zu erschließen, in denen Widerständigkeit wachsen kann. Die Öffnung von widerständigen Räumen, die selbst schon zu Handlung befähigt, begreifen wir als Aneignung. Im Sinne des fragend Voranschreitens greifen wir mit dieser Öffnung dem Begriff der Globalen Sozialen Rechte vor.

Aneignung kann eine bloße Überlebensstrategie unter den Bedingungen der Prekarisierung sein. Als solche hat sie kaum Potenzial, über sich selbst und aus der Vereinzelung hinauszuweisen. Sie wäre unter das

neoliberale Dogma der Eigenverantwortung subsummierbar und nichts weiter als ein Durchwursteln durch die Verhältnisse. Uns erscheint es offensichtlich, Aneignung weiter zu verstehen: Sie ist die Praxis von Bewegung, deren zentrales Moment. Sie ist die Praxis, die uns aus der Passivität in eine sprechende Position bringt, indem sie die Rechtmäßigkeit unseres Handelns manifestiert. Sie ist aber auch eine strategische Herangehensweise an die jeweiligen Probleme mit dem Ziel, Handlungsräume gemeinsamer Widerständigkeit zu vergrößern; Räume, die sich in der Prekarisierung nicht erschließen, sondern die ihr abgerungen werden müssen. Es gibt niemanden, der uns diese Handlungsräume geben könnte - keine Partei, keinen Staat. Wir müssen sie uns selber nehmen. Aneignung ist unsere pragmatische Antwort auf die Kluft zwischen dem Druck der Prekarisierung und unserem Begehren nach einem guten Leben, nach dem, was der Begriff "Globale Soziale Rechte" symbolisiert. Wir nehmen uns, was nicht gegeben wird.

Wir nehmen uns Raum und Zeit. Wir nehmen uns die Öffentlichkeit, wir nehmen uns die Straßen. Wir nehmen uns die materiellen Grundlagen für unsere Kämpfe, wir nehmen uns die Diskurse und die Wörter. Wir leben unsere Würde, indem wir kämpfen. Alle diese Praktiken vereinen in sich das Moment der Aneignung: Wir nehmen uns, was uns der neoliberale Kapitalismus verwehrt. Prekarisierung in ihrer Vielschichtigkeit ist ein Angriff auf unser Leben und auf allen Ebenen müssen wir uns die Bedingungen für ein emanzipiertes Leben in Würde aneignen. Diese Vielschichtigkeit der Widerständigkeiten ist mit der bloß ökonomischen Lesart der Prekarisierung nicht erfassbar. Aus prekarisierten Subjekten können durch Aneignungspraxen in Bewegung handlungsfähige Subjekte werden. Wir schaffen uns Handlungsräume für Widerständigkeiten im neoliberalen Kapitalismus. Darin liegt unsere Kampfhoffnung.

Max Bitzer, Paul Buntzel, Lukas Engelmann, Lutz Fricke

29. Ohrenpropaganda

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:32

Soundz of Nigeria

In den 1970er Jahren hatte Nigeria eine der größten und vielfältigsten Musikszenen auf dem afrikanischen Kontinent. Nirgendwo fand Afrobeat, diese wilde Mischung aus afrikanischen Rhythmen mit Jazz, Soul, Funk und Rock lebendiger und energetischer statt, als auf nigerianischen Dancefloors. Nicht nur musikalisch, sondern auch kulturell war dieser Sound bedeutsam, barg er doch den Stolz auf die schwarze Musik und der Kultur in sich. Fela Kuti und seine Gruppe Africa 70 machten diesen Sound populär und bescherten auch Femi Kuti (Fela Kuti's Sohn) und Tony Allen (sein Drummer) eine weltweite Anhängerschaft. Nach dem großen Erfolg des Samplers "Ghana Soundz" letztes Jahr, präsentiert das Label Soundway nun mit "Afro Baby" erneut liebevoll ausgesuchte Raritäten dieser Zeit. Diese zwölf Songs wurden noch nie außerhalb Nigerias veröffentlicht und speziell für dieses Album neu gemischt. Begleitend dazu kommt das Album mit einem ausführlichen Booklet, in dem die Originalcover, rare Bilder aus der Zeit sowie ein langes Interview mit Afrobeat Pionier Tony Allen zu finden sind. Wer auf treibende afrikanisch-inspirierte Percussions, lebensfreudige und funkige Beats steht, dem ist diese Perle wärmstens ans Herz zu legen. (HIC)

Various Artists: Afro Baby. The Evolution Of the Sound (Soundway/grooveattack)

Persönlicher Jazz

Weltweit bekannt wurden US3 1994 mit ihrem Song "Cantaloop" (in Deutschland seinerzeit von Roger Willemsen für seine Talk-Show verbraten). Seither sind genau zehn Jahre vergangen und mit "Questions" veröffentlicht das britische Kollektiv nun sein mittlerweile viertes Album. Dem souligen, urbanen, Jazz-inspirierten Sound ist die Truppe um Produzent Geoff Wilkinson treu geblieben. Neu sind die latin-orientierten R&B-Vibes und die eher persönlichen Texte, anstelle der sozial-ökonomischen Themen der letzten Alben. So setzen sich die Songs diesmal aus einer persönlichen Perspektive mit Welt, Gesellschaft und den großen Fragen darin auseinander, was sogar mehr Tiefe verleiht. Für "Questions" hat Wilkinson die Sänger Mpho aus Südafrika und Reggie Wyns aus Brooklyn mit ins Boot geholt, die mit ihren weichen, sonoren Stimmen das verweisreiche und eklektisch zusammengesetzte Setting perfekt vervollständigen. Begleitet werden sie vom US3 -Orchester bestehend aus Dj First Rate, Trompeten, funky Flöten, Hörnern, Piano, Gitarren und Drums und angereichert mit allerlei nahezu historischen Samples von Herbie Hancock oder Tony Allen. US3 sind Meister darin, in ihrer Musik das Leben zu bejahen, zu feiern, zu reflektieren und zu ehren. Besonders für kalte Tage sehr zu empfehlen! (HIC)

US3: Questions (Us3.com/grooveattack)

"Eulenspiegel der Computerzeit"

Honigdieb heißt ein Vogel irgendwo in Afrika, der es fertig bringt, Dachse mit seinem Gesang zu Bienenstöcken zu locken, und nachdem dieser den Stock zerlegt hat, sich ebenfalls am Honig zu erfreuen. Honigdieb ist aber auch eine Band aus Dortmund, die dieser Tage ihr zweites Album mit dem Titel: "Einzig, aber nicht artig" veröffentlicht. Dahinter steckt Hannes Schmidt, genannt Sir. Mit der Band The Idiots, benannt nach dem legendären Album von Iggy Pop, gehörte Sir Hannes zu den Urgesteinen des Punks in Deutschland. Viele Jahre später legt der Plattenladenbetreiber ein inspirierendes Album vor, in dem eine lebendige Mischung von Punk, Polka und Chanson, eine Menge Rock und ein wenig Reggae zusammen geschraubt werden. Sicherlich eine nicht gerade alltägliche Mischung. Hinzu kommt ein wirklich überzeugender Gesang.

In seiner Heimatstadt engagiert sich Schmidt leidenschaftlich für Obdachlose, z.B. mit Benefizkonzerten und der Forderung, die U-Bahnhöfe der Stadt wenigstens im Winter für Obdachlose zu öffnen. Das Engagement ist sehr persönlich, denn Schmidt kennt das Leben auf der Straße aus eigener Erfahrung. Heute umschreibt er seine Band so: "Der Honigdieb ist der Eulenspiegel/ Robin Hood in der Computerzeit." Das findet man textlich auch durchaus auf dem neuen Album wieder, auf dem er mit viel Witz und Ironie sich über alles Mögliche amüsiert: Über die Psycho-Szene mit "Meditation", über Singles in "Absolut" oder möglicherweise auch sich selbst. (DSe, www.rock-links.de)

Honigdieb, Einzig, aber nicht artig, www.brainzone.de oder www.idiots.de/honigdieb/

Rap aus Frankfurt

Wer mehr über die Wirklichkeiten vor allem türkischer MigrantInnen bzw. deren Kinder wissen will, kommt ab jetzt nicht mehr an Mr. L vorbei: "Lebenswerk" betitelt der 26-jährige L. Simal aus Frankfurt/M. sein neues Album: HipHop mit starken Neigungen zum RythmnBlues (Joy Denalane und die Söhne Mannheims lassen grüßen). Geigen und spanische Gitarren umspielen die Beats und sorgen mit dafür, dass das bei al dente recordz veröffentlichte "Lebenswerk" auch musikalisch eine Erbauung darstellt.

Mr. L erzählt von den Problemen, Erwartungen und Hoffnungen, als er mit seiner Familie in den 1980er Jahren nach Deutschland kam. Statt großer Wohnung gab es drei Zimmer für Eltern und fünf Kinder, der Vater war täglich 12 Stunden auf Arbeit. Gefühlvoll, sehnsüchtig und doch drängend der Song "Kinderaugen". Ein Plädoyer, die Offenheit und Neugier in Kindertagen auch im erwachsenen Leben nicht zu verlieren, statt sich in rassistischen Bürgerkriegen gegenseitig zu überfallen. In "Mehmet, mein Sohn" erzählt L. die Geschichte, eines vaterlos aufwachsenden türkischen Jugendlichen, der zu früh ebenfalls Vater wird und nun aufgerieben wird zwischen Selbstbild, Selbstbetrug und den Erwartungen seines Umfelds.

Insgesamt 17 Songs auf "Lebenswerk" bringen zahlreiche weitere Themen aus der Perspektive eines Frankfurter Rappers türkischer Herkunft. Und zum Schluss kommt fast wie eine Hymne die ultimative Aufforderung: "Lebe dein Leben". (DSe, www.rock-links.de)

Mr. L, Lebenswerk, www.aldenterecordz.de

30. Offene Wunde Auschwitz

Antisemitismus-Tagung in Hannover

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:33

Das größte Menschheitsverbrechen muss aus der Geschichte heraus erklärt werden. Eine vernünftige Aufarbeitung von Auschwitz bedarf einer Ideologiekritik, die sich der "Erinnerung bemächtigt, damit diese nicht länger gezwungen ist, sich als Werkzeug der Herrschenden herzugeben und die Vergangenheit nicht für politische Zwecke bis zur Unkenntlichkeit verzerrt" werden kann, erklärte der Soziologe Marcus Hawel, Mitinitiator einer Antisemitismus-Tagung, die im Oktober in Hannover stattfand. 250 ZuhörerInnen verfolgten die Referate und Debattenbeiträge.

In seiner Eröffnungsrede äußerte Hawel große Besorgnis, dass sich seit Gründung der Berliner Republik das Gerede von "Normalität" und der "Kraft des Neubeginns" (BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel) in der politischen Kultur Deutschlands zusehends verbreite. Die in Anspruch genommene "Normalität" setze "Axiome, wie die Affirmation von Nationalstaat und Kapitalismus, die nicht mehr hinterfragt werden". So stand im Mittelpunkt der von der Redaktion der Online-Zeitschrift Sozialistische Position organisierten Tagung weniger die Frage, wie und warum es zur größten Menschheitskatastrophe kommen konnte - es ging um eine Beschäftigung mit Auschwitz als "offener Wunde", die so lange nicht geschlossen werden darf, wie die Bedingungen der Möglichkeit der Verdinglichung des Menschen nicht überwunden sind.

Einen thematischen Schwerpunkt bildete das Fortwirken des Antisemitismus in Deutschland nach 1945. Der Politologe Joachim Perels und die Sozialpsychologin Regina Becker-Schmidt wiesen nach, dass eines der eingeschliffensten Rituale der Zivilisation keineswegs im Begriff war, aus dem kollektiven Bewusstsein der Nachkriegsdeutschen zu verschwinden. Das Unerträgliche wurde nicht nur durch vielfältige Rationalisierungstechniken verharmlost oder tabuiert, Gewaltverbrecher als Opfer von "Befehlsnotstand" exkulpiert, sondern es wurden sogar Segmente der NS-Rassengesetze in die Rechtsprechung gegen die Nazi-Täter übernommen.

Die geladenen WissenschaftlerInnen setzten sich auch mit dem Problem der ideologischen Verformung des Wesens von Auschwitz durch eine interessengeleitete Instrumentalisierung des Antisemitismus auseinander. Der israelische Historiker Moshe Zuckermann fordert in seinen Publikationen immer wieder, die Shoah dürfe nicht durch Ideologie partikular vereinnahmt werden, sondern müsse als "nie mehr wegzudenkendes historisches Warnsignal unentwegt auf die Möglichkeit menschlicher Barbarei verweisen". In Hannover übte er scharfe Kritik an der inzwischen zum Ritual verkommenen Fokussierung auf einen "linken Antisemitismus" - für Zuckermann nichts weiter als der Versuch einiger Linker, den "extremen Antizionismus", der von ihnen noch vor einigen Jahren offensiv vertreten worden war, "psychologisch aufzuarbeiten". Der jüdische Marxist attestierte der deutschen Linken einen zunehmenden "Lustgewinn an der Benennung" von politischen Phänomenen und Gegnern als "antisemitisch". Er verwies dabei auf seine öffentliche Debatte mit linken Intellektuellen; gemeint sind Hermann Gremliza, Thomas Ebermann und Volker Weiß - das Gespräch wurde im vergangenen Jahr unter dem Titel "Zweierlei Israel" als Buch veröffentlicht. (vgl. ak 473) Einer der deutschen Diskutanten hatte das politische Klima der Berliner Republik mit dem des Kaiserreichs gleichgesetzt und behauptet, es bedürfe nur eines "geringsten Signals von oben", um eine Pogrom-Stimmung gegen Juden freizusetzen, wie sie 1992 in Rostock-Lichtenhagen zur Entfaltung gekommen war: "Das Hanebüchenste, was ich seit langem gehört habe," konstatierte Zuckermann. Je mehr sich Auschwitz vom historischen Ereignis zur Geschichte entwickle, so seine Mahnung, sei darauf zu achten, dass die größte Menschheitskatastrophe nicht zur "Matrix identitätsbestimmender Befindlichkeiten verkommt".

Wenn auch die gesellschaftlichen Voraussetzungen, die Auschwitz möglich gemacht hatten, fortbestehen, so waren sie für lange Zeit wenigstens mit Barrieren versehen gewesen. Mit der Demontage des Sozialstaats und der Prinzipien der sozialen Markwirtschaft verzichtet der Kapitalismus nicht nur auf den Luxus einer "menschlichen" Fassade. Es wächst auch die Gefahr der Radikalisierung verinnerlichter Ideologien und Vorurteile. Die narzisstische Kränkung, sein Leben nicht nach Wunsch ausrichten zu können, erzeugt Hass und eine Verhärtung gegenüber dem Schicksal anderer Menschen. "Die Gleichgültigkeit, das Leid anderer nicht sehen zu wollen, wird immer stärker in unserer Gesellschaft", so eine Beobachtung von Regina

Becker-Schmidt. "Alle Formen des Antisemitismus enthalten nicht nur die totale Entwertung des anderen, sondern auch eine extreme Bündelung von Gleichgültigkeit."

In der im Rahmen des Kongresses stattfindenden Podiumsdiskussion, die von der PDS organisiert worden war, stand dann auch die Frage im Mittelpunkt, ob die Momente der innergesellschaftlichen Destabilisierung Wasser auf die Mühlen des subkutan vorhandenen Antisemitismus sind. Bilden Hartz IV, die Ein-Euro-Jobs - die Wiedereinführung einer "humanen" Form der Zwangsarbeit - und eine Steuerpolitik, die von unten nach oben umverteilt, erneut den Nährboden für den Antisemitismus als Alltagsreligion? Auch wenn sie unter dem Titel "Die offene Wunde Auschwitz" debattierten, waren die DiskutantInnen sich einig, dass nicht alle Erscheinungsformen des Antisemitismus eliminatorisch sind. Konsens herrschte auch darin, dass die neue Armut unter keinen Umständen die Grundlage einer Rechtfertigungsstrategie für das Wiedererstarken antisemitischer Ressentiments bilden darf.

Der Soziologe Wolfram Stender gab zu bedenken, dass der Sozialstaat auch vor Hartz IV ein Mythos gewesen sei. So habe es schon seit jeher ein rigides Arbeitsethos und eine "scharfe Trennung zwischen Leistungsträgern und Nichtleistungsträgern" gegeben. Vor allem aber sei eine soziale Kälte vorhanden gewesen: "Das Element, neben Gleichgültigkeit und Indifferenz, ohne das Auschwitz nicht möglich gewesen wäre", erklärte Stender, kritisierte den Neoliberalismus als Ideologie, die die Anwendung des Freiheitsbegriffs auf die Wirtschaft reduziere und forderte ein Grundeinkommen für alle statt Hartz IV.

Die PDS-Bundestagsabgeordnete Petra Pau rief dazu auf, die "Privatisierung des Risikos" für den Einzelnen zu bekämpfen, den Sozialstaat wieder auf die Beine zu stellen, um "die sozialen Grundlagen wiederzuerlangen, auf denen Menschen die herrschenden Verhältnisse kritisieren, eines Tages vielleicht sogar abschaffen können". Moshe Zuckermann dagegen sprach sich für eine konsequente Verfolgung der Alternative zum Kapitalismus aus: "Nach Marx heißt die Sozialismus."

Susann Witt-Stahl

31. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:34

Alles so schön bunt hier

Für die einen ist es Geschmiere, für die anderen Kunst. Tatsache ist: Graffiti macht die Welt bunter und lässt sich auch mit noch so viel Repression und Überwachung nicht verdrängen. Der Buback Filmclub und das HipHop Magazin Wise Up auf Radio FSK widmen sich dieser Kunst aus der Dose. An zwei Tagen sind im 3001 Kino jede Menge Filme aus der nationalen und internationalen Sprüherszene zu sehen, u.a. der Film "Hamburg Metal", der Klassiker "Wildstyle" aus den USA, oder der Prager Film "Quality Control". Die OrganisatorInnen vom ersten Hamburger Graffiti Film Fest versprechen eine bunte Mischung aus "Blicken zurück, nach vorne sowie zur Seite".

Hamburg, 25.11. bis 26.11.04, End-to-end, Graffiti Film Fest, Beginn jeweils um 21 Uhr im 3001 Kino, Schanzenstraße 75, 20357 Hamburg,

www.3001-kino.de

Gesichter hinter den Schlagzeilen

Vom 22. November bis zum 17. Dezember wird die Wanderausstellung "Opfer Rechter Gewalt" in Hamburg gezeigt. Im Foyer des Audimax der Universität sind die Fotos der Berliner Künstlerin Rebecca Forner zu sehen. Forner stellt Kurzbiografien von Opfern Rechter Gewalt in Wort und Bild zusammen und zeigt so die Menschen hinter den Schlagzeilen. Zur Ausstellung veranstaltet der AStA ein umfangreiches Begleitprogramm, in dem der Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Debatte und rechter Hegemonie und Gewalt sichtbar gemacht werden soll. Am 30. November gibt es einen Vortrag zu Frauen in der extremen Rechten (18.30 Uhr, T-Stube Pferdestall, Allende-Platz 1). Am 7. Dezember dreht sich alles um das Thema "Rechtsrock" und "Der Nazis neue Kleider" (18 Uhr, T-Stube Pferdestall) und am 14. Dezember wird über "Die Rechte auf dem Vormarsch - Was tun?" diskutiert (19 Uhr, HWP, Von Melle Park 9).

Hamburg, 22.11. bis 17.12.04, Ausstellung Opfer Rechter Gewalt, Foyer des Audimax, Von-Melle-Park 5. Weitere Informationen: www.opfer-rechter-gewalt.de

Auschwitz Prozess

Im Martin Gropius Bau in Berlin ist noch bis zum 19. Dezember die Ausstellung "Auschwitz-Prozess 4 Ks 2/63 Frankfurt am Main" zu sehen. Über 40 Jahre danach erinnert das Fritz Bauer Institut an diesen historischen Prozess, der am 26. Oktober 1963 gegen 21 SS-Angehörige aus Auschwitz und einen Funktionshäftling eröffnet wurde. Die Angeklagten, allesamt Familienväter zwischen 42 und 68 Jahren waren des hundertfachen Mordes angeklagt, 211 Auschwitzüberlebende sagten als ZeugInnen aus. Die Ausstellung dokumentiert den damals größten Schwurgerichtsprozess der bundesdeutschen Justizgeschichte, im Mittelpunkt stehen dabei die überlieferten Tonbänder aus diesem Prozess. Ausstellungsbegleitend gibt es eine Film- und Vortragsreihe im Kinosaal des Martin Gropius Bau. Dort referiert am 2. Dezember Ingo Müller über "Die Geschichte der Straflosigkeit von NS-Verbrechen". Am 7. Dezember sprechen u.a. Micha Brumlik und Hajo Funke über "Die Zeit nach dem Auschwitz-Prozess. Rezeption des Holocaust". Am 12. Dezember wird der deutsch-jugoslawische Film "Zeugin der Hölle" gezeigt. Die Veranstaltungen/Filme beginnen jeweils um 20 Uhr.

Berlin, bis zum 19.12.04, Martin Gropius Bau, Ausstellung "Auschwitz-Prozess 4 Ks 2/63 Frankfurt am Main", www.fritz-bauer-institut.de, Tel.: 030/25486-323

Globalisierung und Gesundheit

Weltweit führt der Neoliberalismus zu einer Verschärfung von Ungleichheit und zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen. Dies hat auch weit reichende Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen. Am 3. und 4. Dezember beschäftigt sich die medico-Debatte auf der 10. Konferenz "Armut und Gesundheit" in Berlin mit den Handlungsoptionen einer internationalen Gesundheitsbewegung. Die vier Work-Shops sind zu den Themen: Gesundheit ist politisch, Gesundheitsbewegung - global, Gegen Aids behandelt - an Hunger gestorben und Gesundheit für alle statt Zugang für wenige. Referieren werden u.a. Maria Zuniga (Nicaragua),

Thelma Narayan (Indien) David Sanders (Südafrika) und Michal Cichon (Genf). Die Teilnahmegebühr beträgt 50 Euro und fünf für Einkommenslose.

Berlin, 3.-4.12.04, Rathaus Schöneberg, Work-Shop von medico international, Globalisierung und Gesundheit, Infos und Anmeldung unter www.armut-und-gesundheit.de, anmeldung@gesundheitberlin.de, Tel.: 030/44319060

Lizenz zum Töten

"Die Akzeptanz für Sterbehilfe in der Bevölkerung nimmt zu, wenn die medizinische und soziale Versorgung ein menschenwürdiges Leben und Sterben nicht mehr gewährleisten. Kosten-Nutzen-Kalkulationen im Gesundheitswesen fördern die Akzeptanz von Sterbehilfe", lautet die Grund-These der Tagungs-VeranstalterInnen "Lizenz zum Töten?". Zwar wird in Deutschland - anders als z.B. in den Niederlanden - die aktive Sterbehilfe (noch) nicht legalisiert, aber der Ruf nach passiver Sterbehilfe wird immer lauter. Richtungweisend ist dabei die partei-übergreifende Initiative für ein Gesetz zur Autonomie am Lebensende. Die Arbeitsstelle Neonazismus, die Fachhochschule Düsseldorf in Kooperation mit bioSkop e.V. und dem actionsring frau und welt laden ein zu einer Diskussion über die neuen Gefahren einer "Normalisierung der Tötung".

Düsseldorf, 3.12.-4.12.04, Haus der Kirche, Bastionstr. 6, 40213 Düsseldorf, Anmeldung: www.ekir.de/duesseldorf, Tel.: 0211/81-14625, Infos: www.arbeitsstelle-neonazismus.de

Fragmentierte Subjekte

Der Widerstand der letzten 20 Jahre gegen den Neoliberalismus ist gekennzeichnet durch die Fragmentierung sozialer Bewegung. Im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe "Klasse + Kämpfe" lädt die jour fixe initiative berlin zu einem Vortrag "Politische Strategien fragmentierter Subjekte" ein. Anhand Bourdieus Theorie der Pluralität der sozialen Felder diskutiert der französische Philosophieprofessor Daniel Bensaid u.a. die Frage ob es Überschneidung (von Klasse oder Gender) gibt, die in der Lage wären die unterschiedlichen Felder zu verbinden. "Es ist an der Zeit, eine melancholische und profane Wette einzugehen, ob es nicht doch möglich ist, die Welt zu verändern", heißt es optimistisch in der Veranstaltungseinladung.

Berlin, 6.12.04, 19:30 Uhr, Kulturhaus Mitte, Augustenstraße 21, 10177 Berlin, U-Bahn: Oranienburger Tor (Der Vortrag wird in englischer Sprache gehalten.)

32. Abschaffen!

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:35

Haben Sie auch manchmal schwache Momente und spielen am Computer? Dann sollten Sie mal den neuesten Hit der Schily Inc. ausprobieren: Grafik und Aktionen in hoher Auflösung und in Echtzeit! Ein schwarzer Bildschirm, bedrohliche Hintergrundmusik, die irgendwie "fremd" klingt. Nach und nach erscheinen die Konturen Europas. Die Außengrenzen sind - je nach Durchlässigkeit - unterschiedlich schraffiert. Ihre Aufgabe ist es, Flüchtlinge und MigrantInnen, die von außen (d.h. aus den Nicht-EU-Ländern) nach innen (d.h. in die EU-Zone) gelangen wollen, abzuwehren. Dabei gilt: Je früher der unerwünschte Eindringling auf seinem Weg in die EU gestoppt wird, umso besser.

Im Kampf gegen Flüchtlinge verfügt jede/r SpielerIn über eine Vielzahl repressiver Werkzeuge. Aber das Ganze ist keine simple Ballerspiel-Animation. Kreativität, Fantasie und vor allem Effizienz sind gefragt. Sie können klassische Grenzzäune ziehen und Patrouillen mit Wachhunden und Hightechüberwachung zum Einsatz bringen. Wie im richtigen Leben. Unwillige NachbarInnen, die nicht ordentlich ihre Grenze dicht machen, können mit Zuckerbrot und Peitsche zur Mitarbeit gezwungen werden. Zum Beispiel, indem man ihnen mit Geld und Know-how beim Bau von Lagern unter die Arme greift oder mit besseren Einwanderungsquoten lockt. Natürlich steht Ihnen auch das ganze Arsenal der Mortal-Combat-Spiele zur Verfügung: Sanktionen, Streichungen, Abschiebungen (auch mit tödlichem Ausgang) und andere Bestrafungen. Priorität haben die Lagerprojekte: Für jedes europäische Lager in einer Kriegs- und Krisenregion gibt es 100 Punkte, für Lager an der EU-Außengrenze sind es immerhin noch 50 Punkte. Auch im Bereich der Innenpolitik kann gescort werden. Sie können ein Einwanderungsgesetz beschließen, das sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientiert. Sie können das Asylrecht abschaffen und beliebig viele Abschiebeknäste und Aufnahmelager bauen. Wichtig ist nur eins: Die Rechte von Flüchtlingen und ihre Lebensbedingen müssen immer weiter eingeschränkt werden.

Die SpielerInnen dürfen nicht vergessen, die Migrationspolitik ideologisch abzusichern. Schließlich wollen Sie ins nächste Level und nicht in ein vorschnelles "Game over". Inszenieren Sie regelmäßig und täuschend echt in den Medien Debatten um den "Missbrauch des Asylrechts", halten Sie Reden von "nützlichen und unnützen Migranten" oder streuen Sie geschickt "Das Boot ist voll"-Parolen ein. Vor allem: Bleiben Sie standhaft! Ignorieren Sie Proteste von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen oder - wenn sie zu vehement sind - bekämpfen Sie sie. Erledigen Sie nicht alle, die kommen wollen. Wenige gut ausgebildete EinwanderInnen zum Wohle der nationalen Wirtschaft bringen Extra-Punkte. Sorgen Sie dafür, dass nur die Masse der Unerwünschten weiter draußen bleibt. Gewonnen haben Sie dann, wenn sich kein Flüchtling mehr innerhalb der EU-Zone befindet und alle Armen, Perspektivlosen, von Krieg und Gewalt Bedrohten in Lagern interniert oder auf ihr Schicksal im Herkunftsland zurückgeworfen sind.

Doch wozu Computer spielen, wenn die Realität brutal genug ist. Die Wirklichkeit des europaweit installierten Migrationsregimes liefert Szenarien, die sich kein Fan von Horror-Spielen ausdenken könnte. Vordenker der menschenverachtenden EU-Lager und Flüchtlingspolitik ist der deutsche Innenminister Schily zusammen mit seinem italienischen Amtskollegen Pisanu. Anfang November haben nun die 25 EU-Regierungschefs auf dem Brüsseler Gipfel beschlossen, dass bis 2010 einheitliche Asylbestimmungen für die Europäische Union verabschiedet werden sollen. Wie das künftige EU-Asylsystem konkret aussehen soll, darüber wird zwar derzeit noch in den verschiedenen Gremien gestritten. Es bleibt aber das Schlimmste zu erwarten ...

Europas Krieg gegen Flüchtlinge siehe Seite 3-6

33. Gesetzlose Zone

Der Fall Cap Anamur - ein antirassistisches Tagebuch

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:36

Der Fall Cap Anamur hat in diesem Sommer die unmenschliche Realität an der EU-Südgrenze öffentlich gemacht. Für die Mainstream-Medien ist das längst kein Thema mehr. Denn es ist ein scheinbar abgeschlossener Fall: 36 der 37 Flüchtlinge aus verschiedenen afrikanischen Ländern, darunter Sudan, wurden nach Ghana und Nigeria abgeschoben. (vgl. ak 486) Alessandra Sciurba aus Palermo, Aktivistin von Laboratorio Zeta und Rete Antirazzista Siciliana, hat über die (letztlich erfolglose) Unterstützung der Cap-Anamur-Flüchtlinge durch italienische AntirassistInnen ein politisches Tagebuch geschrieben, das nichts von seiner Aktualität eingebüßt hat.

Alessandra Sciurbas Bericht beginnt am 11. Juli. Einen Tag später werden die 37 Flüchtlinge in dem Hafen von Porto Empedocle an der Südküste Siziliens an Land gebracht. Während Elias Bierdel und der Kapitän der Cap Anamur in Polizeihaft genommen werden, kommen die Afrikaner in das Aufnahmezentrum San Benedetto. Später wird die Gruppe geteilt: 14 werden nach Rom gebracht, einer "kooperiert" mit den Behörden (was immer das heißen mag), 22 bleiben im Aufnahmezentrum von Agrigento (Südsizilien). Bierdel und der Kapitän der Cap Anamur werden am 16. Juli aus der Haft entlassen.

Seit der Landung der Cap Anamur in Porto Empedocle demonstrieren AntirassistInnen für das Recht der Flüchtlinge, in Italien Asyl zu bekommen. Schnell wird ihnen klar, dass der "Fall Cap Anamur" Sache des Innenministeriums in Rom ist, das mit dem örtlichen Polizeipräsidium in ständiger Verbindung steht. Erst fünf Tage nach der Landung haben die 22 Flüchtlinge erstmals Kontakt mit Anwälten. Neben Alessandra und Ilaria vom neugegründeten Antirassistischen sizilianischen Netzwerk (Rete Antirazzista Siciliana) gehören auch zwei Politiker zu der Delegation: der Stadtrat Peppe Caccia aus Venedig und Sandro Metz, Regionalrat in der norditalienischen Provinz Friuli. Hier beginnt Alessandra Sciurbas Bericht:

Samstag, 17. Juli

Wir gehen hinein, und das Herz schlägt uns bis zum Hals. Zum ersten Mal sind wir alle zusammen. Die Anwälte verlangen, mit den Jungen allein zu sprechen. Es ist schwer, die Polizei davon zu überzeugen, dass jeder das Recht hat, allein mit seinen Anwälten zu sprechen. Mit viel Mühe setzen wir durch, dass wir mit den 22 Asylsuchenden allein bleiben dürfen. Als das endlich erreicht ist, sind wir in dem Container zusammengepfercht: die 22, die drei Anwälte, Ilaria und ich. Die Gesichter der Flüchtlinge sind kaum zu beschreiben. Niemand schaut uns ins Gesicht. Sie haben uns auch kaum gegrüßt. Ich fange an zu reden, ihnen zu erklären, dass ich gut verstehe, wie verloren sie sich vorkommen, dass sie meinen müssen, niemandem mehr vertrauen zu können, aber dass sie uns jetzt vertrauen müssen, dass das ihre letzte Chance ist. Dass wir Freunde sind. Nicht alle verstehen Englisch. Die Sudanesen mit nur wenigen Jahren Schulbildung haben es in ihrem Land nicht gelernt. Also übersetzt Ilaria ins Arabische, was ich gerade gesagt habe.

Aber das hilft wenig. Alle bleiben verschlossen und schweigen. Bis endlich einer von ihnen Ilaria und mich erkennt. Auf Englisch fragt er mich, ob ich nicht auf der Mole in Porto Empedocle gebrüllt habe, als sie ankamen. Er erinnert sich, uns gesehen zu haben, als die Polizei uns gewaltsam von ihnen fern hielt. Er spricht mit den anderen in einer Sprache, die weder Englisch noch Arabisch ist. Dann übersetzt jemand ins Arabische. Ihre Gesichter verändern sich. Sie sehen Ilaria und mir in die Augen, etwas löst sich in ihnen. Sie wollen uns anhören. Sie sagen, dass sie es gut finden zu hören, dass wir dort draußen sind, wenn wir die Musik laut stellen und sie sich erinnern, dass es ein Draußen gibt und dass es Musik gibt.

Schließlich sprechen die Anwälte und erklären, dass sie Vollmachten brauchen, um ihnen beizustehen, dass sie ihre Freilassung und Asyl beantragen werden und dass sie sie nicht allein lassen werden. Aber zuerst stellen sie uns eine grauenvolle Frage, die uns verstehen lässt, was sie in den vergangenen Tagen durchgemacht haben. Einer von ihnen fragt mich auf Englisch, ob ihre 14 Freunde noch am Leben sind oder ob die italienische Regierung sie schon umgebracht hat.

Die Anwälte beschließen zu gehen, Ilaria und ich wissen nicht so recht, aber Caccia und Metz wollen allein "ein bisschen Legalität wiederherstellen". So gehen wir denn, während die zwei Politiker mit dem

Polizeipräsidenten diskutieren. Außerhalb des Zentrums gehen die Proteste weiter. Die Leute von Rete Antirazzista besetzen symbolisch einen Seitenflügel des Zentrums, der keine Verbindung mit dem Teil hat, wo die Flüchtlinge inhaftiert sind. Man lässt uns machen. Denn drinnen haben sie anderes zu tun. Zehn Minuten später erreicht uns aus dem Inneren des Zentrums ein Anruf von Sandro Metz: "Ich bin in einem Polizeiauto eingesperrt, ich bin verletzt, sie bringen mich weg ..."

Aus dem Tor des Zentrums kommen drei Polizeiwagen, drinnen sind Caccia und Metz. Wir versuchen sie aufzuhalten, werden aber wieder weg gedrängt. Nach ein paar Minuten noch ein Anruf: "Ich bin`s, Sandro. Sie haben uns auf die Straße gesetzt, ich blute." Die Leute von Rete Antirazzista bringen sie ins Krankenhaus.

Zwei Kommunalpolitiker von den Ordnungskräften verprügelt und dann auf die Straße gesetzt, das ganze unter Aufsicht eines stellvertretenden Polizeipräsidenten, der inzwischen befördert wurde. Und die 22 drinnen. Immer noch drinnen. Schiffbrüchige, Asylsuchende, die Gemeinden in ganz Italien aufnehmen wollen, bleiben eingesperrt. Es wird Nacht, und wir bleiben immer noch draußen.

Sonntag, 18. Juli

Die Situation bleibt blockiert. Wir sind immer noch draußen. Sie sind immer noch drinnen. Die 14 sind weit weg in Ponte Galeria (Rom). Erklärungen und Dementis über das Los aller 36 wechseln sich ab; der 37. ist in Racalmuto (Sizilien), als "erster migrantischer Pentito" ("reumütiger Kronzeuge") der Geschichte.

Montag, 19. Juli

Ein weiterer Morgen vor dem Zentrum. Jetzt sind wir wirklich erschöpft, aber das zählt nicht. Wir sprechen weiter mit den Flüchtlingen, wir draußen, sie drinnen, mit Hilfe der Musik und einem Mikrofon. Wir haben einen Generator, und wir sprechen ihnen laufend Mut zu, so weit wir können. Immerhin wissen wir jetzt, dass sie uns hören. Am Nachmittag kommen die Anwälte wieder. Wir verlangen erneut, eingelassen zu werden. Die Anwälte müssen mit ihren Mandanten reden, wie das Gesetz es vorsieht. Im übrigen ist jetzt, von drei bis fünf Uhr nachmittags, Besuchzeit. Man sagt uns, dass heute niemand hinein darf. Die Anwälte zeigen ihre Vollmachten, zitieren das Gesetz, aber vergeblich. Der Rechtsstaat existiert nicht vor und hinter den Toren des Zentrums.

Schließlich kommt ein Anruf aus dem Polizeipräsidium. Die Anwälte dürfen hinein, um mit den 22 Flüchtlingen zu sprechen. Aber die Besuchszeit ist fast um.

Wir gehen hinein. Nur die beiden Anwälte und ich als Übersetzerin. Die 22 Flüchtlinge sind noch erschöpfter, aber froh, uns zu sehen. Sie umarmen mich. Sie sagen den Anwälten, dass sie erneut von einem "black man" befragt worden seien. Er wollte aber nur etwas hören über ihre Reise und über die Deutschen. Sie sagen, dass sie raus wollen, und fragen, warum sie noch immer eingesperrt sind und was aus ihnen wird. Wir wissen keine Antwort. Wir sind genauso traurig wie sie. Während wir gehen, hoffen wir, sie bald wiederzusehen.

Wir werden sie nicht mehr wiedersehen.

Draußen geht die Besetzung weiter, und ich gehe wieder an meinen Platz zu meinen GenossInnen. In der Nacht werden fünf der 14 aus Ponte Galeria nach Lagos in Nigeria gebracht.

Dienstag, 20. Juli

Nichts. Wir bleiben. Wir draußen, sie drinnen. Aber am Nachmittag klingelt mein Handy. Es ist Issa, einer der 22, der von innerhalb des Zentrums anruft. Ich hatte ihnen einige Telefonnummern gegeben für den Notfall. Aber dies scheint kein Notfall zu sein, sondern eine gute Nachricht. "Alessandra, wir sehen dich bald wieder, wir kommen bald raus. Schwester Alina - wir erfahren später, dass es sich um eine gewisse Elena von der Kooperative handelt, die das Zentrum verwaltet - hat uns Zettel unterschreiben lassen." Er liest mir auf Englisch vor, was sie unterschrieben haben. Es ist ein Dokument, das ich kenne. Es ist die Ablehnung der Zentralen Kommission für die Anerkennung des Flüchtlingsstatus, aber unten steht die Empfehlung an das Polizeipräsidium, aus humanitären Gründen eine Aufenthaltsgenehmigung auszustellen. Ich lasse mir den Text noch einmal vorlesen. Ich wiederhole ihn laut für alle Anwesenden, darunter der Jurist Fulvio Vassallo, der bestätigt, was ich schon wusste: Einem Dokument dieser Art folgt üblicherweise die Anerkennung aus humanitären Gründen. Aber ich habe Angst. Ich sage den Flüchtlingen, dass es sicher eine gute Nachricht ist,

aber dass sie verlangen sollen, ihre Anwälte zu sehen, und dass sie absolut nichts mehr unterschreiben sollen außer in Anwesenheit der Anwälte.

Dennoch schöpfen wir neue Hoffnung. Den ganzen Abend kümmern wir uns darum, die Bürgermeister ausfindig zu machen, die den Flüchtlingen Gastfreundschaft angeboten hatten, damit wir die genauen Adressen auf die Aufenthaltsgenehmigungen setzen können. Wir wollen keine weiteren Hindernisse, die Flüchtlinge sollen nicht wegen bürokratischer Probleme nur eine Minute länger eingesperrt sein. Um Mitternacht ist alles fertig. Wir warten nur noch darauf, dass sie die Flüchtlinge freilassen. Ein bisschen besserer Stimmung beschließe ich, mal wieder in einem Bett zu schlafen. Aber um zwei kommt ein Anruf von den GenossInnen, die bei der Besetzung geblieben sind: "Wieder ein Bus ... komm schnell ..."

Mittwoch, 21. Juli

Noch vor sechs Uhr am Morgen, vor unseren ungläubigen und verzweifelten Augen und nachdem wir weggetragen worden sind, bringt ein anderer Bus sie weg - obwohl sie eine Empfehlung der Kommission haben, sie, die nicht alle Englisch verstehen, weil einige aus dem Sudan kommen, die nur raus wollten und endlich die Gesichter ihrer italienischen FreundInnen sehen, die draußen für sie Musik spielen. Es ist schwer, nicht zusammenzubrechen. Es ist schwer, nicht zu weinen. Aber wir dürfen nicht aufgeben.

Zehn von uns springen in zwei Autos. Per Telefon erfahren wir, dass der Bus Richtung Catania fährt.

Auf dem Flughafen von Catania angekommen, beschließen wir, den Check-in der Alitalia zu blockieren. Wir sind wenige, nur etwa zehn. Wir wissen, dass die, deren Existenz schlicht geleugnet wird, mit dieser Linie nach Rom gebracht werden sollen. Wir können nichts anderes tun. Von den Reisenden, die einchecken wollen, ist niemand gegen uns. Zwei Frauen schließen sich uns für kurze Zeit an. Kein Polizist erscheint, um uns wegzudrängen. Schließlich, gegen zehn, geben sie zu, dass die 22 tatsächlich da waren, aber dass sie schon nach Rom geflogen sind. Wir sind zu müde um zu begreifen, dass sie uns noch einmal hereinlegen. Erst später erfahren wir, dass das Flugzeug erst eine Stunde, nachdem wir weinend den Flughafen verlassen haben, abgeflogen ist.

An diesem Punkt weiß niemand mehr, was vor sich geht. Innenminister Pisanu erklärt im Fernsehen etwas, von dem wir, besser als alle anderen, wissen, dass es nicht wahr ist: 31 Männer aus Ghana und sechs aus Nigeria seien an Bord der Cap Anamur gewesen; deshalb würden alle abgeschoben. Es besteht kein Zweifel, dass laut Gesetz nicht nur Menschen aus dem Sudan politisches Asyl beantragen können. Es besteht kein Zweifel, dass die Maßnahmen zur Inhaftierung und bei den Verhören der Flüchtlinge völlig ungesetzlich waren. Es besteht auch kein Zweifel an der Gewalt, mit der die Anwälte konfrontiert waren, die die Legalität wieder herstellen wollten und erst über das Fernsehen vom Schicksal ihrer Mandanten erfahren haben.

Alessandra Sciurba, Palermo

Übersetzung: Js.

Von der Misshandlung der Flüchtlinge auf dem römischen Flughafen Fiumicino haben Alessandra Sciurba und ihre MitstreiterInnen nur in Andeutungen erfahren. Auch Issa, der nach seiner Abschiebung mehrmals aus Ghana angerufen hat, spricht nicht darüber. Eines Tages will er noch einmal versuchen, Italien zu erreichen, von dem er nur eine schöne Erinnerung hat: die an Alessandra und Ilaria.

34. Castor kostet Menschenleben

Die Transporte und nicht der Anti-AKW-Widerstand müssen eingestellt werden

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:37

Es sollte der billigste Castor Transport nach Gorleben werden, so ließ Polizei-Einsatzleiter Niehörster bereits im Vorfeld des diesjährigen Großeinsatzes im Landkreis Lüchow-Dannenberg verlauten. Die Ankündigung der Polizei, sich nur noch auf den Schutz der Transportstrecke zu beschränken und den bis dato bekannten weiträumigen Belagerungszustand im Landkreis auf zu heben, wurde von Seiten der DemonstrantInnen zunächst nur achselzuckend zur Kenntnis genommen.

Doch bereits bei den ersten Aktionen an der Schienenstrecke, z.B. der "Rally Monte Görde" am 7.11., wurde deutlich, wie sehr sich die stark reduzierten Einsatzkräfte auf den Schutz der unmittelbaren Schienenstrecke zurückzogen. War es in den vergangenen Jahren kaum möglich, das große Waldgebiet der Görde überhaupt zu betreten, so wunderten sich manche in diesem November über das geringe Interesse der Polizei, die zu Dutzenden errichteten Barrikaden selbst an den Hauptversorgungswegen zu beseitigen. Auch in Sichtweite des Transportes war der Streckenschutz in diesem Jahr nur noch ein Schatten vergangener Einsätze. Des öfteren konnte sogar der Befehl "Lücke vergrößern" vernommen werden.

Diesem Umstand ist es offensichtlich auch geschuldet, dass es mehreren AktivistInnen gelang, noch in Sichtweite des Castor-Zuges die Polizeiketten zu durchbrechen und "Schienenkrallen" an den Gleisen zu befestigen, die den Zug um gut eine halbe Stunde verzögerten. Wurde ursprünglich mit dem Eintreffen der Behälter am Montag Morgen (8.11.) gerechnet, verzögerte sich das Geschehen bis in den späten Nachmittag hinein.

Auch an der Straße gelang es den ausgedünnten Polizeikräften nur mühsam, die großen Sitz und Treckerblockaden aufzulösen. Mit einer Ankett-Aktion der besonderen Art zwangen fünf Bauern die Einsatzleitung schließlich, von der favorisierten Nordstrecke auf die Südvariante auszuweichen. Kurz vor Abfahrt der Behälter in Dannenberg ketteten sie sich an einen mit Beton beschwerten Traktor im Ortskern Quickborn und konnten von den Spezialisten der Polizei auch nach mehreren Stunden nicht von ihrem Betonklotz gelöst werden.

Insgesamt gelangen den AktivistInnen in diesem Jahr weit aus mehr Aktionen als im Vorjahr. Dabei war neben neuen Aktionsideen auch die große Anzahl von jungen DemonstrantInnen bemerkenswert. Scheinbar bahnt sich in der acht Jahre alten Anti-Castorbewegung ein Generationswechsel an. Bereits an der Auftaktkundgebung nahmen wesentlich mehr Menschen teil als noch 2003. Im Camp Metzingen mussten eilig neue Scheunen für die vielen Neuankömmlinge geöffnet werden. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, dass sich wieder mehre Tausend AktivistInnen an den mehrtägigen Aktionen beteiligten.

Am falschen Ende gespart

Der Wunsch der meisten PressevertreterInnen, die Ereignisse in Gorleben klein zu schreiben, lässt sich also nicht mit einem faktischen Schrumpfen der Bewegung begründen, sondern scheint vielmehr in einer starken Identifizierung mit der regierungsamtlichen "Ausstiegslinie" zu liegen. Ähnlich wie viele Grüne Abgeordnete scheinen Vera Gaserow (FR), Jürgen Voges (taz) und andere JournalistInnen der liberalen bis bürgerlichen Presse den Atomkonflikt endlich abschließen zu wollen. Ohne über den tatsächlichen Hergang der Ankett-Aktionen in Frankreich Bescheid zu wissen (die überlebenden AktivistInnen saßen bis zum Ende des Transportes in Polizeigewahrsam), waren sich alle Redaktionen schnell einig, dass es sich bei den Umständen des Todes von Sebastian Briard nur um den Leichtsinn eines jungen, unerfahrenen Mannes handeln konnte. Dies entspricht auch der in der Öffentlichkeit vorherrschenden Vorstellung, der Anti-Atom Widerstand sei lediglich eine Freilandbelustigung junger Menschen.

Diejenigen aber, die dies Bild unermüdlich in den Medien propagieren, versuchen damit anscheinend ihr eigenes ehemaliges Engagement biografisch als Jugendsünde einzukapseln und zu entpolitisieren. Ganz neben bei braucht mensch dann auch nicht mehr über die politische Motivation des Getöteten und den aktuellen Atomkonflikt zu reden.

Bereits seit 1996 gibt es Ankett-Aktionen in der BRD und seit einigen Jahren auch in Frankreich. Jeder Transport nach Gorleben wurde durch Ankett-Aktionen gestoppt, und dies obwohl die Transporte häufig mit überhöhter Geschwindigkeit fuhren und Warnhinweise regelmäßig missachteten. Keine einzige AktivistIn hat sich in der Geschichte der Ankett-Aktionen willentlich in Gefahr gebracht. So konnte bis dato der Sorglosigkeit und Unverfrorenheit der Transporteure immer wieder durch ausgeklügelte Hinweistechniken entgegengearbeitet werden. Durch gemeinsame Blockadetrainings, Aktionsberichte und den Austausch von Blockade-Erfahrungen auch über die Landesgrenzen hinweg, hat sich das Niveau der Blockaden in den vergangenen Jahren stetig gesteigert. Festzuhalten bleibt: Der Zug bewegte sich mit einer in der BRD nicht erlaubten hohen Geschwindigkeit durch eine hügelige und kurvige Landschaft, und an der Strecke waren Aktionen angekündigt und bereits durchgeführt.

Das Unglück ausgerechnet den AktivistInnen anzulasten, wo der Transportmaschinerie wahrscheinlich auch ein großer Betonklotz auf den Schienen entgangen wäre, zeugt lediglich davon, wie groß das Interesse in Presse und Umweltministerien sein muss, in den AktivistInnen die Schuldigen des Unglücks zu finden.

Die neue Anti-Castor-Generation

Mit ihrer Forderung, die Aktionen gegen den Castor nun einzustellen, instrumentalisiert die Grüne Rebecka Harms den Tod Briards schamlos für ihre Zwecke: den unliebsamen Widerstand zu befrieden. Kein Wort des Zweifelns an den durch die grüne Atompolitik bedingten Transporten, kein Wort über ihren Anteil am Unglück oder die Bereitschaft, Verantwortung dafür zu übernehmen. Für die AktivistInnen hingegen stand der Respekt vor dem Willen Sebastian Briands, politisch zu intervenieren, im Vordergrund.

Dirk Mühlenberg, 10.11.2004

35. (Haar-)Risse im Putz

Nachrichten aus der Welt der bezahlten und nicht bezahlten Arbeit

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:38

MaschinenstürmerInnen in China

Der beliebteste Investitionsstandort für das Kapital ist die Volksrepublik China. Das geht jedenfalls aus einer Umfrage des Handelsblatts unter 1.000 europäischen ManagerInnen hervor, die dem Land "ideale Standortbedingungen" attestierten. Kein Wunder, wo es dort keine hinderlichen ArbeiterInnenrechte und Arbeitsschutzauflagen gibt, wo Unternehmer unumschränkte Herrscher im Betrieb sein können und wo Millionen arbeitslose WanderarbeiterInnen für eine Hand voll Reis arbeiten bis zum Umfallen. "Chinesen billiger als Maschinen" titelte Anfang des Jahres die Süddeutsche Zeitung und berichtete von Fließbandarbeiterinnen in der chinesischen Spielzeugsindustrie, die für 30 Euro im Monat arbeiten. Unsicheren Maschinen und giftigen Dämpfen von Klebern und Chemikalien ausgesetzt, verletzen sich die Frauen oft oder erkranken. Todesfälle wegen Vergiftungen oder auf Grund purer Erschöpfung sind nicht selten. "Guolaosi" heißt das Phänomen: Tod durch Überarbeitung.

Doch China ist auch ein Land der permanenten ArbeiterInnenunruhen, zumal auch dort inzwischen eine massive Privatisierungswelle anrollt. Allein im Oktober hat es über das ganze Land verteilt mehrere größere und teilweise auch gewaltsame Streikationen gegeben. Über 10.000 TextilarbeiterInnen streikten in der Provinz Anhui für eine Alterssicherung und eine vernünftige Gesundheitsversorgung. Im nordchinesischen Shaanxi kämpfen ArbeiterInnen gegen die Privatisierung, und in Xianyang sind es ca. 7.000 Streikende, die seit dem 14. September gegen die Übernahme der Textilfirma Tianwang durch einen Konzern aus Honkong kämpfen. In Changan haben tausende ArbeiterInnen eine Schuh-Fabrik des taiwanesischen Stella-Konzerns gestürmt und dabei in erheblichem Umfang Maschinen zerstört. Hintergrund ist hier nicht nur die niedrige Entlohnung und die miesen Arbeitsbedingungen, sondern auch das extrem rigide Fabrikregime: Kleinste Verunreinigungen oder Knitterfalten an der Arbeitsuniform werden von Stella mit drakonischen Geldstrafen belegt.

www.labournet.de

Schleifen im Baskenland

Pferd-Rüggeberg ist eine deutsche Werkzeugmaschinenfirma mit Sitz in Marienheide bei Köln. In dem Unternehmen werden Schleifscheiben und andere Schleifmittel produziert - nicht nur in Deutschland, sondern z.B. auch im baskischen Vitoria-Gasteiz. Die dortige Firma Caballito ist eine 100%ige Pferd-Rüggeberg-Tochter. Und eine hochprofitable dazu. Seit Jahren schreibt Caballito schwarze Zahlen, und die Produktion soll mit einem neuen, moderneren Werk gar verdoppelt werden. Das hindert Pferd-Rüggeberg aber nicht daran, die Caballito-ArbeiterInnen massiv unter Druck zu setzen. Über mehrere Jahre hinweg sollten die Löhne eingefroren werden. Stellen wurden abgebaut, und mit der Werkserweiterungen sollten noch einmal 25 Arbeiter entlassen werden - bei gleichzeitger Verlängerung der Arbeitszeiten.

Seit dem 30. Oktober letzten Jahres befindet sich die Caballito-Belegschaft deswegen im Streik. Streikgelder erhalten die 200 Streikenden nicht. Sie sind auf Sammlung bei Solidaritätsveranstaltungen oder in Kneipen angewiesen. Oder auf den Erlös aus Versteigungen von Trikots oder sonstigen Utensilien baskischer Sportstars. Der Streikmoral hat das bisher keinen Abbruch getan, auch wenn der weltgrößte Schleifscheibenhersteller mit der Produktionsverlagerung nach Polen droht: 24 Stunden rund um die Uhr sind die Streikenden an den Fabriktoren präsent. Ende Juli hatte die Gewerkschaft UGT ein Abkommen ausgehandelt, das von Betriebsrat und Belegschaft von Caballito abgelehnt wurde. Die Erfüllung ihrer Tarifforderungen reichte den Beschäftigten nicht, sie bestanden auf der Wiedereinstellung aller entlassenen KollegInnen.

www.labournet.de; Neues Deutschland

Prekarisierte in Rom

Rom, 6. November 2004: Tag des direkten sozialen Konflikts in Italien. 70.000 Menschen haben in Rom an der "Love Parade" der Prekarisierten teilgenommen, der von Basisgewerkschaften, Erwerbslosenverbänden und linken Gruppierungen organisiert worden war. Parallel zur Anti-Hartz-Demo in Nürnberg wurde in Rom demonstriert, auf der Straße getanzt, Züge besetzt und Supermärkte blockiert.

"Wir fordern unsere sozialen Rechte ein, indem wir uns holen, was uns zusteht. Das fängt schon an bei dem Recht auf Mobilität", so ein Vertreter der Disobbedienti, der "Ungehorsamen". Mit anderen Gruppen zusammen haben sich die Disobbedienti zum "Netzwerk Grundeinkommen" zusammengeschlossen. Die Forderung nach einem "sozialen Grundeinkommen" für alle Menschen in Italien stand somit auch im Zentrum der Aktionen vom 6.11.

Bereits am Freitag sind in vielen Städten Züge nach Rom gekapert und zum "St. Precario-Express" umfunktioniert worden. Bezahlt wurde nicht: "Es ist unser Recht, uns frei zu bewegen. Wir akzeptieren die unbezahlbaren Preise der Bahn nicht.", hieß es aus dem Netzwerk der Prekarisierten. "Riaproppriazione", "Wiederaneignung" war auch in Rom allgegenwärtig: Bücher aus den Auslagen von Buchhandlungen wurden genauso unter den Passanten verteilt wie tausende Raubkopien von Michael Moores "Fahrenheit 9/11". Auch die "proletarischen Einkäufe" aus dem 1970er Jahren lebten wieder auf, Supermärkte wurden blockiert und 70% Rabatt gefordert - und durchgesetzt. Vereinzelt wurden vollbepackte Einkaufswagen auch ohne jeden Cent an Polizei und KassiererInnen vorbei geschoben.

Der Tag des sozialen Konflikts ist dabei nur der Auftakt einer ganzen Reihe von Großdemonstrationen, die im November und Dezember von den sozialen Bewegungen Italiens angeschoben werden. So streiken am 15. November landesweit die LehrerInnen gegen die geplante Privatisierung der Schulen und Universitäten. Ende November soll es schließlich zu einem Generalstreik kommen, und für den 11. Dezember hat das neue Oppositionsbündnis "Große Demokratische Allianz" in Rom zu einer Massenkundgebung gegen den Haushaltsplan der Regierung Berlusconi aufgerufen.

www.labournet.de; junge Welt

Kalte Betten in San Francisco

Seit dem 29. September gibt es auch einen neuen Streik in den USA, genauer gesagt in San Francisco. In vier Hotels haben die ArbeiterInnen, in der Mehrzahl prekär beschäftigte MigrantInnen, die Arbeit niedergelegt. Betroffen ist auch das "erste Haus am Platze", das renommierte Fairmount Hotel. Die Unternehmer haben sofort mit Aussperrung reagiert und diese auch auf zehn weitere Hotels ausgeweitet. Mehrere tausend HotelarbeiterInnen befinden sich nunmehr im Streik oder sind ausgesperrt. Bei zahlreichen Solidaritätsaktionen im ganzen Land kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, so etwa bei einer Demonstration von mehr als Tausend UnterstützerInnen in Los Angeles. Bartender, Portiers, KellnerInnen und andere hatten zusammen mit RepräsentantInnen der örtlichen Communities und der Kirchengemeinden vor dem Hyatt Regency Hotel in der Innenstadt demonstriert. 44 DemonstrantInnen sind dabei von der Polizei verhaftet worden.

Wie auch bei anderen Arbeitskämpfen der jüngsten Zeit, etwa bei den Supermarktangestellten an der Westküste, geht es bei dem aktuellen Arbeitskampf vor allem um die Verteidigung der Gesundheitsversicherung für die Beschäftigten. In den USA ist eine einigermaßen bezahlbare Krankenversicherung nur für gewerkschaftlich organisierte Beschäftigte gewährleistet. Die Frage der Krankenversicherung ist somit sehr eng mit der Frage des gewerkschaftlichen Organisationsrechts in einem Unternehmen verbunden.

Mit dem Verweis auf gewerkschaftsfreie Unternehmen wie z.B. Wal Mart versuchen immer mehr Firmen, die Beiträge zur Krankenversicherung vollständig auf die Beschäftigten abzuwälzen und mit den Gewerkschaften entsprechende Vereinbarungen abzuschließen. Vor diesem Hintergrund erklärt sich die Parole der streikenden Hotelbeschäftigten, die sich gegen die "Wal-Martisierung" der Branche richten.

www.labournet.de

Stillstand in London

Am 5.11. hat Großbritannien den größten Streik seit über zehn Jahren erlebt. Hunderttausende von Beschäftigten im Öffentlichen Dienst hatten für einen Tag die Arbeit niedergelegt. Sie protestierten damit gegen die Privatisierungspläne der Regierung Blair, mit denen 100.000 Arbeitsplätze verloren gehen dürften. Damit steht auch die öffentliche Absicherung der sozialen Daseinsvorsorge in Großbritannien auf dem Spiel.

160 Behörden und Verwaltungseinheiten im ganzen Land haben sich an diesem Streik beteiligt. Streikposten, Picket Lines, Kundgebungen und Demonstrationen gab es nahezu überall. Die Public and Commercial Services Union (PCS) mit ihrem eher linken Vorsitzenden Mark Serwotka hatte zu diesem Streik ausgerufen. Die Unterstützung des Streiks durch andere Gewerkschaften hält sich in Grenzen, der Gewerkschaftsdachverband TUC äußerte sich nur sehr zurückhaltend. In der konservativen Presse werden die Streikenden hingegen direkt attackiert. So hat die Sun dazu aufgerufen, streikende ArbeiterInnen als "Drückeberger" zu denunzieren.

Parallel zum Streik der Staatsangestellten gab es am 5.11. auch einen Sitzstreik von 200 Bauarbeitern, die mit Gleisarbeiten für den Kanalzug beschäftigt waren. Die Firma Laing O'Rourke wollte eine 50%ige Lohnkürzung und eine 20%ige Streichung des Urlaubsgeldes durchsetzen, knickte allerdings sehr schnell wieder ein. "Schon nach zwei Stunden Streik hatte es der Arbeitgeber plötzlich sehr eilig, mit uns zu verhandeln", erklärte ein Sprecher der Streikenden.

www.labournet.de; junge Welt

36. EDITORIAL

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:39

Wer eine Monatszeitung macht, kommt ohne einen festen Rhythmus und standardisierte Arbeitsabläufe - kurz: Routine - nicht über die Runden. Dennoch ist jede Produktionsperiode anders. Seit Erscheinen der Oktober-Ausgabe ist viel geschehen, das sich auch in einem Überangebot an Artikeln niederschlägt, von denen manche geschoben, andere abgelehnt werden mussten.

Das folgenreichste Ereignis der vergangenen Wochen ist zweifellos die Wiederwahl von George W. Bush. Denn sein Sieg ist zugleich ein "demokratisches" Votum für den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen den Irak. Dass aus den "four more years", die seine Fans herbeibrüllten, "four more wars" werden könnten, ist nicht auszuschließen. Ob Deutschland und die anderen EU-Staaten sich an einer neuen "Koalition der Willigen" beteiligen würden, ist völlig offen. Das Bundeswehr-Mandat für Afghanistan wurde gerade verlängert. Hoffnungen auf eine deutsche oder europäische "Friedenspolitik" als vermeintliche Alternative zur US-amerikanischen Kriegstreiberei sind also gänzlich unangemessen.

Nach Arafats Tod wird uns auch die weitere Entwicklung im Nahen Osten in besonderem Maße beschäftigen. Die Mainstream-Medien, die sich einen makabren Wettlauf um die frühestmögliche Todesmeldung lieferten, konkurrieren nun im Malen von Horrorszenarien. Wie realistisch die sind, wird sich zeigen.

Zu den vermeintlich "großen Männern" der Weltpolitik halten wir ja aus gutem Grund Distanz. "Star" unseres Schwerpunkts ist ein großer Denker: der kürzlich verstorbene politische Philosoph Jacques Derrida.

Während im Nahen und Mittleren Osten neue Krisen und Kriege bevorstehen könnten, kommen aus Deutschland widersprüchliche Signale. Mit dem "wilden" Streik bei Opel in Bochum hat sich die vorschnell totgesagte Arbeiterbewegung eindrucksvoll zurückgemeldet. Auch die Nürnberger Demo gegen Hartz IV und Agenda 2010 war ein Achtungserfolg. Fast gleichzeitig sind in Sachsen die Rechten auf dem Vormarsch. Der Erfolg der NPD bei der Landtagswahl im September hat dem ganzen "nationalen Lager", Bombenleger inklusive, Auftrieb gegeben. Da will auch die "Braunzone" der CDU nicht abseits stehen, wie die Turbulenzen im sächsischen Landtag zeigen. Ob sich daraus ein dauerhaftes schwarz-braunes Bündnis ergibt oder nicht: Aktiver Antifaschismus ist ein Gebot der Stunde - wie auch der Kampf gegen die immer noch weiter perfektionierte Festung Europa, dem wir erneut mehrere Seiten widmen.

ak bietet also auch diesmal keine leicht verdauliche Kost. Aber so ist das Leben.

Fast vergessen: Uns geht's so weit ganz gut. Nach der Rückkehr einer Redakteurin von einem mehrmonatigen Auslandsaufenthalt sind wir fast wieder komplett - und bereit, dem Bösen in der Welt zu trotzen. Nicht nur mit den Mitteln der Publizistik: drinnen (in der Redaktionsstube) und draußen (auf der Straße) - ein Kampf!

ak-Redaktion

37. "Es ist genauso verkehrt gekommen, wie ich's mir vorgestellt habe"

15 Jahre nach dem Mauerfall. Bernd Gehrke (Vereinigte Linke) im Gespräch

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:40

Der Mauerfall vor 15 Jahren hat die politischen Koordinaten durcheinander gewirbelt, die deutsch-deutsche Vereinigung ein Jahr später war der passende Schlussakkord im Sinne der CDU-geführten Bundesregierung. Wenn sich heute - wie auf einer Gedenkveranstaltung am 9. November im Berliner Tränenpalast geschehen - Altkanzler Helmut Kohl und die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley gegenseitig für ihr besonnenes Handeln loben, scheint es ganz so, als wäre die Entwicklung zur Wiedervereinigung quasi vorgezeichnet gewesen, als hätte es keine Alternative gegeben. Die Situation im Herbst 1989 war allerdings längst nicht so vorherbestimmt, wie es heute den Anschein hat. Denn auch damals gab es linke Kräfte in der DDR, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten in die Umbrüche eingegriffen haben. Eine solche Kraft war die Vereinigte Linke (VL). Bernd Gehrke, Mitinitiator der VL, war in den letzten Jahren in sozialen Initiativen wie dem Anti-Hartz-Bündnis aktiv. Mit ihm sprachen Jan Ole Arps und Martin Beck über oppositionelle Arbeit 1989 in der DDR, über Wende-Perspektiven und die aktuellen Sozialproteste.

ak: Kannst du kurz darstellen, was die VL war?

Bernd Gehrke: In der Vorbereitung waren wir ein kleiner Zirkel. Für uns war klar, dass es mit dem Ostblock zu Ende geht. In der Sowjetunion war Perestroika. Da die DDR ein Satellit der SU war, war mir klar: Wenn sich da was ändert, dann muss das hier auch kommen. Gleichzeitig war global die Linke auf dem Rückzug, in den USA war Reagan Präsident, in England Thatcher. Diese Entwicklung war deutlich erkennbar. Und auch im Osten musste die Linke völlig neu anfangen, denn das, was sich hier sozialistisch und kommunistisch nannte, war völlig diskreditiert. Die einzige Chance, die uns in dieser Situation realistisch erschien, war eine breite undogmatische linke Bewegung ins Leben zu rufen, die sich um bestimmte, minimale Inhalte sammelt. Das sollte die VL sein und Linke aus der Opposition mit linken Kritikern aus der SED verbünden.

Die VL ist ja erst relativ spät, Ende November 1989, gegründet worden.

Formal sogar noch später. Eigentlich hatten wir uns schon vor dem Sommer 1989 gründen wollen. Das kam aber aus vielerlei Gründen nicht zu Stande, und so haben wir uns dann erst nach der Urlaubszeit im September zusammengefunden. Wir haben ja als illegales Projekt angefangen und wollten die VL auch von unten her organisieren. Deshalb haben wir den Vorschlag einer Konferenz gemacht. Bis allerdings eine Konferenz von allen Linken zu Stande kommt, dauert es ja so seine Zeit. Im November, schon nach dem Mauerfall, hat dann ein großer DDR-weiter Kongress in Berlin mit 500 bis 600 Teilnehmern stattgefunden, und im Januar wurde die VL formal gegründet.

Aber die Ereignisse haben nicht auf euch gewartet ...

Das stimmt. Die Ereignisse überschlugen sich, und man musste irgendwie reagieren. Um Einfluss auf die Entwicklung zu nehmen, haben wir deshalb noch als heimlicher Zirkel Papiere verfasst. Das nannte sich damals noch "Böhlener Plattform". (1) Ab Oktober hatten wir dann als VL eine Kontaktadresse. Es hat eben alles seine Zeit gedauert, aber solche großen, dramatischen Umbrüche warten nun mal nicht auf einen.

Wie hast Du die Entstehung der Proteste wahrgenommen? Hast du sie kommen sehen?

Auf die Gefahr hin, als Aufschneider dazustehen: Ich würde sagen, dass wir als VL-Vorbereitungskreis zu den ganz wenigen gehören, die die Entwicklung sehr realistisch eingeschätzt haben - auch wenn den Linken ja immer nachgesagt wird, besonders wenig verstanden zu haben. Das scheint ein Widerspruch dazu zu sein, dass wir am längsten an der DDR-Selbstständigkeit festgehalten hatten, doch haben wir vieles nur gemacht, um in der Defensive, in der wir nichts mehr zu melden hatten, wenigstens die Fahne hochzuhalten. Außerdem war die VL ja sehr breit zusammengesetzt. Unsere Einschätzung als VL-Initiativkreis war schon im Frühjahr 1989, dass die geplante Grenzöffnung der Ungarn eine ganz neue Dynamik in die Sache bringen würde. Wir haben gesagt: Wenn sich was ändert, dann dauert es nicht lang, dann steht das Volk auf der Straße. Das haben viele Leute nicht geglaubt. In der Sowjetunion etwa hatte es ja extrem lange gedauert, bis da irgendwie

Bewegung reinkam. Es ging ja um eine Stillstandsgesellschaft, in der sich nichts regte, nichts rührte, in der alles erstickt war von oben.

Zunächst gab es vor allem eine massive Ausreisebewegung.

Das ist richtig. In der DDR war ja die klassische Situation einer Revolution: Die unten wollen nicht mehr, und die oben können nicht mehr. Die oben wussten genau: Es funktionierte nichts mehr! Das passierte vor dem Hintergrund verfallender Städte, verfallender Fabriken - entsprechend grau sahen die Leute aus. Die allgemeine Stimmung war: "Ringsrum, also in der Sowjetunion, Polen, Ungarn, da ändert sich alles. Und bei uns ändert sich nichts!" Das war die allgemeine Haltung, die dann dazu geführt hat, dass viele junge Leute panikartig die DDR verlassen haben, selbst dann noch, als die Mauer schon auf war, denn niemand wusste ja, ob das Rad nicht wieder zurückgedreht wird.

Die Maueröffnung, wie sie gelaufen ist, war aus meiner Sicht ein panischer Akt der Herrschenden. Sie haben genau so reagiert, wie seit jeher immer alle herrschenden Klassen die Weinfässer geöffnet haben, wenn Revolutionen anstanden, um das Volk besoffen zu machen und von der Revolution abzulenken.

Wie war euer Verhältnis als Opposition zu den Massenprotesten? Wie habt ihr interveniert?

Naja, zunächst einmal waren wir ja keine zuvor wirklich organisierte Opposition. Oppositionelle Marxisten gab es nur in winzig kleinen Zirkeln, die konspirativ gearbeitet haben. Und weil sie konspirativ gearbeitet haben, waren sie nicht Teil einer Massenbewegung; sie konnten es gar nicht sein.

Die Teile der Opposition, die es gab, die sich offen verhalten haben, die waren vom Rest der Gesellschaft völlig getrennt. Das zeigt sich schon daran, dass große Teile der Opposition unter dem Dach der Kirche aufgetreten sind. In einer derart verweltlichten Gesellschaft wie der DDR war jedoch schon der Schritt in die Kirche für einen großen Teil der Bevölkerung eine kulturelle Hemmschwelle, die normalerweise nicht übertreten wurde. Hinzu kommt: Wer sammelte sich da? Die, die erkennbar waren, das waren z.B. die Punker, das war Subkultur. Also Kirche und Punker. Das sind kulturelle Brüche zum Rest der Gesellschaft, da war ein einfacher Schulterschluss gar nicht möglich. Das heißt, Opposition und Bevölkerung begegneten sich 1989 überhaupt das erste Mal.

Wenn man sich die Erklärungen und Papiere der DDR-Opposition ansieht, dann fällt auf, dass es eigentlich durchgehend um eine Erneuerung und Demokratisierung der DDR als sozialistische Gesellschaft ging. War das auch der Referenzrahmen für die Bevölkerung, die auf die Straße ging?

Es gibt viele Indizien dafür, dass auch nach der Maueröffnung, bis in den Dezember, große Teile der Bevölkerung davon ausgegangen sind, dass die DDR weiter bestehen bleibt, dass sie reformiert wird. Heute gibt es ja viele, die sagen, dass es nur so ausgehen konnte, wie es ausgegangen ist. Das ist die herrschende Meinung. Ich wehre mich vehement dagegen. Ich will lieber darüber sprechen, welche Faktoren da zusammengekommen sind, um daraus etwas zu lernen. Und einer der Punkte, die gelernt werden müssen, ist: Die Linke muss in solchen Momenten bereit sein, die Machtfrage zu stellen.

Das sagt sich jetzt so, aber es stellt natürlich nicht den Typ von untergegangener Gesellschaft in Rechnung, eine Gesellschaft nämlich, die verhinderte, dass Leute sich vorher organisieren konnten, Bewusstsein ausbilden konnten und, und, und. Auch eine strategische Debatte hatte in der DDR-Opposition ja überhaupt nicht stattgefunden.

Außerdem war die Machtfrage in der DDR-Opposition eine verpönte Frage. Das muss man verstehen: Aus der Ablehnung des Bestehenden heraus - und das Bestehende zeichnete sich dadurch aus, dass die Herrschenden in der DDR eben ständig über Machtfragen gesprochen und unerträgliche Machtausübung praktiziert haben - werden diese Fragen gar nicht mehr gestellt; man verweigert sich ihnen gegenüber. Und das galt auch für die Opposition, die ja ohnehin stark "postmaterialistisch" geprägt war, dass sie zu solchen Fragen einen ganz anderen Zugang hatte.

Aber natürlich hat es auf dieser Ebene ein politisches Versagen der Bürgerbewegung gegeben, ganz klar. Die Opposition hat auch die wirklichen Bedürfnisse der Massen überhaupt nicht berücksichtigt. Sie hatte viele schöne Utopien, aber sie hat weder die Machtfrage diskutiert noch die Bedürfnisse der Massen erfasst. Und deshalb war sie so schnell auch nur noch Getriebener der Umstände und nicht mehr treibende Kraft.

Das nicht erkannte Bedürfnis war das nach materiellem Wohlstand?

Natürlich. Und das wurde von der Bürgerbewegung, in der ja, wie gesagt, eine postmaterialistische Werthaltung weit verbreitet war, nicht erkannt oder abgelehnt. Ich will ja gar nicht sagen, dass man zu diesem Bedürfnis ein unkritisches Verhältnis einnehmen soll, aber man hätte es zumindest ernst nehmen müssen.

Das ist der Grund dafür, dass damals die m. E. ohnehin auf der Tagesordnung stehende "Deutsche Frage", die Frage der deutschen Einheit, in einer reaktionären Weise beantwortet wurde. Man hat sich als Bürgerbewegung nicht in radikaler Weise an die Spitze der Bewegung gestellt und etwa eine alternative Regierung gebildet und gesagt, Themen wie soziale Rechte und eine radikale Demokratie von unten stehen an und müssen diskutiert werden. Man hat deshalb nicht die Maueröffnung und die Bedingungen der Maueröffnung bestimmen können und war als Opposition weder Verhandlungspartner für die westdeutsche Regierung noch Mobilisator der westdeutschen Linken. Gut, das weiß man heute, das kann man vielleicht für die Zukunft daraus lernen.

Wie habt ihr euch damals in den Prozess eingebracht? Was war euer Projekt?

Wir, d.h. der InitiatorInnenkreis der VL, haben durch den Vormarsch des Neoliberalismus im Westen und die Art der Reformen im Osten eine starke Gefährdung der DDR gesehen. Nicht in der Geschwindigkeit, wie der Anschluss dann gekommen ist, weil wir nicht geglaubt haben, dass die Sowjets die DDR so kampflos preisgeben, das war für uns nicht vorstellbar. Was wir gesehen haben, war vielmehr die Variante, die sich in Ungarn und Polen ja schon damals abzeichnete: Marktwirtschaft und Kapitalismus von innen heraus. Da haben wir gesagt: Eine breite Linke ist die einzige Chance, und eine, wenn man so will, entschlossene Linke, eine möglichst entschlossen handelnde Linke, die versucht, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, weil uns das die einzige Möglichkeit zu sein schien, wie die Linke überhaupt neue moralische Autorität gewinnen kann.

Aus dieser Logik erklären sich auch viele Vorschläge, die wir im Herbst 1989 gemacht haben. Wir haben z.B. gesagt, wenn wir über Demokratie reden, dann über Demokratie von unten, nicht über Demokratie von oben. Nach der ersten richtig großen Demonstration am 9. Oktober war das Politbüro ja sofort eingeknickt und hat ein Dialogangebot formuliert. Wir haben dieses Dialogangebot zurückgewiesen und haben gesagt, das ganze Politbüro muss weg. Wir haben gesagt, wir müssen in diesem Machtvakuum ein Provisorium schaffen, das aus anerkannten Vertretern der Kirchenopposition besteht und aus anerkannten Reformern aus der SED. Die sollten eine Übergangsregierung bilden und einen "Volkskongress" organisieren, in dem Belegschaftsvertreter, gewählte Vertreter aus den Stadtteilen usw. mit eben den oppositionellen Kräften, die es gab, zusammenkommen. Wir haben bewusst "Volkskongress" gesagt, denn Rätekongress klang zu sehr nach SED-Sprache. Das hätte ein Projekt der Demokratisierung von unten sein sollen. Wir wollten damit ein Angebot auch an Erneuerer in der SED machen; damals haben wir an Modrow und Gysi und solche Leute gedacht. Die hätten einen Volkskongress oder Rätekongress, der sich von unten entwickelt, politisch ermöglichen sollen. Das haben wir versucht, in den Prozess einzubringen, und damit sind wir gescheitert. Und zwar ganz und gar gescheitert. Stattdessen hat sich eine Verhandlungslösung durchgesetzt, die am Ende zum "Runden Tisch" (2) geführt hat.

Warum?

Ein wichtiger Aspekt war: Es hat eigentlich kaum jemand für möglich gehalten, dass die Sowjets das Land einfach fallen lassen. Ich - und auch viele andere - dachte immer, es kommt eine Militärdiktatur. Zudem hatten alle, die Bevölkerung wie die Aktiven, im Herbst 1989 Peking im Kopf, wo ja im Juni die Demokratiebewegung blutig erstickt worden war. Und die SED hat indirekt, aber unmissverständlich, auch wenn sie's im Nachhinein bestreiten, damit gedroht. Deshalb haben viele den Verhandlungsweg unterstützt. Reformismus, damit die Panzer nicht kommen.

Außerdem gab es auch in der Bürgerbewegung einen moderaten, reformistischen Flügel und einen radikaleren. Und der reformistische Flügel hatte eine institutionelle Verankerung in der evangelischen Kirche und eine soziale Verankerung in bestimmten Teilen der Intelligenzia. Und die haben stark auf Verhandlung orientiert.

Auch ihr habt euch nach anfänglichem Zögern am "Runden Tisch" beteiligt. Was habt ihr da gemacht?

Auch am "Runden Tisch" haben wir den Gedanken des Volkskongresses und einer Demokratie von unten immer wieder eingebracht. Aber das ist nicht aufgegriffen worden. Durchgesetzt hat sich am "Runden Tisch" sehr schnell die Wahl-Option, wenn man so will als Modell einer Demokratie von oben. Das war vor allem das Projekt der Parteien, vor allem der SDP (Vorläufer der SPD), die sich damals gute Chancen ausrechnete, die Wahlen zu gewinnen, und des Demokratischen Aufbruchs, der dann zur CDU ging. Aber auch Teile der Bürgerbewegung gingen in diese Richtung. Das Wahlprojekt entsprach auch viel mehr der SED, die damals schon SED-PDS hieß, weil sie natürlich organisatorisch und infrastrukturell die stärkste Partei war. So hat man sich am "Runden Tisch" geeinigt.

Das Scheitern des Projekts einer Demokratie von unten hat sicherlich auch dazu beigetragen, dass sich die Dynamik dann so schnell nach rechts verschoben hat, hin zu Wiedervereinigung im Sinne eines Anschlusses an den Westen.

Wenn du euer damaliges Agieren heute resümieren solltest, was würdest du sagen?

Zusammengefasst: Die Opposition hat es versäumt, die sozialen Probleme der Massen aufzugreifen, neue Machtorgane von unten zu schaffen und damit auch derart in den Prozess einzugreifen, dass sie es ist, die die Mauer öffnet, dass sie auch die Verhandlungen übernimmt und die Wiedervereinigung einleitet in einem längeren Prozess, in einem Prozess, der auch die westdeutsche Linke mobilisiert und die Frage nach sozialen Rechten in ganz Deutschland auf die Tagesordnung setzt. Doch die Linke war nicht in der Lage, den Prozess derart zu gestalten. Das festzuhalten ist mir wichtig. Das wäre die Lehre für die Zukunft, dass man für solche Fragen gerüstet sein muss.

Aber dass die Opposition so war, wie sie war, und dass auch die Arbeiter und Angestellten so waren, wie sie waren, lag natürlich an der Gesellschaft DDR, an diesem Obrigkeitsstaat. Für einen großen Teil der Bevölkerung war es natürlich sehr bequem, das Angebot der Konservativen anzunehmen, die gesagt haben: Wir schenken euch alles. In einer Gesellschaft, die keine Kampftraditionen hat, fällt so etwas natürlich auf fruchtbaren Boden.

Uns hat dagegen in diesem Moment ein revolutionärer, na, das ist vielleicht schon zu viel gesagt, aber ein vergleichbarer Partner im Westen gefehlt. Die Umbrüche in der kleinen DDR spielten sich vor dem Hintergrund eines völlig stabilen Westdeutschland ab. Allein konnten wir nichts werden. Deshalb sind wir auch sehr schnell in die Defensive geraten.

Letztlich läuft es darauf hinaus, dass in einem derartigen Polizei- und Überwachungsstaat wie der DDR keine gute Opposition existiert. Deshalb war auch das Glücksgefühl, endlich frei zu sein und endlich sagen zu dürfen, was man denkt, bei eigentlich allen Leuten so groß.

Themenwechsel: Welche Bilanz ziehst du nach den 15 Jahren?

Das hat natürlich viele Facetten. Meine persönliche Bilanz ist: Es ist genauso verkehrt gekommen, wie ich's mir vorgestellt habe. Wir haben eine historische Niederlage erlitten, das wurde uns ziemlich schnell klar.

Mit der Wirtschafts- und Währungsunion im Juli 1990 war klar, dass die DDR-Wirtschaft kaputtgeht. Das Folgende möchte ich gerne festhalten: Nach dem Nationalsozialismus, also nach 1945, halte ich diese Art der Wiedervereinigung für eines der großen Verbrechen überhaupt, das die deutsche Bourgeoisie begangen hat. Es war der größte Raubzug der westdeutschen Bourgeoisie seit der Hitlerzeit. Sie hat die ostdeutschen und osteuropäischen Märkte erobert und sich auf Kosten der Lohnabhängigen und Erwerbslosen in Ost und West die Taschen gefüllt. Das hat zu großen Verwerfungen in der gesamtdeutschen Gesellschaft geführt. Natürlich ordnet sich dieser Prozess in einen globalen Prozess ein, den man Neoliberalismus nennt, aber was Deutschland betrifft, ist das die Verantwortung der deutschen Bourgeoisie und der deutschen Konservativen, das sollte man ihnen auch nicht schenken!

Auf dieser abstrakteren Ebene sehe ich mich also leider in den schlimmsten Befürchtungen bestätigt.

Allerdings hatte ich in einer Hinsicht eine optimistischere Annahme für die Zeit nach der Wiedervereinigung: Ich habe nicht vermutet, dass es so glatt laufen würde, die ostdeutsche Wirtschaft zu liquidieren. Ich habe mit einem Aufstand gerechnet. Keinen mit idealistischen Zielen, aber einen Verzweiflungsaufstand habe ich wohl erwartet. Und ich habe erwartet, dass das der Hintergrund ist für das Wiederentstehen einer neuen

Arbeiterbewegung. Da habe ich mich völlig verkalkuliert. Bis auf einige, durchaus sehr militant geführte Kämpfe bei der Abwicklung der ostdeutschen Industrie ist nichts geschehen. Erst jetzt sind erste Anzeichen zu spüren, dass sich das auch wieder ändern könnte. In den Montagsdemos z.B. sehe ich erste Ansätze für was Neues.

Sind dann die Montagsdemos der verspätete Verzweiflungsaufstand gewesen, von dem du gesprochen hast?

Nein. Der kommt, wenn überhaupt, nur bei denen, die noch etwas zu verlieren haben. Bei den Opel-Arbeitern vielleicht. Nein, ich sehe die Funktion der Montagsdemos im Moment vor allem darin, eine Protestkultur wieder zu entdecken. Das gilt sicherlich nicht so sehr für die organisierte Linke, sondern für die ganz normalen Leute.

Eine Schwierigkeit ist natürlich, dass bei den Protesten der Funke von Ost nach West nicht übergesprungen ist. Das liegt sicher einerseits an der unterschiedlichen strukturellen Betroffenheit, aber auch daran, dass diese Demos etwas kulturell Neues sind, gerade für die Westgesellschaft, wenn es um soziale Fragen geht. Das Neue, das ich meine, besteht darin, dass zu diesen Demos normale Leute ganz von allein gegangen sind. Da hat niemand etwas organisiert, keine Züge, keine Busse, wie es sonst bei größeren Demos im Westen üblich ist.

Bei uns war einmal die These zu lesen, dass auf den Montagsdemos vor allem diejenigen vertreten waren, die auch die Wende aktiv miterlebt haben und nun auf der Verliererseite stehen, Leute von 35 bis 55. Ein letzter Aufstand der WendeverliererInnen ...

Sicherlich sind auf den Demos vor allem die 40- bis 55-jährigen gewesen, die nach der Wende arbeitslos geworden sind. Wobei man nicht vergessen darf, dass Arbeitslosigkeit im Osten auch ein riesiges Jugendproblem ist. Auf den Montagsdemos sind überdurchschnittlich Menschen mit einem hohen Bildungsstand vertreten, Leute mit Hoch- und Fachschulabschluss. (Das liegt natürlich daran, dass im Osten nicht nur die politischen, sondern auch die technischen Wissenschaftseinrichtungen zerschlagen wurden.) Das heißt, es kommt zu einer gemeinsamen Betroffenheit von ganz unterschiedlichen sozialen Gruppen, die bisher immer getrennt voneinander agiert haben: die Qualifizierten, die Unqualifizierten und die Hochqualifizierten - alle sind sie betroffen. Das scheint mir ein sehr wichtiger Punkt auch für die Einschätzung von Widerstandspotenzial für die Zukunft zu sein und für die Frage nach neuen gesellschaftlichen Bündnismöglichkeiten. Auf den Montagsdemos ist die arbeitslose Intelligenz nicht für Sonderrechte und Privilegien, sondern für allgemeine Rechte eingetreten; das ist etwas Neues und Innovatives. Und es ist m.E. nichts für Ostdeutschland spezifisches, sondern hier kommt es nur wegen der hohen Betroffenheit besonders zum Ausdruck.

Auch wenn du die Montagsdemos eher positiv einschätzt, könnte man ja die Auffassung vertreten, dass politisch vor allem die extreme Rechte profitiert hat: in Form von Wahlergebnissen, aber auch in Form einer Aufbruchstimmung, die in organisatorischen Schwung umgesetzt werden konnte. Ein Beispiel dafür wäre das Zusammengehen von NPD und DVU in der Wahlfrage. Wie siehst du das, und was sind deiner Meinung nach die Gründe für das Scheitern der Linken?

Ich sehe mir den Prozess eher unter dem Blickwinkel an: Was ist bei den Montagsdemonstranten passiert? Verheerend wäre, wenn die Montagsdemonstranten gelernt hätten, man kann nichts machen, Protest bringt nichts. Aber, wie gesagt, so ist es nicht gewesen, die Proteste waren keine Niederlage. Eine Niederlage hätte die extreme Rechte sicher sehr viel mehr gestärkt. Insofern sehe ich die Montagsdemos als erstes Anzeichen für eine neue Dynamik in sozialen Protesten.

Natürlich hat auch die Rechte gewonnen, aber das Hauptproblem liegt meiner Meinung nach auf der Linken. Es gibt eine Ähnlichkeit zu dem, was ich über 1989 gesagt habe: Die Linke hat sich nicht als auf der Höhe der Zeit stehend erwiesen. Es ist deutlich geworden, dass sie über keinerlei Konzepte verfügt, wie mit solchen Protesten umzugehen ist.

Woran liegt das? Im Osten sicherlich daran, dass die Linke keine tragfähigen Strukturen mehr hatte. Die sind ja nach der Wende sofort wieder zusammengebrochen; jetzt gibt es wieder fast nur die PDS. Im Westen kommt hinzu, dass die radikale Linke überhaupt nicht sozial orientiert war, sie hatte andere Themen. Im Bereich Soziales gibt es da nur die T-Gruppen, wie sie ein Freund von mir kürzlich analog zu den K-Gruppen genannt hat, also die ganzen trotzkistischen Grüppchen. Und die MLPD, die ja auch noch sehr stark in stalinistischen Mustern arbeitet. Und diese Gruppen haben nun sofort versucht, ihre Okkupationsversuche im

alten Stil zu machen. Aber ich hoffe, dass das Kinderkrankheiten sind, denn sehr lange kann man sich das nicht erlauben.

In Berlin z.B. habe ich mir beide Demos angeguckt: Auf der einen Demo, auf der ich mich inhaltlich sehr viel eher wiederfinden konnte, auf der nämlich von Attac bis zu den Basisbündnissen usw., da waren vor allem die Leute zu sehen, die auf jede linke Demo gehen, die sie betrifft. Die waren weitgehend unter sich. Andererseits waren auf der Demo der MLPD, die ich schlimm finde, das kann man sich ja denken, und deren Inhalte ich ablehne, genau die Leute, die ich gerne in meinem Zug gehabt hätte. Man muss sagen, dass diese Stalinpartei sehr klug die Sprache der Leute gesprochen hat, und dadurch war sie in gewissem Sinne sehr erfolgreich. Und wenn es uns eben nicht gelingt, auch genau diese Leute anzusprechen, die ganz normalen Arbeiter und Angestellten, und zwar mit neuen, aktuellen Konzepten und nicht im Sinne stalinistischer Okkupationsversuche, dann wenden sich diese Leute auch den Rechten zu. Diesen Trend gibt es ja auch im Westen, nur ist er im Osten extremer ausgeprägt, weil ja auch die Probleme extremer sind, aber an sich geht es in die gleiche Richtung.

Möchtest du ein Schlusswort sprechen?

Eigentlich würde ich lieber ein optimistisches Schlusswort sprechen, aber es gibt tatsächlich noch eine Entwicklung, auf die ich hinweisen möchte und die an den vorherigen Punkt anschließt: Überall ist ja das Phänomen zu beobachten, dass die großen Parteien, die ja auch ideologisch bestimmte Milieus gebunden haben, an Wählern verlieren - und zwar in absoluten Zahlen! Diese Leute müssen und werden sich neu orientieren. Und diese Entwicklung sollte die Linke elektrisieren. Wenn die Linke da nicht zur Stelle ist und nicht in moderner, adäquater Weise die sozialen Fragen stellt und sie mit anderen Fragen, etwa der Ökologie verbindet, dann wird die Rechte das Rennen machen, das sehe ich als ganz große Gefahr im Moment an. Auf der Linken ist derzeit niemand, der attraktiv ist, um den frustrierten Leuten auf ihre Probleme Antworten zu geben. Da liegt die drängende Aufgabe der Linken im Moment. Und in dem Zusammenhang möchte ich gerne noch einmal an die oben beschriebene Chance erinnern, dass neue gesellschaftliche Bündnisse möglich sind. Diese Chance sollte die Linke ergreifen.

Vielen Dank für das Gespräch.

Anmerkungen:

1) Als "Böhlener Plattform" ist der Aufruf bekannt geworden, mit dem die Initiativgruppe für eine Vereinigte Linke im September erstmals an die Öffentlichkeit trat. In diesem Aufruf ist ein Forderungskatalog enthalten, in dem u.a. der Rücktritt des Politbüros der SED und der Regierung verlangt wird. Er ist deshalb in der Bürgerbewegung vielfach kritisiert worden. Er gefährde den Dialog mit den Machthabern.

2) Mit dem "Runden Tisch" ist der "Zentrale Runde Tisch" in Berlin gemeint. Er wurde im Dezember 1989 auf Einladung der Kirchen zum ersten Mal einberufen. An ihm wollten die Kirchen mit Gruppen aus der Bürgerbewegung, den Blockparteien und mit VertreterInnen der SED-PDS Vorschläge zur Überwindung der Krise erarbeiten. Der "Runde Tisch" hatte keine wirkliche Regierungsfunktion; er war von Volkskammer und Regierung aber rechtzeitig über wichtige Entscheidungen zu informieren, seine Vorschläge in die Entscheidung einzubeziehen.

38. Licht und Schatten

Die Anti-Hartz-Demonstration in Nürnberg war ein Erfolg, aber kein Durchbruch

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:41

Fast 10.000 Menschen demonstrierten am 6. November in Nürnberg unter dem Motto "Gemeinsam gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV". Damit sind die bundesweiten Großaktionen im Rahmen des "heißen Herbstes" gegen Hartz IV zu einem vorläufigen Ende gekommen. Die Bewertung fällt differenziert aus.

Die Zahl von 10.000 TeilnehmerInnen an der Demonstration in Nürnberg ist durchaus als Erfolg zu werten, waren doch die Rahmenbedingungen alles andere als Erfolg versprechend. Das Nürnberger Sozialforum als Träger der Demonstration ist von den politischen Ereignissen im Spätsommer und Herbst überrollt worden. Ursprünglich sollte die Demonstration gegen die Bundesagentur für Arbeit den Auftakt für bundesweite dezentralen Herbstaktionen rund um den 17. November bilden. Doch die spontanen Proteste im Rahmen der Montagsdemonstrationen, die deshalb kurzfristig organisierte Großdemonstration am 2. Oktober in Berlin und zuletzt der Streik bei Opel in Bochum haben diese Planungen schnell Makulatur werden lassen. Die Nürnberger Demonstration stand plötzlich am Ende eines kurzfristigen Mobilisierungszyklus.

Erschwerend kam hinzu, dass keine Großorganisation die Demonstration aktiv unterstützt hatte. Der PDS-Bundesvorstand unterschrieb zwar den Aufruf, steckte aber keine Ressourcen in die Vorbereitung. Ähnliches galt für attac: Obwohl der attac-Koordinierungskreis den Aufruf offiziell unterzeichnet hatte, blieb eine aktive Mobilisierung aus. Dort hatte sich die Mehrheit schon frühzeitig für dezentrale Aktionen ausgesprochen. Die kurzfristig angesetzte Demonstration am 2. Oktober band darüber hinaus gerade in diesem Spektrum viele Energien. Eine weitere Mobilisierung erschien deshalb wenig Erfolg versprechend. Hinzu kam, dass die Demonstration nach Ansicht von attac auf den wichtigen formellen und informellen Treffen zu wenig kommuniziert worden war.

Auch kirchliche Organisationen und die Sozialverbände standen der Demonstration von vornherein skeptisch bis ablehnend gegenüber. Mit Ausnahme unbedeutender Kreisverbände lehnten die Gewerkschaften, allen voran ver.di, sie explizit ab. Die Dienstleistungsgewerkschaft forderte die Mitglieder auf, sich nicht an der Aktion zu beteiligen, da sie sich angeblich gegen die Beschäftigten in der Bundesagentur wenden würde. Bis zum Schluss wurde diese Argumentation aufrechterhalten. Dabei hatten die OrganisatorInnen immer wieder versichert, ihnen ginge es um die Funktion der BA bei der Umsetzung von Hartz IV und um ihre Rolle als Moderator der Regierungspolitik. Zu guter Letzt kam für die Mobilisierung nach Nürnberg erschwerend hinzu, dass die Basisaktivitäten, wie sie sich auf den Montagsdemonstrationen gezeigt hatten, nicht (mehr) den erhofften Ausstrahlungseffekt hatten. Vor allem nach Westen ist der Funke nicht übergesprungen, aber auch im Osten hatte die Fähigkeit, Menschen auf die Straße zu bringen, stark nachgelassen.

Vor diesem Hintergrund ist die Mobilisierung für den 6. November umso bemerkenswerter. Dies ist vor allem den bundesweiten Bemühungen um einen starken antikapitalistischen Block zu verdanken. In Nürnberg gibt es mit der Organisierten Autonomie (OA) eine funktionierende Organisation, die von Anfang an im Nürnberger Sozialforum mitarbeitet und deren zentrales Anliegen es war, die Nürnberger Demonstration vorzubereiten. Ohne den großen Aufwand seitens der OA wäre die Demo nicht möglich geworden. Die OA hatte sich zum Ziel gesetzt, die soziale Frage im linksradikalen Spektrum stärker zu verankern und dies am 6.11. durch einen starken antikapitalistischen Block zum Ausdruck zu bringen. Dies ist ihr gelungen. Mit über 2.000 Menschen war dieser Block der stärkste Teil der Demo.

Die Stärke der OA war zugleich auch Ausdruck für die Schwäche der anderen Organisationen und Einzelpersonen, die sich an der Vorbereitung beteiligt haben. Dieses ungleiche Kräfteverhältnis war durchaus nicht unproblematisch, denn die Demonstration stieß selbst innerhalb des Nürnberger Sozialforums auf Skepsis. In der politischen Schwerpunktsetzung im Vorfeld kam dies zum Ausdruck: Während die meisten AktivistInnen die Montagsdemonstrationen vorbereiteten, beteiligten sich mit Ausnahme der OA nur sehr wenige Menschen an der Vorbereitung der Demonstration vom 6.11. Das Ungleichgewicht zu Gunsten der Arbeitsgruppe "Montagsdemo" war teilweise frappierend, vor allem als die Auseinandersetzungen mit der MLPD ihren Höhepunkt erreicht hatten. Wie in anderen Städten auch, hatte diese auch in Nürnberg versucht, die Montagsdemonstrationen organisationspolitisch zu instrumentalisieren.

Mobilisierungsprobleme im Vorfeld

Aber auch in der AG "6. November" selbst gab es unterschiedliche Konzepte, die in der Diskussion um die Aufstellung des Demo-Zuges zum Ausdruck kamen. Die OA wollte den antikapitalistischen Block an die Spitze stellen. Dem wurde entgegengehalten, dass es sich doch um eine Aktion des gesamten Sozialforums handeln würde - auch wenn die OA den Großteil der Mobilisierung leistet. Ferner widerspreche eine Demonstration mit konkurrierenden Blöcken dem Versuch, mit den Sozialforen einen politischen Neuanfang zu versuchen. Ziel müsse es vielmehr sein, aus dem "Getto der Szene" auszubrechen und auf eine Verankerung der Demonstration zumindest innerhalb des Sozialforums zu setzen. Die Breite und Vielfalt des Sozialforums müsse deshalb durch eine starke Präsenz des Sozialforums und seiner Vielfalt an der Spitze der Demo deutlich werden. Demgegenüber führe das Konzept der OA zu einer Verengung der Sozialforumsidee und gefährde deshalb die zukünftige Arbeit dieser Struktur. Am Ende einigte man sich darauf, dass vor dem antikapitalistischen Block eine kleine Abordnung des Sozialforums laufen dürfe. Die Debatte jedoch, wie groß diese Abordnung sein dürfe (35 oder doch mehr?), trug die grotesken Züge von Monty Pythons "Das Leben des Brian". Dennoch: Letztendlich verlief die Diskussion trotz aller Differenzen über die unterschiedlichen Konzepte solidarisch. Sie machte deutlich, dass das Sozialforum durchaus in der Lage ist, mit den Widersprüchen produktiv umzugehen.

Wer läuft vorneweg?

Die Demonstration wurde von allen VertreterInnen des Sozialforums als Erfolg gewertet. Dennoch besteht kein Anlass zur Euphorie. Der 6. November hat gezeigt, dass nach wie vor ein nennenswerter Protest gegen Hartz IV vorhanden ist. Daraus kann aber nicht geschlossen werden, dass jetzt ein "Einschnitt im Abwärtstrend" markiert sei, wie ein Vertreter der OA meinte. Eher muss man der Analyse von Prof. Grottian vom Berliner Sozialforum zustimmen, der auf einer Veranstaltung am Vorabend der Demonstration von einer beunruhigenden "Stille" im Bezug auf die Proteste gegen Hartz IV sprach. Dies gelte vor allem für die alten Bundesländer. Es sei bisher nicht gelungen, programmatische Debatten mit Massenmobilisierungen und Aktionen des zivilen Ungehorsams zu verbinden. In weiten Teilen habe eine solche programmatische Debatte, die diesen Namen verdient, noch nicht einmal begonnen. Grottian plädierte deshalb dafür, die Kräfte erst einmal nicht in weiteren Mobilisierungen zu verbrauchen. Vielmehr solle man sich inhaltlich auf die ideologische Offensive einstellen, die demnächst von der Regierungsseite mit der Präsentation der "glücklichen 1-Euro-Jobber" losgetreten werde.

Noch pessimistischer sah Bernd Beier, Redakteur der jungle world, den Zustand der Bewegung. Die Beteiligung von Nazis sei kein Zufall, weil die Bewegung viel zu schwammig sei. Die Bewegung werde von "institutionellem Schrott" wie den Gewerkschaften und attac beherrscht. Deshalb sah er keinen Sinn für radikale Linke, in die Bewegung hinein zu intervenieren. In der aktuellen Entwicklung erkannte Beier Parallelen zum "freiwilligen Arbeitsdienst" der Regierung Schleicher zu Beginn der 30er Jahre, die wie Hartz IV auch mit der Unterstützung der Gewerkschaften eingeführt worden seien. Deshalb sei jetzt eine radikale Analyse und Kritik des Bestehenden angesagt. Dem wurde energisch widersprochen. Eine solche Analyse sei nicht radikal, sondern radikal falsch, weil Beier gar nicht mehr willens und in der Lage sei, die Widersprüche in Organisationen und Bewegungen wahrzunehmen. Die bisherige Entwicklung habe gezeigt, dass sich Interventionsversuche durchaus lohnen und dass es in Ansätzen durchaus gelungen sei, linke Positionen in der Bewegung zu verankern. Dass eben dies tatsächlich möglich ist, das zumindest hat die Nürnberger Demonstration verdeutlicht.

Moe, St.St.

39. Derridas Gespenster

Vom Lesen, vom Leben, von einem Traum von Europa

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:42

Ein Nachruf kann dies nicht sein, soll es nicht sein. Nur eine Einladung zur Lektüre. Nachdem Jacques Derrida so viele Grabreden gehalten und Nachrufe geschrieben hatte, die während seines letzten Lebensjahres gesammelt als Buch erschienen (1), verfügte er, dass bei seiner Beerdigung keine Reden gehalten werden sollten. Um so mehr Nachrufe erschienen weltweit in den Feuilletons. Darunter gehässige (so in der New York Times), die es durchaus mit den übelsten Polemiken aufnehmen konnten, deren Gegenstand und Opfer Derrida zu Lebzeiten war. Auch in Publikationen der deutschen Linken, die häufig über den Un/Kenntnisstand des Feuilletons der 1980er Jahre nicht hinauskamen, deren Unfug aber noch übertrafen.

In bestimmten Teilen der deutschen Linken, insbesondere der (verbal)radikalen, kursierte und kursiert Derrida vor allem als Gerüchte über einen maghrebinischen Juden. Doch sollen hier nicht allzu viele Worte verloren werden über diejenigen, die Derrida mal unter die Rubrik "Philosophie für Friedhofsschänder" brachten. (2) Vom Lesen und vom Leben sei die Rede, von Marx und von Jerusalem, ausgehend von einem Buch Derridas (unter mehreren Dutzend zwischen 1961 und 2004 publizierten Büchern), von "Marx' Gespenster", was bedeutet, von mehr als nur einem Buch und von mehr als nur einem Buch zu reden.

Wie Derrida (nicht) lesen

Derridas "Spectres de Marx" erschien zur Un-Zeit, 1993, also zur rechten Zeit. Diese Bekundung von respect (Anagramm von spectre) für Marx, diese Erklärung der Bewunderung für Marx (genauer: für einige seiner Geister), sie kam für viele überraschend. Wer bei der Arbeit Derridas in den Jahrzehnten zuvor etwas genauer hingesehen hatte, Texte gelesen hatte, konnte so überrascht nicht sein, ja konnte Erwartungen endlich erfüllt sehen. Denn Marx war zuvor abwesend anwesend in den Texten Derridas. Es gab etliche explizite Hinweise in diesen Texten und zugleich ein strategisch bestimmtes sprechendes Schweigen über Marx und Marxismus (nebst Leninismus), es gab schließlich die Kooperation mit der Zeitschrift Tel Quel um Philippe Sollers, die Derrida beendete, als die Sollers-Gruppe ideologisch und polit-touristisch nach China reiste. Wer daher mit "Marx' Gespenster" alte Erwartungen endlich erfüllt sah, konnte aber zugleich von der Art, wie sie erfüllt wurden, doch noch überrascht werden. Angefangen mit der Widmung an den ermordeten südafrikanischen Kommunisten Chris Hani war das Buch ein Aufschrei gegen die neoliberale Welt-Un-Ordnung, ein Schrei nach Gerechtigkeit (geschieden vom Recht), eine Anklage der hegemonialen Ideologie und eine Kritik ihrer selbstgefälligen Lautsprecher, in vorderster Front Francis Fukuyama mit seiner damals populären These vom "Ende der Geschichte", ein Aufruf zu einer "Neuen Internationalen" - und ein erster Aufriss (nicht mehr, nicht weniger) mikrologischer Arbeit am Marxschen Text, der Beginn einer feinen und so geduldigen wie Geduld erfordernden Lektüre des Marxschen Werkes.

Daher ist "Marx' Gespenster" kein leicht zu konsumierendes Buch. Vieles erschließt sich erst bei mehrmaliger Lektüre, in neuen Kontexten, begleitet von anderer Lektüre (aber gilt dies nicht für jeden Text, der der Lektüre wert ist?). Derrida erfüllt auf seine Weise Louis Althussers Ankündigung, dass "unsere Zeit in der geschichtlichen Entwicklung der menschlichen Kultur einmal als die Zeit erscheinen könnte, die durch eine der dramatischsten und mühevollsten Anstrengungen bestimmt wurde: durch die Entdeckung und das bewusste Erlernen des Sinnes 'einfachster' existenzieller Gesten wie Sehen, Hören, Sprechen, Lesen". (3)

Hier nun einige der Motive, Themen und Fragen, die in "Marx' Gespenster" wie in einem Kunstwerk ineinander verwoben sind, als mögliche Zugänge in die Textur dieses Buches, dessen Schönheit, Witz und Einsichten sich erst in einem Prozess von Annäherung, ja mikrologischer Lektüre, und Abstandnahme, die wieder den Blick aufs Ganze schafft, erkennen lassen.

Zu leben lernen, zu leben lehren?

"Je voudrais apprendre à vivre enfin", heißt es, gezielt doppeldeutig formuliert, im "Auftakt" des Buches: "Ich möchte endlich zu leben lernen, zu leben lehren." Gegen Ende seines Lebens, in einem im März 2004 geführten Interview, ist Derrida darauf ein weiteres Mal (4) zurückgekommen, beinahe ungestüm, mit einer

Empörung und Kraft, die man gemeinhin der Jugend zuschreibt. Das Leben wird so kurz gewesen, er wird so jung, 74-jährig, gestorben sein:

"Nein, ich habe niemals leben-gelernt. Ganz und gar nicht! Zu leben lernen, das müsste heißen zu sterben lernen, zu lernen, der absoluten Sterblichkeit (ohne Heil, weder Auferstehung noch Erlösung - weder für sich selbst noch für den anderen) Rechnung zu tragen, um sie zu akzeptieren. Seit Platon lautet die philosophische Verfügung: Philosophieren heißt sterben lernen.

Ich glaube an diese Wahrheit, ohne mich ihr zu ergeben. Immer weniger. Ich habe nicht gelernt, den Tod zu akzeptieren. [...] Bezüglich der Weisheit des Zu-sterben-Wissens (sagesse du savoir-mourir) bleibe ich unerziehbar. Ich habe diesbezüglich weder etwas gelernt noch erworben." (5) Eingerückt in dieses Bekenntnis des Unerziehbaren, in einer seiner berühmten Klammern, nimmt Derrida eine aktuelle politische Verallgemeinerung vor: Wir seien alle "Überlebende mit einer Frist". Vom in "Marx' Gespenster" entwickelten weltpolitischen Standpunkt aus liege der Nachdruck jedoch "vor allem auf den Milliarden von Lebenden [...], denen außer den elementaren ‚Menschenrechten', die 200 Jahre alt sind und beständig angereichert werden, zunächst einmal das Recht auf ein Leben, das es wert ist, gelebt zu werden, verweigert wird." (6)

Im "Auftakt" von "Marx' Gespenster" führt Derrida die Frage des Leben-Lernens zu Gespenstern und dem Gespenstigen. "Irrationalismus", mag man da vielleicht schreien, "Obskurantismus" schimpfen. Aber man sollte mindestens die folgenden Seiten dieser einleitenden Passage lesen, in denen das auf den ersten Blick arg befremdliche Reden vom "Mitsein mit den Gespenstern" als eine "Politik des Gedächtnisses, des Erbes und der Generationen" präzisiert wird. Derrida spricht "von Gespenstern" im Sinne von "gewissen anderen, die nicht gegenwärtig sind, nicht gegenwärtig lebend, weder für uns noch in uns, noch außer uns", und er tut dies "im Namen der Gerechtigkeit". Da geht es nicht um Gespenster aus Schauergeschichten, sondern um Gerechtigkeit zwischen den Generationen, Gerechtigkeit gegenüber den Vergangenen, Gerechtigkeit gegenüber den noch Kommenden. Gerade angesichts der öffentlichen Debatten in Deutschland ist zu erkennen, um welchen Einsatz es sich handelt: emphatisch gesprochen um das Eingedenken der Opfer, im politischen Jargon "Vergangenheitsbewältigung" und "Erinnerungskultur".

"Keine Gerechtigkeit", so Derrida, "scheint möglich oder denkbar ohne das Prinzip einiger Verantwortlichkeit jenseits der lebendigen Gegenwart, in dem, was die lebendige Gegenwart zerteilt, vor den Gespenstern jener, die noch nicht geboren oder schon gestorben sind, seien sie nun Opfer oder nicht von Kriegen, von politischer oder anderer Gewalt, von nationalistischer, rassistischer, kolonialistischer, sexistischer oder sonstiger Vernichtung, von Unterdrückungsmaßnahmen des imperialistischen Kapitalismus oder irgendeiner Form von Totalitarismus." Damit ist ein beständiges Thema Derridas seit den 1960er Jahren angesprochen, nämlich Gegenwart nicht als Selbstpräsenz zu verstehen, die "Ungleichzeitigkeit der lebendigen Gegenwart mit sich selbst" aufzuzeigen; hier wird diese philosophische Frage nach der Zeit allerdings ethisch artikuliert, mit der Frage nach Gerechtigkeit verknüpft. Mit wiederholten Aufnahmen von Hamlets Ausruf, die Zeit sei out of joint ("aus den Fugen") in diversen Übersetzungen, die auch die ethisch-politische Modulation dieses Ausdrucks, nämlich den moralischen Verfall und die Zerstörung des Gemeinwesens verdeutlichen, zieht sich dies als ein roter Faden unter mehreren durch die kunstvolle Textur des Buches.

Eine praktische Umsetzung dieser Reflexion im politischen Diskurs lieferte Derrida im Oktober 2000 mit seiner Erklärung beim Kolloquium "17 et 18 octobre 1961: massacres d'Algériens sur ordonnance?" (siehe S. 16), die einen bis heute neuralgischen Punkt in der politischen Kultur Frankreichs bis heute trifft. Denn bis heute laboriert Frankreich am Algerienkrieg, dessen Beginn sich soeben zum 50. Mal jährte. Gerechtigkeit für die zahllosen, im Oktober 1961 mitten in Paris von der Polizei unter der Verantwortung eines vormaligen Nazi-Kollaborateurs massakrierten Algerier aus den Vorstädten, die bei ihrer Demonstration von der französischen Linken allein gelassen worden waren, heißt für Derrida erstens, jedes einzelnen Opfers als Opfer zu gedenken. Zweitens heißt es, die individuellen und institutionellen Verantwortlichkeiten zu benennen und die kritische Analyse des Ereignisses in den öffentlichen Raum einzubringen.

"Die Zeit ist aus den Fugen"

"Marx' Gespenster" meint nicht nur die "Gespenster", die Marx in seinen Texten zu jagen und auszutreiben pflegte, sondern auch die gespenstige Anwesenheit von Marx in unserer Zeit. Der hegemoniale Diskurs ergeht sich weltweit in der Wiederholung des Dogmas, Marx sei tot. Doch in dem "Augenblick, wo eine neue,

weltweite Unordnung ihren Neo-Kapitalismus und ihren Neo-Liberalismus zu installieren versucht, gelingt es keiner Verneinung, sich aller Gespenster von Marx zu entledigen." (7) Um so eifriger wird die Gespensterjagd auf Marx und den Marxismus betrieben, doch "es handelt sich oft darum, dort den Tod vorgeblich nur festzustellen, wo die Sterbeurkunde das Performativ einer Kriegserklärung ist oder die ohnmächtige Gebärde, der unruhige Traum einer Tötung." (8) Dagegen will Derrida einen Teil des Marxschen Erbes bewahren und transformieren, einem Geist des Marxismus und dem Versprechen des "Ereignisses Marx" treu bleiben. Am Versprechen Marx' festzuhalten bedeutet für Derrida, am Messianischen (zu unterscheiden vom Messianismus) festzuhalten, das von Geschichtsteleologie und Eschatologie zu trennen sei. (9) Dies unterscheidet sein Vorgehen vom Kreis um Althusser. (10)

Der Begriff des Messianischen verweist auf Fragen der Religion, ohne dass dies hieße, Derridas Diskurs sei ein religiöser oder theologischer. (11) Allerdings unterstellt Derrida einen untergründigen Zusammenhang von Politik und Religion, dessen aktuelle Explosivkraft in Fundamentalismen und Integrismen nicht erst seit dem 11. September 2001 offensichtlich ist. In "Marx' Gespenster" skizziert Derrida die "symptomatische Figur Jerusalems" (12) und diagnostiziert einen "Krieg um die ‚Aneignung von Jerusalem`", in dem die drei Monotheismen des Judentums, des Islams und des Christentums "alle Kräfte der Welt und die ganze ‚Weltordnung` für den gnadenlosen Krieg [...] mobilisieren". (13) Es gebe, so griff Derrida dies in Zeiten der Terror-Krieges auf, "heutzutage zwei Dinge, die nicht deterritorialisiert und virtualisiert werden können: Jerusalem (niemand will virtuelles Jerusalem, man will den wirklichen Grund und Boden) und Öl". (14)

Jerusalem, der "Krieg um die ‚Aneignung von Jerusalem`" magnetisiert auch Derridas quasi-testamentarischen Traum von Europa, den er beim Fest zum 50. Geburtstag von Le Monde diplomatique am 8. Mai 2004 skizzierte. Wovon er erst träumte, das mögen manche gerne als Gegebenheit missverstehen, um freie Bahn für ihren rabiaten Antizionismus zu haben. Derrida sprach aber nur von seiner Hoffnung: "Ein Europa, in dem man die legitimen Bestrebungen des palästinensischen Volkes, seine Rechte, sein Land und einen Staat zu erlangen, unterstützen könnte, ohne dabei die Selbstmordattentate und die antisemitische Propaganda gutzuheißen, die in der arabischen Welt so oft [...] die monströsen Protokolle der Weisen von Zion wiederbelebt. Ein Europa, in dem man gleichzeitig über den Anstieg des Antisemitismus und der Islamophobie beunruhigt sein könnte. [...] Ein Europa schließlich, in dem man die Programme der Herren Bush, Cheney, Wolfowitz und Rumsfeld kritisieren könnte, ohne dabei Nachsicht gegenüber den Schrecken des Regimes Saddam Husseins zu zeigen. Ein Europa, wo man sich ohne Antiamerikanismus, ohne Antiisraelismus und ohne antipalästinensische Islamophobie mit denjenigen Amerikanern, Israelis und Palästinensern verbünden kann, die mutig und häufig viel wachsamer als wir ihre Regierungen oder herrschenden Kräfte ihrer eigenen Länder kritisieren". (15)

Alfred Schobert

Anmerkungen:

1) Jacques Derrida: Chacque fois unique, la fin du monde. Textes présentés par Pascale-Anne Brault et Michael Naas. Paris: Galilée 2003.

2) Vgl. Joachim Bruhn: Philosophie für Friedhofschänder. Die Modernität des Kapitals, der Präfaschismus der Postmoderne: Über Heidegger, Derrida, Sloterdijk und Konsorten. In: Bahamas H. 30 (1999), S. 28-29.

3) Louis Althusser: Einleitung: Vom 'Kapital' zur Philosophie von Marx. In: ders./Etienne Balibar: Das Kapital lesen I. Reinbek: Rowohlt 1972, S. 11-93, hier S. 15.

4) Vgl. Jacques Derrida: H.C. pour la vie, c'est à dire. Paris: Galilée 2002, S. 21 (Vortrag beim Kolloquium Hélène Cixous, croisées d'une oeuvre 1998 in Cerisy-la-Salle) u. den Schluss des Dialogs zwischen Hélène Cixous und Derrida im Magazine littéraire H. 430 (April 2004).

5) Jacques Derrida: "Je suis en guerre contre moi-même" [Interview mit Jean Birnbaum]. In: Le Monde 12.10.2004, Beilage S. VI-VII, hier S. VI.

6) Ebd.

7) Jacques Derrida: Marx' Gespenster. Der verschuldete Staat, die Trauerarbeit und die neue Internationale [frz. zuerst 1993]. Frankfurt a.M.: Fischer 1995, S. 67.

8) Marx' Gespenster, S. 83.

9) Vgl. dazu auch Jacques Derrida: Marx & Sons. Frankfurt a.M.: Suhrkamp 2004, S. 78-91. Messianismus: Glaube an einen verheißenen Messias. Geschichtsteleologie: Lehre, nach der die Geschichte von sich aus zweck- und zielgerichtet verlaufe, von grch. telos, Ziel, Zweck. Eschatologie: Lehre vom Ende der alten und dem Anbruch einer neuen Welt, von grch. eschaton, das Äußerste, das Letzte.

10) Vgl. Marx' Gespenster, S. 145.

11) Das behaupten auch nicht die zahlreichen Theologen, die sich Derridas Werk annehmen; vgl. einführend in die einschlägige deutschsprachige Debatte Peter Zeillinger/Matthias Fleischer (Hg.): Kreuzungen Derridas. Geistergespräche zwischen Philosophie und Theologie. Wien: Turia + Kant 2004.

12) Vgl. Marx' Gespenster, S. 263ff.

13) Ebd., S. 99.

14) The Three Ages of Jacques Derrida. An interview with the father of deconstruction by Kristine McKenna. In: Los Angeles Weekly 14.11.2002.

15) Jacques Derrida: Une Europe de l'espoir. In: Le Monde diplomatique H. 608 (Nov. 2004), S. 3.

40. das thema: Jacques Derrida

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:43

Jacques Derrida ist tot. Das schreibt sich so leicht, wie es sich gleichzeitig nur schwer denken lässt. Nicht einfach, weil "einer der bedeutendsten Philosophen des 20. Jahrhunderts" starb, wie es in vielen der vielen Nachrufe auf ihn hieß. Eher, weil einer starb, der in seinem Denken in und wider die Zeit, in der er lebte, an die Grenzen ging und sich von eben diesem Grenzort nicht vertreiben ließ - durch Denunziation und Ignoranz ebenso wenig wie dadurch, dass es zwischenzeitlich zu einer akademischen Mode geworden war, Derrida zu lesen. Einer, dessen Denken stets performativ, also intervenierend, also politisch war. Diesem zwar philosophisch schreibenden, die Philosophie jedoch überschreitenden und eben darin immer wieder neu politisch werdenden Derrida widmen wir unseren Schwerpunkt:

Stephan Moebius rekapituliert wichtige Stationen in Derridas Biographie; im Gespräch mit Lieven de Cauter äußert sich Derrida selbst zu seiner Kritik planetarischer Hegemonie und seinem Verständnis des Politischen als "Messianismus ohne Religion"; dem Ereignis, dem Kommendem, der Zu-Kunft vor dem Horizont der von Derrida angerufenen "Neuen Internationale" geht Thomas Seibert nach und Alfred Schobert skizziert, was - z.B. Marx - lesen lernen mit und nach Derrida heißen könnte.

41. Wohlfahrtskonzerne unter Druck

Anti-Hartz-Proteste richten sich gegen die AWO

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:44

Mit direkten Aktionen vor Ort werden vor allem die Wohlfahrtsverbände unter Druck gesetzt. Sie sind u.a. die entscheidenden Instanzen bei der Umsetzung der 1-Euro-Zwangsdienste.

Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) ist nicht nur ein x-beliebiger Wohlfahrtsverband. Mit 480.000 Mitgliedern, 100.000 ehrenamtlich und rund 145.000 hauptamtlich Beschäftigten ist der Konzern einer der ganz Großen im Geschäft mit der Wohlfahrt. Das Unternehmen macht keinerlei Hehl daraus, dass es soziale Dienstleistungen als Geschäft und auf der Basis betriebswirtschaftlicher Kalkulationen betreibt. Zu diesen "sozialen Dienstleistungen" gehört bei der AWO auch der Geschäftsbereich "Abschiebungen", wenn auch unter der euphemistischen Bezeichnung "Rückkehrhilfen". Vor dem Hintergrund eines solchen Selbstverständnisses (und bei den traditionell engen Beziehungen zur Sozialdemokratie) verwundert es auch nicht, dass die AWO zusammen mit den anderen Wohlfahrtsverbänden bereits "mit den Hufen scharrt" (AWO-Bundesvorsitzender Manfred Ragati), wenn es um die Umsetzung von Hartz IV und die flächendeckende Einführung von 1-Euro-Zwangsdiensten geht. Immerhin winken 300 bis 600 Euro Kopfprämie für jede 1-Euro-Stelle, also ein durchaus lohnendes Geschäft.

Stellvertretend für die anderen Wohlfahrtsunternehmen ist somit die AWO völlig zu Recht ins Visier der Anti-Hartz-Proteste geraten. Bereits am 11. Oktober hatten 80 AktivistInnen die Landeszentrale der AWO in Berlin besetzt und Transparente aus den Fenstern gehängt. Die mit roten Pullis und weißen Masken bekleideten "Überflüssigen" protestierten damit gegen die Vorreiterrolle des Konzerns in Sachen 1-Euro-Dienste. Am 29.10. haben ca. 50 Menschen bei der AWO-Bundeskonferenz in Bremen gegen Abschiebungen und 1-Euro-Dienste protestiert. Sie verteilten Flugblätter im Konferenz-Gebäude und störten die Rede von Ragati empfindlich. Im Vorfeld der Anti-Hartz-Demonstration in Nürnberg kam es dort am 5. November zu einem Go-In beim AWO-Kreisverband Nürnberg sowie dem Bezirksverband Mittelfranken, beide mit Sitz in der SPD-Zentrale in Nürnberg. "Kein Herz für Flüchtlinge und Erwerbslose" lautete der Titel des Flugblatts, in dem die Rolle der AWO bei der Umsetzung der 1-Euro-Jobs sowie in sogenannten freiwilligen Rückkehrprogrammen kritisiert wurde. Im Anschluss an diese Aktion kam es zu einer "spontanen MitarbeiterInnenversammlung", auf der die AWO-Beschäftigten sich dem Protest inhaltlich anschließen: "Keine Beteiligung an 1-Euro-Jobs, Einstellung der sogenannten Rückkehrberatung, zurück zur Wohlfahrt!" Am 8.11. schließlich haben 40 AktivistInnen für ca. eine Stunde die AWO-Zentrale in Hamburg besetzt und auf Transparenten und Flugblättern ebenfalls die Einstellung der "Rückkehrhilfe" und den Verzicht auf 1-Euro-Dienste gefordert.

Eine Ende dieser Protestaktionen ist nicht absehbar, und die Liste der Profiteure an Zwangsdiensten und Abschiebungen ist lang. Und hier, im Druck auf lokaler Ebene, liegt die Chance zur realen Blockade solcher Maßnahmen.

dk

42. Jacques Derrida: Zwei Pflichten "gegen das Vergessen"

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/45.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:45

Gegen das Vergessen", so scheint mir, hätten wir eine erste Pflicht: Denken wir an die Opfer, geben wir ihnen die Stimme zurück, die sie verloren haben. Denken wir zuerst an das Schicksal - jedes Mal einmalig und unersetzbar - derer, denen man das Recht auf Rede und Zeugnis abgesprochen hat und die in ihrem Leben Ungerechtigkeit zu erleiden hatten. Denken wir an die Maschine, die sie zerquetscht hat, an die Schande bestimmter Individuen, bestimmter gesellschaftlicher Kräfte, bestimmter staatlicher und polizeilicher Apparate. Jedem der Opfer, immer als einzelnes, allen jenen "Verschwundenen" müssen wir jene zusätzliche Gewalt ersparen, die in Unwürdigkeit, Verschüttetwerden des Namens oder Entstellung der Erinnerung besteht.

Doch eine andere Pflicht ist, so glaube ich, mit der ersten untrennbar verbunden. Gleichzeitig mit der Wiedergutmachung des Unrechts und der Rettung des Andenkens stehen wir vor der Aufgabe, eine analytische und politische kritische Arbeit zu leisten. Im Allgemeinen und dieses Mal jenseits der beispielhaften Einzigartigkeiten. Die hier in Frage kommenden Verbrechen, die Fälle von Zensur, die Amnesien und Verdrängungen, die Manipulationen und Verdrehungen der Archive, all dies kennzeichnet einen bestimmten Zustand der Zivilgesellschaft, des Rechts und des Staates, in denen wir leben. Als Bürger (citoyens) dieses Staates oder Weltbürger (citoyens du monde) jenseits der Staatsbürgerschaft (citoyenneté) und des Nationalstaates müssen wir alles tun, um dem Unerträglichen ein Ende zu setzen. Dabei geht es nicht nur um die Vergangenheit, um Erinnerung und Vergessen. Wir werden nicht länger akzeptieren, in einer Welt zu leben, die nicht nur illegale Gewaltakte duldet, sondern auch der Erinnerung Gewalt antut und die Amnesie ihrer Untaten organisiert. Unser kritisches Zeugnis muss den öffentlichen Raum, das Recht, die Polizei, die Politik des Archivs, der Medien und der lebendigen Erinnerung verändern. Und es muss dies tun, indem es zugleich die nationalen Grenzen passiert.

Unbetitelte Erklärung Derridas beim Kolloquium "17. und 18. Oktober 1961: Angeordnete Massaker an Algeriern?", im Oktober 2000; Titel von der Red. eingefügt.

Übersetzung: Alfred Schobert

43. Depressionsblocker: für ak spenden

CD-Datei: daten/aksuche/ak489/46.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:489:46

Allerortens wird gejammert, gelitten und geächzt - und das zu Recht. Das neoliberale Klima wirkt sich besonders hart im November aus, wo einem Husten, Herbst und neuerdings auch Halloween noch den letzten optimistischen Gedanken rauben. Doch das muss nicht sein. Jüngste wissenschaftliche Studien haben bewiesen: Es gibt ein wirksames Mittel gegen Frust - spendet für ak.

Auch die Anwendung des Mittels ist ganz einfach: Man nehme den beiliegenden Überweisungsträger vom Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V., fülle ein Sümmchen ein, das spürbar hilft und nicht zu doll schmerzt. Trage diesen Zettel durch die kalte Welt in das noch kältere Kreditinstitut. Ihr lieben ak-SpenderInnen werdet sehen: Die wohltuende Wirkung beginnt sofort. Mit eurer Spende sichert ihr das Erscheinen von ak und Fantômas um ein weiteres Jahr. Elf plus zwei lautet die Zauberformel, die euch jeden Monat mit linker Analyse und Kritik versorgt. Mit eurer Finanzspritze pusht ihr die Arbeit des Vereins, der neben der Herausgabe der Publikationen dieses Jahr wieder zahlreiche Veranstaltungen organisiert hat und an Konferenzen, wie dem BUKO, beteiligt war.

Wir sind kontinuierlich dabei, die Zusammensetzung unserer Produkte weiter zu verbessern. So zerbricht sich die Redaktion den Kopf über interessante Artikel und Schwerpunkte, die die Zeitung bzw. das Magazin schmücken könnten. Auch am Layout wird weiter gefeilt. Bei unserer Arbeit sind wir auf die Unterstützung Vieler angewiesen: an dieser Stelle ein dickes Danke-Schön an die engagierten Menschen, die hier unentgeltlich Artikel schreiben, Korrekturlesen, Layouten, die Technik in Gang halten und und und.

Neben diesem nicht mit Geld aufzuwiegenden Engagement brauchen wir aber jetzt vor allem 25.000 Euro. Wir wissen: Das ist ein ganz schöner Batzen. Und dies in Zeiten von Hartz und Co, wo das Geld unserer LeserInnen immer knapper wird. Wir hoffen aber, dass ihr - wie in den letzten Jahren - die Priorität bei uns setzt. Jede Summe hilft uns über den kalten Winter und durch den heißen Sommer. Natürlich sind auch neue Abos herzlich willkommen. Wenn ihr noch Menschen in eurem FreundInnenkreis habt, die keine AbonnentInnen sind, legt doch ein ak-Abo unter den Weihnachtsbaum, als Prämie gibt es die CD-ROM oder ein Buch gratis dazu.

Zwar haben einige von euch bereits im letzten Monat für uns gespendet, das ist toll, besten Dank dafür! Bisher ist hier jedoch weit weniger Geld eingetrudelt als im Vorjahr. Wir wissen nicht genau, woran das liegt: Vielleicht sind die Überweisungsträger aus der Zeitung geflattert. Vielleicht warten diejenigen, die einen Job haben, noch auf ihr Weihnachtsgeld, um spenden zu können. Vielleicht dachtet ihr, euer Mitbewohner oder eure Mitbewohnerin hat bereits den Überweisungsträger ausgefüllt. Vielleicht ist auf dem Weg zur Bank der Überweisungsträger abhanden gekommen. Wer weiß? Aber unsere Produkte können die wohltuende Wirkung nur entfalten, wenn ihr spendet. Hier noch mal der fett gedruckte Hinweis: WIR SIND WIRKLICH ABHÄNGIG VON EURER SPENDE.

An alle, die sich bis jetzt noch nicht aufraffen konnten: Werdet aktiv und spendet für ak!

Damit ihr auch weiterhin kräftig linke Analyse und Kritik lesen könnt.

Eure ak-Redaktion

Die Spenden sind natürlich steuerlich absetzbar.

Spendenkonto:

Verein für politische Bildung,

Analyse und Kritik e.V.

Kontonummer: 13150204

Postbank Hamburg

BLZ: 200 100 20

Überweisungsträger liegt bei!

Ausland: BIC: PBNKDEFF

IBAN: DE 23 2001 0020 0788 8362 02